

G 2766 EX

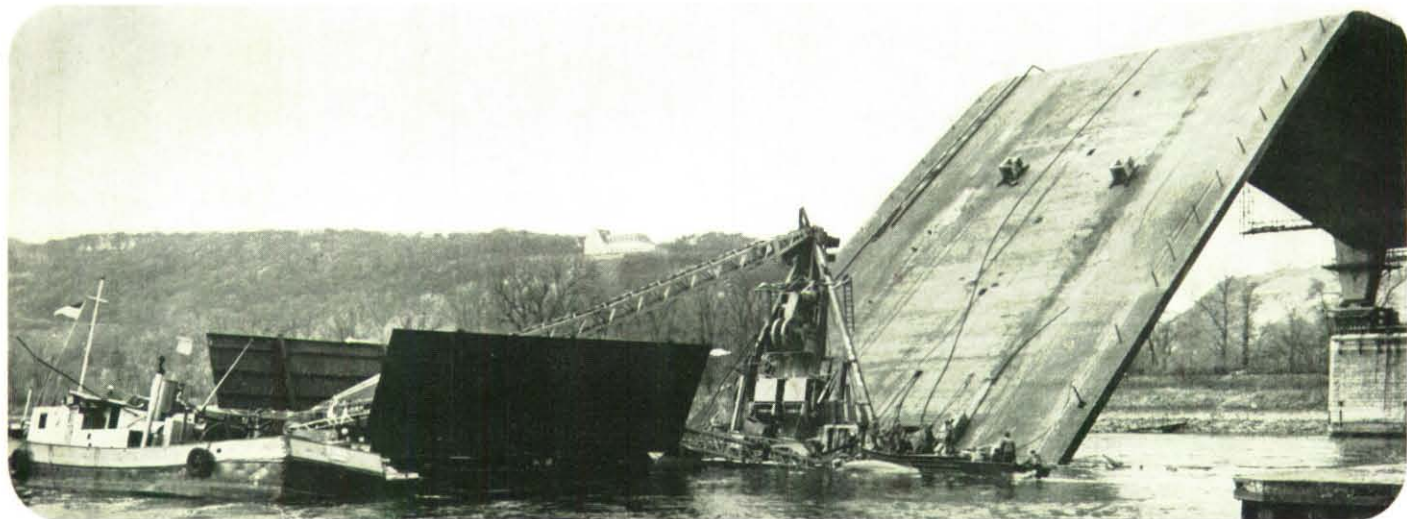


MAGAZIN

ZEITSCHRIFT FÜR ZIVILSCHUTZ, KATASTROPHENSCHUTZ UND SELBSTSCHUTZ

5'71 DEZEMBER





Neue Rheinbrücke stürzte ein

Ein folgenschweres Unglück ereignete sich am Spätnachmittag des 11. Novembers bei Koblenz. Bei Montagearbeiten an der neuen Rheinbrücke knickte ein Teilstück der Fahrbahn ab. Das Unglück geschah, als ein neues, 54 m langes und 29 m breites Teilstück mit Hilfe eines Krans eingehoben werden sollte, der auf dem zuletzt montierten Teilstück der Brücke stand. Beamte der Wasserschutzpolizei ließen über Funk sofort Katastrophenalarm auslösen. Kurze Zeit später trafen Feuerwehr, Bundeswehr, Deutsches Rotes Kreuz und Technisches Hilfswerk ein. Acht Opfer konnten noch an diesem Tag geborgen werden, weitere vier waren von den Tauchern unter Bauteilen eingeklemmt gefunden worden.





MAGAZIN 5'71



Aus dem Inhalt

Seite 5:

„Metamorphose des Zivilschutzes?“ — Bericht über das Symposium des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz in Freiburg. Wissenschaftler, Politiker und Fachleute diskutieren über den Stand des heutigen Zivilschutzes.



Seite 12:

„Olympiade des Helfens“ — Saarbrücken errang beim Bundeswettkampf des THW in Worms den heißumkämpften Pokal des Bundesinnenministers.

Seite 19:

„Vereinfachte Förderung von Mehrzweckanlagen“ — Neue Verfahrensregeln für die Errichtung öffentlicher Schutzräume in Verbindung mit unterirdischen baulichen Anlagen.

Seite 23:

„Schnelle Hilfe leicht gemacht“ — Bildreportage über Gewöhnungsübungen der Helfer im Katastrophenschutz mit dem ABC-Selbsthilfesatz und der ABC-Schutzpläne.



Seite 31:

„In der Diskussion: Gefährliche Schaulust“ — Frage und Antwort im Deutschen Bundestag über das Problem der Behinderung der Helfer bei Rettungsarbeiten.

Seite 70:

„Mit vereinten Kräften“ — Streiflichter von Übungen des Zivil- und Katastrophenschutzes in Stuttgart und Essen; Berichte von den regionalen Helfertagen in Rottenburg und Freiburg.



Impressum

Herausgegeben im Auftrage des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz 5 Köln 41, Eupener Straße 74
Telefon: (02 21) 49 50 71

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „ZS-Magazin“ erscheint monatlich

Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

Redaktion:

Jochen von Arnim
Helmut Freutel
Elisabeth Habicht
Erich W. van gen Hassend
Dr. Evelyn Henselder
Christian Kaupert
Alfred Kirchner

Anschrift der Redaktion:

5 Köln 41, Eupener Straße 74
Telefon: (02 21) 49 50 71

Grafik und Layout:

Gabriele Mintenbeck

Druck, Herstellung und Vertrieb:

Verlag P. A. Santz,
599 Altena
Postfach 137
Telefon: (0 23 52) 28 21
Telex: 08 229 311

Anzeigenverwaltung:

Kontinenta Anzeigenverwaltung GmbH
4 Düsseldorf, Umlandstraße 4
Telefon: (02 11) 66 62 65
Fernschreiber: 858 / 6898

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.
Abonnement vierteljährlich DM 8,40, jährlich DM 33,60.
Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind 5,5 Prozent Mehrwertsteuer enthalten.

Die Kündigung eines Abonnements kann nur zum Schluß eines Kalendervierteljahres erfolgen. Sie muß bis spätestens an dessen erstem Tag beim Vertrieb eingehen. Bestellungen beim Vertrieb.

Die Auflage beträgt zur Zeit 102 000 Exemplare IVW angemeldet. Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.



UMSCHAU

Erweiterung der Genfer Abkommen vorbereitet

Die vier Genfer Rotkreuz-Abkommen vom 12. August 1949 — die Bundesrepublik Deutschland erklärte am 21. August 1954 ihren Beitritt — werden erst bei „erklärten Kriegen“ wirksam. Seit Beendigung des Zweiten Weltkrieges kam es jedoch immer wieder zu bewaffneten Konflikten, ohne daß eine formelle Kriegserklärung vorausgegangen war. In vielen Fällen konnte daher die Hilfe des Roten Kreuzes Verwundete, Kranke und Schiffbrüchige der Streitkräfte, Kriegsgefangene und Zivilpersonen nicht erreichen. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz hat sich nun an die Regierungen der 130 Staaten, die die vier Abkommen unterzeichnet haben, gewandt und sie zu einer Konferenz eingeladen, die im Mai nächsten Jahres in Genf stattfinden soll. Die vier Abkommen bedürfen dringend einer Erweiterung, damit auch bei nicht erklärten Kriegen und bei Bürgerkriegen den Betroffenen menschliche Hilfe zuteil werden kann.

Bundesrat stimmt den Verwaltungsvorschriften zu

Der Bundesrat hat am 12. November 1971 den vier Verwaltungsvorschriften über die Organisation des Katastrophenschutzes, über die zusätzliche Ausstattung, über die zusätzliche Ausbildung und über die Kosten der Erweiterung zugestimmt. Nach dieser Zustimmung des Bundesrats kann nunmehr der Bundesminister des Innern diese vier Verwaltungsvorschriften erlassen. Mit diesen Vor-

schriften und den vorhergehenden Durchführungsvorschriften zum Katastrophenschutzgesetz — insbesondere der Regelung über die Freistellung vom Wehrdienst — sind die wichtigsten Durchführungsvorschriften zum Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes erlassen. Auf der Grundlage der Vorschriften kann der Bundesminister des Innern die Weisung zur Einordnung des bisherigen Luftschutzhilfsdienstes in den Katastrophenschutz erteilen. Damit dürfte im Laufe des Jahres 1972 der einheitliche Katastrophenschutz zur Bekämpfung aller Gefahren im Frieden wie im Verteidigungsfall geschaffen sein. Die Bemühungen zur Stärkung dieses Instruments, zur Werbung freiwilliger Helfer, zu ihrer Ausstattung mit angemessenem modernen Material und zu ihrer zeitnahen, praxisbezogenen Ausbildung müssen weiter fortgeführt werden.

Engere Zusammenarbeit mit Frankreich vereinbart

Zu einem intensiven Meinungsaustausch über zahlreiche gemeinsam interessierende Fragen empfing der Bundesminister des Innern, Hans-Dietrich Genscher, am 4. November seinen französischen Amtskollegen Marcellin in Bonn. Die beiden Politiker erörterten dabei auch Probleme des Katastrophenschutzes und waren übereinstimmend der Meinung, daß gerade auf diesem Gebiete eine verstärkte bilaterale Zusammenarbeit wünschenswert ist. In dem abschließenden Kommuniqué zum Besuch des französischen Innenministers heißt es: „Die Minister er-



Bundesinnenminister Genscher begrüßt seinen französischen Kollegen Marcellin in Bonn.

klärten, in ihren Ländern für eine engere Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Katastrophenschutzes einzutreten. Sie vereinbarten eine Verbesserung des Erfahrungsaustausches auf diesem Gebiet, den Austausch wissenschaftlicher Erkenntnisse und eine engere Kooperation der für den Katastrophenschutz zur Verfügung stehenden Einrichtungen. Es ist beabsichtigt, noch in diesem Jahr ein Abkommen zwischen den beiden Ländern abzuschließen.“ Wie dazu verlautet, soll in diesem Abkommen gegenseitige Unterstützung im Katastrophenschutz vereinbart werden. Eine derartige Regelung wird bi- oder multilateral als richtungweisend angesehen.

Weitere Impulse für den Schutzraumbau

Im Bundesgesetzblatt vom 25. 11. 1971 wurde die Verordnung zur Änderung der Höchstbetragsordnung vom 22. 11. 1971 veröffentlicht. Darin ändert die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates die in der bis zu diesem Zeitpunkt geltenden Höchstbetragsverordnung vom 25. 2. 1970 enthaltenen Beträge, die nach der Errichtung von Schutzräumen erhöht abgeschrieben werden können. Auf Grund der Paragraphen 7 und 12 des Schutzbaugesetzes vom 9. 9. 1965 können die Mehrkosten, die einem Bauherren bei Errichtung von Schutzräumen nach den jeweiligen technischen Bestimmungen entstehen, innerhalb von 12 Jahren bei einem jährlichen Höchstsatz von 10 Prozent dieser Kosten voll von den Steuern abgesetzt werden.

Damit die Mehrkosten nicht gesondert nachgewiesen werden müssen, treten an ihre Stelle bestimmte Höchstbeträge, die in gewissen Abständen den sich verändernden Baukosten anzupassen sind. Dies ist nunmehr geschehen. In der Verordnung wird zwischen vier Schutzraumtypen unterschieden:

1. Hausschutzräume in neu errichteten Gebäuden (Innenbauten)
2. Hausschutzräume in bestehenden Gebäuden (nachträgliche Innenbauten)
3. Hausschutzräume in Form selbständiger Bauten (Außenbauten)
4. Großschutzräume als Mehrzweckbauten

Für jeden dieser Fälle sind gesonder-

te Höchstbeträge genannt. Sie betragen für Hausschutzräume in Neubauten (bisherige Werte in Klammern) für 1 bis 7 Schutzplätze 13 000 DM (9 330 DM), bei 25 Schutzplätzen 19 850 DM (12 625 DM), für 50 Schutzplätze 26 100 DM (16 800 DM).

Einen ausführlichen Bericht bringen wir in einer der nächsten Ausgaben.

Plattenstars im Dienst der Unfallhilfe

19 123 Menschen starben 1970 auf den Straßen der Bundesrepublik — eine Zahl, die die erschreckende Notwendigkeit einer schnellen Hilfe verdeutlicht. Ansätze dazu sind vorhanden, sowohl von staatlicher Seite, als auch aus privater Initiative. Die Björn-Steiger-Stiftung e.V. zum Beispiel, die 1969 von dem Architekten Siegfried Steiger ins Leben gerufen wurde, brachte bis heute über 1 Million DM auf. Mit diesen Mitteln konnte der Rettungsdienst im Straßenverkehr der gesamten Bundesrepublik aktiviert werden.

Eine neue Initiative dieser Stiftung ist die Aktion „Helft Menschen retten“, deren Schirmherrschaft Frau Hilda Heinemann, Bundesminister Georg Leber und Senator Dr. Franz Burda übernommen haben. Die Stiftung hat im Rahmen dieser Aktion unter anderem die Langspielplatte „Stunde der Stars“ mit dem Untertitel „Die Schallplatte der guten Tat“ herausgebracht. Da alle beteiligten Künstler, unter ihnen Ricky Shayne, Mireille Mathieu, Peter Alexander und Udo Jürgens, zugunsten der Aktion auf ihre Honorare verzichteten, konnte die Ariola-Eurodisc GmbH diese Platte besonders preisgünstig produzieren. Sie kostet 10 DM; jeweils 2 DM aus dem Verkaufserlös fließen der Aktion „Helft Menschen retten“ zu.

Visitenkarte Rhein

Vor langer Zeit war der Vater Rhein eine Visitenkarte. Man pries in Rede und Gesang seine Schönheit, seine grünen Wogen, seine Berge, seine Reben und seine Mägdelein. Leider haben die Menschen an seinen Ufern



Säuberungsaktion bei Wiesbaden-Biebrich. An dieser Stelle lohnte sich der Einsatz von Lastkraftwagen zum Abfahren der „Ausbeute“

wenig getan, um dieses freundliche Bild zu erhalten.

Es stimmt bedenklich, daß ausgerechnet das nun trockene Vorfeld der Campingplätze am Rhein besonders reich an Bierdosen, Flaschen und sonstigem Wohlstandsmüll war. Ausgerechnet die Camper — also natur-suchende Mitmenschen — fanden nichts dabei, ihren Abfall einfach dem Strom zu übergeben.

Aus einer kleinen Landgemeinde, deren „Brauchwasser“ der Fluß noch verdauen konnte, wurde ein Industriestädtchen. Die Gemeindeväter stellten Dringlichkeitspläne in einer Reihenfolge auf, die sich nach dem richteten, was tatsächlich dringend war, oft aber danach, wer am lautesten seine Forderung stellte. Da Vater Rhein schwieg, wurde er übergangen. Die Aufmunterung, „sich wie zu Hause zu fühlen“, kann nur für Menschen gelten, die eine gute Kinderstube haben. Und daran hapert es meistens. Vielleicht darf man die „gute Kinderstube“ bei allen voraussetzen, die der unappetitliche Anblick des schmal gewordenen Rheins störte. Als die meisten Gemeinden den Niedrigwasserstand zu einem „Hausputz“ nutzen wollten, fanden sich überall Helfer ein. Hier war es eine Kompanie der Bundeswehr, dort die freiwillige Feuerwehr. Auch die Männer des Technischen Hilfswerks stellten sich ein. Von den ach so biedereren Rheinverschmutzern war bestimmt niemand gekommen.

Vorstand und Mitglieder stimmen BVS-Satzung zu

Die Entwürfe für die noch zu erlassende Satzung des Bundesverbandes für den Selbstschutz und für die Helfervertretung bildeten die Schwerpunkte der Tagesordnung für den Vorstand und die Mitgliederversammlung des BVS, die am 28. und 29. Oktober in Ochsenfurt/Main zusammentraten. Der Vorstand unter Vorsitz von Präsident H. R. Kuhn stimmte ebenso wie die Mitgliederversammlung den Entwürfen grundsätzlich zu. Entsprechende Änderungen wurden in die Entwürfe aufgenommen, die nunmehr dem Bundesminister des Innern zugeleitet werden.

In der Sitzung der Mitgliederversammlung gab Präsident Kuhn einleitend einen umfassenden Bericht über die Situation des Verbandes, der in diesem Jahr auf ein 20jähriges Bestehen zurückblicken konnte. Anschließend wurden verschiedene organisatorische Fragen des Verbandes im Hinblick auf die Gliederung des BVS und unter Berücksichtigung der Verwaltungsneugliederung in verschiedenen Bundesländern diskutiert.

Mit Bedauern nahmen beide Organe des BVS den Rücktritt des bisherigen Vorstandsmitgliedes Dr. Mombaur zur Kenntnis, der im Rahmen der neuen Geschäftsverteilung des Deutschen Städtetages und des Deutschen Gemeindetages neue Aufgaben übernommen hat.



Der Bundesminister des Innern, Hans-Dietrich Genscher, hat aus Anlaß des 20jährigen Bestehens des Bundesverbandes für den Selbstschutz (BVS) folgenden Brief übermittelt:

Liebe Helferinnen und Helfer, liebe Mitarbeiter des Bundesverbandes für den Selbstschutz!
Das 20jährige Bestehen Ihres Verbandes gibt uns allen Anlaß, in einer Welt, die über zwei Jahrzehnte nach dem furchtbarsten aller Kriege noch immer nicht zum Frieden gefunden hat, Rück-

Minister Genscher: Dank für humanitäre Mitarbeit

Würdigung und
Anerkennung des BVS

schau und Ausblick zu geben auf unsere gemeinsame Arbeit; auf eine Arbeit, die allen Menschen dieses Landes von Nutzen ist.
Die Aufgaben des Bundesverbandes für den Selbstschutz haben sich in den vergangenen Jahren situationsgemäß gewandelt. Zu der einstmaligen bloßen Sorge um das Überleben im Kriegsfall — aus dem alten und belasteten Begriff des „Luftschutzes“ — ist die Vorsorge hinzugetreten, ist der Tätigkeitsbereich des Selbstschutzes entstanden. Sie, die Helferinnen, Helfer und Mitarbeiter des Verbandes, haben

diesen Wandel bewußt mitvollzogen, weil Sie überzeugt sind, daß Selbsthilfe und Nachbarschaftshilfe alle Tendenzen eines egozentrischen Lebensstiles überdauern haben. Sie sind — zum großen Teil seit vielen Jahren — über alle materiellen und personellen Schwierigkeiten des Bundesverbandes für den Selbstschutz hinweg Ihrer Überzeugung treu geblieben, daß wir den Mitbürgern im Notfall nur Hilfe bringen können, wenn wir die Augen nicht vor den Gefahren dieser Welt verschließen, sondern darauf vorbereitet sind, den Gefahren zu begegnen.

Wir alle wünschen uns, daß wir unser Wissen und Können, unsere Kraft und unseren Willen zu humanitärer Hilfe nur im Frieden unter Beweis stellen müssen. Unsere Mitbürger sollen wissen, daß Menschen wie Sie Freizeit und materielle Werte opfern, um die Menschen darüber aufzuklären, wie in Notsituationen Hilfe geleistet werden kann.

Für diese Bereitschaft und für dieses demokratische Engagement darf ich Ihnen im Namen der Bundesregierung und für mich erneut den Dank sagen.

Bremen unter neuer Leitung

Der Präsident des BVS, Heinz-Robert Kuhn, führte den bisherigen Dienststellenleiter von Saarbrücken, Hans Umlauf, im Goldenen Saal der Bremer Böttcherstraße in Anwesenheit von zahlreichen Helferinnen und Helfern sowie Vertretern von Behörden und Organisationen in Bremen und Bremerhaven in sein neues Amt als Leiter der Landesstelle Bremen ein. Zuvor wurde in der gleichen Veranstaltung der bisherige Landesstellenleiter Martin Hecht, der nach Erreichung der Altersgrenze in den Ruhestand getreten ist, offiziell verabschiedet.

Präsident Heinz-Robert Kuhn dankte dem ausscheidenden Landesstellenleiter Hecht im Namen des BVS-Vorstandes für seine Arbeit für den Verband. Abgesehen von einer Unterbrechung, bedingt durch eine fast dreijährige Berufung zur Bundeshauptstelle, leitete Hecht bis jetzt die Landesstelle Bremen. Er habe seine Aufgabe ausgezeichnet erfüllt. Präsident Kuhn zeichnete Hecht in

Anerkennung seiner Verdienste mit der Ehrennadel des BVS aus und überreichte ihm die Ehrenurkunde. Innensenator Franz Löbert sprach Hecht den Dank der Bremer Landesregierung für das Bemühen aus, Bevölkerung und Behörden von der Notwendigkeit des Selbstschutzes zu überzeugen. Gleichzeitig dankte er auch den Helferinnen und Helfern für ihre uneigennützigte Arbeit zum Wohle der Allgemeinheit. Seine Behörde, versicherte er, werde auch den neuen Bremer Landesstellenleiter



Im Gespräch (von links): Martin Hecht, Heinz-Robert Kuhn, Hans Umlauf.

unterstützen.

In einem kurzen Rückblick auf die Geschichte des BVS hob Martin Hecht die Gründung der Landesschule Bremen im Jahr 1955 in Ritterhude hervor. Es war die zweite Schule dieser Art im Bundesgebiet, die — gleichfalls als zweite im Bundesgebiet — inzwischen wieder aufgelöst wurde. „Ritterhude war eine Stätte der Begegnung für die Helfer!“ Während Dirk Jans Stelter den scheidenden Landesstellenleiter als neues Mitglied der Ehrenamtlichen begrüßte, übermittelte ihm Fachgebietsleiter Erich Broders die Grüße seiner hauptamtlichen Kollegen und der Landesstellenleiter von Hessen, Ernst Heldmann, die Grüße der übrigen Landesstellenleiter des BVS. Der neue Landesstellenleiter von Bremen, Hans Umlauf, sagte in seiner Antrittsrede u. a., bevor er nach Bremen gekommen sei, habe man ihm gesagt, dort sei alles anders. Inzwischen hätte er sich überzeugen können, daß daran etwas Wahres sei — jedoch durchaus nicht im negativen Sinne.

Hans Umlauf dankte seinem Amtsvorgänger für die geleistete Aufbauarbeit. Den Helferinnen und Helfern rief er zu, nicht müde zu werden, sich für einen wirksamen Schutz der Bevölkerung einzusetzen.

-ta-

Helmut Freutel

Metamorphose des Zivilschutzes?

BzB-Symposion '71: Alte Leitbilder
durch neue Orientierungszeichen ersetzen

Es fotografierte: Kurt Hilberath



BzB-Symposion '71 in Freiburg. Der Politologe Horst Afheldt (links) vom Max-Planck-Institut in Starnberg hielt ein Grundsatzreferat. Den Vorsitz führte der Präsident des BzB, Dr. Paul Kolb.



Während der Podiumsdiskussion nach seinem Grundsatzreferat mußte sich Horst Afheldt von anderen Teilnehmern massive Kritik an der Weizsäcker-Studie anhören, deren Mitverfasser er ist.

Ein Bestseller ist es nicht und wird es gewiß auch nicht werden, das Buch „Kriegsfolgen und Kriegsverhütung“, kurz „Weizsäcker-Studie“ genannt. Doch kaum war es erschienen, machte es Schlagzeilen. Es gab keine Zeitung von Rang, die auf eine Besprechung oder eine Stellungnahme verzichtet hätte. Rundfunk und Fernsehen brachten Interviews mit dem Herausgeber und den Autoren dieses Werkes, Politiker wurden um ihre Meinung gefragt, es gab Pauschal-Urteile und Fehlinterpretierungen von Aussagen, Tendenzen zu der einen oder anderen Seite und Fragen, viele Fragen. Denn dieses Buch mit seinen 700 Seiten, vielen Abbildungen, Tabellen und Statistiken ist ein wissenschaftliches Werk. Es spricht

eine Sprache, die nicht jeder versteht. Den Inhalt dieses Werkes muß sich selbst ein Kenner der Materie erarbeiten. Nach der großen Zivilschutzdebatte Anfang der 60er Jahre hatte die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler zu einer Studie angeregt, in der die Auswirkungen eines auf dem Territorium der Bundesrepublik geführten Krieges unter Berücksichtigung verschiedener Kriegsbilder ermittelt werden sollten. Dieser Vorstellung ist die in den Jahren 1964 bis 1969 erarbeitete Studie jedoch nicht ganz gerecht geworden. Denn Klarheit in die Problematik des Zivilschutzes hat sie nicht gebracht. Es wäre aber falsch, aus dieser Feststellung einen Vorwurf gegen das Team herauszulesen, das sich zusammen

mit Professor Carl-Friedrich von Weizsäcker am „Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt“ jahrelang in außerordentlicher Kleinarbeit diesem unlösbar scheinenden Problem gewidmet hat. Vielleicht liegt die nach wie vor vorhandene Unklarheit darin begründet, daß es mit einer Alternative für oder gegen ein Zivilschutzprogramm nicht getan ist. Vielleicht liegt es daran, daß zu sehr Extremfälle untersucht und behandelt wurden. Vielleicht liegt es aber auch nur daran, daß die technische Herausforderung in unserer Welt so gewachsen ist, daß selbst Wissenschaftler, die sich von Berufs wegen mit Tendenzen, Wahrscheinlichkeitsberechnungen, technischen, wirt-

schaftlichen und sozialen Auswirkungen der Struktur und des Tempos des technischen Wandels befassen, keine Patentantwort darauf finden können, wie sich das Zusammenleben der Menschen im internationalen Bereich oder im Spannungsfeld der Machtblöcke zukünftig gestalten wird. Diese unsichere und unklare Ausgangssituation stellt natürlich auch die für den Zivilschutz in der Bundesrepublik Verantwortlichen vor die Frage, ob die derzeitige Konzeption, ob die Vorstellungen von der Wirksamkeit aller Planungen und Maßnahmen noch mit den militärisch-politischen Realitäten in Einklang gebracht werden können, oder ob ein tiefgreifender Wandel vollzogen werden muß. Diese Frage ist von vitaler Bedeutung, denn alle Entschei-

dungen auf diesem Gebiet müssen, wenn auch in die Zukunft gerichtet, heute gefällt werden.

Wissenschaftliches Streitgespräch

Um das Thema Zivilschutz einmal vom Grunde her zur Diskussion zu stellen und es insbesondere im Zusammenhang mit den Ergebnissen der Weizsäcker-Studie zu

Vertreter, die für den Zivilschutz Verantwortlichen der Industrieverbände, wie auch leitende Angehörige des BzB. Ferner waren aus der Schweiz der Direktor der Zentralstelle für Gesamtverteidigung, Dr. Wanner, und der Direktor des Bundesamtes für Zivilschutz, König, sowie Oberstleutnant Burghardt und Dr. Enzmann der Einladung gefolgt. Den Vorsitz führte der Prä-



Dr. Kernig, Lehrbeauftragter der Universität Freiburg (links), und Wehrjournalist Wolfram von Raven. Ihre Auffassungen stimmten in vielen Punkten mit denen der Weizsäcker-Studie nicht überein.



Ministerialrat Dedekind, Zivilschutzreferent des Landes Niedersachsen, sprach in seinem Grundsatzreferat über den Zivilschutz in der BRD unter Berücksichtigung des strategischen Wertes und der taktischen Möglichkeiten.

betrachten, veranstaltete das Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz (BzB) in der Zeit vom 26. bis 29. Oktober in Freiburg i. Br. ein Symposium. In Vorträgen und Diskussionen sollte dabei der Zivilschutz nicht nur als Teil der Gesamtverteidigung, sondern zugleich auch unter sicherheits- und gesellschaftspolitischen Aspekten untersucht werden. Es sollten Wirkungszusammenhänge aufgedeckt und Ansatzpunkte für eine zukünftige Arbeit gefunden werden.

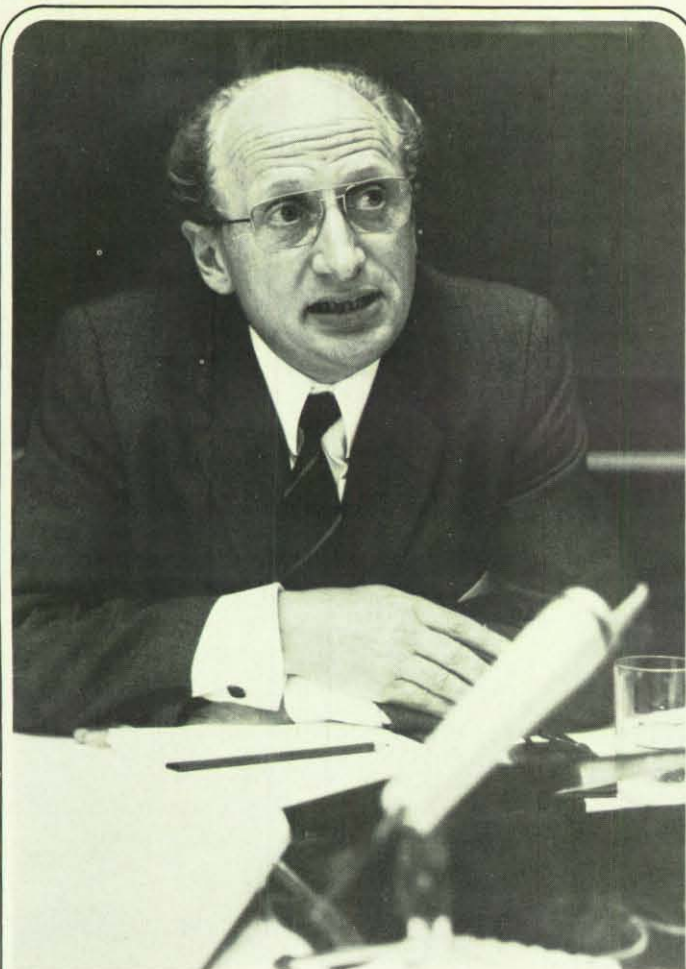
Zur Teilnahme an diesem Symposium hatte das BzB außer kompetenten Wissenschaftlern einen Personenkreis aus den Bereichen der Meinungsbildung, d. h. Presse, Rundfunk und Fernsehen, eingeladen, sowie die Zivilschutzreferenten der Länder oder deren

sident des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz, Dr. Paul Kolb, auf dessen Idee dieses mehrtägige Gespräch zurückging. Er hatte das Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt (Starnberg) um ein Grundsatzreferat gebeten. Nach einer Einweisung in das Gesamthema durch Dr. Kolb wurde dieses Referat von dem Mitarbeiter an der Weizsäcker-Studie, dem Politologen Horst Afheldt, gehalten. Der Vortragende gab ein Resümee der in der Studie veröffentlichten wissenschaftlichen Analysen. Afheldt behandelte zunächst die möglichen wirtschaftlichen Schäden eines atomaren Krieges in der Bundesrepublik und ihre Folgen. Daran knüpfte er Berech-

nungen an, ob eine Lebensfähigkeit der BRD nach einem solchen Krieg noch erhalten bleiben kann. Er verneinte dies im Prinzip, da nach seiner Auffassung zur Lebensfähigkeit eines Landes nicht nur in einer bestimmten Relation Menschen erforderlich seien, sondern auch eine bestimmte Größe von Wirtschaftskapazität erhalten bleiben müsse.

Bei den wissenschaftlichen Überlegungen für die Studie sei man von Realitäten ausgegangen, wie sie auch im Weißbuch 1970 zur Verteidigungspolitik der Bundesregierung enthalten sind, nämlich, daß auch die NATO angesichts der nuklearen Bewaffnung des Warschauer Paktes für sich selbst gegenwärtig nukleare Waffen als ein unverzichtbares Mittel zur Abschreckung

ansieht. Afheldt räumte dem Zivilschutz nur geringe Chancen an Wirksamkeit ein. Er vertrat die Auffassung, daß der Zivilschutz keinen strategischen Effekt habe. Darin sah er auch die sachliche Begründung für eine relative Vernachlässigung in den Finanzhaushalten des Bundes und der Länder. Ausführlich befaßte sich Afheldt mit einer Systemanalyse der Stabilität und Abschreckung durch strategische Waffen sowie mit den Entwicklungstendenzen europäischer Sicherheitspolitik. Immer wieder zog er aus den Ergebnissen dieser Betrachtungen Schlüsse, die auf die Effektivität des Zivilschutzes zielten. Wenn er auch im Falle eines umfassenden Krieges dem Zivilschutz keine Chance gab, so räumte er ihm doch bei



„Schutz und Sicherheit — eine Analyse der Überlebenswilligkeit unserer Gesellschaft“ war das Thema des Grundsatzerferates von Dr. Kernig, das bei den Teilnehmern am Symposium lebhafte Diskussionen auslöste.

Spannungsfalles zu kurz, wie sie auch nichts darüber aussage, welche Konsequenzen andere durchaus noch mögliche Kriegsbilder haben könnten. An dieser Stelle scheiden sich die Geister. Das Weizsäcker-Team sieht in der NATO-Strategie, in dem Konzept der angemessenen Reaktion (flexible response), eine Eskalationsstrategie. Die Wissenschaftler glauben,

den die Diskussionsteilnehmer, auch die möglichen Vorstellungen und Zielsetzungen eines potentiellen Angreifers, seine Ansicht von Krieg und Strategie und seine langfristigen politischen Ziele. Ferner habe man bei der Behandlung des Zivilschutz-Komplexes eine sehr wesentliche, nämlich die humanitäre Komponente, außer acht gelassen.



Professor Dr. Alfons Bühl (rechts), hier zusammen mit dem Direktor des schweizerischen Bundesamtes für Zivilschutz, König, kritisierte ebenfalls die Weizsäcker-Studie und zeichnete den hohen Wert des Zivilschutzes auf.

lokal begrenzten Übergriffen eine positive Auswirkung vorbereiteter und mobiler Maßnahmen ein. Da aber die Mittel der Bundesrepublik begrenzt seien und eine umfassende Vorsorge finanziell nicht möglich ist, müßten Prioritäten gesetzt werden. In diesem Zusammenhang erklärte Afheldt, daß die gegen Katastrophen getroffenen Maßnahmen durchaus bei begrenzten Kriegshandlungen erfolgreich sein könnten, ein Schutz größerer Teile der westdeutschen Bevölkerung aber unmöglich sei, wenn ein Gegner deren Vernichtung als Kriegsziel anstrebe.

Faire Diskussion

An der sich an das Grundsatzerferat anschließenden

Podiumsdiskussion beteiligten sich neben Horst Afheldt der Wehrjournalist und frühere wehrpolitische Korrespondent der Tageszeitung „Die Welt“, Wolfram von Raven, der Lehrbeauftragte der Universität Freiburg, Dr. Kernig, sowie der Zivilschutzreferent des Landes Niedersachsen, Ministerialrat Dedekind. Außer Afheldt übten alle Teilnehmer der Podiumsdiskussion massive Kritik an der Weizsäcker-Studie. Es wurde z. B. bemängelt, daß das Buch zu sehr vom Kriegsbild eines nuklearen Krieges ausgehe, daß die Möglichkeiten anderer Kampfformen (z. B. Sabotage, subversiver Krieg, mit konventionellen Waffen geführter Krieg) kaum oder gar nicht berücksichtigt wurden. Ebenso käme in der Studie die Überwindung des

daß sich ein bereits eskalierter Konflikt mit hoher Wahrscheinlichkeit auch noch stärker ausweitete. Die NATO hält dagegen das Konzept der angemessenen Reaktion unter den gegenwärtigen Bedingungen für eine wirksame und realistische Strategie, die einerseits einen Gegner abzuschrecken vermag und andererseits der Allianz gestattet, im Falle eines Angriffs die notwendigen Abwehroperationen zu führen. Diese Art der Strategie trägt dem begrenzten Krieg als der wahrscheinlicheren Form einer bewaffneten Auseinandersetzung Rechnung, ohne die massive Vergeltung im Falle eines Allgemeinen Krieges in Frage zu stellen.

Zu wenig beachtet habe das Weizsäcker-Team, so fan-

Die Verteidigungsbereitschaft beim Nachbarn

Am zweiten Tag des Symposiums besichtigten die Teilnehmer Zivilschutzanlagen in Basel, wobei sie von dem Direktor des schweizerischen Bundesamtes für Zivilschutz, König, sowie dem für den Zivilschutz der Stadt Basel verantwortlichen Dr. Enzmann in die Materie eingewiesen wurden. Ferner war der Chefredakteur der schweizerischen Zeitschrift „Zivilschutz“, Herbert Alboth, zugegen. Die hervorragende Qualität der öffentlichen und privaten Schutzanlagen, das System der Ausbildung im Ausbildungszentrum der Stadt und der hohe Stand der Verteidigungsbereitschaft hinterließen bei den Gästen



Einen tiefen Einblick in die Zusammenhänge zwischen Zivilverteidigung und Gesamtverteidigung am Beispiel der Schweiz gab Dr. Wanner, Direktor der Zentralstelle für Gesamtverteidigung, Bern, seinen Zuhörern.

kerung unter diesem Aspekt ab und maß den Schutzmöglichkeiten gegen Strahlengefahr erheblich mehr Bedeutung bei, als die Studie. Entschieden setzte er sich für die Stärkung des Überlebenswillens der Bevölkerung ein und hob die großen Chancen hervor, die es noch durch den Aufbau eines Zivilschutzes gäbe.

den ZS in der BRD unter Berücksichtigung des strategischen Wertes und der taktischen Einsatzmöglichkeiten. In einem Rückblick auf die 50er und 60er Jahre zeigte Dedekind zunächst die Wandlungen der NATO-Strategie auf, um dann über die strategischen Konzeptionen am Beginn der 70er Jahre zum gegenwärtigen Lagebild moderner Krisen



Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Wolfram Dorn, hier mit Präsident Dr. Kolb, befaßte sich in seinem Vortrag mit dem Katastrophenschutz im Frieden und im Verteidigungsfall.

einen starken Eindruck und kamen in späteren Diskussionen immer wieder zur Sprache.

Überlebenswillen stärken

Das 2. Grundsatzreferat hielt am Abend dieses Tages Prof. Dr. Alfons Bühl, Karlsruhe. Das Thema lautete: „Zivilschutz — ein fiktives Programm?“ In ziemlich scharfer Form setzte sich Prof. Bühl mit der Weizsäcker-Studie auseinander. Er kritisierte die Idealisierung bei den mathematischen Berechnungen, wodurch die Ergebnisse verzerrt worden seien. Er gab Beispiele dafür, daß die in der Studie angegebene Langzeitwirkung radioaktiver Strahlen nicht richtig berechnet sein kann, da ihr nur theoretische Angaben zugrunde gelegen hätten.

In Wirklichkeit nähme die Strahlengefahr viel schneller ab. Wegen der fiktiven Kriegsbilder als Ausgangslage für die Berechnungen seien alle Betrachtungen nicht realistisch. Seine Behauptungen untermauerte Prof. Bühl durch einen Überblick über den derzeitigen Stand der Waffenentwicklung, die ihrer Art nach darauf ausgerichtet sei, in erster Linie die militärischen Mittel des Gegners niederzukämpfen. Prof. Bühl versuchte ferner zu beweisen, warum es einem Angreifer nicht darum gehen könne, die gesamte Bevölkerung eines Landes auszurotten und seine Wirtschaftskapazität zu vernichten. Er räumte die Möglichkeit eines Einsatzes taktischer Waffen auf bestimmte Ziele ein, wog den Grad der Bedrohung der Zivilbevöl-



Unser Bild zeigt einige der Teilnehmer am Symposium vor einer Mehrzweckanlage des Zivilschutzes in Basel. Die hohe Qualität der öffentlichen und privaten Schutzanlagen beeindruckte die Besucher sehr.

Der Wert des Zivilschutzes

Der dritte Tag des Symposions begann mit einem Grundsatzreferat von Ministerialrat Dedekind über

und Konflikte zu kommen. Als vorbildlich bezeichnete Dedekind die klare Zielsetzung des Zivilschutzes der Schweiz, wie sie neuerdings wieder im Bericht des schweizerischen Bundes-



Dr. Enzmann, verantwortlich für den Zivilschutz der Stadt Basel, wies die deutschen Besucher in die Materie des schweizerischen Zivilschutzes ein und beantwortete bereitwillig viele Fragen.



Unter diesem modern gestalteten Gebäude in Basel befindet sich ein wohlausgerüstetes Hilfskrankenhaus für 150 Personen, dessen Besuch ebenfalls auf dem Programm des BzB-Symposiums stand.

rates an die Bundesversammlung über die Konzeption 1971 des Zivilschutzes zum Ausdruck gebracht wird. Dieser Bericht hält im übrigen auch fest, daß die Überprüfung der Zivilschutzkonzeption 1962/63 ergeben hat, daß die bisherige Planung im wesentlichen richtig war. Überleitend auf den Auftrag der NATO in bezug auf die Gesamtverteidigung zeichnete Dedekind dann ein umfassendes Bild von den Grundsätzen der NATO und ihrem Verhalten in Zeiten relativer Ruhe, in Zeiten politischer Spannungen und im Fall militärischer Aggression. Dedekinds Ausführungen gipfelten in der Überlegung, daß unser im NATO-Bündnis eingebundenes Land seine Pflichten gegenüber dem Volke verletzen würde, wenn es nicht Vorsohrträge für den Fall

einer feindlichen Aggression. Diese Vorsorge sei aber sinnlos, wenn sie sich nur auf den militärischen Bereich erstreckte. Das Programm sah anschließend Besichtigungen von verschiedenen ZS-Einrichtungen im Raume Freiburg vor. Bürgermeister Kiefer begleitete die Teilnehmer und gab Erläuterungen zu den verschiedenen Anlagen. Zum Programm gehörte auch die Demonstration eines Selbstschutzzuges, der sich aus Teilnehmern eines gerade stattfindenden Lehrganges in der BVS-Dienststelle zusammensetzte.

In einem 4. Grundsatzreferat am Abend des gleichen Tages sprach Dr. Kernig zu dem Thema „Schutz und Sicherheit — eine Analyse der Überlebenswilligkeit



In den unterirdischen Schutzräumen der Firma Geigy, hier anhand eines Lageplanes von einem Mitarbeiter der Firma erläutert, fanden die Besucher eine kaum noch zu überbietende Synthese aus Sicherheit und Komfort.



Im alten Schlachthof der Stadt Basel, wo der schweizerische Zivilschutz ein Ausbildungszentrum unterhält, gab dieser Ausbilder den Gästen aus der Bundesrepublik Deutschland Einblick in seine Tätigkeit.



Zum Programm des Symposions gehörte auch die Besichtigung von ZS-Einrichtungen im Raume Freiburg. Bürgermeister Kiefer (links) begleitete die Teilnehmer und erläuterte die verschiedenen Anlagen.

unserer Gesellschaft“. Interessant war dabei sein Rückblick auf die 50er Jahre und auf die damaligen Prognosen. Die darin enthaltenen Befürchtungen bzgl. der Konfrontation der Supermächte hätten sich zum Glück für die Menschheit nicht erfüllt. Er zog daraus berechnete Zweifel, ob die Prognosen der heutigen Zeit gegenüber den früheren treffsicherer geworden seien.

Dr. Kernig versuchte in seinem Referat, die Extreme in der Betrachtungsweise der Situation abzuschwächen und forderte auch die Anwesenden auf, bei der Forderung von Zivilschutz die Extreme zu meiden. Meinungsbefragungen zeigten bereits einen hohen Überlebenswillen der Bevölkerung und stünden damit im Gegensatz zu den Auf-

fassungen von Prof. Bühl. Dort, wo Resignation herrsche, müsse man der Bevölkerung zeigen und klar machen, daß es nicht nur Extremfälle der Vernichtung gibt, sondern daß viele Kriegsbilder möglich sind. Politik aber ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Menschen sei unhuman. Die Schweiz als Beispiel. Der letzte Tag des Symposions brachte zunächst einen Vortrag von Dr. Wanner, Direktor der Zentralstelle für Gesamtverteidigung, Bern, über die Zivilverteidigung im Rahmen der Gesamtverteidigung am Beispiel der Schweiz. Dr. Wanner verstand es dabei hervorragend, seinen Zuhörern, trotz der Komprimierung des Themas, eine klare Übersicht und einen tiefen Einblick in eine schwierige Materie zu geben. Auch die

Schweiz rechne mit allen Bedrohungsformen, mit dem kalten Krieg, dem subversivrevolutionären Krieg, dem konventionellen Krieg wie auch mit einem Krieg mit Massenvernichtungsmitteln. Er bezeichnete die geistige Verteidigung, getragen von allen Bürgern des Landes, als das Fundament der Gesamtverteidigung.

In Krieg und Frieden

Staatssekretär Dorn, der im Anschluß an diesen Vortrag sprach, zeigte zunächst auf, warum Staaten auf dem Gebiet des Zivilschutzes zwar voneinander lernen könnten, die Schweiz und die BRD jedoch von völlig unterschiedlichen Situationen (hier Bündnis, dort Neutralität) ausgehen müßten. Bei der Behandlung der Frage, ob der Katastrophen-

schutz im Verteidigungsfall noch eine echte Möglichkeit zur Hilfeleistung darstelle, könne man grundsätzlich folgendes feststellen: Der Katastrophenschutz, ob als Schutz oder Hilfeleistung gegen Naturkatastrophen, gegen die durch die Zivilisation bedingten Katastrophen oder gegen die Bedrohung der Menschen durch Krieg, beinhalte immer ein hohes Maß an Schutz und Sicherheit für den Menschen und sei daher sowohl im Frieden wie im Verteidigungsfall gleichermaßen praktikabel. Staatssekretär Dorn sagte wörtlich:

„Natürlich ist es für den Katastrophenschutz im Verteidigungsfall äußerst schwierig, überhaupt zu planen, wenn die Skala der möglichen Folgen für die Zivilbevölkerung, die wir zu erwägen haben, nach Prof.



Die Demonstration der Aufgaben eines Selbstschutzzuges, der sich aus Teilnehmern eines gerade stattfindenden Lehrganges in der BVS-Dienststelle zusammensetzte, war auch ein Teil des Freiburger Besichtigungsprogramms.

Staatssekretär Dorn auf, daß der Katastrophenschutz heute nicht mehr statisch gesehen werden kann, sondern daß er dynamische Züge trägt, die ihn in Anpassung an die Erfordernisse der Zeit und seine humanitäre Funktion ständig umgestalten.

Ansatzpunkten für eine neue ZS-Konzeption gebe, daß aber auch die psychologische Bewußtseinslage der Bevölkerung durchaus normal sei, und man deshalb vom Staat ein vernünftiges Maß an Vorsorge erwarte. Die Notwendigkeit und die Richtigkeit des Zivilschutzes



Dieses stimmungsvolle Bild schoß unser Fotograf, als eine Feldküche des Freiburger Katastrophenschutzes an die Teilnehmer des Symposions einen gut zubereiteten Erbseneintopf ausgab.

von Weizsäcker, 'von verhältnismäßig unbedeutenden Schäden bis an die Auslöschung allen Lebens in unserem Land reicht'. Da wir aber nicht vom Extremfall, von der Vernichtung unserer gesamten Bevölkerung ausgehen können und dürfen, muß ich als Politiker, und sicherlich mit Zustimmung auch der Fachleute, die an der Untersuchung von Prof. von Weizsäcker mitgearbeitet haben, feststellen, daß auch heute der Katastrophenschutz im Verteidigungsfall durchaus noch seinen Sinn hat, denn der Katastrophenschutz soll dem bedrohten, dem verletzten, unter Trümmern begrabenen Menschen helfen zu überleben. Ob dann die gewählte Organisationsform für den Katastrophenschutz und die Möglichkeiten, auf die man sich eingestellt hat, optimal

waren, kann — das muß zugestanden werden — soweit es sich um den Katastrophenschutz im Verteidigungsfall handelt, wegen der Unbestimmtheit des Kriegsbildes und der möglichen Gefahren nur nachher und nicht vorher festgestellt werden. Aber aus der humanitären Funktion des Katastrophenschutzes haben wir alle die Verpflichtung, im Interesse unserer Bevölkerung dafür zu sorgen, daß wir im Rahmen des Möglichen möglichst viele Gefahren und Schadensfälle abdecken. Ohne vorausschauende Planung geht es hier nicht, wenn wir den in Not geratenen Menschen im Ernstfall wirklich helfen wollen". In einem kurzen Ausblick auf friedensmäßige Schwerpunktaufgaben des Katastrophenschutzes zeigte

Zivilschutz muß sein

In einem Schlußwort faßte Dr. Kolb die Ergebnisse des Symposions zusammen. Er hob hervor, daß der Zivilschutz eine Realität sei, die auch in der Bundesrepublik Deutschland anerkannt würde, und zwar auch von Wissenschaftlern. Der Zivilschutz enthalte ein wesentliches Moment, das von den Verfassern der Weizsäcker-Studie gänzlich außer Acht gelassen worden sei, nämlich, die Verpflichtung zur Humanität. Diese müsse auch dort erhalten bleiben, wo scheinbar aussichtslose Positionen gegeben sind. Darum sei es keine Frage mehr, daß Zivilschutz sein müsse. Der Verlauf des Symposions hätte gezeigt, daß es eine ganze Reihe von

werde auch von Seiten der Presse längst nicht mehr in Frage gestellt. Die harte und faire Auseinandersetzung mit der Studie in dem vom BzB veranstalteten Symposium habe ergeben, daß ein moderner, dynamischer Zivil- und Katastrophenschutz Sicherheit und Rettungskapazität produziere und darum zu bejahen ist.

Dieses Symposium war das erste seiner Art, das vom BzB im Rahmen des Lehrauftrages veranstaltet, in der Bundesrepublik stattfand. Es brachte eine ungeheure Stofffülle mit sich, die es nun auszuwerten gilt. Das nächste Symposium muß dann — das war auch die Auffassung der Teilnehmer — mehr von der Frage des Überlebens ausgehen und die Wege dazu präzise aufzeigen.

Jochen von Arnim

Olympiade des Helfens

THW-Bundeswettkampf in Worms —
Saarbrücken gewann den Genscher-Pokal

Lebhaftes Treiben gab es am 23. Oktober in Worms, als rund 700 Helfer des Technischen Hilfswerks zusammengekommen waren, um an dem Endkampf um den vom Bundesminister des Innern gestifteten THW-Pokal teilzunehmen. Alle elf THW-Landesverbände waren mit den



Ministerialdirektor Thomsen (rechts) und Vizepräsident Schmitt warten auf den Minister



Der Minister kam mit einem Hubschrauber des Bundesgrenzschutzes

auf Landesebene ermittelten Siegermannschaften vertreten, begleitet von ihren Orts- und Landesbeauftragten. Die Vorbereitungen hatten bereits zwei Tage vorher begonnen, denn es galt, den großen Festplatz entsprechend herzurichten, die Wettkampfbahnen aufzubauen und den Saal zu schmücken.

Die Helfer des OV Worms hatten, unter der Leitung ihres Ortsbeauftragten Rudolf Hoch und unterstützt von Helfern aus weiteren Ortsverbänden, vollauf zu tun, um der Veranstaltung einen würdigen Rahmen zu geben. So bot sich am Wettkampftag ein eindrucksvolles Bild: Der Festplatz war von THW-Fahnen umsäumt, dazwischen die Fahnen des Bundes, des Landes Rheinland-Pfalz und der Stadt Worms. Plakate im Stadtbild und ein großes Einfahrtstor, von Fahnenbündeln flankiert, forderten

zum Besuch des Wettkampfes auf, und schon am frühen Morgen rollten die ersten Autos der Besucher durch das Tor auf den Platz, auf dem ein reger Betrieb herrschte. Nach der Begrüßung der Teilnehmer, Schiedsrichter und der zuschauenden Helfer durch den Direktor des THW,

Vizepräsident Schmitt, begannen die Wettkämpfe. Nach einem von der Katastrophenschutzschule des Bundes in Ahrweiler entworfenen Plan waren auf dem Platz fünf Stationen abgeteilt worden. Folgende Aufgaben aus dem Gebiet der Bergung waren von den Siegergruppen der einzelnen

Bundesländer zu erfüllen:

I. Stiche und Bunde

Jede Gruppe, eingeteilt in zwei Trupps in der Stärke 1/4, mußte binnen 25 Minuten acht Einzelaufträge (u. a. Binden von Kreuzbunden und Mastwürfen) durchführen.



Die Gäste besteigen das vielbeachtete Amphibienfahrzeug



Die „THW-Flotte“ auf der Fahrt über den Rhein



An Bord (von links nach rechts): Minister Schwarz, Parlamentarischer Staatssekretär Dorn, Major im Bundesgrenzschutz Wegener



Helfer des Technischen Hilfswerkes bergen ein Kraftfahrzeug aus den Fluten des Rheins

II. Verletzentransport

Die beiden Trupps hatten einen Verletzten nacheinander auf ein Bergeltuch, auf eine Krankentrage und auf eine Behelfstrage zu legen und zu transportieren.

III. Motorsäge

Die in drei Halbtrupps zu je 1/2 eingeteilten Gruppen sollten mit der Motorsäge Schneidarbeiten an Rund- und Kanthölzern durchführen, wobei das Holz teilweise mit Bauklammern auf Böcken zu befestigen war. Hier mußte jeder Helfer die Handhabung der Säge praktizieren.

IV. Brennschneidgerät

Die Halbtrupps bekamen die Aufgabe, in eine Eisenplatte Fenster zu schneiden und von einem Doppel-T-Träger ein Stück abzubrennen.

V. Kraftfahren

Fahrer und Beifahrer mußten ihr Fahrzeug durch einen Engpaß fahren, ein Fahrzeug abschleppen und eine Reihe schriftlicher Fragen beantworten.

Die Aufgabenstellung war für diesen ersten Leistungsvergleich auf Bundesebene noch relativ einfach, dafür wurde größter Wert auf die exakte Durchführung sowie auf das allgemeine Verhalten und das Auftreten der Wettkampfteilnehmer gelegt. Fehlerpunkte gab es z. B. schon für das Sprechen der Helfer untereinander, für das Überschreiten der Zeit — ein Mastwurf war in 30 Sekunden zu legen —, für falsch oder nicht sorgfältig genug ausgeführte Einzelarbeiten. Des weiteren konnte sich ein Gruppenführer Fehlerpunkte einhandeln, wenn er die Aufträge nicht klar formuliert an die Helfer

weitergab oder es versäumte, zur richtigen Zeit das richtige Kommando zu geben. Das korrekte Ordnen und Weglegen der benutzten Geräte und Materialien gehörte ebenfalls zur Aufgabenstellung und wurde sehr genau begutachtet. Die Sorgfalt schlug erheblich zu Buche! Da konnte man diesen und jenen Helfer sehen, der sonst die Ruhe selbst war, wie er nervös wurde und nun flüchtig arbeitete, weil ihn die gestrengen Augen des Schiedsrichters irritierten. Insgesamt hatten die 1/12 Mann starken Gruppen an den fünf Stationen 25 Einzelaufgaben zu absolvieren. So ergab sich ein Kampf um jeden Punkt und niemand konnte voraussagen, welche Gruppe den Sieg erringen würde. Sieger des Wettkampfes um den Genscher-Pokal wurde der THW-Ortsverband Saarbrücken mit 231 von 1363 möglichen Fehlerpunkten, gefolgt von Schweinfurt und Hamburg-Altona, die mit 246 und 265 Fehlerpunkten den zweiten und dritten Platz belegten. Stationsbester wurde der Ortsverband Koblenz, der an Station I nur neun Fehlerpunkte bekam, während Saarbrücken und Schweinfurt sich mit je 23 Fehlerpunkten belasteten. Dieser Wettkampf hat den THW-Helfern Freude gemacht; sie waren ganz bei der Sache, um die Trophäe zu erringen. Als Vorbereitung hatten sie sich verstärkt auf die Ausbildung konzentriert, um die Chancen für einen Sieg zu vergrößern. Damit ist der angestrebte Zweck dieses Leistungsvergleichs erreicht worden. Gerade die Vertiefung der Ausbildung war der Ausgangspunkt der Über-



Dipl.-Ing. OB Sulitze (links) und Bauunternehmer OB Hoch



Station I. Der Schiedsrichter begutachtet Stiche und Bunde

legungen, die Bundesminister Hans-Dietrich Genscher veranlaßt hatte, ein Jahr zuvor dem THW einen Pokal zu stiften. So konnte es sich der Minister nicht nehmen lassen, zu dieser Großveranstaltung des THW nach Worms zu kommen. Pünktlich landete er mit einem BGS-Hubschrauber auf einem Campingplatz am rechten Rheinufer, gegenüber dem Wettkampfgelände. Hier wurde er von Heinz Schwarz, dem Innenminister des Landes Rheinland-Pfalz, Wolfram Dorn, dem Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Ministerialdirektor Hans-Arnold Thomsen, dem Leiter der Abteilung zivile Ver-



Fachmännische Arbeiten mit der Motorsäge



Das Foto zeigt einen Wettkampfteilnehmer beim Schneidbrennen

teidigung im Innenministerium in Bonn, sowie von dem Direktor des Technischen Hilfswerks, Vizepräsident Erhard Schmitt, begrüßt. Innenminister Genscher und seine Begleitung wurden mit zwei bereitgestellten Amphibienfahrzeugen des THW-Hochwasser-Alarmzuges von Zugführer Wilhelm Rauh und seinen Männern über den durch Umweltverschmutzung und Trockenheit notleidenden Rhein gesetzt. Diese Überfahrt bot der zahlreich vertretenen Presse Gelegenheit zu Aufnahmen für Tageszeitungen, Fernsehen und Wochenschau. Minister Genscher fühlte sich in seiner Rolle als Kapitän auf großer Rhein-Fahrt, angetan mit



Schiedsrichter Stanowski überzeugt sich mit geübtem Blick von der Exaktheit des Schnittes

der gelben „Kieler Jacke“ (mit eingebauter Schwimmweste), offensichtlich wohl, aber auch die übrigen Gäste hatten ihre Freude an dieser originellen Fähr-Partie, während der sie Vorführungen auf dem Wasser verfolgen konnten: Hier die schnellen Übersetzboote, mit Außenbordmotoren vielseitig verwendbar, dort die Suche des THW mit weiteren Amphibienfahrzeugen nach dem Nibelungenschatz — so wurde neugierigen Zuschauern versichert —, allerdings ohne den erhofften Erfolg, denn am Ausleger-Hebezug hing nur ein alter VW! Übrigens erregten die Amphibienwagen großes Interesse. Das ist

verständlich, denn man bekommt sie nur selten zu sehen. Nur wenige Exemplare dieser Gattung „DUK“ existieren beim THW. Das ist bedauerlich, weil es sich um ein überaus geeignetes Rettungsmittel bei Hochwasser handelt: Die Kletterfähigkeit geht bis zu 60 Prozent Steigung, das Fassungsvermögen liegt bei über 30 Personen, und im Wasser erreicht dieses recht schnelle Fahrzeug immerhin 15 Stundenkilometer. Die kurze Fahrzeit reichte gerade aus, um den Gästen einen Einblick in einen Teil des THW-Wasserdienstes zu geben, dann war das Wormser Ufer erreicht. Publikum und Helfer empfingen den Minister-Konvoi mit



Bundesinnenminister Genscher kann der siegreichen Mannschaft gratulieren und überreicht den erkämpften Pokal



Die stolze Siegermannschaft des Ortsverbandes Saarbrücken

Händeklatschen. Nun wurde die Begrüßungszeremonie u. a. durch Oberbürgermeister Dr. Kuhfuss (Worms) und Dr. Kolb, den Präsidenten des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz, fortgesetzt. THW-Direktor Schmitt leitete die anschließende Siegerehrung mit den Worten ein, es werde diese Veranstaltung, dieser Tag in Worms, in die Geschichte des THW eingehen, weil hier zum ersten Mal die Gruppen aus elf Landesverbänden den Versuch machten, den Besten aus ihrem Kreis zu ermitteln. Der Vizepräsident dankte den Gästen, unter ihnen mehrere Bundestags- und Landtagsabgeordnete, für ihr Erscheinen und drückte die Hoffnung aus, daß das Engagement des Innenministers Genscher und seines Parlamentarischen Staatssekretärs Dorn für die Sache des Zivilschutzes zu einer weiteren Förderung des THW führen möge. Oberbürgermeister Dr. Kuhfuss überbrachte die Grüße der Stadt Worms. Er regte in seiner Ansprache an, die Städte über 50 000 Einwohner mit Trinkwasseraufbereitungsanlagen auszustatten, denn diese Aggregate hätten sich bei Katastropheneinsätzen gut bewährt. Besonderen Beifall erhielt der Oberbürgermeister, als er — im Hinblick auf die Stärke, Gliederung und die Ausrüstung des Katastrophenschutzes — sagte, man möge die Allgemeinen Verwaltungsvorschriften schnellstens herausgeben, damit die Effektivität der Einheiten verstärkt werden könne. Landesinnenminister Schwarz versicherte den versammelten Helfern, er sei froh darüber, daß der Geist der



Minister Schwarz überreicht den zweiten Preis dem OV Schweinfurt

Hilfsbereitschaft der vielen Freiwilligen in den Organisationen im Falle der Not alle kleinlichen Eifersüchteleien und Alltagsschwierigkeiten vergessen lasse. An Minister Genscher, an den Parlamentarischen Staatssekretär Dorn und an die Bundestagsabgeordneten richtete er die dringende Bitte, bei der Festsetzung von Prioritäten die Sicherheit, den Schutz der Bevölkerung im Auge zu behalten. Mit einer kleinen „Olympiade des Helfens“ verglich Hans Dietrich Genscher diesen Leistungswettbewerb des THW auf Bundesebene, bei dem es, wie bei den bevorstehenden Olympischen Spielen, in der Hauptsache darauf ankäme,



Oberbürgermeister Dr. Kuhfuss überreicht als dritten Preis eine Vase

dabei zu sein und Leistungsreserven zu mobilisieren. Besonders eingehend würdigte der Innenminister die freiwillige Leistung der ehrenamtlich tätigen Helfer, die bei einem Pro-Kopf-Aufwand von etwa 200 Stunden im Jahr die respektable Summe von 14 Millionen Stunden für Ausbildung und Einsatz im Bereich des THW ergibt. Dagegen stellte Genscher das Verhalten vieler Mitbürger, deren Einsatz für die Allgemeinheit sich nur darin zeige, aus dem bequemen Fernsehsessel heraus den Staat und seine Einrichtungen zu kritisieren, die Mitarbeit und das Bemühen um den Fortschritt aber anderen zu überlassen. Die Demo-



Bundesminister Genscher dankt den Helfern für ihre guten Leistungen



Auf der Rednertribüne: Vizepräsident Schmitt, Direktor des Technischen Hilfswerkes, bei seiner Ansprache



Oberbürgermeister Dr. Kuhfuss überbringt die Grüße der Stadt Worms

kratie stehe und falle mit der Mitwirkung und Einsatzbereitschaft unserer Staatsbürger. Der Minister sagte dann, er lege auf die Eigeninitiative größten Wert. Und je mehr man vom anonymen Staat fordere, desto geringer werde der Raum für diese so notwendige Eigeninitiative. Er dankte den Helfern für den Dienst im THW und betonte, sie hätten sich dadurch der humanitären Gemeinschaftsaufgabe für den Dienst am Nächsten verschrieben und seien infolgedessen kritische Bürger, die aus gesellschaftspolitischem Verantwortungsbewußtsein heraus bereit seien, nicht nur zu reden, sondern auch zu arbeiten! Hier zeige sich, so

betonte Genscher, die gelebte Demokratie. Deshalb gebühre denen, die eine solche Einstellung beweisen, Dank und Anerkennung. Im weiteren Verlauf seiner Ansprache ging der Minister auch auf den gerade erfolgten Mord an einem jungen Polizisten in Hamburg ein. Er verdammt die verabscheuungswürdige Tat und bat um Verständnis für die notwendigen polizeilichen Maßnahmen. In diesem Zusammenhang forderte er auch die Bürger auf, die Einrichtungen des Staates zu bejahen. Dies gelte für Bundeswehr, Bundesgrenzschutz, Polizei und Organisationen wie das THW in gleicher Weise. Schließlich sprach Minister Genscher noch ein Problem an, das ihm ein besonderes Anliegen sei, nämlich die Bildung von THW-Helfergemeinschaften zur Interessenvertretung der Helfer und ihrer sozialen Betreuung. Die Gemeinschaften sollen auf allen Stufen des Aufbaues der Organisation beruhen, bei den Ortsverbänden, den Landesverbänden und auf Bundesebene. Die entsprechenden Regelungen seien in Arbeit. Starke Beachtung fanden auch die Worte des Bundesministers, mit denen er vom Staat forderte, die Freiwilligen, die von ihm zur Mitarbeit im Katastrophenschutz aufgerufen wurden, auch mit Gerät, Unterkünften und persönlicher Ausrüstung zu versehen, damit der Idealismus nicht wirkungslos verpuffe. Dieser Verpflichtung sei sich aber die Regierung bewußt, und sie habe deshalb trotz anderer wichtiger Aufgaben dem Katastrophenschutz und insbesondere dem THW erhöhte Haushaltsmittel zugeführt.

Nach den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Worten von Hans-Dietrich Genscher erfolgte die Siegerehrung. Der Ortsverband Saarbrücken erhielt den heiß umkämpften Pokal aus der Hand des Bundesministers des Innern. Der Ortsverband Schweinfurt erhielt von Landesminister Schwarz eine Ehrengabe in Form einer Schale, und den dritten Preis, eine Vase, übergab Oberbürgermeister Dr. Kuhfuss dem Bezirksverband Hamburg-Altona. Während sich Helfer und Gäste schon zum Mittagessen begaben, fand Minister Genscher noch Zeit für eine kurze Besprechung, in der es hauptsächlich um den weiteren Ausbau des THW, insbesondere aber um die Schaffung geeigneter Unterkünfte ging. Hier steht, nach seinen Worten, der Bau von Katastrophenschutz-Zentren im Vordergrund. Beim Mittagessen in dem festlich geschmückten und bis auf den letzten Platz gefüllten Saal der Rudergesellschaft überreichte der Direktor des THW, Vizepräsident Schmitt, dem obersten Dienstherrn der Organisation das Helferabzeichen in besonderer Ausführung als Dankesgabe und zur Erinnerung an diesen denkwürdigen Tag. Bundesminister Genscher nahm diese Ehrung erfreut entgegen. Vor seiner Abreise folgte Genscher noch einer Einladung der Stadt Worms und trug sich in das Goldene Buch ein. Ein Gespräch des Parlamentarischen Staatssekretärs Dorn mit Repräsentanten des THW, mit Helfern, Ortsbeauftragten, Landesbeauftragten, der THW-Leitung und Ministerialdirektor



Im Rathaus der Stadt Worms (von links nach rechts): Minister Schwarz, Bundesinnenminister Genscher, Oberbürgermeister Dr. Kuhfuss, Vizepräsident und Direktor des THW Schmitt und Präsident Kolb



Bundesminister des Innern H. D. Genscher trägt sich in das Goldene Buch der Stadt Worms ein

Thomsen diente der Klärung verschiedener Fragen, die das THW betreffen. Sehr angeregt wurde über die Zukunft des THW debattiert, über die im Werden befindliche Helfervertretung, über Probleme der Beschaffung sowie u. a. über eine einheitliche, zweckmäßige Dienstbekleidung, für die das Geld noch immer nicht reicht, obwohl sich die finanzielle Lage gegenüber 1969 um rd. 9 Millionen DM auf 16 Millionen DM verbessern ließ. Staatssekretär Dorn und seine Gesprächspartner hatten hier, zum zweiten Mal in Jahresfrist, ausgiebig Gelegenheit, in die Details zu steigen.

Der große Tag des THW klang in einem Kameradschaftsabend aus, der noch einmal alle Wettkampfteilnehmer und Vertreter der THW-Landesverbände vereinte. Für Musik sorgte die Feuerwehr, heitere Unterbrechungen brachte ein Unterhaltungsprogramm. Wenn auch manche organisatorische Kleinigkeit nicht ganz geklappt hat, so war es doch ein runder Tag, der viel Mühe gekostet hatte, aber wohl jedem in guter Erinnerung bleiben wird. Darüber hinaus aber hat diese Veranstaltung zweifellos dem THW Antrieb gegeben und hat auch in der Öffentlichkeit — nicht zuletzt durch das wohlwollende Echo in Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen — einen guten Eindruck hinterlassen. Dank sei an dieser Stelle aber auch all den vielen Helfern gesagt, die sich um die Vorbereitung und um die organisatorische Durchführung des



Bundesminister Genscher freut sich über das ihm vom Direktor des THW verliehene THW-Helferabzeichen in besonderer Ausführung

Bundeswettkampfes verdient gemacht haben, sei es, daß sie den Wettkampfpfplatz herrichteten, Fahnenmasten aufstellten, Zelte aufbauten, Plakate anklebten, Essen für die Helfer und Bevölkerung kochten oder wie die „Ober“ vom Ortsverband Frankenthal

mit weißen Jacken für die Bedienung aller Anwesenden beim Mittag- und Abendessen sorgten. Es ist unmöglich, alle Arbeiten aufzuzählen — die Namen derer zu nennen, die diesen Tag gestalten halfen, zum Besten des THW.

Mehrzweckanlagen einfacher fördern

Pauschalierung und neue Verfahrensregeln

Bei Schutzräumen unterscheidet man grundsätzlich zwei Arten: Hausschutzräume und öffentliche Schutzräume. Hausschutzräume mit bis zu 50 Schutzplätzen stehen stets in unmittelbarem Zusammenhang mit den dazugehörigen Wohngebäuden oder Arbeitsstätten. Öffentliche Schutzräume sind Großschutzräume mit einer Aufnahmefähigkeit für mindestens 1 000 Personen; sie sind für Fußgänger und andere Verkehrsteilnehmer

sowie für Besucher öffentlicher Einrichtungen und Versammlungsstätten, wie Behörden, Kaufhäuser, Theater, Kinos, Kirchen und dgl., im näheren Umkreis bestimmt.

Während die Bundesregierung für die freiwillige Errichtung von Hausschutzräumen in Zusammenhang mit Wohnungsneu- und Erweiterungsbauten beträchtliche Zuschüsse gewährt, übernimmt sie schon seit geraumer Zeit bei öffentlichen Schutzräumen

in Zusammenhang mit unterirdischen Bauten des ruhenden oder fließenden Verkehrs sämtliche schutzbaubedingten Mehrkosten. Bisher war hierfür allerdings ein zeitraubender und umständlicher Instanzenweg erforderlich. Wie vom Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, W. Dorn, schon seit langem gefordert und vor einiger Zeit angekündigt, wurden Anfang November die „Verfahrensregeln für die Errichtung öffentlicher

Schutzräume in Verbindung mit unterirdischen baulichen Anlagen (Mehrzweckanlagen) Fassung 1. Okt. 1971“ veröffentlicht. In Heft 4/71 des ZS-Magazins haben wir schon kurz darauf hingewiesen.

Im folgenden veröffentlichen wir den vollen Wortlaut dieser Verfahrensregeln:

Im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen wird für die Errichtung von öffentlichen Schutzräumen in Verbindung mit unterirdischen baulichen Anlagen (Mehrzweckbauten) folgende Verfahrensregelung festgelegt:

1. Grundsätzliches

1.1. Bei der Errichtung unterirdischer baulicher Anlagen kann der Bund auf Grund besonderer vertraglicher Vereinbarungen die zivilschutzbedingten Mehrkosten übernehmen, die durch den (Teil-) Ausbau zu einem öffentlichen Schutzraum entstehen, sofern das Bauvorhaben zivilschutztaktisch und zivilschutztechnisch geeignet ist und die für Zivilschutzzwecke zur Verfügung stehende geplante Nutzfläche mindestens 900 m² beträgt (z. B. bei Tiefgaragen mindestens 36 Einstellplätze).

1.1.1. Die zivilschutzbedingten Mehrkosten werden durch Pauschalbeträge abgegolten. Die Pauschalbeiträge sind aus den Anlagen zu entnehmen.

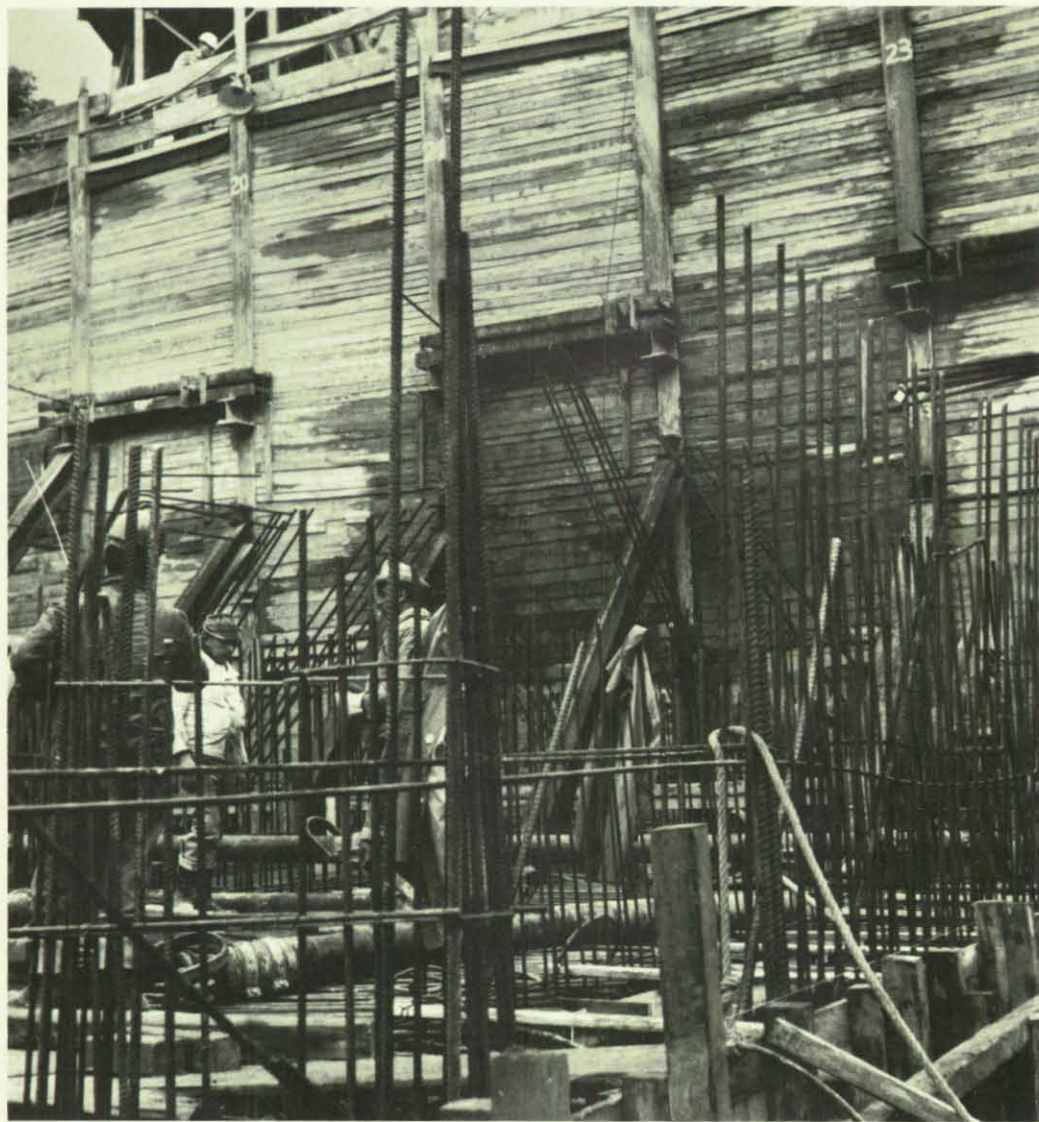
1.1.2. In Ausnahmefällen kann abweichend von Ziff. 1.1.1. vereinbart werden, daß

der Bund die zivilschutzbedingten Mehrkosten auf Nachweis erstattet. Baunebenkosten werden den Gebietskörperschaften durch einen Pauschalbetrag in Höhe von 8 % der zivilschutzbedingten Erschließungs- und Baukosten des Mehrzweckbaues erstattet.

1.1.3. Für den Ausgleich aller sonstigen mit der Errichtung und dem Vorhandensein des Schutzraums im Zusammenhang stehenden Vermögensnachteile wird ein zusätzlicher Betrag von 50 DM je Schutzplatz ohne Nachweis gewährt, insbesondere für

a) Zurverfügungstellen des Grund und Bodens;

b) Bereithalten des Schutz-



Ein riesiges Loch inmitten einer Stadt — das ist der Beginn einer Mehrzweckanlage. Die Endstufe als Großschutzraum bedingt starke Betondecken und -wände sowie entsprechende Armierung.

raumes für Zivilschutzzwecke (einschl. Übungen);
c) dingliche Sicherung des Nutzungsrechtes des Bundes;
d) zivilschutzbedingten Verwaltungsaufwand.

Statt der Abgeltung der sonstigen Vermögensnachteile durch den o. a. Betrag kann der Bauherr den Ausgleich auf Nachweis geltend machen. In diesem Falle ist eine entsprechende vertragliche Vereinbarung über eine einmalige Abgeltung zu treffen. Gebietskörperschaften können Vermögensnachteile nicht geltend machen.

1. 1.4. Sondervermögen des Bundes und juristische Personen, an denen Gebietskörperschaften überwiegend beteiligt sind, sind Gebietskörperschaften i. S. dieser Verfahrensregeln gleichzustellen.

1. 1.5. Im Falle einer negativen zivilschutztechnischen Beurteilung trägt der Bund die Aufwendungen, die dem Bauherrn durch die im Vertrag geforderten Leistungen für die Beurteilung der zivilschutztechnischen Eignung entstanden sind.

1. 2. Bei der Planung von öffentlichen Schutzräumen sind folgende Grundsätze in der jeweils neuesten Fassung anzuwenden.

Z. Zt. gelten:

1. 2.1. „Bautechnische Grundsätze für Großschutzräume des Grundschutzes in Verbindung mit Tiefgaragen als Mehrzweckbauten“, Fassung November 1968; Bundesbaublatt Heft 12, Dezember 1968.

1. 2.2. „Bautechnische Grundsätze für Großschutzräume des Grundschutzes in Verbindung mit unterirdischen Bahnen als Mehrzweckbauten“, Fassung August 1969; Bundesanzeiger Nr. 176 vom 23. September 1969, Beilage 22/69.

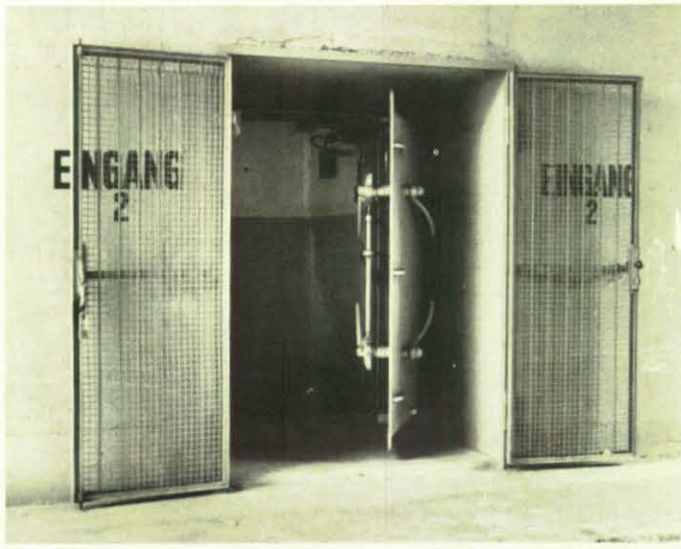
1. 2.3. „Technische Grundsätze für Ausführung, Prüfung und Abnahme von Lüftungstechnischen Bauelementen in Schutzräumen in der Fassung September 1969; Bundesanzeiger Nr. 192 vom 15. Oktober 1969, Beilage 25/69.

1. 2.4. „Bautechnische Grundsätze für Lieferung und Abnahme von Abschlüssen der Schutzräume“, Fassung April 1969; Bundesanzeiger Nr. 104 vom 11. Juni 1969, Beilage 13/69.

1.3. Die Verwaltung und



Diese Tiefgarage zeigt dem Benutzer nur wenig von ihrem Zweck, gleichzeitig als Schutzraum zu dienen.



Eingang zum eigentlichen Schutzraum in einer Mehrzweckanlage.



Einfache Liegen für einen längeren Aufenthalt in einem Großschutzraum.

Unterhaltung des fertiggestellten Schutzraumes und seiner Ausstattung bestimmen sich nach den einschlägigen Gesetzen und Verwaltungsvorschriften des Bundes.

2. Verfahrensgang

2.1. Über die zivilschutztaktische Eignung entscheidet der Bundesminister des Innern, erforderlichenfalls nach Anhören der Interministeriellen Kommission für die Errichtung von öffentlichen Schutzräumen in Verbindung mit unterirdischen baulichen Anlagen“ (IMK). Der IMK gehören unter Federführung des Bundesministers des Innern an:

Der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen,
Der Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen,
Der Bundesminister für Verkehr.

Diese Entscheidung, die auch unter Berücksichtigung der voraussichtlich verfügbaren Ausgabemittel des Bundes getroffen wird, ist dem Antragsteller, den Mitgliedern der IMK und dem Innenminister (-senator) des Landes mitzuteilen.

2.2. Bei positiver Beurteilung der zivilschutztaktischen Eignung durch den Bundesminister des Innern ist zwischen Bauherr und Bund – letzterer vertreten durch den Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen, dieser vertreten durch die zuständige Oberfinanzdirektion – zu verhandeln und ein Vertrag über den zivilschutzmäßigen Ausbau des zivil geplanten Objektes abzuschließen.

2.3. Auf Grund der im Vertrag bezeichneten, vom Bauherrn vorzulegenden Unterlagen entscheidet die Oberfinanzdirektion über die zivilschutztechnische Eignung nach baufachlichen und finanziellen Gesichtspunkten.

3. Unterlagen für die zivilschutztaktische Beurteilung

3.1. „Anträge auf Förderung eines Mehrzweckbaues aus Mitteln des Bundeshaushalts“ sind dem Bundesminister des Innern formlos in siebenfacher Ausfertigung über die Gemeindeverwaltung einzureichen. Die Anträge sollen bereits im Stadium der Vorplanung des Friedensbauwerks ohne Zivilschutzplanung

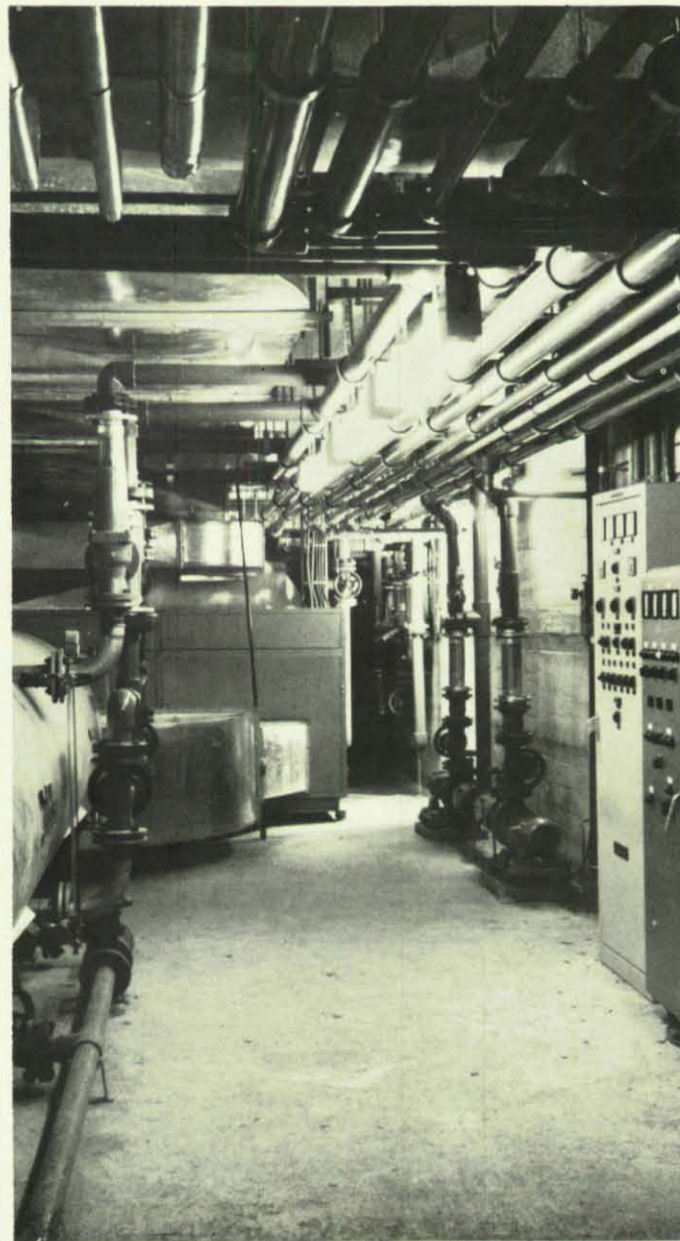
gestellt werden. Dabei ist die Möglichkeit einer Verwendung des Bauwerks als Mehrzweckbau kurz zu erläutern.

Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen:

- 3.1.1. Pläne oder Skizzen des geplanten Friedensbauwerks;
 - 3.1.2. Baubeschreibung mit Angaben über Beginn und Fertigstellung des geplanten Friedensbauwerks;
 - 3.1.3. Grundriß- und Querschnittsskizzen (Umrisse genügen) des geplanten Schutzraumes mit Anzahl der vorgesehenen Schutzplätze;
 - 3.1.4. Äußerung der Wasserbehörde oder des Tiefbauamtes zu der Frage, ob innerhalb des Grundstückes oder in nächster Nähe das für den Mehrzweckbau nach den Bautechnischen Grundsätzen benötigte Wasser gewonnen werden kann (vgl. Anlage 14 der unter Abschnitt 1.2.1 aufgeführten Bautechnischen Grundsätze);
 - 3.1.5. Angabe der Höhe des höchsten Grundwasserstandes und der Höhe der Sohle des geplanten Schutzraumes (jeweils über NN);
 - 3.1.6. Lageplan (im Maßstab 1:1000 oder größer), aus dem die vorhandenen, die zu erstellenden und etwaige nach dem Bebauungsplan mögliche Baulichkeiten in unmittelbarer Nähe ersichtlich sind, unter Angabe der Geschoßzahl, Traufhöhe und der Konstruktion (Mauerwerksbau oder Skelettbau).
- 3.2. Hält die Gemeindeverwaltung das Bauvorhaben nach der örtlichen Zivilschutzkonzeption für geeignet, so leitet sie den Antrag in siebenfacher Ausfertigung auf dem Dienstweg über den Innenminister (-senator) des Landes dem Bundesminister des Innern mit folgenden ergänzenden Unterlagen zu:
- 3.2.1. Zivilschutztaktisches Gutachten des örtlichen Zivilschutzleiters über den geplanten Mehrzweckbau mit folgenden Angaben:
 - 3.2.1.1. Entfernung zu den nächsten geplanten und vorhandenen Schutzräumen und Schutzbauwerken und deren Fassungsvermögen (eingezeichnet im Stadtplan oder Stadtplanausschnitt);
 - 3.2.1.2. grob geschätzte Zahl der Verkehrsteilnehmer (Fußgänger und Insassen von Verkehrsmitteln) im Umkreis von 500 m um den geplanten



Ausreichende Waschgelegenheiten sind bei längerem Aufenthalt im Schutzraum Voraussetzung.



Unser Foto zeigt einen Ausschnitt aus der technischen Zentrale eines großen Schutzraumes.

Schutzraum;

3.2.1.3. grob geschätzte Zahl der Besucher in Behörden, Kaufhäusern, Theatern, Kinos, Kirchen und sonstigen Versammlungsstätten im Umkreis von 500 m um den geplanten Schutzraum.

3.3. Der Innenminister (-senator) des Landes fügt seine Stellungnahme dem zivilschutztaktischen Gutachten der Gemeinde bei.

4. Inhalt des Vertrages zwischen Bauherrn und Bund

Durch den Vertrag nach Abschn. 2.2. werden erforderlichenfalls folgende Punkte geregelt:

- 4.1. Einzureichende Unterlagen für die Beurteilung der zivilschutztechnischen Eignung.
- 4.2. Erstellung der Planungsunterlagen.
- 4.3. Beteiligung des Bundes.
- 4.4. Bereitstellung der Bundesmittel und Abrechnung.
- 4.5. Für die Ermittlung der zivilschutzbedingten baulichen Mehrkosten ist die Friedensaussführung der Zivilschutzausführung gegenüberzustellen. In beiden Planungen sind die prüfbar aufgeschlüsselten Leistungen, Massen und Kosten einschließlich der hierzu erforderlichen vermaßten Planunterlagen und Erläuterungen notwendig. (Entfällt bei Abgeltung durch Pauschalbeträge).
- 4.7. Baunebenkosten des Bauherrn (entfällt bei Abgeltung durch Pauschalbeträge).
- 4.8. Ausstattung
 - 4.8.1. soweit sie vom Bauherrn auf Kosten des Bundes zu beschaffen ist (entfällt bei Abgeltung durch Pauschalbeträge);
 - 4.8.2. soweit die Mittel hierfür vom Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz auf Antrag des örtlichen Zivilschutzleiters über das Land zugeteilt werden;
- 4.9. Ausgleich zivilschutzbedingter Vermögensnachteile;
- 4.10. Dingliche Sicherung der Benutzungsrechte des Bundes.

5. Übergabe des Schutzraumes

Nach Fertigstellung des Schutzraumes trifft die Gemeinde die Verpflichtung gemäß § 18, Abs. 2 und 3 des Schutzbaugesetzes.

Anlage 1

Pauschalbeträge für die Ab-

geltung der zivilschutzbedingten Mehrkosten bei der Errichtung von Mehrzweckbauten in unterirdischen Anlagen des fließenden Verkehrs

Pauschalbetrag je Schutzplatz für Objekte mit einer Gesamt-schutzplatzanzahl

bis 2500 Personen 1950,- DM
2501 — 3500 Pers. 1870,- DM
3501 — 4500 Pers. 1790,- DM
4501 und mehr 1720,- DM

Hiermit werden abgegolten: alle zivilschutzbedingten Mehrkosten einschließlich der Erschwernisse, Nebenkosten und Aufwendungen für Ausstattung (soweit diese vom Bauherrn auf Kosten des Bundes zu beschaffen ist) und sonstige mit der Errichtung und dem Vorhandensein des Schutzraums in Zusammenhang stehenden Nachteile. Obige Pauschalbeträge werden unter angemessener Berücksichtigung der vom Statistischen Bundesamt festgestellten Bauindexentwicklung für „Bauleistungen am Gebäude“ fortgeschrieben — Basis: Baupreisindex Mai 1971 (2. Quartal).

Anlage 2

Pauschalbeträge für die Abgeltung der zivilschutzbedingten Mehrkosten bei der Errichtung von unterirdischen Mehrzweckbauten (ausgenommen Anlagen des fließenden Verkehrs in Tiefgaragen, Lagerräumen, u. dgl.) werden in Kürze veröffentlicht.

Friedensnutzung im Vordergrund

Mehrzweckanlagen sind unterirdische Bauwerke, insbesondere Verkehrsanlagen (z. B. Untergrundbahnen), Tiefgaragen, aber auch Lagerhallen, die durch entsprechenden Ausbau und besondere technische Einrichtungen gleichzeitig als Schutzraum verwendet werden können.

Die friedensmäßige Hauptnutzung steht dabei im Vordergrund, der Schutzraum hat sich unterzuordnen. Grundsätzlich muß man zwischen Mehrzweckbauten in unterirdischen Bahnen und solchen in Tiefgaragen oder unterirdischen Lagerhallen unterscheiden. Die jetzt in vielen Großstädten beschleunigt betrie-

bene Verlegung des öffentlichen Verkehrsnetzes unter die Erde bietet günstige Voraussetzungen für die gleichzeitige Errichtung einer großen Zahl von Schutzplätzen. Viele Städte konnten sich bisher nicht dazu entschließen; aber auf der anderen Seite sind sie beim Bau ihrer unterirdischen Verkehrsanlagen auf eine beträchtliche finanzielle Unterstützung des Bundes angewiesen. So bietet sich hier dem Bund eine große Möglichkeit der Einflußnahme. Das am 18. März 1971 veröffentlichte „Gesetz über Finanzhilfen des Bundes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden“ (Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz) enthält folgerichtig den folgenden Paragraphen:

§ 12 Öffentliche Schutzräume

(1) Der Bundesminister des Innern kann den Träger einer unterirdischen Verkehrsanlage, die in das Programm nach § 6 Abs. 1 aufgenommen ist, auffordern, in der Verkehrsanlage öffentliche Schutzräume einzurichten, wenn der Bund die entstehenden Mehrkosten trägt.

(2) Die Aufforderung nach Abs. 1 muß innerhalb eines Jahres nach Mitteilung des Programms ausgesprochen werden, in dem das Vorhaben erstmals ausgewiesen ist. Die Frist verkürzt sich auf ein halbes Jahr, wenn mit dem Vorhaben innerhalb der nächsten zwei Jahre begonnen werden soll.

(3) Falls die Aufforderung rechtzeitig ergeht, darf das Vorhaben mit Zuwendungen oder Investitionszuschüssen nach diesem Gesetz nur gefördert werden, wenn der Träger des Vorhabens der Aufforderung nachkommt.

(4) Im Land Berlin sind die Abs. 1 — 3 mit der Maßgabe anzuwenden, daß an die Stelle des Bundesministers des Innern die zuständige oberste Landesbehörde für den Zivilschutz tritt.

Mehr Einfluß für den Bund

Durch dieses Gesetz hat der Bund in Zukunft die Möglichkeit, im Rahmen der zur

Persönliche Darlehen

kurzfristig — mittelfristig — langfristig

für alle Beamten, Berufs- und Zeitsoldaten, Angehörige des öffentlichen Dienstes und der freien Wirtschaft

langfristig als Vorauszahlung — in bar — einer Lebensversicherung — kurz- und mittelfristig in Verbindung mit einer Lebensversicherung. Keine Bürgen oder dingliche Sicherheiten. Fordern Sie kostenlose unverbindliche Auskunft mit Angaben von Familienstand, Kindern unter 18 Jahren, Nettoeinkommen, Beruf, Geburtsdatum, Höhe des Darlehenswunsches.

Beamten-Anschaffungshilfe E. Andermann KG

5 Köln 60, Eschenbachstraße 54, Am Bilderstöckchen, Telefon 73 65 29

Verfügung stehenden Haushaltsmittel die Vielzahl der entstehenden unterirdischen Bahnen schutzbaumäßig ausbauen zu lassen. Dies wird zweifellos der künftige Schwerpunkt im öffentlichen Schutzraumbau sein.

In den vergangenen Jahren wurden etwa 20 Tiefgaragen mit Bundesmitteln als Mehrzweckanlage errichtet. Bau-träger waren Gemeinden, Gebietskörperschaften und auch private Bauherren. Auf diesem Sektor ist man nach wie vor auf die Bereitschaft des jeweiligen Bauherren angewiesen

Ehe es zur Errichtung einer solchen Anlage kommen kann, müssen zwei Dinge geklärt werden: die zivilschutztaktische und die zivilschutztechnische Eignung des Objekts.

Über die zivilschutztaktische Eignung entscheidet der Bundesminister des Innern mit einer interministeriellen Kommission auf Grund des Gutachtens der Gemeinde, in der das geplante Mehrzweckbauwerk liegt. Daraus muß hervorgehen, daß an der vorgesehenen Stelle ein besonders starker öffentlicher Verkehr herrscht. Eine Mehrzweckanlage „auf einer grünen Wiese“ ist ebenso wenig förderungswürdig wie eine, die unmittelbar neben einer schon vorhandenen errichtet werden soll.

Die zivilschutztechnische Eignung wird durch die zuständige Oberfinanzdirektion festgestellt. Sie hängt z. B. ab vom Baugrund, vom Grundwasserstand, von der Zufuhr ausreichender Wassermengen sowie von Art und Form des geplanten Bauwerks in seinem eigentlichen Nutzungszweck. Die

Ablehnung kann erfolgen, wenn der erforderliche Schutzzumfang wirtschaftlich nicht vertretbare Mehrkosten verursachen würde.

Vertraglich abgesichert

Nach positivem Abschluß dieser Prüfung wird zwischen dem Bund und dem Bauherrn ein Vertrag geschlossen. Nach den neuen Verfahrensregeln wird dabei davon ausgegangen, daß der Bauherr je errichteten Schutzplatz einen bestimmten Pauschalbetrag erhält. Gegenüber den bisherigen Regelungen ist dies ein wesentlicher Fortschritt. Denn bisher mußten die Mehrkosten dadurch ermittelt werden, daß den Baukosten der Mehrzweckanlage die Kosten ohne Ausbau und Einrichtung als Schutzbau gegenübergestellt wurden.

Der zweite wesentliche Fortschritt bei der neuen Regelung besteht darin, daß sich die Gemeinden nicht mehr zuvor dazu bereiterklären müssen, die fertige Anlage zu übernehmen. Dies ist deshalb überflüssig geworden, da die Gemeinden nach § 19 Abs. 3 des Schutzbaugesetzes dazu ohnedies verpflichtet sind. Die Pauschalbeträge für Schutzbauwerke in unterirdischen Bahnen gehen aus Anlage I der Verfahrensregeln hervor. Die Pauschalbeträge für Anlagen in Tiefgaragen und Lagerhallen werden in Kürze veröffentlicht. Sie werden niedriger sein, weil bei ihnen die Errichtung von Schutzanlagen hinsichtlich Platzbedarf und Technik weniger aufwendig ist.

Alle Kriegswaffen sind darauf gerichtet, menschliches Leben und Sachwerte zu zerstören. Chemische und biologische Waffen richten sich allein gegen das Leben. Sollten diese Waffen jemals in großen Mengen in einem Kriege eingesetzt werden, so ist unabsehbar, wie nachhaltig ihre Wirkungen wären und welchen Einfluß sie auf das menschliche Zusammenleben und auf unsere Umwelt haben würden. Die Anwendung dieser Waffen wurde durch das Genfer Protokoll von 1925 und in jüngster Zeit durch Entschlüsse der Generalversammlung der Vereinten Nationen verurteilt und verboten. Der Einsatz solcher Waffen kann dennoch nicht ausgeschlossen werden. Die Bilder dieses Beitrags zeigen — als Übung vorgeführt — einige Schutzmaßnahmen gegen chemische Kampfstoffe, und zwar die Anwendung des ABC-Selbsthilfesatzes und der ABC-Schutzpläne.

Helmut Freutel

Schnelle Hilfe leicht gemacht

Gewöhnungsübungen mit der ABC-Schutzausstattung

Fotos: Günter Sers

Mit dem ABC-Selbsthilfesatz aus der persönlichen Ausstattung der Helfer im Katastrophenschutz kann man flüssige chemische Kampfstoffe auf der Haut wie auch auf der Bekleidung sofort durch Selbst- oder Fremdhilfe entgiften. Unbedeckte Hautstellen werden mit Entgiftungspuder stark eingepudert.

Man läßt den Puder eine Minute lang einwirken, wobei man erkennbare Kampfstoffspritzer zunächst mit dem Tupfer abtupft und die Stellen erneut stark eingepudert. Hat man den Puder rasch und gründlich durch Abschütteln oder Abwischen entfernt, wiederholt man die Entgiftung.





Die betroffenen Hautstellen müssen dann, wenn irgend möglich, mit Wasser und Schmierseife gewaschen werden. Zu diesem Zweck gehören zum ABC-Selbsthilfesatz auch drei Tuben Schmierseife. Mit ihr könnte man im Bedarfsfall auch radioaktiven Staub von der Körperoberfläche abwaschen. Die Teile des

ABC-Selbsthilfesatzes werden in einem Kunststoffbeutel ausgegeben, wo sie bis auf weitere Anweisung zu belassen sind. Der Entgiftungspuder befindet sich in einem Kunststoffbehälter, der in der Schutzmasken-tragetasche mitgeführt wird.

Die Entgiftung flüssiger chemischer Kampfstoffe auf der Haut muß unmittelbar nach der Vergiftung vorgenommen werden. Statt der Tupfer kann man natürlich auch anderes saugfähiges Material nehmen. Der Gebrauch dieser Mittel ist zunächst ohne, später mit aufgesetzter Schutzmaske zu üben. Der ABC-Selbst-

hilfesatz enthält neben den schon erwähnten Teilen noch eine Packung Wundschutzverband zum Schutze kleinerer Hautverletzungen und zwei Paar Ohrpfropfen, die bei Trommelfellverletzungen ein Eindringen gefährlicher Stoffe ins Ohr verhindern sollen.



Bei rechtzeitig erkannten Sprühangriffen mit Kampfstoffen aus der Luft kann der Gebrauch der ABC-Schutzplane notwendig werden. Wie sie gehandhabt wird, demonstriert ein Helfer auf den folgenden Bildern. Im Ernstfall blieben ihm für diese Schutzmaßnahme nur wenige Sekunden Zeit.

Indem er einen Schritt nach vorn tut, wirft der Helfer die Schutzplane nach hinten. Sofort nach dem Entfalten geht er — möglichst immer noch unter Anhalten des Atems — mit den Knien zu Boden. Die vier Enden der Plane zieht er dann unter Knie und Füße, um die Plane vor dem Fortwehen zu schützen.





Schutzmaske und Helm sind aufgesetzt, jetzt richtet sich der Helfer wieder auf. Dabei vermeidet er — bei der Demonstration ohne Handschuhe —, mit der Außenseite der ABC-Schutzplane, die im Ernstfall ja verseucht sein könnte, in Berührung zu kommen. Die ABC-Schutzmaske verhindert das Eindringen von Kampfstof-

fen in die Atemwege, wenn sie richtig verpaßt und in einem einwandfreien Zustand ist. Sie schützt außerdem Gesicht und Augen vor dem Kampfstoff.



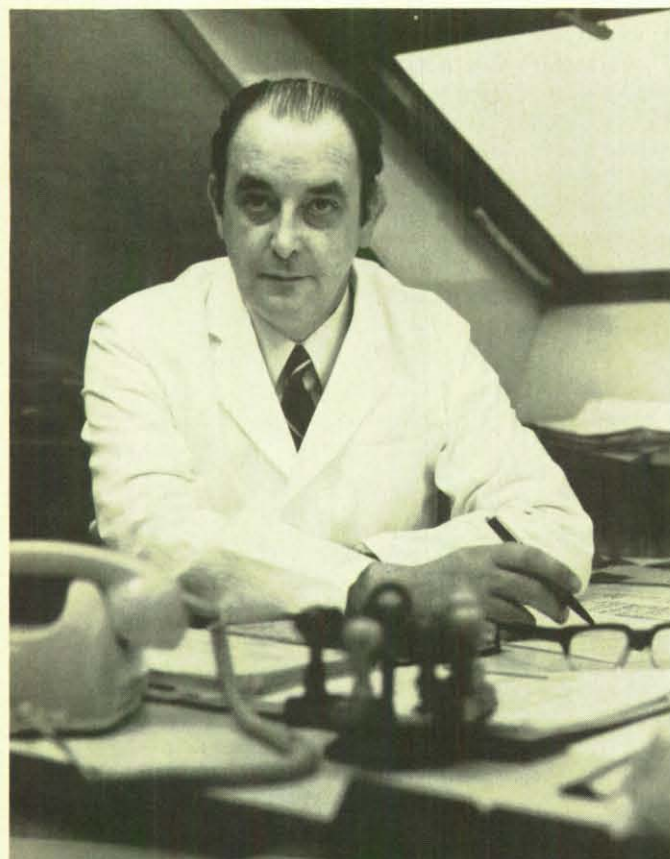
Unter der ABC-Schutzplane entnimmt der Helfer der Tragetasche seine Schutzmaske und setzt sie auf. Man kann sich leicht vorstellen, daß er das nur kann, wenn er mit diesem lebenswichtigen Schutzgerät durch und durch vertraut ist. Dabei muß er darauf achten, daß er von der ABC-Schutzplane bedeckt bleibt. Jetzt sollte er

noch seine Kleidung abdichten und Handschuhe anziehen.



Will der Helfer sich der Plane entledigen, tut er das mit einem Schritt nach vorn gegen den Wind unter gleichzeitigem Zurückwerfen der Plane. Auch die ABC-Schutzplane ist nur ein Behelfsschutz. Einen ausreichenden Schutz vor hautdurchdringenden und hautschädigenden Kampfstoffen bietet nur eine den ganzen

Körper bedeckende ABC-Schutzkleidung in Verbindung mit der ABC-Schutzmaske. Als Behelfsschutz können kurzfristig auch Wasserschutzanzüge, Regenschirme, Gummihandschuhe und Gummistiefel verwendet werden.



Einer von vielen: Bauberater F. Glaser in seinem Architekturbüro. In nebenstehendem Beitrag schildert er seine Erfahrungen.



Die Beratung von Interessenten über alle Fragen im Zusammenhang mit dem Schutzraumbau ist grundsätzlich kostenlos.

Friedrich Martin Ingenieure des Überlebens

Schutzbauberatungen —
eine der wesentlichsten Aufgaben
des Bundesverbandes für den Selbstschutz

Fotos: Günter Sers

Die Bedeutung des Schutzraumbaus

Der Schutzraumbau, das Schaffen einer ausreichenden Zahl von Schutzplätzen für die Bevölkerung, stellt nach wie vor eines der zentralen Probleme der zivilen Verteidigung und damit der Gesamtverteidigung dar. Die Bundesregierung hat an dieser Tatsache in ihren Berichten zur Lage der zivilen Verteidigung sowie auch in ihrem Verteidigungsweißbuch nie einen Zweifel gelassen. Die Zahl der in der Bundesrepublik insgesamt vorhandenen Schutzplätze — höchstens 2 Mill. — deckt nur einen geringen Teil des Bedarfs. Da eine gesetzliche Verpflichtung zur Errichtung von Schutzräumen nicht besteht, ist der Schutzraumbau — wenn man von behördlichen Maßnahmen absieht — dem freiwilligen Entschluß der jeweiligen Bauherren überlassen. Die Folge davon ist, daß nur relativ wenige Schutzräume gebaut wurden und werden.

Der Schutzraumbau als technisches Problem

Wenn auch das Problem Schutzraumbau technisch in jeder Hinsicht befriedigend gelöst ist, was seinen Niederschlag in den entsprechenden Vorschriften gefunden hat, so kann man doch feststellen, daß diese Erkenntnisse und Vorschriften nur einem kleinen Kreis von Fachleuten bekannt sind. Die große Masse unserer Architekten, Bauingenieure und anderer Bauschaffender steht dem technischen Pro-

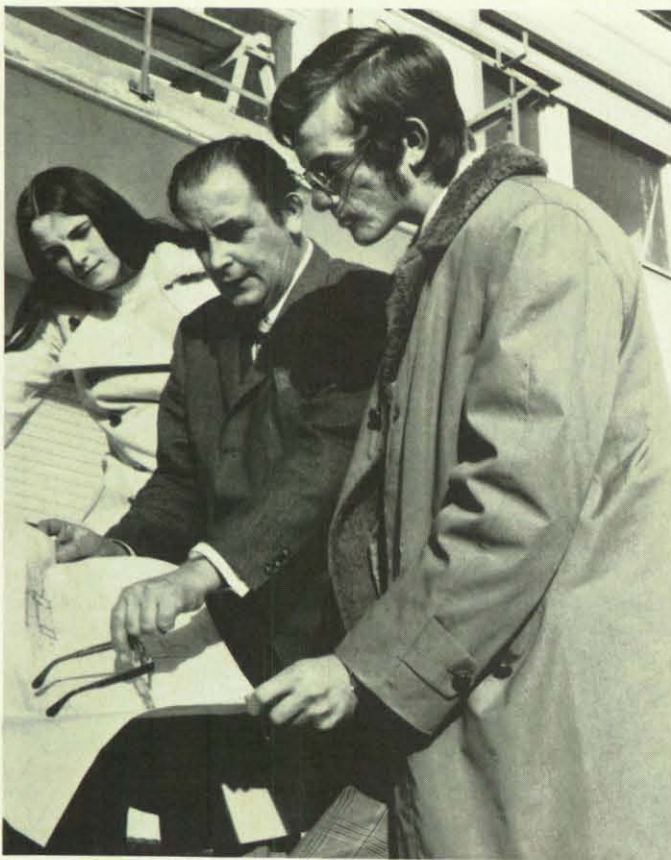
blem Schutzraumbau unwissend und ohne ausreichende Erfahrung gegenüber. Dasselbe gilt mit einigen Einschränkungen auch für die Angehörigen unserer Baubehörden. Dieser Tatbestand hatte und hat zur Folge, daß viele von den Bauherren gewünschte Schutzräume gar nicht gebaut oder aber falsch und zu aufwendig errichtet werden.

Schutzbauberatung — eine alte Aufgabe

Um nun sicher zu stellen, daß kein gewünschter Schutzraum an der Unwissenheit des planenden Architekten oder an der mangelnden Erfahrung der mit der Prüfung beauftragten Behörden scheitert, daß der geforderte Schutzzumfang mit den geringsten Kosten erreicht wird, hat der Bundesverband für den Selbstschutz bereits vor 20 Jahren, damals noch als Bundesluftschutzverband, die Institution der Bauberatung geschaffen. Denn schon zu Beginn der 50er Jahre stand man vor den gleichen Problemen, die das Bereitstellen speziell ausgebildeter Schutzbauberater einfach forderten. Vielleicht sollte man noch darauf hinweisen, daß die Bauberater — unter diesem Namen sind sie weitgehend bekannt — vor und während des Krieges im Auftrage des damaligen Reichsluftschutzbundes beim Ausbau unendlich vieler Hauskeller zu Schutzräumen segensreich wirkten.



Besondere Leistungen des Bauberaters, wie die Anfertigung detaillierter Baupläne oder Berechnungen, sind kostenpflichtig.



Die Bauberaterung hilft den Interessenten, Kosten zu sparen.



Auch die Baugenehmigungsbehörden schätzen das Fachwissen der Bauberater, mit denen sie gerne zusammenarbeiten.

Die Bauberater

Heute sind diese Spezialisten im Rahmen des Gesamtauftrages des BVS tätig, der die Bevölkerung über die Wirkungen von Angriffswaffen und über Schutzmaßnahmen aufzuklären hat. Bauberater des BVS sind Ingenieure und Diplom-Ingenieure der Fachrichtung Bauingenieurwesen und Architektur. Sie haben sich — wie die anderen Helfer des BVS auch — zur ehrenamtlichen Mitarbeit bereit-erklärt und werden entsprechend ihrem Auftrag ausgebildet.

Die Ausbildung

Die Ausbildung besteht neben den allgemeinen einführenden Lehrgängen hauptsächlich aus den beiden Fachlehrgängen Bauberater Teil I und II, die jeweils 16 Stunden dauern und an Landes-schulen durchgeführt werden. Im Teil I werden die theoretischen Grundlagen vermittelt. Dazu gehören die Waffenwirkungen insbesondere auf Gebäude, vorbeugender Brandschutz und das Brandverhalten von Bauteilen, die Anforderungen an Schutzbauwerke

und deren technische Verwirklichung auf der Basis der jeweiligen technischen Bestimmungen, das schwierige Problem der Lüftung von Schutzräumen, die Behandlung der Abschlüsse, die Möglichkeiten der Verwendung von Fertig-teilen und Fertigkonstruk-tionen sowie grundsätzliche Ausführungen über ein-zuhaltende Vorschriften, Möglichkeiten und Grenzen des Einsatzes der Bau-berater sowie Haftungs- und Honorarfragen. Im Teil II wird ergänzend der nachträgliche Einbau von Schutzräumen in bestehenden Gebäuden ebenso behandelt wie grundsätzliche technische, Finanzierungs- und Ver-fahrensfragen bei der Errichtung von öffentlichen Großschutzräumen (Mehr-zweckanlagen). Weiterhin kommt das Thema Behelfs-schutz zur Sprache, an dem der BVS nicht vorbeigehen kann. Der wesentlichste Teil dieses Teils II ist, daß die Teilnehmer an konkreten Beispielen den Einbau von Schutzräumen in Neubauten als auch in bestehenden Gebäuden planerisch zu lösen haben. Beim Durch-sprechen der einzelnen

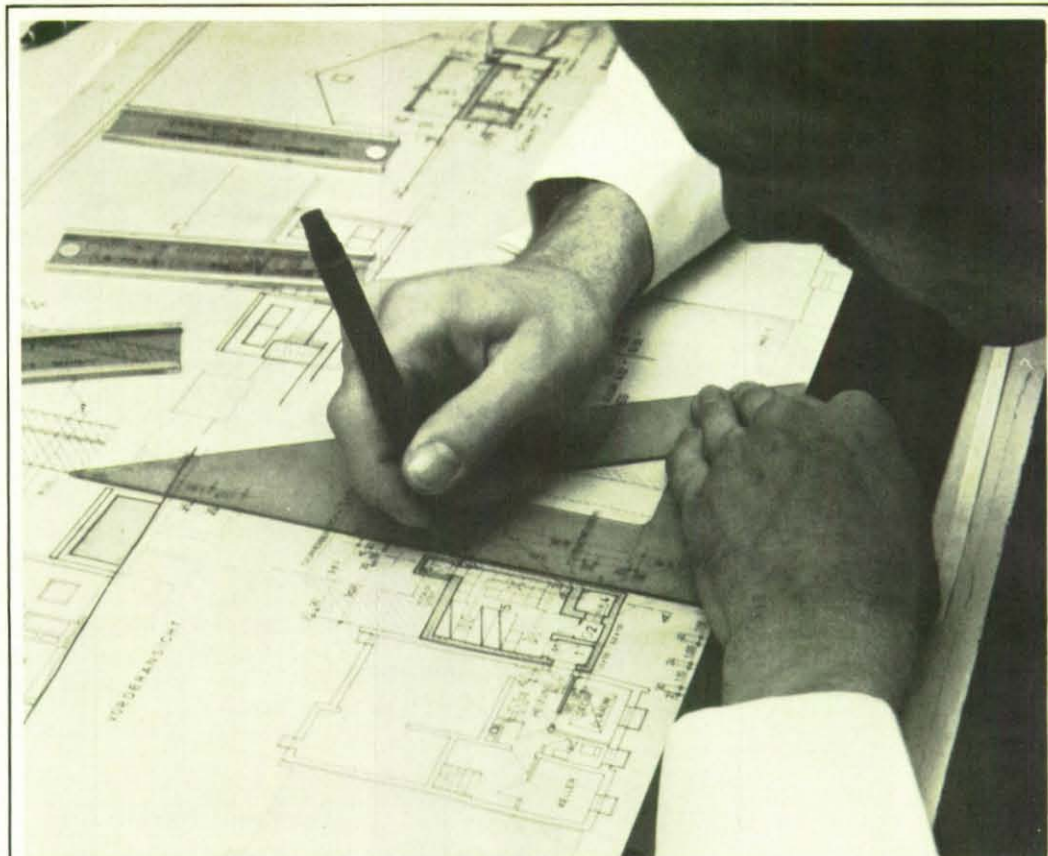
Ergebnisse wird dann gleichzeitig noch die Prüfung fertiger Schutzbaupläne auf ihre Übereinstimmung mit den technischen Bestimmungen geübt.

Die Weiterbildung

Nach der Teilnahme an diesem Lehrgang kann der Bauberater mit seiner freiwillig übernommenen Aufgabe beginnen. Die Ausbildung kann deshalb so kurz gehalten werden, weil ja alle Bauberater ein abgeschlossenes technisches Studium hinter sich haben und sie nur noch in ein eng umrissenes Spezialgebiet eingeführt werden müssen. Die Weiterbildung erfolgt in unregelmäßig stattfindenden Lehrgängen. Diese sind von unterschiedlicher Dauer. Im allgemeinen wird dann ein spezielles Thema behandelt und möglichst durch entsprechende Besichtigungen noch vertieft.

Die Aufgaben der Berater

Die Ausbildung zum Bauberater ist selbstverständlich kein Selbstzweck, sondern die Voraussetzung zur Erfüllung der gestellten Aufgaben, Interessenten über alle mit der Errichtung von Schutzräumen in Zusammenhang stehenden Fragen zu beraten. Dazu gehören neben der jeweiligen Rechtslage und den maßgebenden technischen Richtlinien folgende Gebiete: Errichtung von Schutzräumen für Neubauten, Errichtung von Schutzräumen für bestehende Gebäude, Errichtung öffentlicher Schutzräume (Mehrzweckanlagen), Lüftung von Schutzräumen, Schutzraumeinrichtungen, Ausstattungen, staatliche Förderungsmaßnahmen, wie z. B. Zuschüsse und steuerliche Abschreibungen einschließlich der dazu erforderlichen Verfahren, Benennung entsprechender Hersteller und Lieferanten sowie Möglich-



Die Bauberater prüfen auch vorgelegte Schutzbauplanungen und unterbreiten, falls nötig, Verbesserungsvorschläge.

keiten von Behelfsschutzmaßnahmen.

Die Grenzen der Beratung

Die Beratung aller Interessenten ist grundsätzlich kostenlos. Es ist dabei wohl selbstverständlich, daß die Anfertigung detaillierter Baupläne, präziser Kostenschätzungen, statischer Berechnungen und die Übernahme der Bauleitung nicht mehr Teil der kostenlosen Beratung durch den BVS sein kann. Werden derartige Leistungen verlangt, die unter die Gebührenordnung für Ingenieure (GOI) oder für Architekten (GOA) fallen, bedürfen sie einer besonderen Vereinbarung zwischen Bauberater und Bauherr und geschehen nicht mehr im Namen des BVS.

Der Umfang der Beratung

Demgegenüber umfaßt die Beratung namens des BVS durchaus die Anfertigung unmaßstäblicher Grund-

skizzen, die Auswahl des geeigneten Raumes im Gebäude, die Prüfung vorgelegter Schutzbauplanungen, das Unterbreiten von Verbesserungsvorschlägen und gegebenenfalls die Prüfung von Angeboten insbesondere für Einrichtungen und Ausstattungen. Seitdem die Bundesregierung für die freiwillige Errichtung von Hausschutzräumen beträchtliche Zuschüsse gewährt, gehört zur Beratung selbstverständlich auch eine präzise Aufklärung über die Höhe der Zuschüsse, die daran geknüpften Bedingungen, über die Behörde, die Anträge entgegennimmt, sowie Unterstützung bei der Antragstellung. Dasselbe gilt auch für die Inanspruchnahme erhöhter steuerlicher Abschreibungen.

Die Organisationsform

Die Wichtigkeit des Schutzraumbaus und der große Umfang des Aufgabenkatalogs der Bauberater erfordern natürlicherweise einige

organisatorische Regelungen. Das Fachgebiet V (Schutzraumbau) innerhalb des Verbandes ist entsprechend der gesamten Verbandsstruktur gegliedert. Das Referat Schutzraumbau in der Bundeshauptstelle, hauptamtlich mit einem Dipl.-Ing. besetzt, führt die Ausbildung der Bauberater durch, stellt die erforderlichen Unterlagen bereit und übernimmt in schwierigen Einzelfällen auch die jeweilige Beratung. Bei den Landesstellen ist jeweils ein ehrenamtlicher Fachgebietsleiter Schutzraumbau vorhanden, der Ausbildung und Beratung in seinem Bereich organisiert. Bei jeder Dienststelle soll dann neben dem Fachbearbeiter V, der selbstverständlich ebenfalls Bauberater ist, für jeweils 40 000 zum Bereich der Dienststelle gehörende Einwohner ein weiterer Bauberater vorhanden sein. Diese müssen neben ständigem Kontakt mit Bauherren, Bauinteressenten



Für die Durchführung ihrer Aufgaben werden den Bauberatern maßgebende Richtlinien und andere Unterlagen zur Verfügung gestellt.

und Baubehörden sowie mit ihren Berufskollegen die eigentliche Arbeit, die Beratung über den Bau von Schutzräumen, durchführen. Da nichts auf der Welt vollkommen ist, muß auch dieses Bauberatersoll erst noch erreicht werden. Daß dies der Fall sein wird, sollte das stete Ziel aller Mitarbeiter des Verbandes sein.

1000 Bauberater im Einsatz

Von den über 1000 Bauberatern, die dem BVS derzeit zur Verfügung stehen, wollen wir unseren Lesern abschließend einen Mitarbeiter persönlich vorstellen. Er ist nicht unbedingt typisch für alle, denn neben freischaffenden Architekten und Ingenieuren sind ihre beamteten Kollegen sowie solche, die in der Industrie angestellt sind, in etwa gleichem Maße vertreten.

Einer von vielen

Fritz Glaser wurde am 3. 5. 1917 in Saarbrücken gebor-



Die Ausbildung der Bauberater erfolgt in Lehrgängen des Bundesverbandes für den Selbstschutz.

ren, legte 1936 am dortigen Ludwigsgymnasium seine Reifeprüfung ab und kam nach kurzer praktischer Tätigkeit zur damaligen Wehrmacht. Über den Feuerwerker und Waffenoffizier wurde er zum Maschinenbauingenieur ausgebildet. Nach Kriegsende arbeitete er zunächst als Maurer, ging dann an die Staatsbauschule in Trier, die er 1949 als grad. Ingenieur der Abt. Hochbau verließ. Nach dem Examen war er zunächst im öffentlichen Dienst tätig, den er 1958 als Stadtbaumeister von Saarbrücken verließ, um sich als freischaffender Architekt zu etablieren. Heute besitzt Fritz Glaser, Mitglied der Architektenkammer des Saarlandes, ein gutgehendes Architekturbüro mit fünf Mitarbeitern. Dort hat ihn das ZS-Magazin besucht, um ihm einige Fragen zu stellen.

ZSM: Herr Glaser, seit wann arbeiten Sie im Selbstschutz mit und wie kamen Sie dazu?

Glaser: Als 1959 nach der Rückgliederung des Saarlandes auch hier der BLSV aufgebaut wurde, veranlaßten mich Freunde — ehemalige Kriegskameraden — zur Mitarbeit. Ich war also hier im Saarland von Anfang an dabei.

ZSM: Was waren die Beweggründe für Ihre Mitarbeit?

Glaser: Ich bin der Ansicht, daß jedes Staatswesen — insbesondere die Demokratie — der tätigen Mitarbeit seiner Bürger bedarf. Der weitverbreitete „Ohnemich-Standpunkt“ war mir schon immer ein Greuel. Zum BLSV kam ich deswegen, weil ich als ehemaliger Soldat und Baufachmann trotz der damals weitverbreiteten Atomangst an die Möglichkeit glaubte, daß trotz allem Überlebenschancen geschaffen werden können.

ZSM: Wie wurden Sie eingesetzt und wie darauf vorbereitet?

Glaser: Im BLSV wurde ich

sofort als Fachbearbeiter V — Schutzraumbau — der Dienststelle Saarbrücken eingesetzt. Diese ehrenamtliche Stelle halte ich heute noch inne. In Lehrgängen und Tagungen, die damals

in Krettnich und Düppenweiler stattfanden, wurden wir — etwas unregelmäßig und unsystematisch — in die „Geheimnisse“ des Schutzraumbaus“ eingeführt. Nach einer längeren



Lehrgangziel: Selbständige planerische Lösung von Schutzbaufragen.



Dipl.-Ing. Neckermann, Referent für Schutzraumbau beim BVS (links), während eines Lehrgangs mit Fachgebietsleiter V, K. Winter.

Pause zwischen 1963 und 1967 habe ich inzwischen die vorgeschriebenen Lehrgänge für Bauberater an der Landesschule Birkenfeld absolviert.

ZSM: Wie sah Ihre damalige Tätigkeit aus?

Glaser: Alles geschah sehr hektisch. Präzise Vorschriften gab es nicht, ein Entwurf löste den anderen ab. Pläne hatten wir aber viele. So mußte ich einmal in kürzester Frist eine ganze Reihe von ehemaligen Stollenanlagen der Stadt Saarbrücken hinsichtlich ihres Schutzwertes und ihrer Ausbaufähigkeit begutachten. Geworden ist nichts daraus. Aber so ging es uns damals oft.

ZSM: Wie war die Resonanz in der Bevölkerung?

Glaser: Große Teile der Bevölkerung standen dem Schutzraumbau in doppelter Hinsicht ablehnend oder zumindest sehr skeptisch gegenüber. Einmal wollte man von diesen Fragen am liebsten keine Notiz nehmen, und zum anderen zweifelte man an Sinn und Wirksamkeit von Schutzraumbauten im Falle von Atomwaffeneinsätzen und deren Wirkungen.

ZSM: Hat sich diese Situation geändert?

Glaser: Ja, außerordentlich. Generell ablehnende Stimmen gibt es heute eigentlich nicht mehr. Ich glaube, daß sich unsere jahrelangen Aufklärungsbemühungen zusammen mit anderen Umständen hier deutlich ausgewirkt haben. Heute kann ich mich eigentlich ausschließlich der mir gestellten Aufgabe widmen und technische Schutzbauberatungen durchführen.

ZSM: Hat sich die Zuschußgewährung des Bundes auf die Zahl Ihrer Bauberatungen ausgewirkt und wie?

Glaser: Die Zuschußgewährung für die freiwillige Errichtung von Schutzräumen in Wohnungsneubauten hat nicht nur die Zahl der Bauberatungen außerordentlich

steigen lassen, sondern auch die Beratung wesentlich vereinfacht. Denn vorher waren die Beratungen bei der Frage nach den Kosten und ihrer Finanzierung meistens zu Ende. Heute kann ich mich den Fragestellern gegenüber auf die Darstellung der technischen Probleme beschränken, was auch durch das Vorhandensein verbindlicher technischer Richtlinien vereinfacht wird.

Aber trotzdem muß ich immer wieder feststellen, daß es noch Bauherren gibt, die nichts von diesen Zuschußmöglichkeiten wissen. Die Aufklärung und Werbung hierfür müßte meines Erachtens noch beträchtlich gesteigert werden. Außerdem sollten die Zuschußbeträge wesentlich schneller den steigenden Baukosten angepaßt werden.

ZSM: Wen beraten Sie in erster Linie?

Glaser: Alle möglichen Gruppen, Privatbauherren, Hauskäufer, Baugesellschaften. Wobei ich allerdings sagen muß, daß die Erfolgsaussichten bei letzteren bedauerlicherweise am geringsten sind.

ZSM: Wie ist die Zusammenarbeit mit Ihren Kollegen und den Baubehörden?

Glaser: Die Zusammenarbeit mit meinen Kollegen ist sachlich. Viele fragen mich jetzt auch schon mal in Schutzbaudingen um Rat. Viele haben sich allerdings mit den Problemen des Schutzraumbaus noch nicht befaßt und stehen ihnen deshalb mit einer gewissen Hilflosigkeit gegenüber. Mit den Baubehörden gibt es keine Schwierigkeiten. Das Thema Schutzraumbau ist dort gut bekannt, was nicht zuletzt darauf zurückzuführen sein dürfte, daß bei uns im Saarland eine ganze Reihe von Herren der Baubehörden ebenfalls ausgebildete Bauberater sind.

ZSM: Herr Glaser, wir danken Ihnen für dieses Gespräch und wünschen Ihrer Tätigkeit als Bauberater weiterhin steigenden Erfolg.

In der Diskussion: Gefährliche Schaulust

Wird die Behinderung bei Rettungsarbeiten unter Strafe gestellt?

Fast immer, wenn sich irgendwo ein Unfall ereignet hat, sind Schaulustige zur Stelle. Der Kreis jener Leute, die an solchen Orten ihre Neugier stillen, nimmt mitunter gefährliche Größenordnungen an: Polizei und Hilfsorganisationen werden dann daran gehindert, Rettungs- und Sicherheitsmaßnahmen zügig und — bei schweren Fällen — lebensrettend durchzuführen. Denn oft sind erst zeitraubende Absperrmaßnahmen und gezielte Aufforderungen nötig, damit sich Schaulustige auf eine vernünftige Entfernung zum Unglücksort distanzieren oder Zufahrten von ihren unachtsam abgestellten Fahrzeugen räumen. Das Flugzeugunglück bei Hamburg am 6. September 1971

beispielsweise hat nur zu eindrucksvoll demonstriert, wie der Verlauf von Rettungsmaßnahmen durch Schaulustige ungünstig beeinflusst werden kann.

Da sich in letzter Zeit solche Behinderungen an Unglücksorten und auch an Orten von Straftaten (Beispiel München!) besorgniserregend häufen, befaßte sich der Deutsche Bundestag in seiner 140. Sitzung am 13. Oktober 1971 mit dieser Problematik. Der Bundestagsabgeordnete Dr. Erich Riedl (CDU/CSU) hatte seine Sorge mit einer mündlichen Anfrage präzisiert.

Wir geben hier den vollen Wortlaut seiner Frage und die Stellungnahmen des Bundesministers des Innern,

Genscher, und des Bundestagsabgeordneten Vogt (CDU/CSU) wieder: **Dr. Riedl: Hält die Bundesregierung die bisherigen gesetzlichen Vorschriften für ausreichend, um die Behinderung der Polizei, des Roten Kreuzes und anderer Hilfsorganisationen durch Schaulustige an Orten von Verkehrsunfällen, Unglücksfällen und strafbaren Handlungen abzustellen, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu tun, um solche Mißstände wirksam zu bekämpfen?**

Bundesminister Genscher:

Die Bundesregierung teilt die Sorge, die aus Ihrer Frage spricht. Nicht zuletzt im Hinblick auf bedauerliche Vorkommnisse in jüngster Zeit — ich erinnere z. B. an das Flugzeugunglück in Hamburg am 6. September 1971 — hat sich die Innenministerkonferenz der Länder kürzlich mit diesem Problem befaßt und ein verschärftes Vorgehen gegen Schaulustige angekündigt. Die Innenminister der Länder haben in diesem Zusammenhang einen Appell an die Öffentlichkeit gerichtet, Hilfs- und Sicherungsmaßnahmen bei außergewöhnlichen Ereignissen nicht zu behindern, und darauf hingewiesen, daß Störer mit einer zwangsweisen Entfernung rechnen müssen.

Darüber hinaus hat die Ständige Konferenz der Innenminister rein vorsorglich eine Prüfung der Frage eingeleitet, ob zum Schutz von Hilfs- und Sicherungsmaßnahmen bei außergewöhnlichen Ereignissen vor Störenden und Schaulustigen polizeirechtliche Vorschriften verbessert oder ergänzt werden sollten. Der Vorsitzende der Innenministerkonferenz, Herr Senator Ruhnau, hat sich ferner im Anschluß an die Sitzung der Innenminister am 10. September 1971, die bekanntlich auf meine Anregung hin zustande gekommen war, mit Vertretern der Massenmedien in Verbindung gesetzt mit der Bitte, bei Katastrophen und Unglücksfällen für einige Zeit keine genauen Ortsangaben zu bringen, damit Schaulustige nicht bereits so zeitig am Unfallort erscheinen, daß ihre Anwesenheit stört. Wie mir bekannt wurde, haben sich Vertreter verschiedener Massenmedien bereits bereit erklärt, entsprechend dieser Anregung zu verfahren.

Dr. Riedl (München, CDU/CSU): Da Ihre Antwort offensichtlich darauf schließen läßt, daß auf diesem Gebiet tatsächlich etwas Wirksames getan wird, darf ich Sie konkret fragen, ob unter „verschärftem Vorgehen“ insbesondere zu verstehen ist, daß in absehbarer Zeit ein eigener Straftatbestand — ich will ihn einmal



Abgeordneter Dr. Riedl



Bundesinnenminister Genscher

nennen: Behinderung von Polizei, Rotem Kreuz und anderen Hilfskräften an Orten von Unglücksfällen und Straftaten — in das Strafrecht eingefügt werden soll.

Bundesminister Genscher: Die Frage, ob die von mir angedeuteten wirklichen Regelungen durch eine Änderung des Strafrechts oder des Polizeirechts der Länder zu erreichen sind, ist Gegenstand der Prüfung durch die Innenministerkonferenz, an der das Bundesministerium des Innern mitwirkt.

Dr. Riedl (München, CDU/CSU): Herr Bundesminister, wann ist damit zu rechnen, daß dem Parlament und der Öffentlichkeit ein abschließendes Ergebnis dieser Verhandlungen mitgeteilt werden kann?

Bundesminister Genscher: Einen ersten Bericht über den gesamten Fragenkomplex, und zwar nicht nur über diesen, sondern auch über die Frage der Gewaltkriminalität, habe ich dem Innenausschuß des Deutschen Bundestages bereits im Anschluß an die Innenministerkonferenz gegeben.

Ich hoffe, daß die Beratungen im Rahmen der Innenministerkonferenz über den Komplex Schaulustige zu Beginn des nächsten Jahres abgeschlossen werden können, so daß ich in der ersten Hälfte des kommenden Jahres in der Lage wäre, dem Innenausschuß, wenn das gewünscht würde, eine entsprechende Unterrichtung zuteil werden zu lassen.

Vogt (CDU/CSU): Herr Minister, ist Ihnen nicht bekannt, daß Ihr Kollege, der Justizminister, in der Fragestunde vor etwa 14 Tagen erklärt hat, er sehe keine Notwendigkeit, den Straftatbestand Behinderung von Hilfsorganisationen bei Rettungsmaßnahmen in das Strafgesetzbuch einzuführen?

Bundesminister Genscher: Herr Kollege, diese Mitteilung ist mir bekannt. Aber niemand wird die Innenministerkonferenz oder die Innenminister oder sonst irgend jemanden daran hindern können, nach einer umfassenden Prüfung des Sachverhalts zu einem anderen Ergebnis zu kommen. Auch ich habe nicht erklärt, daß ich in einer Änderung des Strafrechts den richtigen Weg sähe, sondern ich habe hier gesagt, daß die Frage, ob eine Änderung des Strafrechts oder des Polizeirechts der geeigneter Weg wäre, Gegenstand der Prüfung durch die Innenministerkonferenz sei, an der ich mitwirke. Einen Widerspruch zu der Aussage des Herrn Bundesministers der Justiz vermag ich beim besten Willen nicht zu entdecken, und ich vermute, Sie auch nicht.

Bei der BVS-Dienststelle Saarlouis ist ab sofort die Stelle des

Leiters der Dienststelle

neu zu besetzen.

Anforderungen: Möglichst langjährige Mitarbeit im BVS oder in anderen Zivilschutzorganisationen; Bewerber mit einer abgeschlossenen Fachausbildung im Zivilschutz und Kenntnissen auf dem Gebiet der Verwaltung werden bevorzugt.

Geboten wird: Vergütung nach Verg.-Gr. IV b BAT; Hilfe bei der Wohnungsbeschaffung, zusätzliche Altersversorgung, Beihilfe bei Krankheit und Unterstützung in Notfällen, Zuschuß zum Mittagessen; bei getrennter Haushaltsführung Trennungsgeld und Sonderurlaub für Familienheimfahrten.

Bewerbungen mit hangeschriebenem Lebenslauf, Lichtbild, beglaubigten Zeugnisabschriften über Ausbildung und bisherige Tätigkeiten sowie Nachweis besonderer Fachkenntnisse werden erbeten bis zum 31. Dezember 1971 an:

BUNDESVERBAND FÜR DEN SELBSTSCHUTZ
— Bundeshauptstelle —

5 KÖLN 41, Eupener Straße 74

„Wir gehen in die Luft“

„In die Luft gehen“ — eigentlich sollte man es nie tun. Seit Anfang dieses Jahres tun es aber einige Angehörige der Bundeshauptstelle jeden Samstag oder Sonntag. Denn sie haben sich zum Segelfliegen zusammengefunden und bilden innerhalb eines Vereins eine eigene Gruppe.

Geflogen wird, wenn das Wetter es zuläßt, an jedem Wochenende auf dem Flugplatz des Jagdbombergeschwaders 31 in Nörvenich. In der Hauptferienzeit veranstaltet der Verein „Heini Dittmar e. V.“, dem sich die BVS-Segelflieger angeschlossen haben, jedes Jahr ein dreiwöchiges Fluglager. Diesmal fanden sich die Flieger gemeinsam mit der Bundeswehrsportgruppe aus Nörvenich und Porz-Wahn und den Angehörigen des Luftsportvereins „Selfkant e. V.“ in Teveren zusammen.

Auf dem ehemaligen Militärflugplatz bei Geilenkirchen wurde von frühmorgens bis zum Sonnenuntergang geflogen. Drei Winden standen zur Verfügung, und zum Flugzeugschlepp waren vier Maschinen bereit. Die Fluglehrer Heinz Clasen und Walter Kammel gönnten sich kaum eine Zigarettenpause; denn sie wollten, daß möglichst viele Schüler die A- oder B- oder C-Prüfung flogen oder den praktischen Teil des Luftfahrerscheins absolvierten. Aber auch der Leistungsflug kam nicht zu kurz. Das Wetter war ideal. Jeden Tag setzte gegen 10 Uhr die Thermik, der Aufwind, ein — von jedem Segelflieger gesucht. Ein Teilnehmer ging „über Land“, wie es in der Segelfligersprache heißt, und schaffte 80 km, ein zweiter 64 km. Dreimal schraubten sich die weißen Vögel über 1000 m hoch. Walter Kammel, einer der Fluglehrer, startete einmal in der Mittagspause und kam an diesem Hochsommertag zähneklappernd nach anderthalb Stunden wieder zurück. In 3600 m Höhe, die er geschafft hatte, braucht man schon eine pelzgefütterte Kombination, auch im Sommer. Aber er wollte ja eigentlich nur spazierenfliegen. Die letzte Woche des Fluglagers wird wohl allen Teilnehmern in Erinnerung bleiben. An einem Nachmittag kam ein Gewitter auf; sofort



Der Flugschüler ist zum Start bereit. Fluglehrer Kammel begleitet ihn.



Zwischendurch wird gefachsimpelt und der Fallschirm vor dem neuen Start angeschnallt.

wurden alle Maschinen in die Hallen gebracht. Doch die Gewitterfront war so schnell, daß noch nicht alle Segelflugzeuge und eine Motormaschine in Sicherheit waren, als die Sturmböe über den Platz fegte. Sie erfaßte eine zweiseitige Schulmaschine vom Typ Ka 7, die gerade von einem PKW zur Halle gezogen wurde; das Abschleppseil riß. Die Maschine wirbelte hoch, kam mit einer Fläche, die total zersplitterte, auf dem Boden auf, wurde wieder hochgerissen und blieb schließlich zertrümmert auf dem Rücken liegen. Die Piper, die Schleppmaschine des

Klubs, tänzelte hin und her, obwohl der Pilot sie in den Wind gedreht, Vollgas gegeben hatte und acht Helfer an den Streben hingen. Zum Glück gab es keinen Personenschaden. Am nächsten Tag staunten die Lehrgangsteilnehmer nicht wenig, als eine fremde Ka 7 landete. Der „Peonix-Gliding-Club“ der Royal Air Force hatte von dem Mißgeschick gehört und bot diese Maschine samt Fluglehrer an. Ein Zeichen für die gute Kameradschaft unter Segelfliegern! So wurden die letzten Tage voll ausgenutzt, und der englische Fluglehrer konnte auch noch einigen Schülern eine bestandene Prüfung bescheinigen. 953 Starts mit insgesamt 270 Flugstunden wurden verzeichnet. Eine stolze Bilanz dieses dreiwöchigen Fluglagers. Die Mitglieder der Bundeshauptstelle sind alle noch Neulinge in der Segelfliegerei oder haben seit Kriegsende keinen Steuerknüppel mehr in den Händen gehabt. Daher kann der Berichtersteller leider von keiner bestandenen Prüfung oder gar einem Leistungsflug dieser Gruppe berichten. Vielleicht — oder hoffentlich — im nächsten Fluglager im Olympia-Jahr 1972.

H. Scheffler

An alle Mitarbeiter und Helfer des BVS in Schleswig-Holstein

Ein Jahr harter Arbeit liegt hinter uns. Zurückblickend läßt sich feststellen, daß die gesteckten Ziele erreicht wurden. Durch die Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit und der Ausbildung konnten von allen Dienststellen Leistungsergebnisse erzielt werden, die meine volle Anerkennung finden. Zu diesem Erfolg haben Sie alle durch Ihre unermüdliche Einsatzbereitschaft beigetragen.

Es ist mir ein echtes Anliegen, Ihnen an dieser Stelle meinen tiefempfundenen Dank auszusprechen. Lassen Sie uns versuchen, gemeinsam die Erfüllung der Aufgabe, vor die wir gestellt sind, in gegenseitigem Verständnis und Vertrauen fortzusetzen. Ich wünsche Ihnen ein frohes, geruhames Weihnachtsfest und ein glückliches, friedliches Jahr 1972.

Ihr
Edgar Sohl

Neuland gewonnen

An der schleswig-holsteinischen Westküste wird immer wieder Neuland gewonnen, was für das nördlichste Bundesland von großer Bedeutung ist. Im übertragenen Sinne kann man dies auch von der Arbeit des BVS in dem an der Nordsee gelegenen Kreis Nordfriesland sagen, wenn man die Auswirkung einer zum ersten Mal in Friedrichstadt durchgeführten BVS-Sonderschau in Betracht zieht. Sie wurde im Rahmen der 350-Jahr-Feier der Stadt an Eider und Treene durchgeführt.

Damit dieser Vorstoß des BVS in Neuland auch zur vollen Wirkung kam, waren entsprechende Vorbereitungen und Absprachen mit der Stadtverwaltung getroffen worden. Eine auffällige Plakatierung bei Behörden, den verschiedenen Institutionen, in Schaufenstern, an den in der Stadt und an den Ausfallstraßen befindlichen Anschlagstellen warb für den Besuch der BVS-Ausstellung.

Es war gelungen, für die Schau den mitten im Publikumsverkehr liegenden

Stapelholmer Platz zu bekommen. Ein Zelt stellte die Bundeswehr zur Verfügung. Leider entsprach es in seinen Maßen nicht ganz den Anforderungen, so daß bei der Einrichtung einige Schwierigkeiten auftraten. Doch sie wurden von den mit dem Aufbau und der Durchführung beauftragten Mitarbeitern und Helfern in kameradschaftlicher Zusammenarbeit bald überwunden. So kam doch noch eine ansehnliche und anschauliche BVS-Ausstellung zustande.

Im Mittelpunkt der Schau stand die von der Bundeshauptstelle zur Verfügung gestellte Bild-Serie „Der Mensch in der Katastrophe“. Daneben wurde das für den Selbstschutz benötigte Gerät sowie Beispiele von Bevorratung und Dokumentensicherung gezeigt. Aus einer improvisierten Filmkabine wurden den Besuchern laufend Filme und Tonbildschauen geboten. Selbstverständlich fehlte auch nicht ein Tisch, auf dem Informationsmaterial zum Mitnehmen bereitlag. So konnten sich trotz einer gewissen Enge im Zelt die Interessenten, die durch weithin sichtbare Hinweisschilder an die Ausstellung herangeführt wurden, eingehend über den Selbstschutz und die Arbeit des BVS informieren. Man hörte auch immer wieder Worte des Lobes und der Anerkennung.

Friedrichstadt zählt 3500 Einwohner; etwa 2400 Menschen besuchten die Sonderschau, unter ihnen waren wohl viele, die von außerhalb gekommen waren.

An einem Sonntag wurde durch einen tragischen Unfall der Gedanke der Selbst- und Nächstenhilfe in Beziehung zur unmittelbaren Wirklichkeit gebracht. Der 32jährige Betreuer einer in Friedrichstadt weilenden Jugendgruppe aus Witten an der Ruhr war in der nahe dem BVS-Zelt gelegenen Badeanstalt im Wasser verunglückt. Gemeinsam mit dem Bademeister versuchte der bei unserer Ausstellung als Berater eingesetzte Erich Lange von der BVS-Dienststelle Bad Oldesloe, den kurz nach dem Unglück Geborgenen durch Atemspende und Herzmassage wieder in das Leben zurückzuholen. Leider hatte diese Soforthilfemaßnahme jedoch keinen

Erfolg. Dieser bedauerliche Vorfall bewegte viele Menschen in der Stadt und ließ die Notwendigkeit von Kenntnissen und Fähigkeiten in Erster Hilfe deutlich werden. An diesem Tag war der Besuch in unserem Zelt besonders zahlreich.

So war die in Friedrichstadt durchgeführte Sonderschau des BVS tatsächlich ein Gewinn von Neuland, das es nun einzudeichen und zu beackern gilt. Daß dies mit dem nötigen Eifer geschieht, davon zeugen die im Anschluß an die Ausstellung durchgeführten Maßnahmen (u. a. ein Podiumsgespräch) sowie die für die nächste Zeit geplanten Veranstaltungen.

E. Faatz

BVS-Sonderschau in neuer Aufmachung

In jedem Jahr beteiligt sich die BVS-Dienststelle Neumünster am Norddeutschen Baumarkt. Ihre auf dem Messegelände gelegenen Dienst- und Ausbildungsräume bieten sich hierfür geradezu an. So hatte man schon seit langem einen dieser Räume mit einer ständigen Selbstschutzausstellung versehen und zum Baumarkt jeweils das Thema „Schutzraumbau“ besonders unterstrichen. In diesem Jahr wurde nun die BVS-Sonderschau einer gründlichen Um- und Neugestaltung unterzogen. Alles bekam mehr und lebhaftere Farbe, im optischen wie im übertragenen Sinn. Die neu geschaffene Gliederung war sinnvoller, besser und schneller zu übersehen. Auch die einzelnen Abteilungen, denen jeweils das entsprechende Informationsmaterial zugeordnet war, zeigten eine wirkliche Geschlossenheit. So konnte sich jeder Besucher mit den verschiedenen Bereichen des Selbstschutzes vertraut machen und sich von den ständig zur Verfügung stehenden Beratern noch genauere Informationen geben lassen.

Auch die Filmkoje war neu erstellt worden, so daß zu jeder Tageszeit ein einwandfreies Bild gebracht werden konnte. Da der Dienststelle vom Amt für Zivilschutz der Stadt Neumünster einige Kino-Klappsessel

zur Verfügung gestellt worden waren, konnte in einer Ecke des Ausstellungsraumes ein „Mini-Kino“ eingerichtet werden, das auch immer vollbesetzt war.

Die gründlichen Vorbereitungen der Dienststelle wurden durch einen in jeder Weise zufriedenstellenden Besuch der Ausstellung belohnt. Messebesucher, die wiederholt beim BVS einschauten, registrierten lobend die Neugestaltung der Informationschau.

Bei Gesprächen mit Besuchern der Abteilung „Sofortmaßnahmen am Unfallort“ konnte mit Genugtuung festgestellt werden, daß manche von ihnen bereits beim BVS oder bei einem der karitativen Verbände ausgebildet worden waren.

J. S.

Heidi Kabel und Henry Vahl beim BVS

Auch in diesem Jahr beteiligte sich der Bundesverband für den Selbstschutz an der „3. Wirtschafts-Ausstellung“ in Bad Oldesloe mit einer

eigenen Zelt-Sonderschau und einem Informationsstand in der gegenüberliegenden Stormarn-Halle. Im Zelt wurde auf einer Ausstellungsfläche von 100 qm die Bildtafelserie „Der Mensch in der Katastrophe“ gezeigt sowie die verschiedenen Selbstschutzgeräte. Als Ergänzung und Ausweitung der Schau und als weiterer Anziehungspunkt dienten die laufenden Vorführungen von Filmen und Tonbildschauen. Während der Ausstellungswoche besuchten insgesamt 4000 Personen, darunter manche Jugendliche, die Sonderschau. Rund 1600 Besucher ließen sich eingehend beraten. Sie wurden an den auf einer Fläche von 20 qm in der Stormarn-Halle ausgebauten BVS-Informationsstand geführt, wo neben einer Veranschaulichung der Bevorratung und Dokumentensicherung in ausreichendem Maße einschlägiges BVS-Informationsmaterial ausgelegt war. Über Schutzraumbau konnten annähernd 60 Interessenten beraten werden. Der Stand wie auch die Sonderschau im Zelt fanden bei allen Besuchern großen Anklang.

Unter den zahlreichen Besuchern der BVS-Sonderschau befanden sich neben dem Bürgermeister der Stadt

Bad Oldesloe und seinem Stellvertreter — Leiter und Mitarbeiter der Verwaltungen verschiedener Städte, Ämter und Gemeinden des Kreises Stormarn. In anregenden und fördernden Gesprächen gaben sie die Zusage, den BVS bei seiner Selbstschutzarbeit weitgehend zu unterstützen.

Ein besonderes Ereignis war am letzten Ausstellungstag der Besuch der weithin bekannten und beliebten Hamburger Volksschauspieler Heidi Kabel und Henry Vahl, die überall auf dem Ausstellungsgelände mit den Besuchern plauderten und Autogramme gaben. Sie konnten im BVS-Zelt in einem kurzen Gespräch für die BVS-Arbeit interessiert werden und setzten beide ihren Namen auf einen BVS-Prospekt „Rat aus erster Hand“. Abschließend ist die diesjährige BVS-Ausstellung in Bad Oldesloe als erfolgreich zu bezeichnen. Bei Vorbereitung, Aufbau und Durchführung fanden die Mitarbeiter und Helfer der für den Kreis Stormarn zuständigen BVS-Dienststelle gute Unterstützung durch die benachbarten Dienststellen Lübeck und Mölln sowie durch die Landesstelle.

H. F.

Bremen



Bauberater besichtigen Schutzräume

Eine ganztägige Arbeitstagung gab den ehrenamtlichen Bauberatern des BVS aus Bremen und Bremerhaven Gelegenheit zu eingehendem Studium privater und staatlicher Schutzraumbauten. Bei der Begrüßung der Tagungsteilnehmer sprach Bauingenieur Karl Golde, Fachgebietsleiter V, den Bauberatern den Dank dafür aus, daß sie in diesem Jahr trotz ihrer beruflichen Beanspruchung die Zeit für die Absolvierung der erforderlichen Lehrgänge aufgebracht haben. Als Gast begrüßte Golde den Leiter des Referates V bei der Bundeshauptstelle, Dipl.-Ing. Fritz Neckermann.

Das erste Studienobjekt war ein privater Hausschutzraum in Bremen-Lesum. Der für sieben Personen ausgelegte Schutzraum, der bis auf einige technische Einrichtungen fertig ist, wurde nach den bautechnischen Grundsätzen für Hausschutzräume des Grundschutzes errichtet. Mit dem Bauherrn erörterten

die Bauberater wichtige Fragen des Schutzraumbaus auf dem privaten Sektor.

Als in jeder Hinsicht mustergültig bezeichnet wurden Schutzraumbauten



Arbeitstagung der Bauberater von Bremen und Bremerhaven. Von links: Samberger, Bülow, Helmreich, Dipl.-Ing. Neckermann, Görlitzer, Wolf, Golde, Brüntjen.

der Bundeswehr, die für einen längeren Aufenthalt durchaus geeignet sind.

Noch im Umbau befindlich ist dagegen der 1941 bis 1944 im Zentrum Bremens unter dem Domshof erbaute Tiefbunker. Er diente nach dem Krieg verschiedenen Zwecken. Jetzt soll er als Mehrzweckanlage hergerichtet werden und nach Fertigstellung zunächst als Garage Verwendung finden.

Die Besichtigung des Domshofbunkers vermittelte einen Eindruck von den zahlreichen technischen Schwierigkeiten, die beim Umbau von Altanlagen auftreten. Vor allem muß Raum geschaffen werden für die notwendigen maschinellen Anlagen, die in den meisten Fällen auch einen sehr respektablen Kostenfaktor darstellen. Von den Umbaukosten entfallen bis zu 60 Prozent auf die technischen Zusatzeinrichtungen. In einer Abschlußbesprechung wurde das Gesehene noch einmal rekapituliert und sachlich und fachlich eingehend diskutiert.

Truppenbesuch

Die Gesellschaft für Wehrkunde — Sektion Hamburg — in Verbindung mit dem Arbeitskreis Reserveoffiziere im VdRBw — Landesgruppe Hamburg — führte am 18. September einen gemeinsamen Truppenbesuch beim Artillerieregiment in Kellinghusen durch.

Da seit langer Zeit ein sehr guter Kontakt zwischen der BVS-Landesstelle Hamburg und der Gesellschaft für Wehrkunde besteht, wurden der BVS-Landesstellenleiter L. Müller und zwei seiner Mitarbeiter zur Teilnahme an dem Truppenbesuch eingeladen. Mit Bussen der Bundeswehr wurden die Teilnehmer nach Kellinghusen in Schleswig-Holstein gefahren.

Brigadegeneral a. D. Miltzow, GfW Hamburg, hatte mit dem Regimentskommandeur ein sehr interessantes Besuchsprogramm vorbereitet. Nach der Begrüßung durch den Regimentskommandeur wurde den Teilnehmern durch die Bataillonskommandeure ein Überblick über Gliederung, Ausrüstung, Führungs- und Einsatzgrundsätze des Beobachtungsbataillons 6 und des Raketenartilleriebataillons 62 gegeben. Mit besonderem Interesse folgten die Zuhörer den Ausführungen über Einsatzmöglichkeiten des neuen Aufklärungssystems „Drohne“ sowie der Schall- und Radaraufklärung. Nach einer gemeinsamen Kaffeepause führte der Weg ins Gelände, um hier Großgeräte zu besichtigen. Leider goß es in Strömen. Die Bundeswehr hatte aber auch für diesen Fall vorgesorgt, und so fand die Besichtigung in den Fahrzeughallen statt.

In verschiedenen Abteilung waren Fahrzeuge aufgestellt, wie z. B. Impulsradargeräte für die Gefechtsfeldüberwachung, montiert auf Spezialpanzer, Impulsradargerät (Green Archer) für Ortung steilfeuernder Waffen und Schießen mit Radarmeßbeobachtung, elektro-mechanischer Analogrechner und elektrohydraulisches Horizontiersystem.

Großen Eindruck erweckten die Raketenwerfer Honest John (M 386)

und die Mehrfachraketenwerfer vom Typ 110 SF.

Der Regimentskommandeur stellte sich abschließend zu einer Aussprache über spezielle Fragen zur Verfügung und lud alle Teilnehmer zu einem Raketenübungsschießen ein, das im Spätherbst auf dem Truppenübungsplatz in Bergen-Hohne stattfinden soll.

K. Morjan

Zusammenarbeit im Frieden

Die reibungslose Zusammenarbeit zwischen Behörden und Dienststellen des zivilen Bereichs sowie Kommandobehörden und Stäben der Bundeswehr, insbesondere des Territorialheeres, ist eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Verteidigung. Unter diesem Gesichtspunkt hatte Lehrgruppenkommandeur Oberst i. G. Burchardt zu einem Podiumsgespräch in die Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg-Blankenese eingeladen. Es sollte getestet werden, ob diese Art der Information von Staboffizieren für ihre künftigen Aufgaben sinnvoll ist. „Wir wollen“, so sagte Oberst Burchardt u. a. zu den Offizieren und Gästen, „hier an die Quelle gehen und haben deshalb maßgebliche Persönlichkeiten gebeten, uns in einem freien Gespräch über Aufträge, Möglichkeiten und Grenzen und die Art ihrer Zusammenarbeit zu informieren.“

Herzlich begrüßt wurden: Ltd. Regierunsdirektor Eilers von der Behörde für Inneres, Amt für Innere Verwaltung und Planung, Oberbranddirektor Gebhardt, Chef der Hamburger Feuerwehr, Polizeioberrat Burkhardt, DRK-Landesgeschäftsführer Vater, Ltd. Regierungsdirektor Haedge vom BzB, Landesstellenleiter Müller und Fachgebietsleiter Bochert vom BVS sowie Major Schädlich vom Standortkommando Hamburg. Die Beteiligung zahlreicher Institutionen mit unterschiedlichen Aufgaben macht es notwendig, sich über die Zweckmäßigkeit und Zuständigkeit für einen wirkungsvollen Katastrophenschutz auseinanderzusetzen. Ausgehend von dieser Lage hatten die Vertreter der Behörden und Organisationen Gelegenheit, in Kurzreferaten ihren Standpunkt vor-

zutragen, so daß den Lehrgangsteilnehmern im ersten Teil des Podiumsgesprächs ein umfassender Überblick über die Organisationen, deren Aufträge, Möglichkeiten und Grenzen für das Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg gegeben wurde.

Vor dem Schlußwort des Lehrgruppenkommandeurs fand Ltd. Reg.-Direktor Eilers anerkennende Worte über die Arbeit des BVS in Hamburg im Hinblick auf die gesetzlichen Aufgaben Öffentlichkeitsarbeit und Ausbildung der Bevölkerung und insbesondere über die freiwillige Mitwirkung der Helfer des BVS in der Deichverteidigung.

Oberst i. G. Burchardt sagte abschließend u. a. „Sie mögen aus dem Gespräch erkannt haben, daß Sie — ich spreche hier vor allem diejenigen Offiziere an, die als Kommandeure oder maßgebliche Staboffiziere im Bereich des Territorialheeres Verwendung finden — verpflichtet sind, als Verbindungsorgan mit den entsprechenden zivilen Behörden und Dienststellen in Fragen des Katastrophenschutzes nicht nur Verbindung aufzunehmen, sondern kalendermäßige Vorbereitungen für den Einsatz der Ihnen unmittelbar unterstellten Einheiten sowie gegebenenfalls von Verbänden des Feldheeres und der anderen Teilstreitkräfte zu treffen haben.“

KuBo

Hubertusbiwak 1971

Über 400 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens folgten der Einladung der Panzerbrigade 17 zum Hubertusbiwak 1971 auf dem Standort-Übungsplatz Höltingbaum. Im Namen der Offiziere der Brigade dankte Brigadegeneral Wenner für die langanhaltende gute Zusammenarbeit. Er begrüßte in seiner kurzen Ansprache u. a. die Bundestagsabgeordneten Damm (CDU), Pawelczyk (SPD), Generalmajor Schulz, Kommandeur der 6. Panzer-grenadierdivision, und Generalmajor Jenet, Kommandeur der Führungsakademie in Hamburg. Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg hatte den Gesundheitssenator Dr. Seeler geschickt, die Behörde



Zu Gast im Hubertusbiwak 71:
(v. l.) Landesstellenleiter Müller,
Leitender Regierungsdirektor Eilers,
Frau Eilers und Fachgebietsleiter
Bochert.

für Inneres den Ltd. Reg.-Direktor Eilers. Der Bundesverband für den Selbstschutz war durch Landesstellenleiter Müller und Fachgebietsleiter Bochert vertreten. Aus dem Wandbeker Raum verdienen insbesondere der Vorsitzende der Bezirksversammlung, Matthiesen, und Ortsamtsleiter Mietzsch Erwähnung, aber auch die Schulleiter der Rahlstedter Schulen und die Vertreter der Elternschaft mit dem Kreiselternrechtsratsvorsitzenden Dittmer an der Spitze sollten nicht vergessen werden.

Daß die Vertreter des BVS diese günstige Gelegenheit zur Öffentlichkeitsarbeit nutzen, sei nur der Vollständigkeit halber erwähnt. So beendete der Reporter der Lokalzeitung „Deine Brücke“ seinen Bericht über den Hubertusbiwak mit den folgenden Worten:

„An dieser Stelle sollte man vielleicht auch auf die Arbeit des Bundesverbandes für den Selbstschutz (BVS) hinweisen, wengleich dieser am vergangenen Freitag nur eine Chargenrolle übernommen hatte. Aber viel zu selten wird seine Arbeit gewürdigt.

Wüßten Sie im Katastrophenfall richtig zu handeln?

Würden Sie sich bei Brand, Wasserkatastrophen, Gasausbruch oder Unfällen richtig verhalten?

Ein zwölfstündiger Grundlehrgang könnte Ihnen das Rüstzeug geben, die kritischen ersten Minuten zu überstehen, die häufig genug die entscheidenden sind.

Der Verband vergißt auch nicht, Schutzmaßnahmen gegen ABC-Waffen zu erläutern, ist vornehmlich aber auf Zivilschutz abgestimmt.

Der BVS lehrt den Selbstschutz, der in einem immer mehr formalisierten und durchorganisierten Staat drin-

gender denn je benötigt wird. Nehmen Sie die Hilfe zur Selbsthilfe an!“

O. B.

Mien leebe Hamborger Helperinnen und Helpers!

Dat bevörstohende Wiehnachtsfest un de tokommende Johreswessel is een Grund för mi, all de Helperinnen un Helpers un ook all de Mitarbeiter för de in dat to Enn gohonde Johr gedohne Arbeit to danken.

Kummt liesen nu een stille Tied,
verjogt all Sorg un Larm.
Wat Luut un hart,
wat koolt un swart . . .
dat ward nu week un warm.

Dör Düsternis schient hill een Licht,
dat mokt uns froh to Sinn.
O, Minsch, hool still:
De Wiehnacht will
ook in Dien Hart herin!

Sinnige Wiehnachten un alles Goode
fört Nee'e Joahr

Ludwig Müller
(Baas von de Hamborger Landesstell)

niedersachsen



Sie konnten helfen bei einem Zugunglück

„Sonderschüler aus Jever saßen im Unglückszug“, berichtete das Jeverische Wochenblatt am 1. Oktober über ein Zugunglück bei Wesel (Kreis Darmstadt). Es heißt dann weiter:

„Die Schüler der Sonderschule bewahrten nach dem Unglück die Ruhe und leisteten zusammen mit ihrem Lehrer bei den Verletzten Erste Hilfe.“

Ist es wirklich alltäglich, daß Schüler sich vorbildlich verhalten und gekonnt helfen bei einem solchen Unglück? Dazu Klassenlehrer Krebs bei einem Besuch in der BVS-Dienststelle Wilhelmshaven: „Bitte sagen Sie es weiter, und berichten Sie über diese großartige Leistung meiner Schüler, die ja gerade erst an Ihrem Grundlehrgang im Selbstschutz teilgenommen haben. Wenn es irgendeinen Beweis für die Nützlichkeit Ihrer Unterrichtung bedarf, hier war er voll gegeben.“



Oberbürgermeister Eckert nahm die Eröffnung der Rundzeltausstellung des BVS zum Anlaß, den Mitarbeitern für ihre Mithilfe am „Tag des freiwilligen Helfers“ in Delmenhorst zu danken. Unser Foto zeigt Oberbürgermeister Eckert, wie er von Fachgebietsleiter Bredemeier ein Buch zur Erinnerung an diesen Tag überreicht bekommt.

BVS auf der „Ahlener Woche“

Die „Ahlener Woche“ ist im Laufe der Jahre zu einem festen Begriff im heimischen Wirtschaftsleben des Kreises Beckum geworden. Sie hat von 1953 bis 1971 an Umfang und Bedeutung gewonnen.

In diesem Jahr traten folgende Sonderschauen besonders hervor: „Der Mensch und die Raumfahrt“, „Die Verbraucherzentrale NRW“, die Bundeswehr, die Polizei, das Deutsche Rote Kreuz und die Sonderschau des Bundesverbandes für den Selbstschutz.

Die Dienststellen Beckum und Ahlen waren mit einem gut gewählten Kopf-Stand von 80 qm in der Halle 5 vertreten. Bereits am 8. September begann der Aufbau der IPA-Koje — eine Konstruktion mit zwei Häusern mit großflächigen Bildern, Vitrinen und einem Schaltpult. Die in Naturholz gefertigten Teile wirkten solide und unterstützten die Aussage des Selbstschutzes. Zur Information der Besucher wurde innerhalb der Koje die Tonbildschau vorgeführt. Zu der Eröffnung der Ausstellung am 11. September waren Vertreter der Landes- und Bezirksregierung sowie der Patenstädte als Gäste erschienen.

Der BVS-Stand war mit fünf hauptamtlichen und drei ehrenamtlichen Helfern besetzt, die in den neun Tagen der Ausstellung 280 Informationsgespräche führten, u. a. mit Betriebsleitern namhafter Betriebe des Kreises Beckum. Durch persönliche oder schriftliche Zusage erklärten sich 112 Besucher zur Teilnahme an einem Selbstschutz-Lehrgang bereit. Der erste Lehrgang hat bereits Ende September begonnen.

Die Dienststelle hatte alle Hauptverwaltungsbeamten des Kreises eingeladen. Als prominente Gäste besuchten den Ausstellungsstand: Das Mitglied des Bundestages Windelen, der Landrat des Kreises Beckum, Frisch, sowie der Stadtdirektor der Stadt Ahlen. Sehr interessiert zeigten sich Offiziere der Bundeswehr, die mit Oberstleutnant Steinseifen erschienen waren. Bei dieser Gelegenheit wurde auf die gute Zusammenarbeit mit den Dienststellen Beckum und Ahlen hingewie-



Am BVS-Stand auf der „Ahlener Woche“: MdB Windelen (Mitte) im Gespräch mit den Dienststellenleitern Weiser (Beckum) und Feist (Ahlen).

sen. Die Dienststelle Beckum führt bereits seit einem Jahr Selbstschutz-Lehrgänge bei der Bundeswehr in Ahlen durch. Interessierte Gäste waren auch Vertreter der Feuerwehr, des DRK sowie der Leiter des Postamtes Ahlen und einige Direktoren und Schulleiter von Lehranstalten im Kreis Beckum.

An den Wochentagen besuchten zahlreiche Schüler mit ihren Lehrern die BVS-Sonderschau. Einige Schüler ließen sich besonders gründlich informieren, um in einem Aufsatz über die Aufgaben des Selbstschutzes zu berichten.

Die gute Resonanz dieser Ausstellung wird sicherlich noch Kontaktmöglichkeiten ergeben, die im Laufe der nächsten Monate zu weiteren Erfolgen in der Aufklärung der Bevölkerung führen werden.

Junge Union informiert sich

Nach längerer Vorbereitung führte die Dienststelle Düren vor den Mitgliedern der Jungen Union Düren eine Informationsveranstaltung durch, die sich mit der zivilen Verteidigung in der Bundesrepublik befaßte. Die Gäste, darunter u. a. CDU-Ratscherr Kratz, folgten mit Interesse dem Vortrag des Referenten, dem sich eine rege Diskussion anschloß. Ein weiteres Referat über Strahlengefahr und Strahlenschutz hielt der Leiter des Gewerbeaufsichtsamtes Düren, Regierungsdirektor Wenzel. Auch sein Vortrag fand aufmerksame Zuhörer. Eine weitere Information ist für Januar 1972 in Aussicht genommen.

Gute Werbung sichert den Erfolg

Am 25./26. September führten die Dienststellen Schwelm und Gevelsberg an einem Wochenende in Gevelsberg, Mittelstraße 88, einen „Tag der offenen Tür“ durch. Beabsichtigt war, der Bevölkerung von Gevelsberg und Umgebung Gelegenheit zu geben, sich über die Aufgaben und die Arbeit des Selbstschutzes zu informieren. Zu diesem Zweck wurde im Lehrraum der Dienststelle Gevelsberg eine Ausstellung aufgebaut. Sie beinhaltete eine umfassende Aufklärung über die vielen kleinen Dinge, die der einzelne Bürger wissen sollte, um sich und anderen in Notlagen helfen zu können.

Durch Presse-Artikel, Plakate und Handzettel wurde die Bevölkerung auf die Aktion aufmerksam gemacht und eingeladen. Mehrere Male wies die Presse, zu der die Dienststelle Gevelsberg gute Kontakte hat, auf die Veranstaltung hin und warb gleichzeitig für die „Aktion Sorgenkind“, die zur gleichen Zeit auf dem Schulhof Mittelstraße 88 startete. Plakate und Handzettel zum „Tag der offenen Tür“ wurden in Eigenarbeit und Eigenfinanzierung von der Dienststelle Schwelm beschafft. Helmut Drescher, Fachbearbeiter für Öffentlichkeitsarbeit, hatte diese Werbearbeit in die Hand genommen und fachmännisch gelöst. Im Stadtgebiet wurden in den Hauptstraßen über 100 Plakate auf Ständer geklebt und aufgestellt. Weitere 300 Plakate wurden von Geschäftsleuten freundlicherweise in die Schaufenster gehängt. 3000 Handzettel wurden von Mitarbeitern des BVS auf Parkplätzen hinter Scheibenwischer geklemmt. Als Schirmherr für die Veranstaltung stellte sich der Bürgermeister der Stadt Gevelsberg, Helmut vom Schemm, zur Verfügung und brachte dadurch die Gemeinsamkeit in der Verfolgung der Ziele zum Ausdruck. Am Samstag, 25. September, konnte um 14 Uhr Werner Lorenz, Leiter der Dienststelle Schwelm, Gäste, Besucher und Helfer begrüßen. Stellvertretend für den Bürgermeister war Ratscherr Sieper zur Eröffnung erschienen und sprach Grußworte im Namen der Stadt Gevelsberg. Unter den Anwesenden waren Vertreter



Interessierte Zuschauer und Zuhörer am „Tag der offenen Tür“ in Gevelsberg.

aller Basisorganisationen, die durch ihre Anwesenheit den Zusammenhalt der Katastrophenschutzorganisationen dokumentierten. Diese gute Zusammenarbeit wurde noch deutlicher bei dem gemeinsamen Wettkampf in „Lebensrettenden Sofortmaßnahmen am Unfallort“ nach dem Motto „Mitmachen ist wichtig, nicht der Sieg ist ausschlaggebend“. Trotz des regnerischen Samstags waren viele Gevelsberger erschienen, um „ihren Selbstschutz“ zu besuchen und gleichzeitig zum Gelingen der „Aktion Sorgenkind“ beizutragen.

Sogar das Wetter hatte ein Einsehen. Am Sonntag riß bei herrlichem Sonnenschein der Besucherstrom nicht mehr ab. Der Platz faßte kaum die Menge der Besucher. Die Betreuer und Berater Drescher jun. und Drescher sen. hatten alle Mühe, die vielen Fragen der Interessenten zu beantworten. Hauptanziehungspunkte waren die Auslagen über Lebensrettende Sofortmaßnahmen bei Unglücksfällen, Lebensmittelvorratshaltung, Schutzraumbau und Geräte für die Brandbekämpfung. Die zur Verfügung stehenden Aufklärungsschriften — in den praktischen Tragetaschen — wurden gern zum genaueren Studium mit nach Hause genommen. Besondere Nachfrage galt den Terminen für Selbstschutzgrundlehrgänge.

Die vorbereiteten Terminkalender wanderten in manche Jackentasche. Große Beachtung fanden auch die Schauvorführungen, die auf dem Schulhof gezeigt wurden. Viele Besucher wurden auf diesem Wege davon überzeugt, daß es notwendig ist, bei Unfällen Hilfe leisten zu können.

Am Sonntag besuchte der Schirmherr, Bürgermeister Helmut vom Schemm, die Veranstaltung. Er wurde von Werner Lorenz begrüßt und durch die Ausstellung und das Gelände geführt.

Zwölf Fanfaren- und Musikzüge, die sich in den Dienst der guten Sache gestellt hatten, verliehen der Veranstaltung einen festlichen Rahmen. So war der „Tag der offenen Tür“ für die Dienststellen Schwelm und Gevelsberg ein guter Erfolg. Über 700 Personen besuchten die Ausstellung und ließen sich informieren. Mit Vereinen und Verbänden konnte Verbindung aufgenommen werden, und die Folgezeit wird ausgefüllt sein, um diese Möglichkeiten weiter auszubauen.

Besonders erfreulich sind auch die Kontakte zu Behörden, der Feuerwehr und den Basisorganisationen. Die gute Zusammenarbeit bei dieser Veranstaltung läßt erwarten, daß künftige gemeinsame Veranstaltungen ebenfalls gelingen.

Diese Gemeinsamkeit wird der Grundstein für den weiteren Aufbau des Katastrophenschutzes und des Selbstschutzes sein.

Die „Aktion Sorgenkind“ erbrachte 5 000,— DM.

Nächstenhilfe in Bewährung

Die Dienststelle Marl berichtet: „Es ist gut, daß wir bei Ihnen waren“, meldete uns eine Schülerin der 9. Klasse der Goethe-Hauptschule, „der Karl aus unserer Klasse hat bei einem Verkehrsunfall in Brassert eine Armblutung abgedrückt und bekam ein Lob von dem Unfallarzt.“

*

Der Helfer Gerd Wylutzki aus Hamm wurde auf dem Wege zur Arbeit von einem Mopedfahrer überholt, der kurz darauf von einem PKW erfaßt und auf die Straße geschleudert wurde. Sofort barg Gerd zunächst den Verletzten von der Straße, versorgte ihn und veranlaßte die Benachrichtigung von Polizei und

Unfallwagen, deren Eintreffen er bei dem Verunglückten abwartete.

*

Der BVS-Beauftragte für die Gemeinde Hamm/Marl, Ernst Brand, sah während einer Spazierfahrt plötzlich einen Menschenauflauf. Beim Näherkommen entdeckte er einen älteren Mann, stark aus einer Kopfwunde blutend und wie bewußtlos auf der Straße liegend; neben diesem — ratlos ein Autofahrer mit einem schönen, neuen Kfz-Verbandkasten. Auch die vielen Schaulustigen griffen nicht zu. Ernst Brand übersah sofort die kritische Situation, barg zunächst den gefährdeten Verletzten mit dem Rautek-Rettungsgriff von der Straße und sorgte für die Absicherung der Unfallstelle. Zuschauer, die bisher tatenlos dabeistanden und jetzt Besserwisser sein wollten, verwies er energisch auf die andere Straßenseite. Den unter Schock stehenden Verletzten, der immer wieder aufstehen wollte, konnte er bis zum Eintreffen des Sanitätswagens beruhigen.

Die Polizeibeamten waren von dem überlegten Handeln beeindruckt und sprachen Ernst Brand ihren Dank aus.

1000. Teilnehmerin an einem Selbstschutzgrundlehrgang



Durch den Beigeordneten der Stadt Solingen, Heiko Schulte, wurde in Anwesenheit des Vertreters des Stadtamtes 38, der Presse und des Dienststellenleiters die Schülerin der Oberstufe des Mädchen-gymnasiums Solingen, Gerlinde Morsbach, als 1 000. Teilnehmerin durch Überreichung eines Blumenstraußes und eines Geschenkes im Namen des Oberstadtdirektors geehrt.



Helferinnen demonstrieren die Erstversorgung von Verletzungen.

Einweihung und Ausstellung

Die BVS-Dienststelle Herne hatte die Fertigstellung ihrer Übungsanlage zum Anlaß genommen, „Tage der offenen Tür“ in Verbindung mit einer Ausstellung „Unser Selbstschutz“ durchzuführen. Gleichzeitig sollte die Übungsanlage durch einen Vertreter der Landesstelle ihrer Bestimmung übergeben werden.

Die Gestaltung der Übungsanlage sowie der Zeitpunkt für die Fertigstellung brachten es mit sich, daß neben einer erhöhten Einsatzbereitschaft aller Helferinnen und Helfer auch viele Opfer an Zeit und Geld gebracht wurden. Durch die Unterstützung der Landesstelle und die gute Zusammenarbeit mit dem Hauptfachgebiet VI konnte die Ausstellung schon drei Tage vor Beginn aufgebaut werden. Dies hatte den Vorteil, daß am 29. September die Pressebesprechung bereits in den Ausstellungsräumen stattfinden konnte und alle drei Tageszeitungen am 30. September ausführlich auf die Eröffnung der Ausstellung und die „Tage der offenen Tür“ am 1. Oktober hinweisen konnten.

Auch die Einladungskarten, die vom Oberstadtdirektor der Stadt Herne unterzeichnet waren, wurden zehn Tage vorher herausgeschickt, so daß sich der Empfänger auf den Termin einstellen konnte.

Die Ausstellung — vom 1. bis 3. Oktober — konnte am 1. Oktober pünktlich um 11 Uhr eröffnet werden. Fast allen Einladungen — rund 120 — war Folge geleistet worden. Der Leiter der Dienststelle Herne begrüßte die Gäste und wies mit kurzen Worten auf den Werdegang der Übungsanlage sowie auf die Bedeutung der Ausstellung hin und

nahm Gelegenheit, allen hierbei Beteiligten seinen Dank auszusprechen, der in besonderem Maße auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern galt, die trotz der zahlreichen Arbeitsstunden an der Übungsanlage ihre ehrenamtlich übernommene Tätigkeit im Krankenhaus nicht versäumt hatten.

Die Eröffnung der Ausstellung wurde von Stadtrat Raabe in seiner Eigenschaft als örtlicher Zivilschutzleiter vorgenommen. Als Vertreter der BVS-Landesstelle NRW erläuterte Joachim Kaufner die Aufgaben des Bundesverbandes für den Selbstschutz, wies auf den Sinn und Zweck der Übungsanlage hin und übergab dann in mit Humor gewürzter Art die Übungsanlage ihrer Bestimmung. Nachdem der Leiter der Dienststelle für die Ausführungen von Stadtrat Raabe und Joachim Kaufner gedankt hatte, wurden die Gäste in kleinen Gruppen von den anwesenden Rednern, Beratern und Aufklärungshelfern durch die Übungsanlage und die Ausstellung geführt. Bei dieser Gelegenheit konnten manche Fragen beantwortet und gute Kontakte zu Behörden und Betrieben sowie Verbänden geknüpft werden.

Am zweiten Tag setzte bereits am Vormittag der Ansturm der Schulklassen ein, so daß die Ausstellung zeitweise geschlossen werden mußte. Allein 600 Schülerinnen und Schüler der Berufs- und Realschulen wurden in der Zeit von 10 bis 13 Uhr durch die Ausstellung geführt. Direktoren und Lehrer bedauerten es sehr, daß für ihre Schulklassen nur ein Vormittag zum Besuch der Ausstellung zur Verfügung stand. Diesem Umstand wird bei den nächsten Ausstellungen verstärkt Rechnung getragen werden.

Der Samstagnachmittag und der Sonntag brachten dann einen guten Publikumsbesuch.

Abschließend können die „Ausstellung“ und die „Tage der offenen Tür“ als voller Erfolg gewertet werden. Erwähnenswert ist noch der Besuch der Landtagsabgeordneten sowie von Herrn Dieckmann von der Oberpostdirektion Dortmund, vieler Stadtverordneter und Vertreter größerer Betriebe.

Im Laufe der drei Tage haben sich 60 Interessenten zur Teilnahme an einem Selbstschutz-Grundlehrgang gemeldet. Sieben Termine für Aufklärungsveranstaltungen konnten festgelegt werden und drei „Fachliche Unterweisungen“ wurden vereinbart. Nicht übersehen werden dürfen die vielen Kontaktgespräche, deren Auswirkungen sich erst später zeigen werden. Auch die Presse hat über den Erfolg dieser Ausstellung ausführlich berichtet.

Schl.

Persönliches

Landesstellenleiter Kopsieker konnte Ende September die Bediensteten Helmut Walter und Emil Kruse aus Dortmund zu ihrer 25jährigen Dienstzeit im öffentlichen Dienst beglückwünschen. Die Ehrung erfolgte auf einer Dienstbesprechung, an der 40 ehrenamtliche Helfer teilnahmen. Die Landesstelle möchte auf diesem Wege den beiden Jubilaren für ihre langjährige und treue Mitarbeit danken.

*



Der langjährige Mitarbeiter der Landesstelle, H.-Dieter Klawuhn, erhielt die Ehrennadel für Blutspender in Gold mit Silberkranz, nachdem er 1965 die silberne und

1967 die goldene Ehrennadel erhalten hatte.

*

Wenige Tage nachdem Helmut Walter seinen 60. Geburtstag gefeiert hatte, traf bei der Landesstelle die schmerzliche Nachricht ein, daß der noch vor kurzem Geehrte plötzlich verstorben ist. Alle Mitarbeiter, die ihn kannten, werden sein Andenken hoch in Ehren halten.

Zündstoff Atomkraftwerk

Eine aktuelle Information bot in Koblenz die „Nachbarschaft Rauental e. V.“ mit einem Vortrag von Prof. Dr. A. Bühl zu dem Thema „Katastrophen im Atomzeitalter“. Es handelte sich um keine Pro- oder Kontra-Veranstaltung zu dem bei Weißenthurm geplanten Atomkraftwerk, sondern um den Sachbeitrag eines Fachmannes im Rahmen einer Aufklärungsveranstaltung der BVS-Dienststelle Koblenz, zu der die Nachbarschaft Rauental eingeladen hatte.

Im vollbesetzten Saal des Ausbildungszentrums der Handwerkskammer Koblenz hörten rd. 270 Besucher, darunter viele Jugendliche, Prof. Bühls Ausführungen über die atomaren kriegsmäßigen Einsatz- und die friedlichen Nutzungsmöglichkeiten. In einer anschließenden sehr regen Diskussion, die vom Vorsitzenden der Nachbarschaft, Karl Schmitz, geleitet wurde, standen in erster Linie folgende Fragen zur Debatte:

Was geschieht im Falle der Beschädigung durch äußere Einwirkung? Besteht Explosionsgefahr? Warum lehnen Versicherungsgesellschaften einen Versicherungsschutz ab?

Warum ist es nicht möglich, anstelle von Kernenergie andere Energien zu verwenden?

Die Fragen wurden von Prof. Bühl allgemeinverständlich beantwortet, und der Wissenschaftler konnte manche Vorurteile und Zweifel beseitigen.

Im Verlauf der Diskussion erhitzten sich einige Zuhörer derart, daß sie sich sogar zu Beschimpfungen des Referenten hinreißen ließen und schließlich des Saales verwiesen werden mußten.

Ein Zuhörer und Zeuge der unerfreulichen Ereignisse schrieb in einem Leserbrief an die Heimatzeitung „Schängel“. In seinem Brief, den er mit „Entgleisung eines konservativen Fanatiklers“ überschrieb, sagte er unter anderem: „Hysterisch und aggressiv reagierte ein Herr, als Prof. A. Bühl am vergangenen Freitag einen sachlichen Vortrag über die friedliche Nutzung der Kernenergie beendet hatte. Der fanatisch gegen Atomenergie eingestellte Besucher igno-

rierte die objektiven Fakten des Wissenschaftlers. Wutentbrannt sprang er auf, brüllte „Alles Lüge“ in den Hörsaal und provozierte den Professor mit Beleidigungen.“

Drei weitere Personen protestierten gleichfalls lautstark gegen den Bau von Kernkraftwerken. Und das alles, obwohl sämtliche wissenschaftlichen Berechnungen und Ergebnisse von Versuchen — so Prof. Bühl — eine Gefahr für das menschliche Leben absolut ausschließen. Bei der Untersuchung von wissenschaftlich-technischen Projekten und deren eventuellem Einfluß auf den Menschen sollte man — so schrieb der Leserbrief-einsender — eben letztlich das Urteil einem erfahrenen Wissenschaftler überlassen.

Die „Nachbarschaft Rauental e. V.“ und der Koblenzer Dezernent für Katastrophenschutz, Bürgermeister Mendling, der Gast der Veranstaltung war, legen Wert darauf, festzustellen, daß die Veranstaltung auf Eigeninitiative beruhte und keineswegs von irgendeiner Seite finanziert worden ist.

V. S.

Gute Zusammenarbeit

Die engere Zusammenarbeit aller Basisorganisationen stand im Mittelpunkt einer Tagung in Frankenthal/Pfalz. Auf Einladung der Stadt, vertreten durch ihren Ersten Bürgermeister Dr. Doetsch, traf sich der Katastrophenschutz-Einsatzstab zu einer Arbeitssitzung, in der vereinbart wurde, künftig regelmäßig die gemeinsamen Probleme zu erörtern. So soll im Frühjahr 1972 in Frankenthal eine gemeinsame Übung aller beteiligten Einsatzgruppen stattfinden.

Zu den Tagungsteilnehmern, die Erster Bürgermeister Dr. Doetsch, auch im Namen des Oberbürgermeisters Zeißler, willkommen hieß, zählten die Vertreter des Deutschen Roten Kreuzes, des Arbeiter-Samariter-Bundes, des Malteser Hilfsdienstes, der Johanniter-Unfallhilfe, die Leiter des Technischen Hilfswerkes, der Freiwilligen Feuerwehr Frankenthal und des Bundesverbandes für den Selbstschutz. Auch die zustän-

digen Referenten der Stadt nahmen an der Aussprache teil. Von den anwesenden Organisationen wurde die Erklärung abgegeben, den Katastrophenschutz mit aller Kraft zu unterstützen und insbesondere an einer Harmonisierung der gesamten Einsatzkräfte mitzuwirken. Große Aufmerksamkeit fand ein Vortrag von Professor Dr. A. Bühl über atomare, biologische und chemische Kampfmittel.

mk.

Selbstschutzzüge: Ja oder Nein?

Das Rätselraten um die Selbstschutzzüge hat noch immer kein Ende genommen. Bleiben sie oder bleiben sie nicht — fragen die einen, die anderen sagen: „Mit diesem 'Spielzeugkram' kann im Ernstfall doch kein Mensch etwas anfangen.“ In einigen Städten und Gemeinden unseres Landesstellenbereiches ist man offensichtlich ganz anderer Meinung. So z. B. in Pirmasens, wo unter der Leitung von Willi Schröter, dem BVS-Fachbearbeiter für Ausbildung Pirmasens Stadt und Land, eine Mannschaft der „Falkenjüngend“ ihren ersten Brand — als praktische Übung während eines Ausbildungslehrgangs — löschte. Diese Gruppe politischer Jugend durfte auf dem Lagerhof der Stadt an der Rodalbenstraße zeigen, was sie gelernt hatte, und sie machte, wie Willi Schröter bestätigte, ihre Sache gut. Auf die Frage, wie es dazu gekommen sei, daß sich eine politische Jugendgruppe zum Mitmachen im Selbstschutz entschlossen habe, meinte Willi Schröter: „Der Rückgriff auf politische Jugendgruppen als Helfer für den Selbstschutz war notwendig geworden, nachdem der Aufruf zur freiwilligen Teilnahme in der breiten Öffentlichkeit nur ein geringes Echo gefunden hatte. Diese jungen Leute sind mit Begeisterung bei der Sache.“

Auch in Mettenheim, einer Gemeinde bei Worms, hat der Gedanke, durch freiwillige Bürgerinitiative im Katastrophenschutz mitzuwirken, ein beispielhaftes Echo gefunden. In Mettenheim stützt sich die Leistung des

Selbstschutzzuges auf die Aktivität einzelner BVS-Mitarbeiter und auf die gute Zusammenarbeit mit der Gemeindeverwaltung und den Gruppen der Freiwilligen Feuerwehren in Mettenheim, Alsheim, Osthofen und Bechtheim.

Vor Wochen schon sind alle übereingekommen, künftig gemeinsam Übungen durchzuführen, um die Zusammenarbeit mehrerer Einheiten im Einsatz zu erproben. Wenige Wochen danach kam es schon zu einer gemeinsamen Übung auf einem abgelegenen Hof. Alles klappte so gut, daß man die weitere Zusammenarbeit festlegte.

Als Dank für die gute Mitarbeit schenkte die Feuerwehr von Mettenheim dem Selbstschutzzug einen überzähligen Anhänger, der an einigen Abenden für die Zwecke des Selbstschutzzuges hergerichtet wurde. In ihm sind nun die Geräte der Rettungs- und Laienhelferstaffel untergebracht.

Von privater Seite erhielt der Selbstschutzzug zwei Handfunkgeräte, damit eine bessere Verbindung mit der Feuerwehr bei Übungen und im Ernstfall hergestellt werden kann. Die Frage, ob Selbstschutzzüge bestehen bleiben sollen oder nicht, erledigt sich in Orten wie Pirmasens oder Mettenheim durch die Aufgeschlossenheit aller Beteiligten. Bei einem Gespräch mit dem Führer des Selbstschutzzuges in Mettenheim, Leo Jugenheimer, betonte dieser mit Nachdruck die Kameradschaftlichkeit der Feuerwehren und das Entgegenkommen der Gemeindeverwaltung, die dem Selbstschutz im vergangenen Jahr einen Raum in der ehemaligen Bürgermeisterei herrichten ließ; auch die Feuerwehr hatte für die Unterbringung des Löschkarrens einen Raum freigemacht.

Als Dank einen Spießbraten

Der Verein der Hundefreunde in Kirn, der sich besonders bei der Ausbildung von Rettungshunden hervorgetan hat, rief seine Mitglieder zur Teilnahme an einem Selbstschutzlehrgang auf. Ausbildungsort war das Gelände des Hundevereins auf dem Loh, nahe bei Kirn. Es liegt mitten in einem Wald, abgeschnitten von jeder menschlichen Wohnung und ohne Stromanschluß. Die BVS-Dienststelle Bad Kreuznach,

die die Ausbildung durchführte und das gesamte Ausbildungsgerät aus Bad Kreuznach heranschaffen mußte, half sich aus der „Stromnot“, indem sie den notwendigen Strom selbst erzeugte, um Dias und Filme vorführen zu können.

Für die praktischen Demonstrationen während des Unterrichts wurden die Teilnehmer vor dem Haus in herbstlicher Sonne zusammengerufen, und dann wurde mit Eifer geübt.

Alle Teilnehmer des Lehrgangs waren übereinstimmend der Meinung, daß diese Grundausbildung sehr interessant und lehrreich gewesen sei. Als Abschluß und Dank für die Mühe der BVS-Ausbilder spendierte der Verein der Hundefreunde einen saftigen Spießbraten.

H. K.

Starkes Interesse der Bevölkerung auf der „HAFA 1971“



Auf der „HAFA 1971“ in Ludwigshafen war der BVS mit einer Sonderschau vertreten, auf der sich zahlreiche Besucher über Selbstschutzmaßnahmen informieren ließen.

Leistung anerkannt

„Mit Interesse haben wir davon Kenntnis genommen, daß der Rhein-Hunsrückkreis mit einer verhältnismäßig großen Zahl von Veranstaltungen im Gesamtergebnis beteiligt ist“, schreibt Landrat Reinhard von Simmern in seiner Antwort auf ein Schreiben von Landesstellenleiter Hans Scholz (Mainz), in dem dieser einen Überblick über die Gesamtleistung im Bereich der Aufklärung und Ausbildung der Bevölkerung im Selbstschutz gegeben hatte. Landrat Reinhard machte in einer Rund-

verfügung an alle Verbandsgemeindeverwaltungen die Bürgermeister seines Kreises auf die Möglichkeit aufmerksam, sich im Rahmen von Besprechungen über die Vwv-Selbstschutz durch Interpreten des BVS informieren zu lassen. „Wir sind auch künftig bereit“, schreibt Landrat Reinhard am Schluß seines Briefes, „die Arbeit des Bundesverbandes für den Selbstschutz nach Kräften zu unterstützen.“

Oberbürgermeister Ludwig von Ludwigshafen dankt für den informativen Brief, den er mit Interesse zur Kenntnis genommen habe. Weiter schreibt er, daß die in dem Leistungsbericht zum Ausdruck gekommene Steigerung der Erfolge sehr erfreulich sei, und es werde an der Aufmerksamkeit und Unterstützung der Stadt Ludwigshafen in Zukunft nicht mangeln.

Ähnlich heißt es in dem Brief des Landrats Vogel von Bitburg. Er hat den Leistungsbericht zum Gegenstand einer eingehenden Erörterung in der letzten Verbandsbürgermeisterdienstbesprechung gemacht, bei der der Dienststellenleiter der BVS-Dienststelle Bitburg, Amtmann Linden, zu dem Thema Aufklärung und Ausbildung der Bevölkerung im Selbstschutz weitere Erläuterungen gab. Bei gleicher Gelegenheit bat Landrat Vogel die anwesenden Verbandsbürgermeister, die Bürgermeister der kreisangehörigen Gemeinden auf die Notwendigkeit einer Teilnahme an Selbstschutzveranstaltungen hinzuweisen.

„Aus dem Leistungsbericht für das 1. Halbjahr 1971 konnte ich ersehen, daß die BVS-Dienststelle Bad Kreuznach an der beachtenswerten Leistungssteigerung erheblichen Anteil hat“, schreibt Landrat Schumm von Bad Kreuznach. Er bittet, den BVS-Leitungskräften und Helfern seinen Dank und seine Anerkennung auszusprechen. Auch er greift die Anregung von Herrn Scholz, die Vwv-Selbstschutz mit den Bürgermeistern zu besprechen, gerne auf. Er werde seinen Beauftragten für den Katastrophenschutz, Kreisoberinspektor Dornauf, veranlassen, sich zu gegebener Zeit mit dem BVS-Dienststellenleiter Kahl (Bad Kreuznach) wegen eines Termins in Verbindung zu setzen.

Dr. Brix, Oberbürgermeister von Neustadt/Weinstraße, bedankt sich ebenfalls für den Leistungsbericht und drückt seine Bereitschaft aus, den Bundesverband für den Selbstschutz, soweit es ihm möglich ist, auch in Zukunft zu unterstützen.

Stellungswechsel in Mannheim

Im Bürgerausschuß-Sitzungssaal der Stadt Mannheim wurde am 7. Oktober Dienststellenleiter Josef Gruber verabschiedet und gleichzeitig sein Nachfolger, der frühere Leiter der Landesschule Baden-Württemberg, Günter Wermke, eingeführt.

Nach Begrüßung der 100 eingeladenen Gäste — Vertreter aus dem öffentlichen Leben des Mannheimer Raumes — durch Bezirksstellenleiter Hainecker, würdigte Landesstellenleiter Görnemann Grubers Leistungen bei dem Aufbau des BVS in Mannheim. 15 Jahre leitete er die Dienststelle mit Geschick und Elan. Nun in den Ruhestand tretend, wird er weiterhin als ehrenamtlicher Mitarbeiter seine Kenntnisse und seine Kraft dem BVS zur Verfügung stellen.

In seinen Abschieds- und Dankesworten an Gruber würdigte Polizeipräsident Menz in Vertretung des Oberbürgermeisters die Verdienste des scheidenden Dienststellenleiters um den Zivilschutz in Mannheim; auch jene in den bittersten Jahren der Stadt, während des Krieges, wo Gruber als Reviergruppenführer tätig war. „Bei allem Schlechten und Verbrecherischen jener Zeit“ — sagte Menz — „hat es auch Gutes gegeben, das man doch einmal aussprechen müsse: Die Rettung und Erhaltung des Lebens vieler Mannheimer Bürger durch die gerade in dieser Stadt verstärkt durchgeführten Zivilschutzmaßnahmen.“

Im Namen des Oberbürgermeisters überreichte er Gruber als Dank und Anerkennung einen Bildband über Mannheim.

Günter Wermke, vom Landesstellenleiter eingeführt, ein Kind dieser Stadt, referierte über das Thema: „Die Aufgaben des BVS laut § 11 des Katastrophenschutzgesetzes und die darauf auszurichtende Arbeit der Dienststelle Mannheim“. Den Zuhörern wurde Einblick in die Tätigkeit des BVS gegeben und der neue Dienststellenleiter verstand es, in klaren Linien anzuzeigen, daß die Aufklärung der Bevölkerung über Waffenwirkungen und Schutzmöglichkeiten, über Aufgaben und Maßnahmen des Selbstschutzes sowie entsprechende Unterrichtungen im Selbstschutz ihre unbedingte Not-

wendigkeit haben.

Seine Ausführungen klangen aus in dem Wunsch, noch bessere Kontakte mit der Bevölkerung und mit den Behörden zu erlangen, damit die allen gemeinsame Aufgabe der Selbsthilfe intensiviert werden kann.

Hafenamtsdirektor Heck überreichte dem scheidenden und dem neuen Dienststellenleiter „Mannheimer Hafenwasser“, dem einen zur Erinnerung, dem anderen, damit er sich wieder schnell in die Welt seiner Vaterstadt eingewöhne.

Selbstschutzhelfer stets zur Stelle

Immer wieder machen in der Tagespresse die Behinderungen der Hilfsorganisationen bei Unglücksfällen und Katastrophen Schlagzeilen. Die Polizei ist oft nicht einmal in der Lage, die Zufahrtswege von abgestellten Fahrzeugen freizumachen und die den Einsatz behindernden Zuschauer abzudrängen.

Auch Kommandant Hans Kratt von der Freiwilligen Feuerwehr in Trossingen hatte diesbezüglich schlechte Erfahrungen gemacht, doch er wußte sich zu helfen.

Bei der diesjährigen Hauptübung bat er die Helferinnen und Helfer des Selbstschutzzuges Trossingen, die Absperrung des Übungsobjektes — ein Großtanklager in der Schurauer Straße — und die Verkehrsregelung zu übernehmen.

Schon seit Jahren besteht zwischen den Männern der Feuerwehr und den Selbstschutzhelfern ein gutes und kameradschaftliches Verhältnis. Ob bei Übungen oder bei Unwetter-schäden, immer waren die Selbstschutzhelfer zur Stelle und haben ihre Feuerwehr unterstützt, wo und wie es gerade notwendig war. Diesmal gab es eine besonders schwierige Aufgabe zu lösen. Zwölf Helfer rückten mit der Feuerwehr aus und begannen sofort die Zuschauer auf den hierfür vorgesehenen Platz zu verweisen. Der Verkehr wurde gestoppt, bis alle

Einsatzfahrzeuge zur Stelle waren. Während die Übung ablief, wurde der Durchgangsverkehr so geregelt, daß es nirgends zu Behinderungen kam. Dieter Neipp, der BVS-Beauftragte in Trossingen, löste die ihm und seinen Helfern gestellte Aufgabe so gut, daß der „Schwarzwälder Bote“ berichtete:

„Trotz des großen Einsatzes an Fahrzeugen und Mannschaften rollte der Verkehr dank der guten Absperrung durch den Selbstschutz auf der Straße nach Schura ungestört weiter. Kommandant Hans Kratt hatte Nägel mit Köpfen bei seinem Übungsplan gemacht.“

Auch die Polizei profitierte vom Einsatz der Selbstschutzhelfer. Lediglich zwei Beamte waren „für alle Fälle“ anwesend. Sie hatten nur wenig zu tun.

Nach der Übung bedankte sich Kratt bei den Helferinnen und Helfern des Roten Kreuzes und des Selbstschutzes für die gute Zusammenarbeit. Er betonte ausdrücklich, daß es zwischen den Organisationen keine Rivalität gebe. Jeder sei auf den anderen angewiesen und dies setze eine gute Kameradschaft voraus. Auch Bürgermeister Mecherlein und Kreisbrandmeister Weiss bestätigten die Worte des Kommandanten.

F. Gneist

„Vorsorge in Grün“

In jedem dritten Jahr findet in Stuttgart das Landwirtschaftliche Hauptfest anlässlich des Cannstatter Volksfestes statt. In diesem Jahr war es das 86. Die Tradition macht diese Veranstaltung zu einem bemerkenswerten Ereignis in Baden-Württemberg. 1971 war es die größte Landwirtschaftsmesse der Bundesrepublik. 500 Firmen aus 16 Ländern gaben einen umfassenden Überblick über die landwirtschaftlichen Betriebsmittel für Haus, Hof und Feld. Zahlreiche Sonder- und Lehrschauern waren interessante Anziehungspunkte für die Besucher.

Die Ausstellung „Vorsorge in Grün“ gehörte zu diesen Sonderschauen. Da die meisten Aussteller ihre Plätze



Wilfried Krüger, BHST (4. v. r.), weist die Interpreten für die Ausstellung „Vorsorge in Grün“ in ihre Aufgaben ein.



Besonderes Interesse fand bei den Besuchern das Modell „Meßtisch radioaktiver Strahlung“.

in Standmiete haben, mußte die BVS-Ausstellung auf dem Campinggelände aufgebaut werden. Unmittelbar neben der „Wald- und Forstschau“ stand erstmalig das Rundzelt mit einem Durchmesser von 20 m, wodurch eine übersichtliche Anordnung der Tafeln und Modelle gegeben war. Als Blickfang diente ein Unimog mit einem Zapfwellenanschluß. Der Aufbau ging reibungslos vonstatten. Die Vertragsfirma hat zwar den Termin der Ankunft um einen Tag hinausgezögert, war aber doch rechtzeitig fertig. Bei strahlendem Sonnenschein fand die Eröffnung statt. Selbstverständlich konnte nicht erwartet werden, daß diese Sonderschau die gleiche Anzahl Besucher hatte wie die gesamte Ausstellung. Nicht nur der ungünstig gelegene „Campingplatz“, auch das etwas ungewohnte Thema ließ viele Besucher zögern, das Zelt zu betreten. Es ist immer schwer, den Erfolg einer Ausstellung zu messen. Die Besucherzahlen — hier waren es rund 10 000 — täuschen. Vielfach konnte beobachtet werden, daß Besucher zunächst am

Eingang stehen blieben und erst eintraten, wenn sie sahen, daß auch andere hineingingen. Mancher verließ sofort das Zelt, wenn er angesprochen wurde. Andere nahmen gerne das Aufklärungsmaterial an und wichen Gesprächen nicht aus. Die dritte Gruppe suchte das Gespräch, wollte informiert und beraten werden. Es war zwar keine große Zahl, doch konnten insgesamt rd. 500 Personen eingehend mit dem Selbstschutz in ländlichen Gebieten vertraut gemacht werden. Das ist ein wirklich meßbarer Wert einer Ausstellung: das Gespräch mit dem Besucher. Als eine interessante Randerscheinung ergab sich die Ansicht vieler Besucher: Selbstschutzausbildung und Schutzraumbau sollten zur Pflicht gemacht werden. Die Vorführungen von Filmen und Tonbildschauen erwiesen sich als guter Anreiz, das Zelt zu betreten. „Vorsorge in Grün“ hat bewiesen, daß eine modern aufgemachte Ausstellung auch ein nicht gerade gern gehörtes und gesehenes Thema bewältigen kann. Meßbarer Erfolg? Ein Erfolg war die Ausstellung sicher.



Die Filmvorführungen und Tonbildschauen des BVS wurden von den Ausstellungsbesuchern aufmerksam verfolgt.

Wenn auch die große Besucher-Prominenz gefehlt hat, die wirklich interessierten Bürger kamen, um sich informieren zu lassen.

Kw.

Ein nicht alltägliches Protokoll

Es ist wohl nicht alltäglich, daß in einem Gemeinderatssitzungsprotokoll ein Beschluß niedergeschrieben wird, der den BVS und seine Arbeit angeht. Nachfolgend ein Auszug aus dem Protokoll der Gemeinderatssitzung in Horrenberg am 16. September 1971: ... Herr Wenzel, Leiter der Dienststelle „Bundesverband für den Selbstschutz“, zuständig für den Stadt- und Landkreis Heidelberg, nahm die ihm gebotene Möglichkeit wahr und erläuterte unter Verwendung eines Bildwerfers die Arbeiten des Bundesverbandes für den Selbstschutz. Sein Appell richtete sich hauptsächlich an die Vertreter der Gemeinde, doch künftig die Arbeiten des Verbandes zu unterstützen, sei es in bezug auf Schutzraumbauten oder auch in einer allgemeinen Unterrichtung von Freunden und Bekannten über die bisher geleisteten Arbeiten. Herr Wenzel stellte außerdem in Aussicht, während der Wintermonate einen viermal drei Stunden dauernden Unterricht über Selbstschutz im Katastrophen- oder Verteidigungsfalle abzuhalten. Die Herren Gemeinderäte zeigten sich interessiert für solch einen Lehrgang und sagten auch ihre Teilnahme, eventuell mit Ehefrauen, zu. Die Ausführungen, die eineinhalb Stunden dauerten und nur stichwortartig die einzelnen Sachgebiete ansprachen, zeigten, wie vielfältig die Arbeit innerhalb des Bundesverbandes für den Selbstschutz ist.

Auf der 12. Gießener Herbstausstellung

Seit Jahren wird die Gießener Herbstausstellung — als GHERBA bekannt — als Schaufenster von Handel, Handwerk, Industrie und Landwirtschaft des mittelhessischen Wirtschaftsraumes gewertet. Darüber hinaus bietet sie in ihrem ideellen Ausstellungsprogramm den zahlreichen Besuchern vielseitige Informationen.

Die BVS-Landesstelle Hessen hat diese Aufklärungsmöglichkeit stets mit Erfolg genutzt. Nachdem in den beiden vergangenen Jahren die von der BVS-Dienststelle Gießen gestalteten Sonderschauen „Laienhilfe im Selbstschutz“ und „Kulturhistorischer Rückblick auf den Brandschutz im Gießener Raum“ bei der Bevölkerung eine gute Resonanz gefunden hatten, lag es nahe, in diesem Jahr mit der größeren Schau der Bundeshauptstelle „Vorsorge in Grün“ den Besuchern Gelegenheit zu geben, sich über den Selbstschutz in ländlichen Gebieten zu orientieren.

In Zusammenarbeit mit der Landesstelle hatte die Dienststelle Gießen über die lokale Presse und eine überörtliche Zeitung für den Besuch der BVS-Sonderschau geworben. Durch persönliche Ansprache wurden Bürgermeister, Schulen, Verbände und Firmen sowie Bundeswehr, Bundespost und Bundesbahn von den zuständigen Beauftragten auf die BVS-Ausstellung aufmerksam gemacht.

Im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft erhielten die als Interpreten vorgesehenen ehrenamtlichen Helfer eingehende Instruktionen über die Sonderschau. Eine weitere Einweisung in die Führungsfolge der Besucher und die Betreuung der technischen Hilfsmittel erfolgte für die Aufklärungshelfer und Filmvorführer am aufgebauten Stand. Wie im vergangenen Jahr war auch diesmal ein starkes Informationsbedürfnis der Besucher aus dem ländlichen und auch städtischen Bereich festzustellen. Hierbei zeigte es sich, daß den Fragen über Brandschutz und Strahlenschutz — besonders mit den dazugehörigen Modellen — sowie der rotierenden Bevoiratungsdrehscheibe und dem Traktor mit der Zapfwellenaufsteckpumpe



Auf der 12. Gießener Herbstausstellung wirbt der Rettungshund „Sam“ mit seinem Führer Wende für die Ausbildung von Rettungshunden.

mehr Interesse entgegengebracht wurde als den zahlreichen Tafeln und Bildern. Großen Anklang bei den Ausstellungsbesuchern fand ein Hundebesitzer, der mit seinem Rettungshund „Sam“ für die Ausbildung von Rettungshunden warb. Ein Bauberater gab über den Bau von Schutzräumen Auskunft und erläuterte die vom Staat hierfür gewährten Zuschüsse und die Möglichkeiten steuerlicher Abschreibungen.

Im Verlauf der am Ausstellungsstand geführten Gespräche trat in vielen Fällen die Unkenntnis der Fragesteller über den Katastrophenschutz und den Selbstschutz zutage. Hier wurde es deutlich, wie notwendig eine diesbezügliche umfassende Information und Aufklärung der breiten Öffentlichkeit ist.

-ter

Schnell reagiert

Bei einem Wohnungsbrand kam in Wiesbaden ein Kleinkind ums Leben. Wenige Tage zuvor wurde ein noch nicht bezogener Schulneubau ein Raub der Flammen. Das hat bei der Bevölkerung der hessischen Landeshauptstadt zu großen Besorgnissen geführt. Sprecher besorgter Eltern forderten von der Stadtverordnetenversammlung Aufklärung über die getroffenen Maßnahmen zum Schutz gegen Brandgefahren. Auch in der Redaktion des „Wiesbadener Kurier“ gingen Anfragen in großer Zahl ein, in denen Leser wissen wollten, was jeder einzelne tun könne, um Brandkatastrophen

vorzubeugen. Auf Vorschlag des BVS wurde daraufhin eine „Kurierselbstschutzaktion“ gestartet, die innerhalb von acht Tagen aktiv wurde.

Im BVS-Lehrraum kamen am ersten Abend junge und alte Menschen, Hausfrauen und Geschäftsleute, Rentner und Angestellte, sogar eine ganze Familie zusammen. Sie sahen Dias und Kleinlöschgeräte, hörten viel für sie Neues über das Entstehen von Bränden und machten in Gedanken eine Hausbegehung vom Keller bis zum Dach unter dem Gesichtspunkt möglicher Brandgefahren mit. Die Aktion wird fortgesetzt.

Die „Kurier“-Leser haben die Initiative ihrer Zeitung und die sofortige Bereitschaft des BVS, die fachliche Unterweisung durchzuführen, dankbar begrüßt.

W. P.

Übung wurde Praxis

Nach einem Selbstschutz-Grundlehrgang führte die BVS-Dienststelle Gießen einen weiterführenden Fachlehrgang Brandschutz für zwei Kraftspritzenstaffeln durch. Nach Abschluß des theoretischen Teils und der formalen Trocken- und Naßübungen war zum Schluß die Bekämpfung eines Kellerbrandes unter erschwerten Bedingungen vorbereitet worden. Doch es sollte anders kommen. Während der Mittagspause war in einer etwa 200 m vom Übungsgelände entfernten alten Gartenlaube ein Schmelbrand entdeckt worden. Schnell stand das trockene Holz in hellen Flammen. 120 m C-Schlauch und zweimal 45 m D-Schlauch mußten die kurz vor dem Abschluß stehenden Selbstschutzhelfer von der Wasserentnahmestelle aus für den Einsatz ihrer beiden TS 2/5 auslegen. Zwar gelang es nicht, die Gartenlaube zu retten, jedoch konnte eine Ausdehnung des Brandes auf dem dünnen Waldboden auf die Vogelschutzhecken, Sträucher und Bäume verhindert werden. Mit Spaten und zwei Einstellspritzen bekämpften die Helfer die immer wieder im aufgehäuften Laub und trockenen Wurzelwerk aufkommenden Brandnester. Nach einem abschließenden Begehen

der Brandstelle konnte der Gießener Berufsfeuerwehr das Ablöschen und die Verhinderung der Ausdehnung des Brandes durch den Einsatz der Selbstschutzkräfte gemeldet werden.
-ter



Als 10 000. Teilnehmer wurde Franz Heger (r.) geehrt. Ihm gratulieren: (v. l.) Landesstellenleiter Heldmann, Polizeipräsident Bernet und Dienststellenleiter Straube.

werde konkretes Fachwissen vermittelt. Wer das Helfen gelernt hat, wird Gefahrensituationen besser überstehen und auch dem Mitbürger in der Gefahr helfen können. Dem 10 000. Lehrgangsteilnehmer, Franz Heger vom Straßen-Neubauamt Hessen-Süd, überreichte der Landesstellenleiter ein Buch als Erinnerungsgabe. Polizeipräsident Bernet ging in seiner Ansprache zunächst auf die gute Zusammenarbeit zwischen BVS und der Stadt Darmstadt ein. Er würdigte die Ausbildungsleistung der Dienststelle als einen Beitrag zur Stärkung

des Katastrophenschutzes der Stadt.

Wie die Amts- und Verwaltungsstellen der Stadt, so haben auch die in Darmstadt ansässigen Bundes- und Landesbehörden und eine Reihe von Betrieben regelmäßig Teilnehmer zu Lehrgängen des BVS geschickt. Zunächst gehe es hier um den Aufbau des Betriebs- und Behördenschutzes. Die ausgebildeten Kräfte sind aber auch außerhalb der Arbeitszeit in ihrem privaten Bereich ein wichtiger Faktor bei der Gefahrenabwehr und Hilfe am Nächsten. Der Polizeipräsident überreichte Franz Heger ebenfalls ein Buch als Geschenk der Stadt Darmstadt.

G. Str.

10.000. Teilnehmer geehrt

Dienststellenleiter Gerhard Straube (Darmstadt) konnte am 14. Oktober in der örtlichen Ausbildungsstätte neben Landesstellenleiter Ernst Heldmann Polizeipräsident Peter Bernet als Katastrophenschutzleiter der Stadt Darmstadt begrüßen. Anlaß hierzu war die Ehrung des 10 000. Lehrgangsteilnehmers. Einleitend dankte der Landesstellenleiter den haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern der Dienststelle Darmstadt für die eindrucksvolle Ausbildungsleistung. Schwerpunkt des Ausbildungsprogramms sei die Selbstschutz-Grundausbildung. Hier wurde auf breiter Basis dem Bürger Gelegenheit gegeben, sich mit den Fragen des Schutzes und der Vorsorge auseinanderzusetzen. In der Grundausbildung und besonders in der weiterführenden Fachausbildung

BVS-Ehrennadel

Bezirksstellenleiter von Schierbrandt (Kassel) überreichte die BVS-Ehrennadel an Gerhard Karutz von der Dienststelle Witzenhausen. Der Geehrte, der bereits im Reichsluftschutzbund tätig war, ist seit Februar 1960 Fachbearbeiter für Ausbildung und Behördenselbstschutzleiter beim dortigen Amtsgericht.

Saarland



„Grüne Woche“ Lebach

Die BVS-Dienststelle Saarlouis hat sich auch in diesem Jahr an der „Grünen Woche“ in Lebach beteiligt. Das Thema war auf den Selbstschutz in ländlichem Raum abgestellt. Die Ausstellung wurde von der Regionalschule Birkenfeld zur Verfügung gestellt. Kleine notwendige Änderungen und Erweiterungen hatte noch Fachbearbeiter VI Willi Estenfeld vorgenommen. Die Bilderausstellung ergänzte noch ein elektrisches Frage- und Antwortgerät: „Was ist zu tun in der Landwirtschaft bei radioaktivem Niederschlag?“ Gerade dieses Gerät zog die Besucher an. Sie konnten durch einen Knopfdruck die sie interessierende Frage einstellen und erhielten gleich die Antwort. Für Zapfwellenpumpe, Schutzhelm und Schutzmaske interessierten sich mehr die männlichen Besucher, wogegen die Frauen bei der Lebensmittelbevorratung und den Notkochstellen verweilten. Erstmals war die Fahrbare

Informations- und Beratungsstelle Süd gekommen und informierte allgemein über Selbstschutz. Der Besuch beider Ausstellungen war sehr rege; es wurden weit über 2500 Besucher gezählt. Zu erwähnen ist noch, daß die beiden Zelte von der 1. Sanitätsbereitschaft zur Verfügung gestellt und auch von deren Helfern auf- und abgebaut wurden. Ergebnis der Beteiligung an der „Grünen Woche“ für die BVS-Dienststelle: Bei geringen Kosten ein schöner Erfolg!

Interesse geweckt

Mit zwei Tagungen im Polizeiheim in Krettnich — eine für den Kreisverband der Jungen Union und die andere für die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands — setzte die Landesstelle Saarland im Oktober ihr Informationsprogramm für Parteien und Gewerkschaften fort. Die Zu-

sammenkünfte, von denen jede von 30 Teilnehmern besucht war, brachte in ihren Auswirkungen gute Erfolge. Die Mitglieder der Jungen Union meldeten sich zu einer weiteren Ausbildung, und eine Reihe der Teilnehmer wollen sich als Helfer für einen Selbstschutzzug zur Verfügung stellen.

Die Tagung für die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands zeichnete sich besonders durch lebhaftere Diskussionen aus. Einige der Gewerkschaftler bekleiden ein Ehrenamt in ihrer Heimatgemeinde; so waren sie vordringlich am Selbstschutz in der Gemeinde interessiert. Der Landesvorsitzende der GdED und der Vorsitzende des Hauptpersonalrates der Bundesdirektion äußerten sich sehr anerkennend über den Verlauf der Tagung. So konnten weitere Tagungen dieser Art für 1972 vereinbart werden, wobei zur Teilnahme besonders weibliche Mitglieder der GdED eingeladen werden sollen.

P. B.

Vor die Bewährung gestellt

Im Juli machte die Klasse 12 c des Albert-Einstein-Gymnasiums (München) eine Studienfahrt nach Südtirol. Unter der Leitung von Studienrat A. Hilmer besuchten die Schüler die Sehenswürdigkeiten von Bozen und Umgebung. Als sie sich bei einer Wanderung dem Ortsrand des kleinen Bergdorfes Lengstein näherten, hörten sie die Glocken des nahen Kirchturmes läuten. Was sie anfänglich für den Beginn eines Gottesdienstes hielten, stellte sich bald als Feuersalarm heraus. Und schon sahen sie kleine, weiße Rauchschwaden, die sich verdichteten und zu einer dicken, schwarzen Rauchwolke anwuchsen, je näher sie dem Brand kamen.

Als die Schülergruppe die brennenden Stallungen erreichte, waren seit dem Ausbruch des Feuers noch keine fünf Minuten vergangen. Die Nachbarn waren gerade dabei, eine erste Schlauchleitung zwischen dem nahegelegenen Löschteich und der Brandstelle auszulegen. Nachdem sich zwei Schüler, die Angehörige des BVS sind, kurz über die Lage informiert hatten, setzten sie ihre Kameraden zur Hilfe ein. Gemeinsam liefen sie zum Feuerwehrschruppen des Ortes. Nachdem die Tür aufgebrochen war — in der Eile fand sich der Schlüssel nicht —, versah man sich mit der etwas dürrtigen Ausrüstung. Wolfgang Herrmann und Harald Ranner, die als Staffelführer ausgebildet sind, gaben Hinweise für die richtige Handhabung der Geräte. An den inzwischen ausgelegten Verteiler wurden zwei C-Rohre angeschlossen und in Richtung des Brandes verlegt. Je zwei Schüler hielten die Strahlrohre und bekämpften das stark qualmende Feuer aus nächster Nähe. Die übrigen Schüler gingen dem Besitzer bei der Räumung des angrenzenden Wohnhauses zur Hand. Trotz massiver Brandbekämpfung ergriff das Feuer die gesamten Stallungen und drohte, auf das nahegelegene Wohnhaus überzugreifen. In diesem kritischen Moment setzte die Kraftspritze aus. Durch die große Hitze war die Gruppe zum teilweisen Rückzug gezwungen, ein Übergreifen konnte nicht mehr verhindert werden. Alle

Versuche, das eingeschlossene Vieh aus dem brennenden Stall zu retten, mißlangen. Ohne Atemschutzgeräte war ein Eindringen in den stark verqualmten Raum nicht möglich. Die Schläuche wurden in sicherem Abstand vom Brand niedergelegt, und die Brandbekämpfung mit einer Einstellspritze fortgesetzt. Die Feuerwehren der umliegenden Gemeinden waren trotz sofortiger Alarmierung infolge des langen und beschwerlichen Anfahrtsweges noch nicht eingetroffen. Unter Einsatz ihres Lebens retteten die Schüler die Habseligkeiten des Bauern aus dem vom Einsturz bedrohten Wohngebäude. Das Feuer hatte nun den ganzen Hof erfaßt. Die Helfer mußten sich darauf beschränken, das Übergreifen auf die romanische Kirche und die Gastwirtschaft zu verhindern. Das Eintreffen der Feuerwehren — nach $\frac{3}{4}$ Stunden — erleichterte die Brandbekämpfung wesentlich, da nun Löschwasser in ausreichender Menge vorhanden war. Die Schüler unterstützten die Wehren bei ihrem Bemühen, den Großbrand zu bekämpfen. Mit vereinten Kräften gelang es schließlich, nach einer weiteren Stunde, das Feuer unter Kontrolle zu bekommen. Infolge der ungenügenden Ausrüstung wurde die Kleidung der Schüler zum Teil stark beschädigt. Als Dank für ihre tatkräftige Mitarbeit wurden die völlig erschöpften und zum Teil verletzten Schüler und ihr Lehrer mit Feuerwehrfahrzeugen nach Bozen zurückgefahren.

W. H. und H. R.

Teilnahme kann empfohlen werden

Im Anschluß an einen „Fachlehrgang Rettung (H) mit Rettungshundprüfung“ gab Polizeioberrmeister Josef Meier (Nürnberg) an seine vorgesetzte Dienststelle einen Erfahrungsbericht, den wir nachstehend wiedergeben:

Nach Abschluß meiner Ausbildung als Rettungshundeführer an der BVS-Landesschule Bayern komme ich nach eigener Beobachtung und sorgfältiger Abwägung aller für und gegen eine solche Spezialausbildung sprechenden

Umstände zu folgendem Ergebnis: Die Ausbildung der Rettungshundeführer an der Landesschule Bayern liegt in den Händen des mit über 40jähriger Erfahrung im Hundewesen ausgestatteten bekannten AZG-Leistungsrichters Karl Mußgiller, der es versteht, binnen kürzester Zeit die notwendigen Grundkenntnisse zu vermitteln und die Ausbildung von Hundeführern und Hunden mit System zu betreiben. Durch die offerierte, relativ kurz erscheinende Ausbildungszeit erschien eine gründliche Ausbildung zunächst wenig wahrscheinlich und das ganze Ausbildungsvorhaben dadurch etwas fragwürdig in seiner Erfolgsträchtigkeit.

Diese Bedenken wurden durch die hervorragende Arbeit des Lehrgangleiters völlig ausgeräumt. Diese Erkenntnis wird gerechtfertigt durch die Tatsache, daß bei der Abschlußprüfung Hunde verschiedener Mentalität und unterschiedlichsten Ausbildungsstandes in der Lage waren, unter Trümmern verschüttete Personen bis zu zwei Meter unter Erdgleiche aufzufinden und ihrem Führer anzuzeigen, obwohl noch die erschwerenden Umstände von Feuer, Rauchentwicklung und die Abgabe von Schüssen hinzukamen.

Trotzdem die Hundeführer mit ihren Hunden nach Abschluß eines solchen Lehrganges als Rettungshundeführer voll einsatzfähig sind, darf diese Ausbildung m. E. jedoch nur als eine Vorschule verstanden werden. Die Landesstelle Bayern stellt zur Ausbildung ein mit System angelegtes, jedoch sowohl in der Ausstattung wie in der Größe verbesserungsfähiges Gelände zur Verfügung.

Durch die mit der Ausbildung verbundenen Unbefangenheitsübungen ist die Teilnahme an einem solchen Lehrgang u. a. auch geeignet, eine Vielzahl von Kenntnissen zu vermitteln, die für die Ausbildung von Diensthunden von großer Wichtigkeit sind, deren Gewinnung jedoch infolge Fehlens entsprechender Voraussetzungen bei der normalen Ausbildung nicht möglich ist.

Zur Ausbildung sind geeignet: Hunde aller Gebrauchshunderassen, einschließlich Collie, Mittelschnauzer, Spaniel und Vorstehhunde, bevorzugt die mittelgroßen, nicht zu schweren

Tiere mit festem Wesen. Bedingt verwendbar scheinen der zu ruhige, phlegmatische Hund und der zu aggressive Hund. Unbrauchbar sind wesensschwache, ängstliche und nervöse Tiere.

Hundeführer mit ausreichenden Kenntnissen der Tierpsychologie, mit einer guten Auffassungsgabe und körperlicher Gesundheit. Der Hundeführer muß in der Lage sein, seinen Hund binnen kürzester Zeit mit primitiven Mitteln in der Mentalität völlig umzudrehen, ohne psychische Schädigungen hervorzurufen. Dies setzt gute kynologische und tierpsychologische Fähigkeiten voraus, da sich nur dann ein einwandfreies Team Hundeführer und Hund bilden kann. Die Unterbringung und Betreuung der Lehrgangsteilnehmer an der Landesschule ist ausgezeichnet. Kosten entstehen dem Hundeführer nicht. Der Bundesverband für den Selbstschutz betrachtet die Hunde nach finanzieller Ausbildung nicht als sein Eigentum. Er ersucht die Hundeführer lediglich, sich im Katastrophenfall im Rahmen der ihnen zur Verfügung stehenden Zeit zur Verfügung zu stellen.

Sollte eine solche Anforderung innerhalb der Dienstzeit eines Hundeführers beim Polizeipräsidium Nürnberg auf dem Wege der Amtshilfe erfolgen, dürfte seitens des Polizeipräsidiums Nürnberg sowieso die Zustimmung nicht verweigert werden. Eine Benachteiligung des Arbeitgebers ist auch in diesem Falle nicht zu erkennen, zumal entstehende Kosten auch dem Arbeitgeber voll, im Rahmen der dazu gegebenen Möglichkeiten, ersetzt werden.

Die Teilnahme weiterer Hundeführer des Polizeipräsidiums Nürnberg an solchen Lehrgängen kann nur empfohlen werden.

Ehrung verdienter Helfer

Im Rahmen der Selbstschutztage in Rothenburg ob der Tauber stand im Mittelpunkt einer Arbeitstagung die Ehrung einer Reihe von Helfern.

Rudolf Heinrich, ein langjähriger Mitarbeiter der Dienststelle Nürnberg, empfing aus der Hand des Landesstellenleiters die Dank- und Ehrenurkunde für seine 25jährige Tätigkeit im öffentlichen Dienst.

Vierzehn verdienten ehrenamtlichen Helfern überreichte Direktor Fritze



die ihnen vom Vorstand des BVS verliehene Ehrennadel. Es waren dies: Karl Mußgiller (München), Hermann Förster (Neustadt b. Coburg), Hellmut Seifert (Naila), Erich Kamp (Ansbach), Artur Ekkert (Erlangen), Reint Tardel (Nürnberg), Karl Schneider (Rothenburg), Emil Dick (Nürnberg), Felix Bergner (Hofheim), Erich Brausewein (Werneck), Rudolf Kraile (Aschaffenburg), Kurt Oltersdorf (Kälberau), Kilian Deutscher (Bad Neustadt) und Wilhelm Holitzner (Winzenhohl).

Wehrpolitischer Arbeitskreis in Tutzing

In den vergangenen Jahren haben die Parteien bis zu den Ortsverbänden hinab Wehrpolitische Arbeitskreise gebildet. An diesen Arbeitskreisen

seine Arbeit auf dem Sektor der zivilen Verteidigung.

Der Wehrpolitische Arbeitskreis des SPD-Bezirksverbandes Südbayern war nun vor einigen Wochen zu einer Informationstagung über zivile Verteidigung in der BVS-Landesschule in Tutzing.

Nach einem Referat über die zivile Verteidigung, das Oberstleutnant Staebler hielt, und einer Besichtigung des Warnamtes X sprach Landesstellenleiter Freiherr von Leoprechting über die Aufgaben des Selbstschutzes. In einer anschließenden Aussprache unterstrichen alle Diskussionsredner die Notwendigkeit des Selbstschutzes, auch in Bezug auf eine reibungslose militärische Verteidigung. Immer wieder wurde der Wunsch geäußert, diese Verbindung, die hier zwischen SPD und BVS entstanden ist, auszubauen. Dieser Wunsch zeigt aber auch, wie wichtig es ist, daß BVS-Mitarbeiter in diesen Arbeitskreisen der demokratischen Parteien tätig werden und welche Bedeutung dieser Arbeit zukommt. Wir dürfen uns



Oberst a. D. Jansa, ein Sprecher des Arbeitskreises.

haben sich vielfach Mitarbeiter des BVS sehr aktiv beteiligt. So konnte im „Helferbrief“ schon über den Arbeitskreis Wehrpolitik der CSU berichtet werden, vor allem über



Junge Angehörige des Arbeitskreises informieren sich über Selbstschutz.

dabei jedoch nicht einseitig verhalten, denn nur eine politische Vielseitigkeit schenkt uns das Vertrauen unserer Partner.

K. R. Sch.



Die Kameradschaft der Ehemaligen des THW

Die eigentliche Aufbauarbeit des THW begann vor zwanzig Jahren mit der Einrichtung der Dienststellen der Landesbeauftragten. Die Werbung geeigneter Ortsbeauftragter war damals, als der „Ohne-mich“-Standpunkt noch stark vertreten wurde, nur möglich durch häufiges Zusammenkommen und durch intensive Zusammenarbeit aller Beteiligten. Diese Treffen führten, trotz gelegentlich unterschiedlicher Ansichten in Sachfragen, zu einer engen Kameradschaft.

Um diese Kameradschaft auch nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst aufrechtzuerhalten und weiter zu pflegen, regte der frühere Landesbeauftragte für Bremen, Hans Köster, an, sich einmal wieder zu treffen. Ein erstes Treffen fand dann am 12. und 13. März 1965 im Café „Rheinanlagen“ in Koblenz statt. Es waren anwesend: Vier ehemalige Angehörige der Hauptstelle, sieben ehemalige Landesbeauftragte sowie der damalige Präsident des BzB, Dr. Schmidt, außerdem als Gäste der frühere Direktor des THW, Zielinski, sowie der damalige Referent für Öffentlichkeitsarbeit beim THW, Dr. Fischer. Die wesentlichen Beschlüsse dieses Treffens waren:

1. Pflege der Tradition des THW mit entsprechenden Aufgaben für die Allgemeinheit.
2. Der Name der Vereinigung soll lauten: „Kameradschaft der Ehemaligen des THW“. Auf eine besondere Rechtsform wird verzichtet; Beiträge werden nicht erhoben.
3. Aufrechterhaltung der Verbindungen zum aktiven THW.
4. Erweiterung des Kreises der „Ehemaligen“ durch persönliche Ansprache von in Ehren ausgeschiedenen Angehörigen des THW.
5. Als Sprecher der Kameradschaft wird Hans Köster gewählt.

Dieses erste Treffen in Koblenz verlief so harmonisch, daß bereits vom 3. bis 5. September 1965 eine zweite Zusammenkunft in Koblenz stattfand. 20 Teilnehmer waren gekommen. Es wurde vereinbart, zur



1967: Bei einem Ausflug nach Waldkatzenbach wird eifrig Skat gespielt

Abdeckung der Unkosten einen festen Beitrag von 6,— DM pro Jahr zu leisten. Ferner wurde beschlossen, künftig regelmäßig einmal jährlich zusammenzukommen, und zwar jeweils im Spätsommer.

So traf sich die Kameradschaft vom 1. bis 3. September 1966 ein drittes Mal; diesmal in Wilhelmshaven. Einschließlich der Damen waren 23 Teilnehmer anwesend. Die Zeit verging viel zu schnell, weil jeder Tag etwas Besonderes bot. Da sind zu nennen: Besuch des Seewasser-Aquariums, eine Fahrt nach Helgoland und — für Techniker besonders interessant — die Besichtigung des Marinearsenals einschließlich der Schleuse der vierten Einfahrt.

Die vierte Zusammenkunft der Ehemaligen fand auf Einladung von Dr. Schmeißer, Bürgermeister von Eberbach, der früher stellvertretender Direktor des THW war, in dem reizenden alten Neckarstädtchen Eberbach statt. Die 34 Teilnehmer trafen sich am Abend des 24. August 1967 zu einem zwanglosen Beisammensein in dem alten Hotel „Zum Karpfen“. Während die Damen am folgenden Tag eine Motorbootfahrt auf dem Neckar unternahmen, tagten die Ehemaligen im Sitzungssaal des alten Rathauses. Unter Führung des Bürgermeisters wurden die Stadtwerke besichtigt. Danach konnten die Teilnehmer vom Dach des neu erbauten Krankenhauses aus eine vom THW-Ortsverband Eberbach durchgeführte Schornsteinsprengung beobachten, die einwandfrei gelang.

Ein lustiges Erlebnis am Rande: Bei der Abfahrt vom Dach des Krankenhauses blieb ein Fahrstuhl stecken. Die Insassen wurden nicht etwa von einem der vielen anwesenden Techniker, sondern vom früheren THW-Syndikus aus ihrer mißlichen Lage befreit — ein Ereignis, das zu Anerkennungs- und Dankesbezeugungen führte; hat es doch wieder einmal bewiesen, daß „ein Jurist alles kann“; besonders, wenn er beim THW war!

Die Ehemaligen nahmen auch an der Eröffnung des Eberbacher Kuckucksmarktes teil. Ein bunter Umzug durch die Stadt endete in einem großen Festzelt, in dem der Bürgermeister das erste Faß Bier anstach. Mit einer anschließenden Busfahrt durch den Odenwald nach Waldkatzenbach, wo die Unentwegten im Landgasthaus „Zum Löwen“ ihr Skatspiel betreiben konnten, klang dieses schöne Treffen aus.

Das fünfte Zusammensein fand am 29. und 30. August 1968 in Koblenz statt. Es waren 34 Teilnehmer gekommen. Die mit einem Motorboot unternommene Moselfahrt nach Cochem war leider verregnet. Der hektische Großstadtbetrieb mit allen seinen Folgeerscheinungen führte — besonders unter dem Eindruck des schlechten Wetters — zu dem Beschluß, für das nächste Jahr wieder das romantische, ruhige Neckarstädtchen Eberbach als Treffpunkt zu wählen.

Es hatte sich im Laufe der Jahre ein gewisses Schema im Ablauf der Zusammenkünfte herausgebildet. In bunter Folge wechselten sich Unterhaltung, Damenprogramm, Besichtigung technischer Anlagen und historischer Stätten, Zusammenkünfte mit Gästen und aktiven THW-Angehörigen ab. So trafen sich die 40 Teilnehmer der sechsten Zusammenkunft am Abend des 28. August 1969 zu einem Plauderstündchen im Kurhaus Eberbach. Am nächsten Tag wurde das Kernkraftwerk in Obrigheim besichtigt. Anschließend ging es über Beerfelden im Odenwald, vorbei an dem dreischläufigen Galgen von 1550 (letzte Hinrichtung 1804), zurück nach Eberbach. Nach der Teilnahme an der Eröffnung des traditionellen Kuckucksmarktes war ein gemütliches Zu-

sammensein mit Vertretern der Stadt, des Landkreises und des THW arrangiert. In der offiziellen Tagung der Ehemaligen wurde nach langjähriger hauptamtlicher Dienstzeit die erste Dame in die Kameradschaft aufgenommen. Am 30. August endete die Tagung mit dem allseitigen Wunsch auf ein frohes Wiedersehen 1970.

Leider war die siebte Tagung, an der 30 Personen teilnahmen, durch das Ableben mehrerer Kameraden während des vergangenen Jahres getrübt. Auch der Gründer unserer Kameradschaft, Hans Köster, hatte uns kurz vor unserem Treffen für immer verlassen. Zur Weiterführung der Geschäfte wählten die Kameraden in der Arbeitstagung am 28. August 1970 das Team Dr.-Ing. Löffken, Dipl.-Ing. Flentge und Ing. (grad.) Wendt. Die Tagung fand wiederum in Eberbach statt. Zur Eröffnung des Kuckucksmarktes und zum geselligen Beisammensein waren der Direktor des THW und Vizepräsident des BzB, Dipl.-Ing. Schmitt, sowie Vertreter der Stadt Eberbach und des örtlichen THW anwesend. Um auch die Technik zu ihrem Recht kommen zu lassen, wurden die Deutschen Gelatinefabriken und die Firma Scherer besichtigt.

Die letzte — achte — Zusammenkunft war vom 26. bis 28. August 1971 wiederum in Eberbach, das infolge seiner ruhigen, zentralen Lage für das Zusammentreffen älterer Menschen immer wieder als besonders geeignet empfunden wurde. Die Teilnehmerzahl lag mit 27 etwas unter der der vergangenen Jahre. Der Grund lag darin, daß mehrere Kameraden wegen Krankheit absagen mußten. Auch dieses Treffen verlief — wie alle vorhergegangenen — in bester Kameradschaft und Harmonie. Wieder beehrten der Direktor des THW, der Landesbeauftragte für Baden-Württemberg, Lenz, sowie mehrere Ortsbeauftragte die Ehemaligen mit ihrer Anwesenheit. Der Präsident des BzB, Dr. Kolb, hatte ebenfalls sein Kommen zugesagt, war dann aber wegen Krankheit verhindert. Er übermittelte seine Grüße schriftlich.

Besonderen Anklang bei den Teilnehmern des Treffens fand die Besichtigung des Eberbacher Betriebes der Firma Brown, Boveri & Cie. Man gewann einen interessanten Einblick in eine moderne Fertigung. Durch den Einsatz von Spezial-

einrichtungen hat es die Firma ermöglicht, Präzisionsgeräte mit angeleiteten und unangeleiteten weiblichen Arbeitskräften herzustellen.

Es wäre zu begrüßen, wenn die bei Freiwilligen-Organisationen unentbehrliche Kameradschaft auch nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst in Zukunft weiter gepflegt würde, wie es sich die Kameradschaft der Ehemaligen des THW zur Aufgabe gemacht hat. Jeder, der dieses Bestreben unterstützt, ist der Kameradschaft herzlich willkommen und kann bei Kamerad Flentge, 53 Bonn-Bad Godesberg 1, Niersteiner Straße 2, Telefon 72423, weitere Auskunft erhalten.

Im übrigen wäre es sehr schön, wenn daraufhin im Lande noch weitere Kontaktkreise gebildet werden könnten.

Dr. Alexander Löffken †



Dr. Alexander Löffken, der ehemalige Direktor der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, lebt nicht mehr. Er verstarb nach kurzer, schwerer Krankheit im 81. Lebensjahr.

Das Technische Hilfswerk trauert um ihn, denn es hat in ihm einen der ersten Helfer des Ortsverbandes Münster, den Direktor, der von 1955 bis 1958 die Geschicke des THW leitete, und den Präsidenten der Ehemaligen, die sich unter seiner Führung zusammenfanden, verloren. In der Geschichte des THW aber zählen ganz besonders die drei Jahre unter seiner Leitung. Wenn sich der Aufbau der Organisation von 1955 bis 1958 rasant vollzog, so war dies ihrem vorwärtsdringenden, tatkräftigen und unternehmungsfreudigen Leiter, unserem Alexander Löffken, zu verdanken, der nach langen Jahren verdienstvoller Arbeit im Ministerium zum Direktor der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk ernannt worden war.

Die Ziele, die er sich als THW-Direktor setzte, waren hoch gesteckt.

Es ging ihm um den Aufbau der Einsatzbereitschaft durch fortdauernde Übungen und straffe Ausbildung, um bessere Unterkünfte und um die Gewinnung einer größeren Helferzahl. Neben der Leitung erfolgreicher Einsätze des THW gehören die Gründung und der Aufbau des THW-Landesverbandes Saarland zu seinen besonderen Verdiensten.

Dr. Löffken kann nachgesagt werden, daß er das THW mit fester Hand leitete; aber nie wurde eine Härte verspürt, jeder merkte nur den lockeren Zügel. Sichtbar für jeden waren die Ausstrahlung seiner Persönlichkeit, die überzeugte und begeisterte, sein menschliches Herz voller Fürsorge und Mitgefühl, sein Humor, mit dem er Frohsinn und Freude verbreitete, sein Geist, den er dem THW aufprägte.

Mag Dr. Alexander Löffken von uns gegangen sein; das, was er uns hinterlassen, was er vielen, vielen Helfern mit auf den Weg gab, was er Hilfsbedürftigen schenkte, wird bleiben — für immer.

Hans Meyer †

München. Der Ortsverband München betrauert aufs tiefste das am 4. November erfolgte allzufrühe Ableben seines Kameraden Hans Meyer. Geboren am 10. 4. 1932 war der Verstorbene am 2. 6. 1966 dem THW in München beigetreten. Von Beruf Sprengmeister war Hans Meyer auch im THW als Sprengmeister tätig. Als Ausbilder im Sprengdienst hat er dem Ortsverband sehr wertvolle Dienste geleistet, indem er die Sprenghelfer theoretisch und praktisch durch Beteiligung an zahlreichen, teilweise sehr schwierigen Sprengungen unterwies. Im fernen Teneriffa erlag Meyer beim Sporttauchen einem Herzversagen. Hans Meyer wird unvergessen bleiben.

Landshut. Der Ortsverband Landshut trauert um seinen Helfer Albert Wiesent.

Augsburg. Der Ortsverband Augsburg trauert um sein Gründungsmitglied Josef Kuhn.

Sprengübung des OV Salzgitter

Unter dem Motto „Unsere Stadt soll schöner werden“ sind besonders die im Stadtgebiet ansässigen Großbetriebe bemüht, alte und wirtschaftlich nicht mehr genutzte Gebäude und Werksanlagen zu beseitigen, damit dort Grünflächen harmonisch in die Industrielandschaft einbezogen werden können.

Auch der Ortsverband Salzgitter der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk leistete hierzu seinen Beitrag. Ein ehemaliges Transformatorengebäude des Hüttenwerkes Salzgitter wurde zur Flurbereinigung dem THW als Objekt für Sprengübungen angeboten. Nachdem die erforderlichen Genehmigungen bei der Stadt und der Industrie- und Handelskammer eingeholt waren, wurde dem „dicken Brocken“ zu Leibe gerückt. An einem arbeitsfreien Samstag rückten früh um 7 Uhr 15 THW-Helfer, davon zehn junge Kameraden zwischen 16 und 18 Jahren, mit drei Bohrhämmern, Notstromaggregaten und sonstigem Bohrgerät zur Übungsstelle aus, um dem 30 Jahre alten Transformatorengebäude zu Leibe zu gehen.

Bereits am Tage zuvor hatten zwei Sprengmeister die vorgesehenen Bohrlöcher angezeichnet, so daß — nach eingehender Unfallbelehrung — am Einsatzort gleich mit den Bohrarbeiten begonnen werden konnte. Die Übungsaufgabe bestand darin, in dem 40 m langen, 10 m breiten und ebenso hohen Gebäude 330 Bohrlöcher von je 32 cm Tiefe in zwei Bohrreihen an der Innenseite des Gebäudes herzustellen. Da überwiegend junge Helfer mit den Bohrarbeiten beschäftigt waren, wurde ihre Arbeit von dem verantwortlichen Sprengmeister sehr genau überwacht. Durch die Zusammenbruchsprengung sollte erreicht werden, daß das gesamte Haufwerk in der Bodensenke verbleiben konnte, um später mit anderem Erdreich zugeschüttet zu werden, so daß an dieser Stelle wieder eine neue Grünfläche Platz finden würde. Es war das Ziel dieser Übung, die jungen Helfer in der Bohrarbeit zu schulen und ihnen verständlich zu machen, warum nach dieser Methode gebohrt werden mußte. Am Spätnachmittag waren dann bereits 290 Bohr-

löcher im Gemäuer. Zufrieden mit dem Erreichten, wurde für den folgenden Samstag die Fortsetzung der Übung angeordnet. Am zweiten Übungstag folgten dann in den Vormittagsstunden die restlichen Bohrlöcher im Mauerwerk und in den Betonsäulen. Nach einer kurzen Frühstückspause wurde gegen 11 Uhr mit dem Laden und Besetzen der 330 Bohrlöcher begonnen. Auch hierbei wurden die jungen Helfer — nach vorheriger Unfallbelehrung — zu allen Arbeiten herangezogen. Es machte ihnen sichtlich Spaß, erstmalig Bohrlöcher mit Sprengpatronen laden zu dürfen, scharfe Zünder anzubringen, die geladenen Bohrlöcher mit Lehm zu besetzen und die Sprengung der Mittelwand mit Sprengpatronen und Sprengschnur vorzubereiten. Natürlich erfolgten auch diese Arbeiten unter der kritischen Aufsicht von drei Sprengmeistern. Lediglich beim Ankoppeln der geladenen Schüsse durften die jungen Kameraden nur Zuschauer sein, denn diese Arbeit bleibt dem Sprengmeister allein vorbehalten. Um 12.45 Uhr war es dann soweit. Die Geräte waren verladen und die Fahrzeuge außerhalb des 300-m-Absperrbereichs abgestellt. Nachdem der Sprengmeister die Absperrposten auf ihre Plätze eingewiesen hatte, ertönten die Sprengsignale, und genau um 13 Uhr — wie vorgesehen — erfolgte die Zündung. Eine dicke Staubwolke lag minutenlang über der Sprengstelle. Als nach Abzug der Staub- und Sprengschwaden das vorher klotzige Gebäude nicht mehr zu sehen war, ertönte aus allen Kehlen ein berechtigter Freudenschrei. Alle drückten dem Sprengmeister die Hand, denn es war seine erste verantwortliche Sprengung. Er war in diesem Augenblick wohl der Glücklichste von allen. Anerkennung fand der Sprengerfolg auch bei allen anwesenden Vertretern des Hüttenwerkes, der Wohnungs-AG, der Güterverwaltung und der Polizei. Bei einem zünftigen Imbiß und einigen „kühlen Blondes“ wurden Bohr- und Sprengstaub runtergespült. Bei allen Beteiligten, insbesondere bei den jungen THW-Helfern, wird diese Sprengübung noch lange in Erinnerung bleiben.

Wilhelmshaven. Zum diesjährigen „Wochenende an der Jade“ — einer inzwischen beliebt gewordenen Einrichtung der Stadt Wilhelmshaven am Jadebusen der Nordsee — zimmerten die Helfer des THW im Ortsverband der „Grünen Stadt am Meer“ (ihr Werbeslogan) eine 14 x 7,2 Meter große Freilichtbühne direkt am Sandstrand der Geniusbank. Die Holzbühne, die von der Helferschaft gleichzeitig im Rahmen ihrer THW-Ausbildung „Holzbearbeitung und Holzverbindungen“ gebaut worden ist, wurde von Ing. Rolf Ottens konstruiert. Sie ist so konzipiert, daß sie jederzeit auseinandernehmbar ist und damit lagerfähig bleibt. Sie soll deshalb auch in den nächsten Jahren aus gleichem Anlaß wieder aufgebaut werden. Übrigens: Eine ebenfalls von der Helferschaft zusammengestellte Zuschauertribüne mit Bestuhlung bot etwa 2 000 Besuchern verschiedener Programme des Volksfestes Platz.

Ölalarm in Einbeck

Einbeck. Durch die Polizei und die Landkreis-Wasserbehörde wurde der OV Einbeck zur Beseitigung eines Ölschadens angefordert. Durch eine defekte Zuleitung zu einem Brenner war nachts Öl ausgelaufen. Nach Feststellung des Schadens wurden diese Ölmengen zudem mit Wasser fortgespült, so daß ein großer Teil in das öffentliche Gewässer gelangte. Das „Krumme Wasser“ war an der gesamten Oberfläche mit Öl bedeckt. Zwei Sperren mußten errichtet werden, um die Ölmengen aufzufangen. Die Sperren wurden am 14., 15. und 16. Juni kontrolliert und dann abgebaut.

Es mußte auch hier die Erfahrung gemacht werden, daß bei Ölunfällen die Bevölkerung erst eigene Mittel, und noch dazu falsche, zur Bekämpfung einsetzt. Es wäre wünschenswert, die Bevölkerung über die Gefahren und die Bekämpfung von Ölunfällen durch entsprechende Artikel oder Fernsehsendungen zu unterrichten.

H. Wessel



Ausrüstung für den Wasserdienst

Köln. Die Helfer des Wasserdienstes beim THW OV Köln setzten ihre ganze Aktivität ein, um einen geeigneten Wasserübungsplatz im Mülheimer Hafen zu errichten. Unter Leitung ihres Zugführers W. Flemming machten sie dabei gute Fortschritte. Groß war daher auch die Freude, als diese Arbeit durch den Landesbeauftragten Dipl.-Ing. Kautzky mit der Übergabe von Sd-Gerät für den Bau von Fähren und Brücken belohnt wurde. Außerdem wurden ein Holz-Mehrzweckboot mit Aubo und Anhänger sowie verschiedene Werkzeugsätze übergeben.

Die Glückwünsche des Regierungspräsidenten überbrachten Oberregierungsrat Scherer und Fachdienstleiter Wirtz. Die mit der Übergabe des Wasserdienstgerätes bewirkte Verstärkung des Kölner Katastrophenschutzes würdigte Stadtverwaltungsdirektor Butz. Bei der Vorführung mit der Übersetzfähre und einer Rundfahrt im Hafen gewannen Gäste und Helfer einen Eindruck von der Vielfalt der Einsatzmöglichkeiten mit diesem Gerät. Die Helfer des THW-Wasserdienstes Köln zeigten das Mehrzweckboot beim Rettungseinsatz und die THW-Taucher des OV Gummersbach demonstrierten Unterwasserarbeiten sowie die Beseitigung von angenommenem „Ankersalat“.

An die Abordnungen der Ortsverbände Beuel, Bad Honnef, Kleve, Emmerich, Leverkusen und Düren wurden jeweils ein Kunststoff-Mehrzweckboot und mehrere Werkzeugsätze übergeben. Im Rahmen einer kleinen Feierstunde wurde GF Floss mit dem THW-Helferabzeichen in Gold und der Helfer Arndt mit der Ehrenurkunde für zehnjährige Mitgliedschaft ausgezeichnet.

THW Wanne-Eickel versetzte „Häuser“

Recht kurios nahm sich die „kaiserliche Trinkhalle“ zwischen den hohen Stadthäusern aus. Auf einem bunten Bretterhäuschen thronte die jedem Kind bekannte Germania aus Messing.



Auf einen Tieflader verfrachtet wanderten Trinkhalle und Germania in das Museum.

Schon 50 Jahre schaute sie dem Treiben der kleinen und großen Kunden zu. Nur zweieinhalb Stunden brauchten die Helfer des THW Wanne-Eickel, um das altbekannte Wahrzeichen auf einen Tieflader zu verfrachten.

Manchem Wanne-Eickler wurde traurig ums Herz, als das bunte Häuschen durch die Stadt fuhr, um im Museum zu landen.

Wickeder THW bei der Katastrophenübung in Soest

Die Helfer des Wickeder THW stellten bei der großen Katastrophenübung in Soest ihren guten Leistungsstand unter Beweis. Das Urteil des Kreisbeauftragten für den Bergungsdienst über den Einsatz der Wickeder: „Ich bin sehr zufrieden.“

Um 12.10 Uhr war die THW-Ortsgruppe Wickede am Samstag vom Oberkreisdirektor unter Katastrophen-Voralarm gesetzt worden. Daraufhin verständigte der Ausbildungsleiter Otto Eberlein per Telefon die Helfer. Bereits um 12.40 Uhr standen 21 Mann abmarschbereit. Um 13.20 Uhr erhielt der THW-Zug Wickede den Marschbefehl nach Soest und erreichte in 20 Minuten den Unglücksort auf dem Bahngelände an der Hohen Brücke. Die angenommene Ausgangssituation: Im Nebel überfuhr ein Personenzug aus Richtung Paderborn ein Haltesignal und prallte an der Hohen Brücke auf einen haltenden Güterzug. Zahlreiche Reisende wurden verletzt, mehrere Wagen beschädigt. Einige Wagen des Personenzuges sind ineinander verkeilt.

Am Unfallort bot sich ein sehr realisti-

sches Bild. Auf einem Abstellgleis standen zwei ausrangierte Personenwagen. „Verletzte“ hingen in den Fenstern und schrien aus dem Wageneinnern um Hilfe. Die Wickeder THW-Helfer gingen u. a. den Wänden der Personenwagen mit Trennschneidern zuleibe, um die eingeklemmten „Verletzten“ befreien zu können.

Insgesamt waren bei dieser ersten großen Katastrophenübung über 300 freiwillige Helfer mit etwa 60 Fahrzeugen im Einsatz. Überzeugend demonstrierten THW, Feuerwehrleute, Rotes Kreuz, Malteser-Hilfsdienst und der Fernmeldezug des Katastrophenschutzes ihre schnelle Einsatzbereitschaft im Notfall.

THW-Bildungsarbeit

Menden. Erstmals wurde am 28. Oktober mit einer Veranstaltung „Allgemeinbildung“ begonnen. Vorerst ist vorgesehen, diese einmal monatlich für etwa eine Stunde im Winterhalbjahr 1971/72 durchzuführen. Die Leitung dieser Veranstaltung übernimmt der OB. Den Helfern sollen zunächst die Begriffe Legislative — Exekutive nähergebracht werden. Zum besseren Verständnis sollen diese Begriffe weitgehend auf die Stadt Menden angewandt werden. Die Vortragsreihen werden nacheinander von folgenden Herren gehalten: Legislative: Bürgermeister Schmidt Exekutive: Stadtdirektor Dr. Rips Finanzen: Stadtkämmerer Planung: Baudirektor Oehler Weiter sind vorgesehen: Besichtigung und Sonderführung Sorpetalsperre. Stromerzeugung, Besichtigung und Durchgang im Staudamm. (Bereits vereinbart)

Die Stadtwerke: Gas, Wasser, Strom, Abwasser (Unterricht und Besichtigung).

Sparkasse: Unterricht in der Sparkasse mit Besichtigung.

Stadt Menden: Teilnahme an einer Ratssitzung.

Bau eines Segelflugzeuges: Flugplatz Arnsberg oder Barge.

R. u. G. Schmöle: Führung durch ein eisenverarbeitendes Industriewerk in Menden.

Übung in Haunedorf

Im Rahmen des Bezirksfeuerwehrtages, anlässlich der Gerätehauseinweihung in Haunedorf, Kr. Fulda, fand am 22. August eine großangelegte Schauübung statt, an der die Katastrophenschutzorganisationen Feuerwehr, Malteser-Hilfsdienst und der Bergungszug des Technischen Hilfswerks OV Fulda aktiv teilnahmen. Angenommene Übungslage war ein Großbrand in einem Reifenlager. Aufgabe des THW war es, Personen aus einem in Panik aus der brennenden Lagerhalle herausgeführten LKW zu bergen, der über eine Böschung abgestürzt und umgekippt war.

Während die Helfer die eingeschlossenen Verletzten aus dem Führerhaus mit Schneidgeräten und Brechwerk-



Die Helfer im Einsatz bei der Bergung des umgestürzten LKW.

zeugen befreiten und dem MHD zur Versorgung übergaben, bereiteten die anderen Gruppen die vollständige Bergung des 10,5-Tonnners vor. Hierzu leistete der GWK mit seiner Seilwinde und drei Greifzügen gute Hilfe. Diese Bergung zog das technisch interessierte Publikum besonders an. Es zollte den Helfern Beifall und Anerkennung für ihre schnelle und perfekte Arbeit.

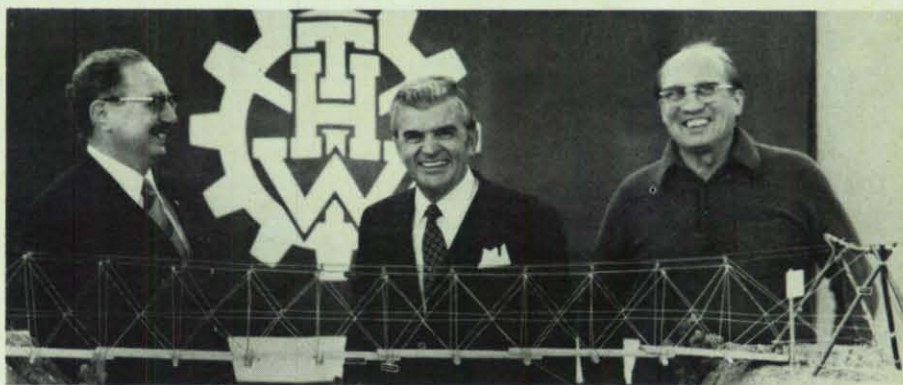
Beim anschließenden Beisammensein im Festzelt wurde der Kontakt zu den anderen Organisationen und zur Bevölkerung gepflegt.

Ministerpräsident Osswald besuchte THW-Ausstellungsstand

Der THW-Ortsverband Gießen beteiligte sich mit einem Werbe- und Informationsstand an der 12. Gießener Herbstausstellung.



Auf dem THW-Ausstellungsstand von I. n. r.: Landrat Sauerwein, LB Dr.-Ing. Reß, Ortsbeauftragter Eidmann, Oberbürgermeister Schneider, Landtagsabgeordnete Vera Rüdiger, Minister Karry und Landtagsabgeordneter Roth



Ministerpräsident Albert Osswald besuchte das Technische Hilfswerk auf der 12. Gießener Herbstausstellung. OB Eidmann, rechts, und Geschäftsführer Sommerlad informierten den prominenten Besucher

Die für den Raum Mittelhessen repräsentative Informations- und Verkaufsmesse zog, wie schon in den vergangenen Jahren, eine große Besucherzahl an.

Auf einem 240 qm großen Ausstellungsstand in der Messehalle gab der Ortsverband Gießen einen Überblick über seine Einsatzgeräte und Ausbildungsmöglichkeiten.

Die technischen Geräte und eine Modellschau fanden die besondere Aufmerksamkeit der Besucher. Die den Ausstellungsstand betreuenden Helfer konnten zahlreiche aufklärende und werbende Gespräche mit Interessenten führen.

Bei einem Ausstellungsrundgang besuchte der Hessische Ministerpräsident Albert Osswald den THW-Stand und informierte sich über Ausrüstung und Einsatzmöglichkeiten des

THW-Ortsverbandes.

An weiteren prominenten Ausstellungsbesuchern konnte der Ortsverband Gießen unter anderen den Hessischen Minister für Wirtschaft und Technik, Heinz-Herbert Karry, Oberbürgermeister Schneider (Gießen), die Landräte von Gießen und Wetzlar, Abgeordnete der im Hessischen Landtag vertretenen Parteien sowie den THW-Landesbeauftragten für Hessen, Dr.-Ing. Reß, begrüßen.

53 000 Ausstellungsbesucher aus dem mittelhessischen Raum, die sich über das Wollen und Können des THW informierten, sowie eine Anzahl Neuanmeldungen von Helfern für den Ortsverband waren der Lohn für die Gießener THW-Helfer, die sich für den Aufbau und die Betreuung der Schau große Mühe gemacht hatten.

Qu. Eidmann



THW sichert römische Ausgrabungen

Trier, die älteste Stadt Deutschlands, ist eine Fundgrube für Ausgrabungen römischer Kultur. In seiner Umgebung bei Morbach im Hunsrück führt das Landesmuseum Trier zur Zeit größere Ausgrabungen durch. Es wurden bereits ein Siedlerhof und große Grabstätten freigelegt. Bei dem Siedlerhof wurde auch ein Brunnen entdeckt, der mit Schutt angefüllt war. Nachdem der Schutt bis zu einer Tiefe von neun Metern entfernt worden war, kamen den Verantwortlichen Bedenken wegen der Sicherheit. Man stellte die Arbeit ein, um sich zu informieren. Der Geschäftsführer des THW in Trier, ein ehemaliger Fahrsteiger aus dem Ruhrbergbau, konnte hier wertvolle Hinweise geben. Nach einem Informationsgespräch bat man den OV Trier, die erforderlichen Sicherungsarbeiten zu übernehmen. Nach Beschaffung des benötigten Materials fuhren sieben Helfer zur Ausgrabungsstätte. Der Brunnen, mit einem Durchmesser von 1 m ist in Trockenmauerung ausgeführt und ohne Wasser. Auf dem Grund vermutet man wertvolle Opfergaben.

Als erstes wurde eine Strickleiter abgelassen und vom GF die Luftverhältnisse überprüft. Eine Flurex-Lampe diente zur Beleuchtung. Mit einem Gebläse und einem Gummischlauch wurde Frischluft zugeführt. Sodann wurde die Schachtwand mit Maschendraht verzogen. Hierbei genühten drei Bahnen Draht von 1,20 m Breite. Dieser Draht sollte verhindern, daß Steine herabfielen. Erst dann wurde die Schachtzimmerung, bestehend aus je zwei Jochhölzern und zwei Verstrebungen eingebracht, und zwar in Abständen von 1,20 m. Die Rahmen wurden untereinander mit Rundhölzern abgestützt. Der bestehende Hohlraum zwischen Rahmen und Schachtwand wurde mit Brettern verschalt und verkeilt. Somit entstand eine doppelte Sicherung durch Maschendraht und Verschalung mit Rahmen. Das gesamte Holz wurde außerhalb des Brunnens von jungen Helfern zugeschnitten und verblattet, da im Schacht nur ein Helfer arbeiten konnte. Die Geviertrahmen wurden so eingebracht, daß man auf der Schachtsohle weiter arbei-



Mit Dreibock und Halteleinen wird das Material in den Brunnen abgelassen.

ten kann und der anfallende Schutt mit einem Gefäß über eine Seilwinde hochgezogen werden kann. Der erste Rahmen wurde etwa 1,50 m über der Sohle angebracht und darauf eine Bühne gelegt, um den nächsten Rahmen legen zu können. Dies geschah von Rahmen zu Rahmen. Das gesamte Material wurde mit Dreibock und Halteseilen in den Brunnen abgelassen. Die Arbeit war sehr mühsam, da der Bewegungsraum fehlte. Ein Mittagessen, Würstchen vom Rost, unterbrach die Arbeit nur kurze Zeit. Gegen 16.00 Uhr war der letzte Rahmen eingebracht. Für alle Helfer war diese Hilfeleistung etwas ganz Neues. Ihre Kenntnisse in der Holzbearbeitung kamen voll zur Geltung. Es ist noch zu bemerken, daß der im Schacht arbeitende Helfer stets an einem Sicherheitsgurt mit Winde befestigt war.

F. Faß

Katastrophenschutzübung bei Altlay

Zell-Altlay (Mosel). Das Bergwerksgelände der stillgelegten Grube „Barbarasegen“ bei Altlay war Schauplatz einer Gemeinschaftsübung, bei der erstmals das Zusammenwirken der Katastrophenschutzorganisationen erprobt werden sollte. Rivalitäten zwischen den einzelnen Einsatzgruppen gab es nicht. Und selbstverständlich stand die Sicherheit der Teilnehmer an erster Stelle. In der Übungsleitung waren alle Einsatzgruppen vertreten. Es waren verantwortlich: Der Leiter der Feuerwehr, Döpgen, der Ortsbeauftragte für das

THW, Reis, der Zugführer des Bergungsdienstes, Sommerfeld, und der Bereitschaftsführer des DRK, Stein. Als Gäste und Beobachter waren anwesend: Kreisdeputierter Schneiders, Obermedizinalrat Dr. Koiky, Dr. Schlaadt, Kreisbrandinspektor Wiß, der Vorsitzende des DRK Zell-Land, Uwer, und der des DRK-Stadtverbandes Cochem, Hermes, sowie Verbandsgemeindebürgermeister Huwer und Stadtbürgermeister Weimar.

Für die Übung war folgende Lage angenommen worden: Um 9.45 Uhr ist ein Militärflugzeug beim Anflug auf den Flugplatz Hahn im Altlayer Bachtal abgestürzt. Nach den ersten Erkundungen von Polizei und örtlichen Kräften entstand eine Absturzschneise von ca. 300 Meter Länge. In der Umgebung der Absturzstelle sind die Gebäude in verschieden starkem Ausmaß beschädigt oder zerstört worden. Durch Brandeinwirkung ereigneten sich in einer angrenzenden Fabrik mehrere Explosionen. Nach ersten Informationen befanden sich in dem Schadensgebiet ca. 70 Personen. Die Anzahl der Flugzeuginsassen war mit 20 angegeben worden. Die Stromversorgung ist ausgefallen und im angrenzenden Mischwald ist ein Brand ausgebrochen. Das Treppenhaus im Fabrikgebäude ist durch die Explosion weggerissen worden. In den oberen Räumen sind mehrere Personen eingeschlossen. Zudem strömt aus einem Behälter im Gebäude ein gelblich-grünes, eigenartig riechendes Gas aus. Da die örtlichen Kräfte bei diesem Schadensausmaß nicht ausreichten, waren der Löschzug der Stadt Zell, das THW Zell sowie das DRK Cochem alarmiert worden.

Die Feuerwehr bekämpfte den Brand in dem Fabrikgebäude in einem Schnellangriff mit dem Tanklöschfahrzeug TLF 16. Gleichzeitig drang ein Trupp mit Atemschutzgeräten zur Menschenrettung in das brennende Gebäude ein. Die oberen Räume konnten nur über Leitern erreicht werden. Während der Vorbereitungen zur Bergung der Verletzten aus den oberen Räumen staute der Wassertrupp den Bach und versorgte die Feuerwehr mit ausreichendem Löschwasser. Diese übernahm weiterhin die

Brandbekämpfung, während sich das THW um die Bergung der Verletzten bemühte.

Das inzwischen eingetroffene DRK baute seine Geräte im und bei ihrem Zelt auf. Jetzt wurden die Verletzten aus den oberen Räumen vom THW geborgen. Entsprechend den Verletzungen erfolgte ein Ablassen mit dem Bergetuch, lotrechtes bzw. senkrecht-ablassen auf der Trage, waagrecht-ablassen auf der Trage über eine Rolle. Da die Rauchentwicklung im Gebäude wieder stärker wurde und die Gase aus den zersprungenen Fenstern und Türen quollen, konnten die letzten Verletzten nicht herabgelassen werden, denn der Rauch und die Gase machten das Arbeiten an der Gebäudewand — trotz Zivilschutzmaske — unmöglich. Die Verletzten wurden auf das Dach der Fabrik transportiert und von dort mit einer Seilbahn zum Erdboden herabgelassen. Hierzu errichtete das THW auf dem Dach einen Dreibock. Über eine Rolle am Bock lag ein Drahtseil, das am Schornstein der Fabrik und an einem Tanklöschfahrzeug verankert wurde. Die Trage



Transport eines Verletzten durch THW und Feuerwehr

mit dem Verletzten hing mit vier Bindeleinen an einem Schäkel, der das Drahtseil umschloß. Vier Halteleinen dienten als Zug-, Halte- und Führungsleinen. Und so schwebten die Verletzten aus luftiger Höhe zur Erde hinunter, wo sie das DRK sofort versorgte. Weitere Rettungs- und Sicherungsmaßnahmen liefen noch nebenher, so die Bergung von verletzten Flugzeuginsassen aus dem Wald, Löschen des Waldbrandes urtd

des brennenden Transformatorenhauses. Die Verbindung zwischen den einzelnen Einsatzgruppen und Einsatzplätzen wurde durch Funk aufrecht-erhalten. Der Funkverkehr wurde von THW-Helfern unter Leitung von Claers durchgeführt.

Die Einsatzkräfte aller Organisationen gaben ihr Bestes. Sie gönnten sich nur eine kurze Mittagspause mit Gulasch und Knödeln, die der THW-Koch Thiesen in der Gulaschkanone zubereitet hatte!

Zum Abschluß der Übung zeigten sich die Beobachter von dem reibungslosen Zusammenwirken und dem guten Ausbildungsstand der Teilnehmer beeindruckt. Man dankte den Mitwirkenden für ihre freiwillige Mitarbeit, die dazu dienen soll, Menschenleben sowie Hab und Gut der Allgemeinheit in einem Notfall zu schützen und zu retten.

Trotz des Erfolges hat die Übung gezeigt, daß hier und da einiges noch besser gemacht werden könnte. Auf diesen Erfahrungen werden die künftigen Ausbildungsstunden aufbauen.

E. Reiz

Saarland



OV Saarbrücken wurde Landessieger

Unter Beteiligung der Siegergruppen aus den regionalen Ausscheidungswettkämpfen, die im Juni und Juli d. J. in den Betreuungsbereichen stattgefunden hatten, fand am 26. September auf dem Vorplatz des Stadttheaters Saarbrücken unter reger Anteilnahme der Bevölkerung die Ausscheidung auf Landesebene zur Verleihung des Pokals des Bundesminister des Innern statt, an der die Ortsverbände Saarbrücken, Heusweiler, Lebach, Illingen, St. Wendel und Merzig teilnahmen.

Die einzelnen Aufgaben, die in ihrer Gesamtheit alle Sparten der Grundausbildung berührten, konnten von den Gruppen in verhältnismäßig kurzer Zeit gelöst werden, wobei die Exaktheit der Durchführung unterschiedlich war. Unter der objektiven Beurteilung von 5 Schiedsrichtern und zwei Oberschiedsrichtern wurde

die Gruppe des OV Saarbrücken als Sieger ermittelt.

Die interessierten Gäste, unter ihnen als Vertreter des Innenministeriums der Regierung des Saarlandes, Ministerialrat Krischel und Landrat Dr. Henn, Polizeioberst Schild, Beigeordneter Roth sowie Vertreter der Bundespost, der Freiwilligen Feuerwehr, des Roten Kreuzes, des Malteser-Hilfsdienstes und des Bundesverbandes für den Selbstschutz fanden anerkennende Worte für die gezeigten Leistungen, die den hohen Ausbildungsstand im THW dokumentierten.

Der Landesbeauftragte G. Reimann, der abschließend die Siegerehrung vornahm, überreichte dem Gruppenführer der Siegergruppe des OV Saarbrücken, Studienrat Malburg, einen vom Landesbeauftragten gestifteten Wanderpokal, der inzwischen — bis zur nächsten Ausscheidung auf Landesebene im Jahre 1972 — in der Unterkunft des siegreichen

Ortsverbandes einen würdigen Platz gefunden hat. Die Helfer des OV Merzig wurden Zweiter, den dritten Platz belegte die Gruppe des OV Heusweiler, wofür sie vom Landesbeauftragten mit einer Urkunde ausgezeichnet wurde.

G. Fass

Junge Helfer im grünen Busch

Neunkirchen: Rund 60 Meter lang ist die Holzbrücke, die das Technische Hilfswerk, Ortsverband Neunkirchen, im Schiffweiler Ortsteil Leopoldsthal während eines viertägigen Waldlagers baute: das Lager war zwischen Stennweiler und Wemmetsweiler errichtet worden und fand am Sonntagmittag seinen Abschluß. Die erwähnte Brücke überspannt nun das nördliche Ufer des Fischweihers zwischen der Altmühl und der Graulheck und wird künftig den „Petrijüngern“ als Anglersteg dienen.

Der Angelsportverein Schiffweiler



Das Rammen von Pfählen erfordert Kraft und kostet Schweiß.

Hoffmann und Geschäftsführer Walter Müller inspizierten Lager und Übungsstätten, und auch sie waren mit dem Verhalten und Können der Helfer zufrieden. Zum theoretischen Teil der Abschlußprüfung kam am Samstag der Landesbeauftragte des Technischen Hilfswerkes, Gerhard Reimann, ins Waldlager „im grünen Busch“, um einen persönlichen Eindruck vom Ausbildungs- und Leistungsstand der Neunkircher Helfer zu gewinnen. Alle zwölf Prüflinge schnitten gut ab und dürfen nun mit Stolz das Landeswappen des THW auf dem Rockärmel tragen. H. Steinmetz



Amtsvorsteher Schäfer, Landesbeauftragter Reimann, BM Lermen und 1. Beigeordneter Sinnewe überqueren als erste den Übungsweiher auf dem Tonnensteg

hatte das THW um diese Hilfeleistung gebeten, damit am Rande des Fischweihers genügend viele Sitzplätze für die Angler geschaffen werden konnten; das südliche Ufer des Weihers ist als Privatgelände bis an das Wasser heran mit Fichten bepflanzt, so daß es dort für die Angelsportler keine Sitzplätze gibt. Das THW kam der Bitte des Vereins gern nach und errichtete die Holzbrücke in kurzer Zeit mit Hilfe einer Rammfahre, die an Ort und Stelle aus Fässern gebaut wurde.

Ausbildungs- und Einsatzleiter Walter Schug überwachte die Arbeiten mit kritischem Blick und war mit den Leistungen der Helfer sehr zufrieden. Für den Nachwuchs des THW war dieser Einsatz eine Übung, die die Grundausbildung vervollständigte und gleichzeitig einen Teil der praktischen Abschlußprüfung darstellte.

Wer von den jungen Helfern nicht unmittelbar mit dem Brückenschlag befaßt war, hatte unterdessen andere praktische Aufgaben zu erfüllen, zum Beispiel das Heranschaffen von Verpflegung und Baumaterial oder auch Arbeiten im Lager.

So ging es während der vier Tage des Waldlagers recht realistisch zu, das heißt, jede Tätigkeit wurde unter ähnlichen Umständen ausgeführt, wie es in einem Katastrophenfall sein müßte; selbst die Art und Weise der Übernachtung war entsprechend. Wer nun aber geglaubt hatte, dieses „einfache Leben“ hätte auch nur einen der THW-Helfer verdrossen, wäre rasch eines Besseren belehrt worden: Die jungen Leute empfanden das zünftige Leben im Waldlager als „große Klasse“, hatten viel Spaß innerhalb der fröhlichen Gemeinschaft und freuten sich darüber, daß sie bei dieser Gelegenheit beweisen konnten, wie leicht sich bei ihnen Theorie und Praxis in Einklang bringen lassen. THW-Ortsbeauftragter Dr. Jürgen

Abschlußübung des OV Theley

Theley. Daß der THW-Ortsverband Theley für alle Ernstfälle gut gerüstet und vorbereitet ist, zeigte die groß angelegte und ganztägige Jahres-schlußübung auf dem THW-Gelände „Oberst Reitzwies“.

Der Ortsbeauftragte, Amtsvorsteher Anton Schäfer, konnte neben dem Landesbeauftragten Gerhard Reimann, Kreisgeschäftsführer Hans Haßdenteufel, Bürgermeister Toni Lermen und dem 1. Beigeordneten Jakob Sinnewe auch rund 100 Junghelfer aus allen Ortsverbänden des Betreuungsbereiches St. Wendel (Freisen, Nohfelden, Nonnweiler und St. Wendel) herzlich willkommen heißen. Er zeigte die Entwicklung des Ortsverbandes Theley in den letzten zehn Jahren auf — begonnen in Stall und Scheune — und dankte der Gemeindeverwaltung, daß sie so großzügig das schöne Übungsgelände zur Verfügung gestellt hat, auf dem nach exakten Plänen das Heim und auch die Übungsanlagen erstellt wurden. „Hier fühlt sich die große THW-Familie wohl und hier wird neben der vielfältigen Übungsarbeit auch die Kameradschaft gepflegt“, sagte er abschließend.

Die ganztägige Übung verlief in folgenden Phasen:

Die RGW-Gruppe (Rohr-Gas-Wasser) hatte die Aufgabe, einen Hochbehälter mit einer Wasserversorgungsanlage zu bauen. Nachdem die Bohrung bei einer Tiefe von vier Metern noch nicht fündig geworden war, wurde das Wasser aus dem Übungsweiher in den auf einem Stahlrohrgerüst erstellten Hochbehälter gepumpt, so daß die Wasserversorgung gesichert war.

Die E-Gruppe (Elektrizität) baute eine Starkstromfreileitung (380 Volt) mit drei Masten. Zur Speisung der vier Leuchten war ein Notstromaggregat in Betrieb, das vom Landrat des Kreises St. Wendel dem einheimischen Ortsverband zur Benutzung und Wartung übergeben worden ist. Der Fernmeldetrupp verlegte eine Feldkabelleitung und stellte den Anschluß zu jeder Übungsgruppe und der Zentrale in der Ortsunterkunft her.

Die Bergungsgruppe hatte schulungsmäßig zwei Schwerverletzte nach einer Gasexplosion unter erschwerten Bedingungen zu retten. Nach der Ortung wurde mit der Bergung begonnen. Mit dem Brennschneidgerät und einer Motorsäge waren in einem Kriechgang sperrende Eisenträger und Deckenbalken zu beseitigen.

Eine zweite Gruppe hatte zur Überwindung eines Gewässers einen Schwimmtonnensteg in einer Länge von ca. 27 Metern über dem Übungsweiher errichtet. Die Junghelfer hatten im Rahmen ihrer Grundausbildung an der Stirnseite des Weihers die Uferbefestigung vorgenommen und den Faschinen- und Hurtenbau demonstriert.

Anerkennend äußerte sich der Landesbeauftragte Gerhard Reimann über die sehr exakt ausgeführten Übungen und zeigte sich beeindruckt von der gelungenen Gestaltung des gesamten Übungsgeländes, auf dem die Helfer sich zu Hause fühlen können. Auch Kreisgeschäftsführer Hans Haßdenteufel erwähnte den guten Ablauf der Jahres-schlußübung, die Anerkennung bei den Junghelfern der übrigen Ortsverbände gefunden hätte. A. Hornetz

Großübung für Katastrophenschutzzüge

Eine Katastrophenschutz-Großübung, die sich über zwei Tage erstreckte, stand am 3. und 4. September für die



Bergung eines Verletzten mit dem Bergungstuch.

Männer des I. Zuges der Bergungsbereitschaft Ellwangen (Jagst) und der I. Sanitätsbereitschaft Essingen auf dem Ausbildungsplan. Einsatzort war Gruorn auf der Münsinger Alb, der laut Übungsplan von feindlichen Flugzeugen bombardiert und größtenteils zerstört worden war.

Zweck dieser Großübung war das Heranführen der Kräfte des Katastrophenschutzes Kreis Aalen an den Bereitstellungsraum, das Beziehen des Bereitstellungsraumes, die Durchführung von Erkundungen, das Einrichten einer Befehlsstelle, die Durchführung von Bergungsarbeiten, das Einsetzen von Beleuchtungsgeräten, das Aufstellen von Zelten, das Einrichten eines Verletztenplatzes, Üben der Befehlsgebung, Abfassen von Meldungen, Üben von Funkverkehr während des Marsches bzw. Einsatzes. Die Übung begann um 18.45 Uhr und endete am nächsten Tag um 20.00 Uhr. Durch das Regierungspräsidium Nordwürttemberg wurde das Landratsamt Aalen beauftragt, die Züge aus Ellwangen und Essingen unverzüglich in Richtung Gruorn in Marsch zu setzen. Pünktlich rückte die Ellwanger Einheit mit vier Bergungsfahrzeugen und einem Funkkommandowagen aus. In

Essingen schloß sich der Sanitätszug an. Um 23.45 Uhr war der Bereitstellungsraum am Ortsrand von Gruorn erreicht.

Um vier Uhr wurden die Männer durch den Alarm aufgeschreckt. Die Helfer sprangen aus ihren Decken und zu den Fahrzeugen, und bald setzte sich der Konvoi in die Geisterstadt Gruorn in Bewegung. In kurzer Zeit flammten an den verschiedenen Bergungsobjekten die Scheinwerfer auf, die von Notstromaggregaten gespeist wurden. Durchgeführt wurden zunächst Bergungsarbeiten aus Höhen mittels Leiterhebel und schiefer Ebene. Zur Bergung Verschütteter wurden mit Schlagbohrgeräten und Stemmeisen Durchbrüche angefertigt. Wo dies nicht möglich war, wurden Schachtdurchbrüche, z. B. in Kellerräume, vorgenommen. Schließlich wurde mit einer dafür zur Verfügung stehenden Schlammpumpe ein überfluteter Keller leergepumpt. Die Sanitätsbereitschaft Essingen transportierte die geborgenen Verletzten ab.

Zum ersten Mal verfolgte auch ein Kameramann den Übungseinsatz. Der Film soll während eines Kameradschaftsabends vorgeführt werden. Um acht Uhr endlich war die Übung abgeschlossen. Vom harten körperlichen Einsatz hungrig geworden, verzehrten die Helfer das von der Küche vorbereitete Frühstück mit sichtlichem Appetit.

Schließlich setzte sich die Kolonne wieder in Richtung Heimat in Marsch. Die Küche, die sich zuvor schon in Richtung Böhmenkirch abgesetzt hatte, erwartete die Helfer mit einer schmackhaften Mahlzeit. H. Hahn vom Landratsamt Aalen, der auch als Schiedsrichter fungiert hatte, hielt die Abschlußbesprechung. Organisation und Verkehrsdisziplin waren seiner Meinung nach gut; ebenso zollte er der Arbeit der Funker ein Lob. Auch der Versorgungs- und Sanitätszug habe sich gut in die Übung eingefügt. Die von den Schiedsrichtern zusätzlich angeordneten Einlagen seien zur vollsten Zufriedenheit gelöst worden. Anschließend dankte Einsatzleiter Büchler Schiedsrichtern, Zug- und Gruppenführern für ihre Mitarbeit und den Helfern für ihren vorbildlichen Einsatzwillen.

K. Kugelart

Demonstrationsfahrt auf dem Neckar

Nachdem in Konstanz an die THW-Ortsverbände im Bodenseegebiet fünf Mehrzweckboote mit Zubehör übergeben wurden, erhielten in Eberbach/Neckar weitere Ortsverbände Wasserfahrzeuge.

Im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung, die der Ortsbeauftragte Stadtrat Hecker durchführte, übergab der Landesbeauftragte für Baden-Württemberg, Dipl.-Ing. Lenz, je ein Mehrzweckboot mit 40- bzw. 50-PS-Aubo sowie dem nötigen Rettungs- und Fahrgerät an die Ortsverbände Eberbach, Haßmersheim, Heidelberg, Karlsruhe, Mannheim und Wertheim. Diese Boote bilden den Grundstock für einen wirkungsvollen Wasserdienst des THW auf Orts- bzw. Kreisebene.

Der Vertreter des Landrates des Kreises Heidelberg, Regierungsdirektor Dr. Funk, unterstrich in seiner Ansprache, daß das Gerätepotential des Katastrophenschutzes durch diese Bootsüberlassung wirkungsvoll verstärkt werde. Bürgermeister Dr. Schmeisser (Eberbach) dankte für das Mehrzweckboot, das im Ortsverband stationiert wird. Neben einem Drei-Mann-Schlauchboot steht nun dem Ortsverband Eberbach ein zweites Wasserfahrzeug zur Verfügung. Nach Übernahme und anschließender Bootstaufe fand in geschlossener Formation eine Erprobungsfahrt auf dem Neckar statt, die vom Regionalfernsehen übertragen wurde.

Karl-Heinz Niedermeyer †

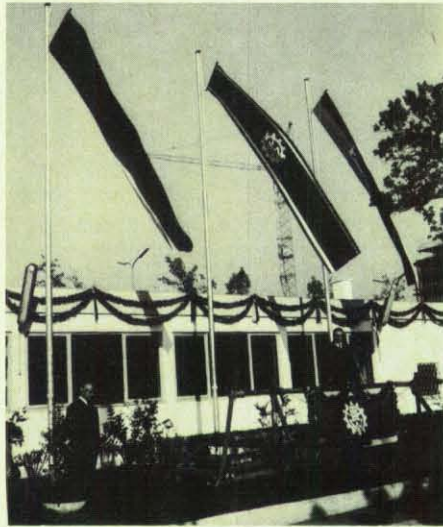
Überlingen. In der Bodenseestadt nahmen die Helfer des THW-Ortsverbandes Abschied von ihrem Mitglied des Führungsausschusses, Karl-Heinz Niedermeyer, der in der Nacht zum 14. Oktober im Alter von 30 Jahren tödlich verunglückte.

Mit großem persönlichen Engagement war er mit dem THW verbunden; in seiner Eigenschaft als Stadtrat und Mitglied in Vorstandsgremien verschiedener Organisationen auf Landesebene wahrte er stets unsere Interessen.

Festlicher Tag der Münchner Ortsverbände

„In 55 000 Stunden freiwilliger Hilfeleistung wurden von den ehrenamtlichen Helfern der Ortsverbände München I und II in den Jahren von 1967 bis 1971 ein Lehrsaal mit Geräte- und Bekleidungskammer, eine Garagenhalle mit Pflegeplätzen für Einsatzfahrzeuge sowie eine Kantine und ein Waschraum mit einem Gesamtvolumen von 3000 m³ umbautem Raum errichtet.“

Die volle Bedeutung dieser Worte, die man als Wandinschrift im großen Lehrsaal des neuen Ausbildungszentrums der Münchner Ortsverbände auf dem Wasserübungsplatz an der Ifflandstraße angebracht hat, konnten die Teilnehmer der Einweihungsfeier erst erkennen, als sie bei einem Rundgang das von den THW-Helfern geleistete Werk in Augenschein genommen hatten. Nach jahrelangem Schaffen, das von der Planung bis zur elektrischen und sanitären Installation alle Maßnahmen für die Fertigstellung dieses dringend benötigten Ausbildungs- und Unterkunftsgebäudes für den Wasserdienst umfaßte, präsentierte sich nun das wohl größte Vorhaben dieser Art im Bundesgebiet im festlichen Schmuck von Fahnen und Girlanden. Zu der feierlichen Indienstnahme waren zahlreiche Gäste aus dem Kreise der Behörden und Ämter, der Polizeien, der Hilfsorganisationen, des Bundesgrenzschutzes, der Bundeswehr sowie viele alte und junge THW-Kameraden erschienen. Ein eindrucksvolles Bild, das zugleich die Stärke des THW der bayerischen Landeshauptstadt demonstrierte, boten die in Reih und Glied vor ihren Fahrzeugen stehenden Helfer einer der Münchner Bergungsbereitschaften, eines Instandsetzungszuges, eines Autobahnbereitschaftsdienstes und eines V-Zuges. Rund 200 THW-Helfer repräsentierten mit 30 Fahrzeugen die Stärke der Organisation und ihre Bedeutung für den Katastrophenschutz der Stadt. Als Erste betraten das aus Stegebau-Material errichtete und mit dem Emblem des THW versehene Podium die Vertreter der beiden christlichen Konfessionen. Monsignore Dr. Gennewein überbrachte die Grüße Kardinal



Im Schmuck der Fahnen und Girlanden: Die neue Ausbildungsstätte für den Wasserdienst. Auf dem Podium: Landesbeauftragter Schwarz, links: Ortsbeauftragter Stein

Döpfners, Dekan Glaser die des evangelisch-lutherischen Landesbischofs Dietzfelbinger. In einer Ansprache würdigten die Geistlichen das helfende und rettende Wirken der THW-Männer aus christlicher und humanitärer Sicht.

Der Münchner THW-Ortsbeauftragte Dipl.-Ingenieur Werner Stein, Vizepräsident a. D. des Deutschen Patentamtes, hieß die Gäste und die Helfer herzlich willkommen und gab einen umfassenden Bericht über die Durchführung des eine Gesamtfläche von 750 qm umfassenden Bauvorhabens, für die man den beteiligten Helfern nur höchsten Respekt entgegenbringen könne. Es habe vielfältige bürokratische, materielle und finanzielle Schwierigkeiten gegeben, deren Überwindung nicht leicht gewesen sei. Für manche Hilfeleistung durch die städtischen Behörden, durch das Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz und die THW-Landesleitung sei man dankbar, aber ebenso sehr sei man auch den Förderern aus Industrie und Handwerk zu Dank verpflichtet. Letzten Endes aber sei die Ausführung des Werkes nur möglich gewesen, weil die Helferschaft sich in hervorragender Weise zur Verfügung gestellt habe und von Anfang an, d. h. von der Planung bis zum Schluß, tatkräftig Hand angelegt habe. Wie mühsam

die Arbeit teilweise gewesen sei, könne daraus ersehen werden, daß man in der ersten Phase des Baues wie in alten Zeiten Steine und Mörtel mit dem Schubkarren auf die Baustelle habe transportieren müssen. Zu den eigentlichen Bauarbeiten aber seien auch noch Einzäunung und Ausbau der Uferstraße, Hofbefestigung und der Bau eines Anlegesteges am Isarufer hinzugekommen. So hätten die Helfer 55 000 Stunden freiwilliger Arbeit zusätzlich zu ihrem sonstigen THW-Dienst erbracht, um sich selbst das so dringend benötigte Ausbildungszentrum zu schaffen. Zwei Namen von Mitarbeitern, die der Ortsbeauftragte besonders herausstellte, sollen nicht verschwiegen sein: der Geschäftsführer des OV München, Friedrich Karl, und der Kraftfahrer und Gerätewart Max Steindl. Dipl.-Ing. Stein übergab nun das Bauwerk seiner Bestimmung.

Der Direktor des THW und Vizepräsident des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz, Dipl.-Ing. Erhart Schmitt, richtete Worte der Anerkennung an die Münchner THW-Männer, die — ohne Beispiel im Bundesgebiet — in bewundernswerter Weise sich selbst eine so schöne Ausbildungsstätte geschaffen hätten, nur um ihre Leistungsfähigkeit im Katastrophenfalle weiter zu vervollkommen. Mit besonderer Befriedigung stellte der Direktor des THW fest, daß ein enges freundschaftliches Band das Münchner THW mit der Feuerwehr verbinde. Die kameradschaftliche Zusammenarbeit der Organisationen biete erst die Gewähr für ein erfolgreiches Wirken im Katastrophenfalle. Oberbranddirektor Karl Seegerer gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß gerade er den Auftrag erhalten habe, den Oberbürgermeister bei der Feier zu vertreten und die Glückwünsche der Stadt zu überbringen. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß Feuerwehr und Technisches Hilfswerk immer — einig in der Zielsetzung und frei von Konkurrenzstreben — die auf beide Organisationen zukommenden Aufgaben lösen werden. Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Johann Simon Schwarz beschloß die Reihe der Redner. Sein Dank galt den THW-Männern, die, aus der Not eine

Tugend machend, aus eigener Initiative zur Selbsthilfe geschritten seien und die mühevollen Arbeit des Bauens der Ausbildungsstätte auf sich genommen hätten. Schwarz warnte aber auch die zuständigen Stellen davor, die freiwillige Hilfsbereitschaft der ehrenamtlich tätigen Männer mehr als vertretbar zu strapazieren. Denjenigen, die sich heute noch als Helfer für ihre Mitmenschen freiwillig und ehrenamtlich zur Verfügung stellten, müsse man die notwendigen Voraussetzungen für ihr Wirken schaffen, d. h. nicht nur Werkzeug, Gerät, Fahrzeuge und Bekleidung zur Verfügung stellen, sondern vor allem auch ausreichende Unterkünfte, die der Ausbildung, aber auch der Pflege der Kameradschaft dienen. Anerkennenswerterweise sei gerade in letzter Zeit vieles in finanzieller und materieller Hinsicht zur Verbesserung der Situation getan worden, doch seien noch viele Wünsche offen. Worte der Anerkennung fand der Landesbeauftragte Schwarz auch für die THW-Männer, die sich nach dem Katastrophenschutzgesetz zur zehnjährigen Mitarbeit im THW verpflichtet haben und die sich fast ausnahmslos hervorragend in die Reihen der Hel-



Der Münchner THW-Ortsbeauftragte Dipl.-Ingenieur Werner Stein bei seiner Ansprache

ferschaft eingegliedert hätten. Nach der anschließenden Besichtigung der Gebäude konnten die Gäste auf einem während der Nachtstunden gebauten 65 m langen „Bayernsteg“ (Pontonsteg) zum jenseitigen Isarufer gehen. Nach Münchner Tradition wurde ein Frühschoppen mit Bier und Weißwürsten aus der THW-Feldküche eingenommen. Es war Mittag, als sich Platz und Räume wieder geleert hatten. Mit diesem Übungszentrum für die Münchner und die benachbarten

THW-Ortsverbände ist ein Werk entstanden, das — ebenso wie ein erfolgreicher Großeinsatz — deutlich zeigt, was echter Helfergeist zu leisten vermag. h. r.

Zum 80. Geburtstag

Landshut. Der erste Ortsbeauftragte des THW für Landshut, Ludwig Hanöfner, vollendete das 80. Lebensjahr. Ein gebürtiger Landshuter, hatte sich Hanöfner zunächst dem Handwerk zugewandt, war in Österreich als Werkmeister tätig und dann nach Rückkehr in seine Heimatstadt in die Dienste der Landesversicherungsanstalt eingetreten. Schon seit den Zwanzigerjahren in der ehemaligen Technischen Nothilfe (TN) für das Allgemeinwohl wirkend, hatte Hanöfner sich nach dem zweiten Weltkrieg sogleich dem THW zur Mitarbeit zur Verfügung gestellt. Mit Geschick und Tatkraft hatte er den Aufbau der Organisation in Landshut geleitet. Eine Delegation des Ortsverbandes, angeführt vom derzeitigen Ortsbeauftragten Herbert Huber MdL, stattete dem Jubilar einen Besuch ab und gratulierte dem „Vater des Landshuter THW“ auf das Herzlichste.

Berlin



Landeswettkämpfe in Berlin

Die sieben beteiligten Bezirksverbände wurden am Sonntag, 5. September, auf dem LV-Bergungsübungsplatz vom Landesbeauftragten, Dipl.-Volkwirt Meier, Landesverband Schleswig-Holstein, der z. Z. auch für den LV Berlin die Geschäfte wahrnimmt, begrüßt. Nach guten Wünschen für alle Teilnehmer begann die Veranstaltung um 9.00 Uhr. In den Vorbereitungen hatte sich der Ausbildungsausschuß des LB Berlin für sechs Stationen und eine Station für die Kraftfahrer entschieden. — Die Reihenfolge der Stationen wurde vorher ausgelost. Für die einzelnen Stationen, die jede Gruppe nacheinander durchlaufen mußte, waren jeweils zwei Schiedsrichter, die vorbereitete Fehlerbogen am Morgen des Wettkampftages erhalten hatten, eingeteilt. Bei Überschreiten der Stationszeiten — je 10 Prozent der Zeit ergaben einen

Fehlerpunkt — und bei Fehlern, die in den Fehlerbogen aufgenommen waren, wurden Minuspunkte (Fehlerpunkte) eingetragen. Gesamtsieger sollte die Gruppe werden, die insgesamt die wenigsten Fehlerpunkte erhalten hatte. Vor Beginn jeder Aufgabe hatte der Gruppenführer fünf Minuten Zeit, die Aufgabe, die ihm schriftlich gegeben wurde, an der Station zu durchdenken und seine Helfer entsprechend einzuteilen; ein nachträgliches Umbesetzen war nicht mehr möglich. Der Gruppenführer wurde gesondert durch zwei Schiedsrichter — u. a. in seiner Befehlsgebung, im Auftreten und in seinen Entscheidungen — beurteilt und bewertet. In der Station 1 — Stiche und Bunde, Knoten — hatten die Teilnehmer jeder einen Mastwurf, einen doppelten Ankerstich an einer Stange und an sich selbst einen Brustbund zu binden. Darüber hinaus mußte jeder

einen Wurfknoten legen sowie jeweils zwei Helfer einen Kreuzbund, einen Bockschnürbund und einen Schleuderbund an vorbereiteten Rund- und Kanthölzern anfertigen. In der 2. Station — Bergung von Verletzten — wurden die Gruppen in zwei Trupps geteilt und mußten Verletzte mit Schultertragegriff sowie sitzende Verletzte mit Hilfe aus Dreieckstüchern gefertigter Trageringe über aufgezeichnete Tragestrecken (20 m) transportieren. Im Anschluß daran waren zwei Verletzte von einem Bergetuch auf eine DIN-Trage zu betten, zu sichern und über eine gekennzeichnete Trümmerstrecke mit Hindernissen zu tragen. Die 3. Station — Holzbearbeitung — war sehr umfangreich. Neben dem Einsatzbereitmachen einer Motorsäge, dem Schneiden von Holzscheiben von unten nach oben, Anspitzen eines Pfahles sowie dem Schneiden einer Fallkerbe waren verschiedene Holzverbindungen — jeweils zwei Holz-

verlängerungen, einfache Kämme und Zapflöcher — herzustellen. — Die Verbindungen wurden mittels Lehre



Binden eines Kreuz- und Bockschnürbundes

bzw. Gegenstück geprüft. Auch in der Station 4 — Brennschneiden — waren die zu absolvierenden Aufgaben sehr umfangreich. Das Katastrophenbrennschneidgerät aus dem B-Satz mußte einsatzbereit gemacht werden und auf einem Schweißtisch von einem Schneidtrupp eine Scheibe mit einem Durchmesser von 150 mm, Toleranz plus minus 10 Prozent, aus einem 5 mm dicken Blech herausgebrannt werden sowie von einem Monierstahl mit einem Durchmesser von 20 mm je 3 Stücke à 100 mm und 3 Stücke à 65 mm abgetrennt werden; die Toleranz durfte nur plus minus 10 Prozent betragen. In dieser Zeit hatten die anderen Helfer der Gruppe theoretische Fragen aus dem Bereich der Brennschneidausbildung zu beantworten. Anschließend wurde dann gewechselt, und ein neuer Schneidtrupp mußte von einem Rohr, 2" Durchmesser, und einem T-Träger, 140 mm, jeweils ein 100 mm langes Stück abtrennen. Die Aufgabe war so vorbereitet worden, daß das Abtrennen unter Zwangslage geschehen mußte. Hebezeuge war das Thema in der 5. Station. Die Teilnehmer hatten eine mit losen Steinen beschichtete Mauer auf einem T-Träger und auf einem Holzbalken mit Hilfe von Brechstangen auf eine Höhe von 250 mm anzuheben, abzufangen und wieder abzulassen. Weiterhin mußte eine ca. 1 t schwere Betonplatte mit vier 2-t-Öldruckhebern gleichmäßig angehoben, auf einer Höhe von 300 mm abgefangen sowie wieder abgelassen werden. — Der mit Steinen beschichtete Träger und der Holzbalken (Mauern) bereiteten allen Teilnehmern Schwierigkeiten; es waren nur sehr wenige

Gruppen, bei denen die Mauern nicht umfielen. In der 6. Station — Beantwortung



Tragen eines Verletzten über eine Trümmerstrecke mit Hindernissen

von Fragen aus der Ersten Hilfe und Bergung — mußten alle Helfer außer dem Gruppenführer je eine Frage beantworten. Eine Hilfestellung untereinander war nicht zulässig. Mit dieser Station hatten die Helfer ihre Aufgaben bewältigt. Die beiden Kraftfahrer einer jeden Gruppe wurden in der Station 7, die parallel zu den anderen Stationen betrieben wurde, in Theorie und Praxis auf ihre Kenntnisse hin überprüft. Sie hatten einen Verkehrsfragebogen und einen Fragebogen des LV X — Reifendruck, Tankinhalte der verschiedenen Kfz u. a. m. — gemeinsam zu beantworten. Im Anschluß daran mußten sie an ihrem eigenen MLW das rechte Vorderrad wechseln und mit einem LKW einen Tonnenparcour rückwärts durchfahren, wobei ein Kraftfahrer einweisen mußte. Insgesamt waren ohne Zeitüberschreitungen 331 Fehlerpunkte möglich. Die Gruppe des Bezirksverbandes Tiergarten/Wedding belegte den ersten Platz, gefolgt von Kreuzberg/Neukölln, Steglitz und Spandau. LB Meier nahm die Siegerehrung vor und überreichte neben den Urkunden des BzB Urkunden des LV für den 2. und 3. Platz. Der Sieger erhielt darüber hinaus den vom Landesbeauftragten gestifteten Wanderpokal, der in Zukunft immer

im Zusammenhang mit dem Pokal des Bundesministers des Innern ausgespielt werden soll.

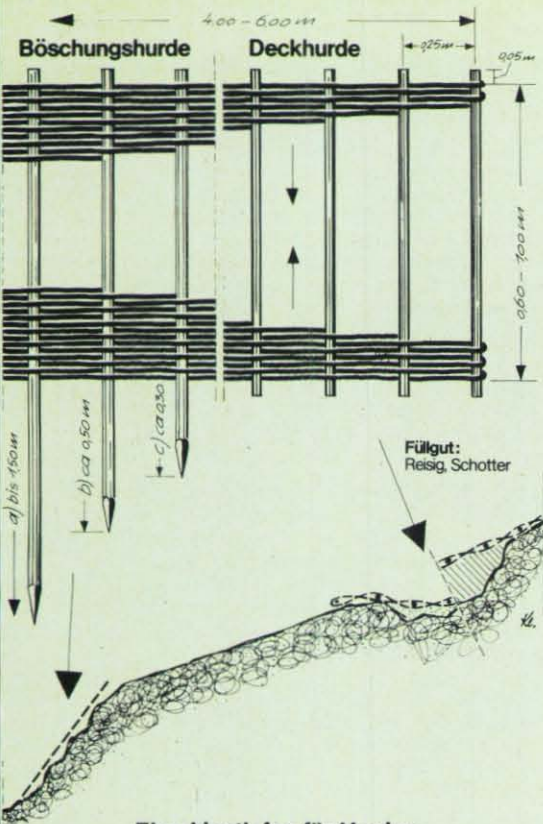


Die Gruppe des BV Tiergarten/Wedding belegte den 1. Platz

Abschließend erhielten alle Teilnehmer und Gäste ein Mittagessen aus der Feldküche. Die Gäste — Vertreter der Senatsverwaltung für Inneres sowie der Berliner Feuerwehr — und die Berliner Tagespresse äußerten sich sehr anerkennend über den Eifer und die Einsatzfreudigkeit sowie über die ausgezeichneten Leistungen der Teilnehmer. — Der Sieger wurde mit den besten Wünschen aller Berliner Helfer nach Worms zur Bundesmeisterschaft 1971 geschickt.

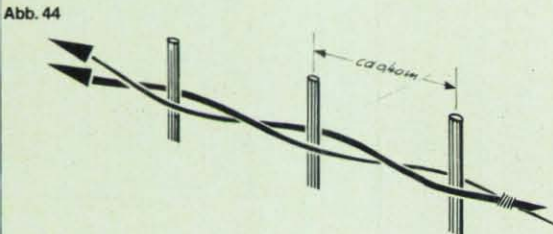
G. Trautvetter

Berlin-Reinickendorf. Auf die Bitte des ADAC, Gau Berlin, wurde ein 10-m-Steg von 4 m Breite im Borsigwerkhafen auf- und zwei Tage später wieder abgebaut. Der Anlegesteg wurde mittels vier Pontons als Tragekörper zusammengesteckt. Diese beiden Pontonpaare wurden dann längs nebeneinander aufgestellt und auf vier Meter Breite ausgerichtet. Den Unterbau bildeten acht Kanthölzer zu je 4 m Länge. Diese wurden quer über die Pontons gebunden. Als Belag wurden 34 Bohlen zu je 5 m Länge auf die Kanthölzer in Längsrichtung gebunden. Dadurch ergab sich für den Steg die Länge von 10 m und die Breite von 4 m.



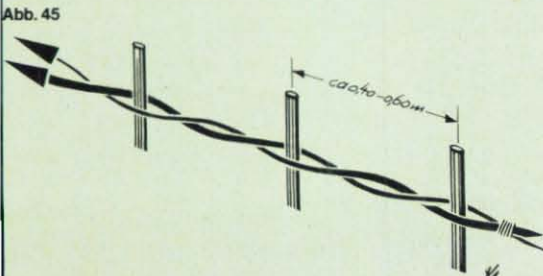
Einschlagtiefen für Hurden

- a) b) übliche Hurde (auch vorgefertigt, transportabel)
- c) Übergang von der Böschungshurde zum Flechtzaun



Doppeltes Flechten mit einmaliger Kreuzung

Welche Methode zu wählen ist, hängt ab von der Aufgabe, die das Flechtwerk zu erfüllen hat, von den Belastungen, denen es ausgesetzt sein wird und nicht zuletzt von der Qualität des verfügbaren Materials.



Doppeltes Flechten mit zweimaliger Kreuzung

gonnen werden kann, ist das Ufer mit einer Neigung 1:10 zum Gewässer herzurichten.

Bau einer Sinkstückhelling

Anhalt für den Materialbedarf bei Sinkstückabmessungen von 5,00 x 10,00 m:

Gleitbohlen und Ablaufbohlen	Bohlen 5 x 20 cm etwa 100 lfd. m
Abrollwalzen	Rundholz 10 cm ϕ etwa 30 lfd. m
Luntpfähle und sonstige Pfähle	Pfahlholz 3 - 5 cm ϕ etwa 300 lfd. m
Rödeldraht (verzinkt)	2 und 3,5 mm ϕ (Menge aus Bedarf je m ³ Sinkstück zu errechnen)

1. Verlegen der Gleitbohlen
 - Bohlen (oder Balken) in Abständen von 1,50 bis 2,00 m senkrecht zur Stromrichtung verlegen
2. Verlegen der Abrollwalzen
 - Rundhölzer in Abständen von etwa 2,00 m auf den Gleitbohlen querverlegen
 - Rundhölzer durch Knaggen oder Keile sichern
3. Verlegen der Ablaufbohlen
 - Bohlen quer zu den Abrollwalzen sowie über und parallel den Gleitbohlen verlegen
 - Ablaufbohlen und Ablaufwalzen durch Fangleinen oder Draht sichern

Die Gleitbohlen (siehe 1.) können durch Kanthölzer (Streckbalken) ersetzt werden. — Ein Sichern der Ablaufbohlen und -walzen ist erforderlich, damit nach Abrollen eines Sinkstücks beide wieder verwendet werden können. — Ober Einzelheiten gibt Abb. 40 Auskunft.

Packen eines Sinkstücks

Anhalt für den Materialbedarf 1 m³ Sinkstück:

- 1,25 m³ Faschinen (Faschinenwürste bis 15 cm ϕ)

ort selbst angefertigt werden. Das ist erforderlich, weil die dort angetroffenen Bodenverhältnisse so ungünstig sein können, daß nur sehr lange und besonders tief eingeschlagene Hurdenpfähle dem Böschungsdruck gewachsen sein werden.

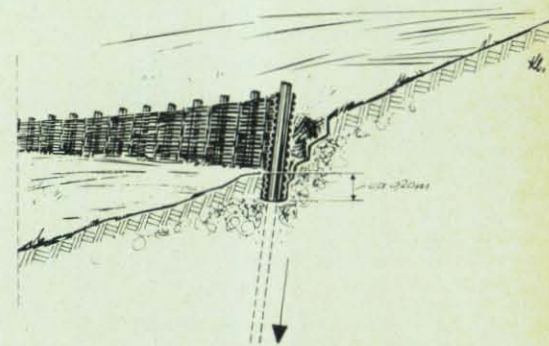
Findet man derartige Verhältnisse vor, so ist es ratsam, die Doppelte Flechtmethode anzuwenden und die Flechtflächen wenigstens 20 cm tief in den Boden eingreifen zu lassen. Hurde und Flechtzaun sind in einem solchen Fall nicht zu unterscheiden.

[134] Werden zwei oder mehr Hurden nebeneinander gesetzt, so müssen ihre Randpfähle dicht aneinander stoßen und durch Bindedraht oder Weiden (Wieden) eng und fest verbunden werden.

(2) Flechtzäune

[135] Während Hurden in ihrer Länge begrenzt sind, können Flechtzäune beliebig lang sein. Flechtzäune unterscheiden sich von Hurden auch

Abb. 42



Flechtzaun

8.
 0,50 kg verzinkter Draht 3,4 mm ϕ
 0,20 kg verzinkter Draht 2 mm ϕ
 0,20 m³ Schüttsteine

1. Legen der beiden unteren Faschinenlagen
 - Faschinenlagen in Abständen von etwa 1,00 m rechtwinklig gekreuzt übereinander legen
 - Kreuzungsstellen beider Lagen mit Rödeldraht 2 mm ϕ fest zusammenbinden
2. Setzen der Luntpfähle
 - außenrands in jede, sonst in jede zweite Kreuzungsstelle Luntpfähle schlagen (ihre Länge entspricht jeweils der gewünschten Stärke des Sinkstücks)
 - Kreuzungsstellen der Faschinen nochmals fest binden, Enden der (Lunt-) Drähte an den Pfahlköpfen leicht befestigen
3. Legen der oberen Faschinenlagen
 - neue Lagen gekreuzt weiter verlegen und binden, bis gewünschte Stärke erreicht ist
 - beachte: oberste (letzte) Lage stets parallel zur untersten Lage legen
4. Ziehen der Luntpfähle
 - Luntdrahtenden mit Draht der obersten Lage fest verrödeln
 - Luntpfähle herausziehen

Auf den Rändern des Sinkstücks werden Faschinen etwa 30 cm hoch fest eingebunden, um zu verhindern, daß das Schwergut abrutscht.

Das Packen der Sinkstücke auf dem Watt zwischen den Tiden (vgl. Zif. 118) erfolgt sinngemäß.

8.4. Reisigflechtwerke

(1) Hurden

[127] Hurden sind auf 4 bis 6 m begrenzte, rechteckige Flechtflächen. Man verwendet sie zum Bekleiden von Ufern und Böschungen (als Bekleidungshurden), zum Abdecken von Auswaschungen

58

8. dadurch, daß ihre Pfähle bis zum Erreichen der vollen Standfestigkeit eingeschlagen werden müssen. Sie werden daher stets am Einsatzort gebaut und doppelt geflochten.

[136] Schwere Flechtzäune erfordern Pfahldurchmesser von 15 cm und mehr. Der Abstand der 6 bis 10 cm starken Pfähle beträgt 40 bis 60 cm. Die Flechtung greift etwa 20 cm tief in den Boden ein (vgl. Abb. 42).

[137] Betragen die Pfahlabstände eines Flechtzauns mehr als 40 cm, so sollte die Doppelte Flechtung mit zweimaliger Kreuzung gewählt werden (vgl. 8.4. (4)).

[138] Einschlagtiefe und Doppelflechtung sollen gewährleisten, daß Flechtzäune selbst stärkstem Böschungsdruck standzuhalten vermögen. Gegen extrem starken Böschungsdruck empfiehlt es sich, den Zaun nach rückwärts zu verankern.

(3) Schanzkörbe

[139] Schanzkörbe sind etwa 1 m hohe, zylindrische Korbgeflechte mit einem Durchmesser von 55 cm. Sie werden mit Grobkies, Steinen, Schotter, Lehm oder anderem Schwergut gefüllt.

Schanzkörbe werden nach der Doppelten Flechtmethode mit einmaliger oder zweimaliger Kreuzung geflochten. Die unten aus dem Korb herausragenden Pfahlspitzen geben dem Geflecht im Boden Halt.

[140] Man verwendet Schanzkörbe zum Bekleiden von unter sehr starkem Druck stehenden Steilböschungen und zum Schließen von Lücken in Schutzbauten. Die Körbe können in Reihen nebeneinander oder in Reihen versetzt übereinander angeordnet werden.

62

8. und Ausschlagungen im Deich (als Deckhurden) sowie zum Ausflicken von beschädigten Bekleidungen.

[128] Hurden werden überwiegend für sich allein, bisweilen auch nebeneinander oder (versetzt) übereinander angeordnet.

[129] Sie bestehen aus den Hurdenpfählen (Rahmen- oder Stützpfählen) und dem Flechtwerk. Der Abstand der 4 bis 8 cm starken Hurdenpfähle beträgt in der Regel 25 cm. Vergrößert man ihren Abstand, so leiden Festigkeit und Widerstandskraft des Flechtwerks. Daher sollen die Pfahlabstände nur in Ausnahmefällen auf 40 cm erweitert werden.

[130] Deckhurden werden über den Schadensstellen ausgebreitet oder ausgerollt und mit Spicknägeln, Steinen, Sandsäcken oder anderem Schwermaterial festgelegt. Ihre unteren Pfahlspitzen werden nach Fertigstellung der Flechtung abgeschnitten.

[131] Hurden werden nach der Einfachen Flechtmethode geflochten (vgl. 8.4. (4)). Infolge ihres geringen Gewichts und ihrer begrenzten Abmessungen lassen sie sich leicht transportieren. Aus diesen Gründen werden Bekleidungs- und Deckhurden bisweilen vorgefertigt, eingelagert und für Schnellinstandsetzungen oder Sofortmaßnahmen bereitgehalten.

[132] Die Einschlagtiefe vorgefertigter Bekleidungshurden ist verhältnismäßig gering (vgl. Abb. 41), so daß sie nur dort eingesetzt werden sollten, wo mit schwächerem Böschungsdruck zu rechnen ist.

[133] Soll eine Bekleidungshurde ausnahmsweise gegen starken Böschungsdruck - z. B. zum vorläufigen Ausflicken einer festen Bekleidung - verwendet werden, so kann sie nur an ihrem Einsatz-

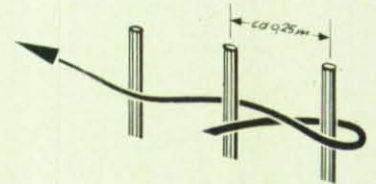
59

8. [141] Der Schanzkorbbau ist aufwendig und zeitraubend. Man setzt daher Schanzkörbe nur noch selten ein.

(4) Flechtmethoden

[142] Man unterscheidet
 Einfaches Flechten (mit einer Rute) und
 Doppeltes Flechten (mit zwei Ruten).

Abb. 43



Einfaches Flechten

[143] Bei Einfachen Flechtungen liegen die Ruten-schläge schlicht übereinander.

Bei Doppelten Flechtungen werden beide Ruten zwischen den Pfählen mit- und untereinander gekreuzt oder verwunden.

Je nachdem, ob zwischen den Pfählen einmal oder zweimal gekreuzt oder verwunden wird, bezeichnet man das Verfahren als

Doppeltes Flechten mit einmaliger Kreuzung bzw.

Doppeltes Flechten mit zweimaliger Kreuzung.

63

Um zu verhindern, daß das Schanzkorbgerippe unter dem Druck des Füllguts sich verzieht, wird die Schanzkorbwand in 25 cm hohen Teilabschnitten geflochten. Die Flechtrichtung jedes Teilabschnitts verläuft entgegengesetzt zum vorhergehenden. Deshalb wird nach Erreichen einer Höhe von etwa 25 cm angehalten, die Fläche kräftig heruntergeschlagen und verstrickt. Das Flechten wird sodann in umgekehrter Richtung wieder aufgenommen, um nach 25 cm erneut eingestellt und abermals in umgekehrter Richtung weitergeführt zu werden. Das Verfahren wird fortgesetzt, bis die gewünschte Korbwandhöhe erreicht ist.

Schließlich werden die Pfahlköpfe auf 5 cm abgeschnitten und mit dem oberen Rand der Flechtung mittels Bindendraht oder Weiden verbunden. Soll der Korb andernorts verbaut werden, wird er aus dem Erdreich gezogen und auch an den Pfahlspitzen mit der Korbwand verbunden.

[146] **Flechtzäune** werden wie Schanzkörbe doppelt geflochten. Bei ihnen ist abschnittsweises Flechten jedoch nur geboten, wenn mit außergewöhnlichen Druck- oder Schubkräften auf den Zaun gerechnet werden muß.

Vor Beginn der Flechtarbeiten müssen Bewachsung und Erdreich zwischen den Zaunpfählen so weit entfernt werden, daß die Flechtung etwa 20 cm tief in den Boden eingreifen kann. Später wird der Aushub wieder eingeworfen und festgetreten.

8.5. Bekleidung aus Flechtwerk

(1) Flechtwerkbekleidungen

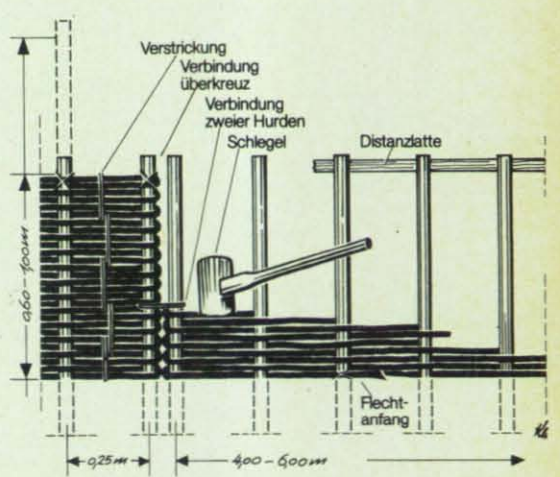
[147] Bekleidungen und Befestigungen aus Flechtwerk können ihre Aufgabe nur dann erfüllen, wenn sie fest geflochten und ausreichend verankert sind.

Bekleidungshurden sind daher selbst bei geringem Böschungsdruck zu verankern. Ihre Verankerung

Die praktische Anwendung beider Verfahren wird anhand einer Beschreibung des Hurdenflechtens (Einfaches Flechten) sowie des Schanzkorbflechtens (Doppeltes Flechten) erläutert. Vergleiche hierzu die Ziffern 127 bis 134 und 139 bis 141.

[144] **Hurdenflechten** (Einfaches Flechten) Die Hurdenpfähle werden in den Boden geschlagen und an den Köpfen mit einer Distanzlatte (vorläufig) verbunden, um dem Pfahlgerüst Halt zu verleihen. Später wird die Distanzlatte wieder entfernt.

Abb. 46

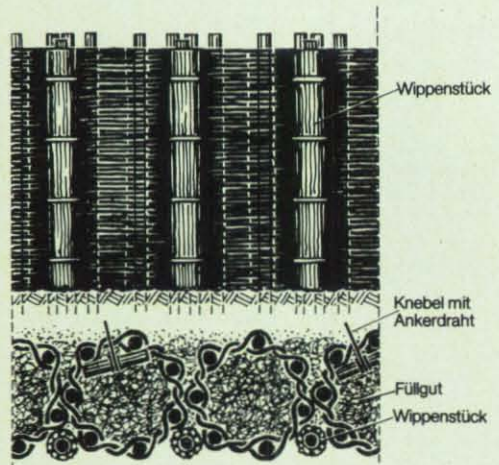


Hurdenflechten

Die Flechrute wird mit ihrem Stamm-Ende am dritten Hurdenpfahl hart über dem Boden angelegt und festgebunden, um den Endpfahl geführt und

[151] Die Räume zwischen den Korbrundungen werden mit Wippenstücken ausgefüllert, um die Schanzkorbwand möglichst glatt und abweisend zu gestalten.

Abb. 51



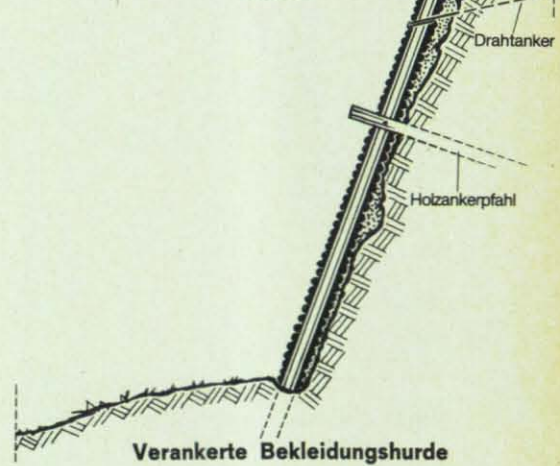
Schanzkorbwand mit Wippenstücken und Verankerung

Wippenstücke sind etwa 1,50 m lange angespitzte Pfähle, die mit Reisig oder Rohr umkleidet werden. Sie werden zwischen den Körben eingeschlagen und mit den Gerippepfählen der Schanzkörbe beiderseits fest verdrahtet.

ist grundsätzlich vorzunehmen, wenn der Verbau der Hurden im Wasserbereich erfolgt oder wenn damit zu rechnen ist, daß sie zeitweilig überspült oder die Pfahlspitzen ausgewaschen werden können.

[148] Die Verankerung nach rückwärts erfolgt durch Holzpfähle oder sogenannte Drahtanker. Die Einschlagtiefe der hölzernen Ankerpfähle richtet sich nach der Böschungsfestigkeit und den örtlichen Bodenverhältnissen.

Abb. 48



Zunächst werden die Rand- und Mittelpfähle der Hurde durch Ankerpfähle gesichert. Sodann – abhängig von der Boden- und Böschungsfestigkeit – jeder zweite oder auch nur jeder dritte Hurdenpfahl.

[149] Hohe Böschungen werden durch zwei oder mehr übereinandergesetzte Hurden bekleidet (vgl.

8. dabei straff angezogen. Der Anfang des Geflechts erhält dadurch im Pfahlgerüst den erforderlichen Halt, so daß am Endpfahl beginnend die eigentliche Flechtarbeit aufgenommen werden kann.

Die Schläge der Flechtrute werden abwechselnd vor und hinter einen Hurdenpfahl gelegt, während Stamm- und Zopfende stets landwärts zu halten sind. Bei Flechtarbeiten an fließenden Gewässern ist außerdem darauf zu achten, daß die Stammenden stromaufwärts weisen.

Die einzelnen Flechtlagen werden um jeden Hurdenpfahl mit einem Schlegel sorgfältig heruntergeschlagen. Die Ruten sind ferner vor jedem Endpfahl straff um die eigene Längsachse zu verdrehen, damit sie fester an diesen anschließen.

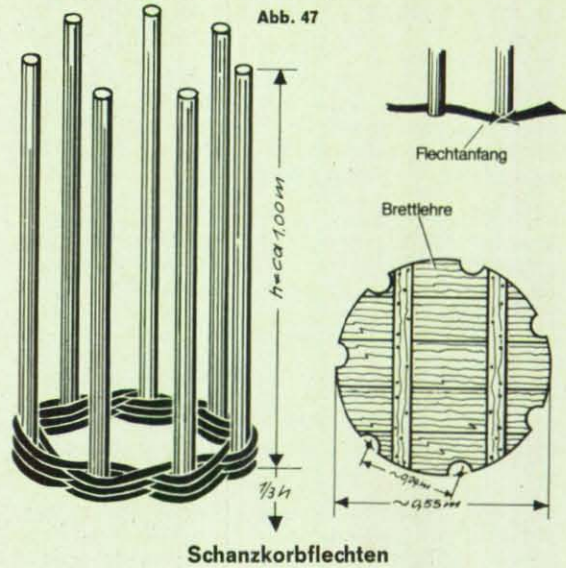
Nach Erreichen der gewünschten Flechthöhe wird die Wand zwischen den Hurdenpfählen mit Bindedraht oder Weiden verstrickt (vgl. Abb. 46) und mit den Pfahlköpfen überkreuz verbunden. Hurden, die an Ort und Stelle verbleiben, werden leicht nachgeschlagen und, falls die Böschungsverhältnisse es erfordern, nach rückwärts verankert.

Hurden, die andernorts eingesetzt werden sollen, werden aus dem Erdreich gezogen. Handelt es sich um Deckhurden, so sind die Köpfe und die Spitzen der Hurdenpfähle auf etwa 5 cm zu verkürzen. Bei Bekleidungshurden werden lediglich die Pfahlköpfe auf 5 cm verkürzt.

[145] **Schanzkorbflechten** (Doppeltes Flechten)
Der Schanzkorbgrundriß wird auf dem Boden markiert, das Pfahlgerüst eingeschlagen und die Pfahlköpfe mittels Korbreifen, Faßreifen, starkem Draht oder dicken Weiden verbunden (Distanzring). Für eine serienmäßige Herstellung von Schanzkörben empfiehlt sich die Verwendung einer selbstgefertigten Brettlehre.

Zwei möglichst gleich lange Flechtruten werden mit Stamm- und Zopfende zusammengelegt und ver-

bunden. Zwischen den Schanzkorbpfählen werden die Ruten jeweils einmal oder zweimal mit- und untereinander gekreuzt bzw. verwunden und wie beim Flechten einer Hurde Lage für Lage an den Pfählen fest heruntergeschlagen.



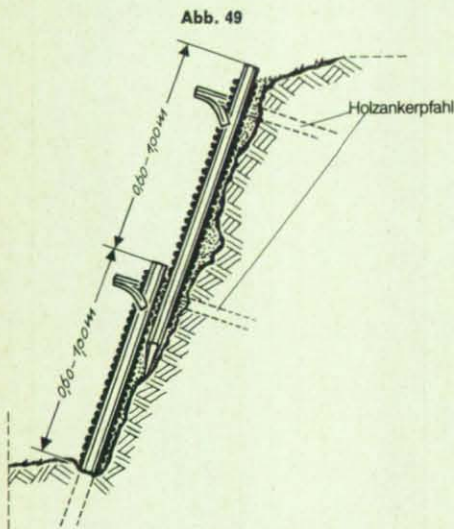
Schanzkorbflechten

Beachte: Bei Flechtungen mit einmaliger Kreuzung liegt jede der beiden Ruten abwechselnd außerhalb und innerhalb der Pfähle.

Bei Flechtungen mit zweimaliger Kreuzung liegt ein und dieselbe Rute unverändert entweder außerhalb oder innerhalb der Schanzkorbpfähle.

Zum Verlängern der doppelten Flechtrute sind jeweils ein Stamm- und ein Zopfende wieder miteinander zu verbinden.

8. Zif. 129). Müssen übereinander angeordnete Bekleidungshurden durch Ansetzen weiterer Hurden seitlich verlängert werden, so ist die obere Hurdenreihe so weit nach rechts oder links zu verschieben, bis die Randpfähle der oberen Hurdenreihe hinter den Mittelpfählen der unteren Hurdenreihe stehen.



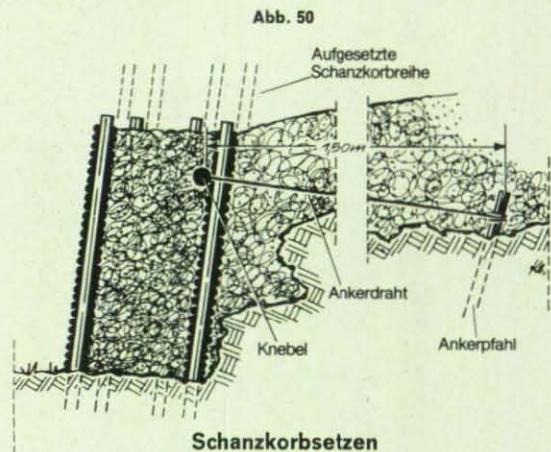
Zwei übereinander verankerte Bekleidungshurden

Beim Einschlagen ist darauf zu achten, daß die sich deckenden Hurdenflächen eng aufeinander schließen. Die obere Hurde ist bis zu einem Drittel hinter die untere Hurde zu treiben.

(2) Schanzkorbbekleidung

[150] Schanzkörbe werden überwiegend in Reihen gesetzt. Der Boden muß leicht landwärts geneigt und sorgfältig geglättet sein.

8. Mit Hilfe einer Richtleine werden die leeren Körbe dicht nebeneinander gestellt und so weit eingeschlagen, daß die Korbwände auf dem Boden aufliegen.



Schanzkorbsetzen

Benachbarte Schanzkörbe werden an den Pfählen mittels Bindedraht oder Weiden fest verbunden. Bei starkem Böschungsdruck ist jeder Korb, bei schwächerem Böschungsdruck jeder zweite, nach rückwärts zu verankern.

Ein 2 m langer Ankerdraht wird an einem Knebel befestigt und in den Korb gelegt, der vorher zu etwa zwei Drittel gefüllt werden muß. Die Knebellänge ist so zu bemessen, daß dieser an zwei Korbpfählen anliegt. In einem Abstand von etwa 1,50 m wird rückwärts ein Ankerpfahl eingeschlagen, an dem der Ankerdraht zu befestigen ist.

Der Ankerpfahl wird sodann, nachdem der Korb vollständig gefüllt ist, unter straffem Anziehen des Ankerdrahts tief in die Böschung eingeschlagen.

Frhr. von Neubeck

Über die Grenzen hinweg warnen

Delegation aus Italien besuchte Warnamt X Starnberg

Herbert Böttcher, Leiter des Warnamtes X, konnte am 27. Oktober eine italienische Regierungsdelegation in München begrüßen. Die sechsköpfige Delegation unter Präfekt Dr. Scimeca vom Innenministerium in Rom wollte die Einrichtungen eines Warnamtes in der Bundesrepublik besichtigen und prüfen, wie weit sich daraus Anregungen für den eigenen Warndienst ergeben könnten.

Wie zu erwarten, bot der zweitägige Besuch im südbayerischen Warnamt bei Pähl unweit des Starnberger Sees, zu dem auch Vertreter des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz gekommen waren, Anlaß zu vielen anregenden Gesprächen zwischen Gästen und Gastgebern. Man begnügte sich auch nicht mit theoretischen Erörterungen, sondern nahm — unvorbereitet — eine Gefahrenlage an und ließ sich von zwei Warndienst-Verbindungsstellen Durchsagen übermitteln. So sah man sich unmittelbar den Problemen der Warnung und Alarmierung der Bevölkerung in einem Ernstfall gegenüber. Es bedurfte indes nur weniger Erläuterungen in diesem Kreis, und auch die Sprachschwierigkeiten bildeten dank der Hilfe einer gewandten Dolmetscherin aus München kein Hindernis für das gegenseitige Verständnis.

Mit herzlichem Dank verabschiedete sich die Delegation am Nachmittag des zweiten Tages, um auf dem Luftwege am Abend wieder Italien zu erreichen.

Ein interessanter Besuch ging rasch zu Ende. Er soll uns Anlaß sein, hier einmal einen Blick auf die Verbindungen des Warndienstes über den eigenen Bereich hinaus zu werfen.

Zunächst nationale Aufgaben

Die Aufgaben des Warndienstes, über die an dieser Stelle schon im einzelnen berichtet wurde, beziehen sich zunächst nur auf das eigene Land. Die Bevölkerung der Bundesrepublik soll bei drohender Gefahr rasch alarmiert werden; daneben sollen wichtige Behörden und Betriebe in einem Verteidigungsfall über die Gefahren in ihrem Gebiet ständige Informationen erhalten. Der Warndienst wird insoweit allein im nationalen Rahmen tätig.

Trotzdem gibt es gerade für diesen Dienst wichtige Verflechtungen mit einigen anderen Staaten. Ähnlich wie bei der militärischen Verteidigung — bei der dies besonders deutlich wird — kommt der Zusammenarbeit benachbarter und befreundeter Staaten über nationale Grenzen hinweg heute auch auf dem Gebiet der Zivilverteidigung und des Zivilschutzes Bedeutung zu. So wird auch innerhalb der NATO einer Zusammenarbeit der Warndienste der einzelnen Bündnispartner entsprechende Bedeutung zugemessen. Die Führungsstellen der NATO vertreten die Auffassung, daß ein unzureichendes Warnsystem eine Gefährdung für alle Nachbarstaaten darstellen kann. In der Tat kann von einer engen Zusammenarbeit der Warndienste, d. h. von einer raschen gegenseitigen Unterrichtung über erkannte Gefahren viel abhängen, denn in einem Verteidigungsfall kann ein Angreifer Waffen einsetzen, die sich alsbald auch auf das Nachbarland auswirken und dort ebenfalls Tod und Verderben bringen. Hier muß vor allem an ABC-Waffen gedacht werden, die sehr schnell über nationale Grenzen hinweg weite Gebiete gefährden.





Koordinierung

Von der NATO werden solche Probleme des Warndienstes, die alle Mitgliedsstaaten betreffen, im Rahmen eines Ausschusses für die zivile Verteidigung aufgegriffen. In den verschiedenen Arbeitsgruppen dieses Ausschusses ist auch die Bundesrepublik entsprechend vertreten. Hier werden die in allen Ländern sehr ähnlichen Probleme — von der Wahl der Sirensignale bis zur Erfassung und Auswertung einer ABC-Lage und zur Schaltung der Fernmeldeverbindungen — eingehend erörtert. Eine wichtige Rolle spielen in diesem Zusammenhang die alljährlichen Warndienstübungen, die das Zusammenwirken der nationalen Dienste in einem größeren Verbund erproben sollen. Bei diesen Übungen wird von zentraler Stelle — in der Regel vom britischen Innenministerium, dem Home Office in London — eine große Lage erarbeitet, bei deren übungs-mäßiger Entwicklung eine Vielzahl wichtiger Meldungen anfällt, die rasch über die nationalen Grenzen hinweg ausgetauscht werden müssen, um in den betroffenen Ländern sogleich Maßnahmen der Warnung oder der sofortigen Alarmierung veranlassen zu können.

Dabei wird vor allem der Einsatz von ABC-Waffen eingeschaltet. Darauf muß nach Eingabe aktueller oder historischer Wettermeldungen die Auswirkung der eingesetzten Kampfmittel — bei Atomdetonationen z. B. die nachfolgende Verstrahlung — auf die verschiedenen Gebiete im entsprechenden Zeitablauf festgestellt und, wenn erforderlich, sofort weitergemeldet werden. Damit solche Meldungen auch jenseits der nationalen Grenzen trotz der Sprachbarrieren schnell verständlich sind,

werden sie in der Regel — ähnlich wie beim internationalen Austausch der Wettermeldungen — nach einem einheitlichen Arbeitsverfahren mit einfachen Buchstaben- und Zahlenschlüsseln erstellt. Der Übermittlung dienen besonders Fernmeldeverbindungen, die von Land zu Land, d. h. von Warndienstzentrale zu Warndienstzentrale geschaltet werden.

Persönliche Kontakte

Soweit möglich, werden Verbindungskräfte ausgetauscht, die im Nachbarland persönlichen Kontakt herstellen und dafür sorgen, daß der Informationsfluß in beiden Richtungen reibungslos funktioniert. Diese Kräfte stehen auch zur Verfügung, wenn besondere Fragen geklärt werden müssen, z. B. die Alarmierungsanlage beiderseits der nationalen Grenzen oder etwa Intensität und Ausdehnung einer beide Länder überraschend gefährdenden Verstrahlung. In der Bundesrepublik sind für eine rasche Inbetriebnahme im Bedarfsfall Fernmeldeverbindungen zu allen angrenzenden NATO-Nachbarstaaten bereitgestellt. Die Zusammenarbeit mit diesen Nachbarn — seien es nun die Dänen, Holländer oder Franzosen — hat sich bei allen bisherigen Warndienstübungen sehr bewährt. Auch die diesjährige Übung, die erst vor kurzem unter dem Stichwort „INTEX 71“ stattfand und über die aus der Sicht eines Warnamtes noch besonders berichtet wird, hat diese Feststellung erneut be-

stätigt. Dies läßt sich schon vor der noch bevorstehenden Abschlußbesprechung sagen, bei der gewiß auch wieder einige wertvolle Anregungen zum Austausch kommen. Abschließend sei der aufrichtige Wunsch vermerkt, daß die Verbindungen des Warndienstes stets nur im Frieden Verwendung finden. Vielleicht können sie in Zukunft auch bei Katastrophen oder beim Meldungsaustausch über Umweltgefahren von Land zu Land dienen.

Für treue Mitarbeit

Zur Ehrung einer Reihe von freiwilligen Helfern beim Warnamt III in Rodenberg fand in Anwesenheit der örtlichen Presse am 8. September eine kleine Feier im Warnamt statt. Der Warnamtsleiter, Verwaltungsobererrat Heinz Ebeling, konnte mehreren bewährten und treuen Mitarbeitern Ehrennadeln überreichen, die ihnen vom Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz verliehen wurden.

Es wurden drei Helfer für eine dreijährige, fünf Helfer für eine fünfjährige und die nebenberufliche Mitarbeiterin Fräulein Edeltraud Wax aus Rodenberg am Deister für eine bereits zehnjährige Mitarbeit im Warndienst ausgezeichnet.

Der Warnamtsleiter dankte für die beständige und wertvolle Mitarbeit und bat, dem Warnamt auch weiterhin die Treue zu halten.



Urkunde und Blumenstrauß für Fräulein Wax.

Mehnert/Haak

Intex 71 beim Warnamt Bassum

Auswerten und melden für die alljährliche NATO-Übung

Alljährlich führt der Warndienst — eine der Säulen, auf die sich die zivile Verteidigung stützt — neben den allmonatlichen kleinen Übungen eine im gesamten nationalen Bereich und eine gemeinsam mit den NATO-Nachbarländern durch. Diese große Übung ist Höhepunkt und Prüfstein für die Ausbildung des gesamten Warndienstpersonals; sie fand in

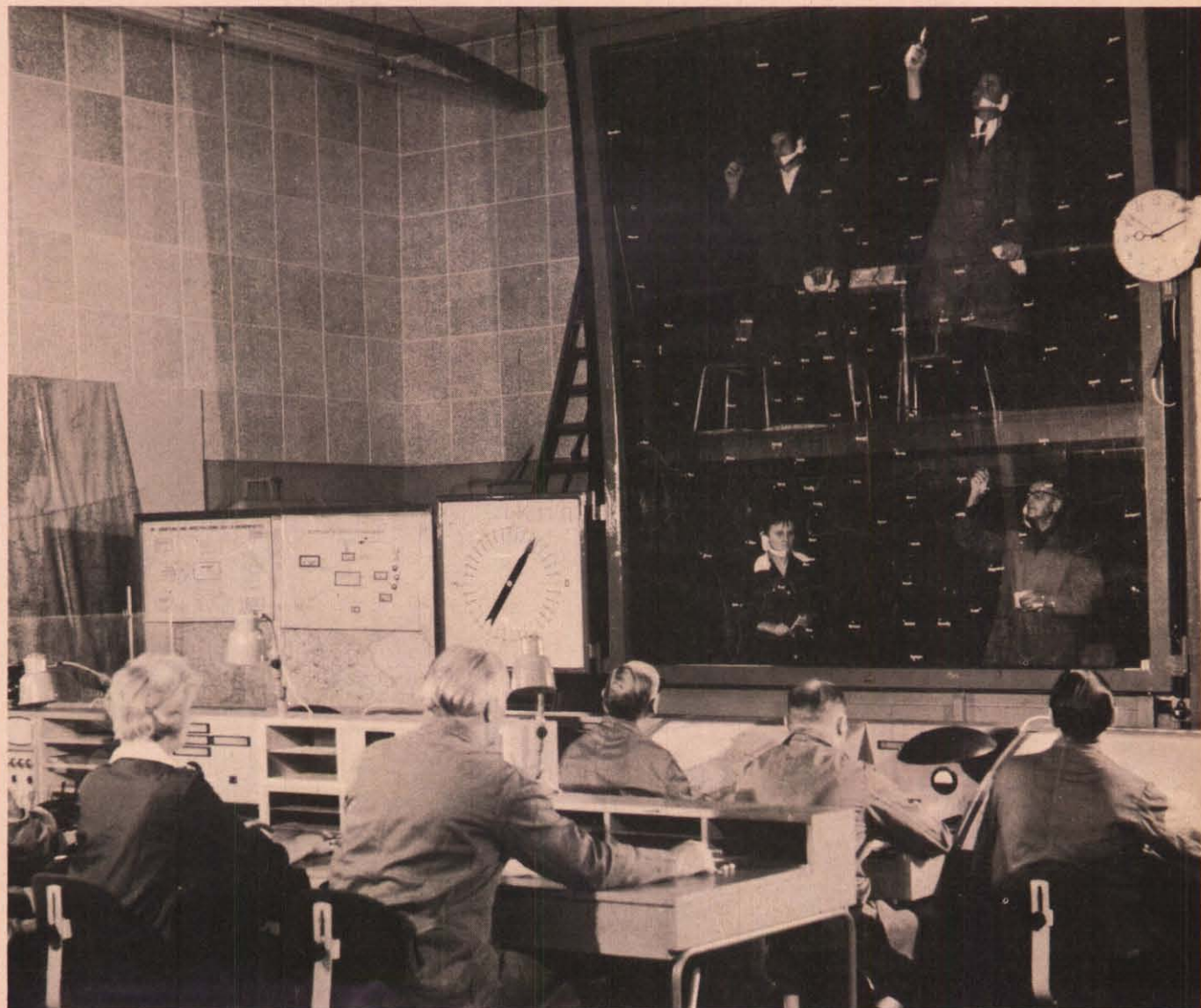
diesem Jahr unter dem Stichwort „Intex 71“ am 6. und 7. November statt.

Verstärkt durch Freiwillige

Um für solche Übungen personell voll einsatzfähig zu sein, ist die Stammebelegschaft des Warnamtes,

die die laufenden Aufgaben des Warn- und Alarmdienstes durchführt, auf die Mitarbeit von freiwilligen Helfern angewiesen. Sie müssen gewonnen und für die verschiedenen Arbeitsplätze ausgebildet werden. Wir haben im Warnamt II in Bassum eine solche Mannschaft, viele sind seit langem — einige über zehn Jahre — dabei. Es gibt alte Getreue, die verantwortliche Funktionen wahrnehmen. Unter den Helfern sind auch solche, die sich zu einer zehnjährigen Mitarbeit im Warnamt verpflichtet haben und so vom Wehrdienst freigestellt wurden.

Am frühen Morgen kommen die Übungsteilnehmer in warnamts-eigenen und in eigenen Kraftwagen an. Nach lebhafter Begrüßung untereinander versammeln sie sich zur Übungseinweisung.



Blick in den Hauptlageraum eines Warnamtes. Auf der großen Glastafel im Hintergrund werden die Meldungen chiffriert farbig eingezeichnet und so wird die „Lage“ laufend festgehalten.

Keiner kannte die Lage

Da die Übung 26 Stunden dauert, werden Schichten eingeteilt, innerhalb derer jeder feste Aufgaben zu übernehmen hat. Dann wird die Ausgangslage bekanntgegeben. Der Warnamtsleiter öffnet die versiegelten Unterlagen, die von der Übungsleitung ausgearbeitet wurden. Sie gründen sich auf die vom Übungsstab angenommene Lage. Es weiß also niemand, welche Aufgaben gestellt sind und wie die Übung im einzelnen ablaufen wird.

Zu Schichtbeginn prüfen die Fernmelder zunächst die Fernsprech- und Fernschreibverbindungen zu den Nachbarwarnämtern, den Wetterämtern, der ZALM als der Meldezentrale des Warndienstes und den Warndiensten der beteiligten Staaten. Bald danach gehen von den verschiedenen Stellen die ersten Meldungen ein. Meldungen über Gefahren aus der Luft und auf der Erde müssen gesichtet, geordnet, bearbeitet und weitergegeben werden.

Hier fallen Entscheidungen

Am Führungsplatz im Hauptlageraum des Warnamtes laufen alle Nachrichten zusammen. Hier werden die wesentlichen Ereignisse in einfacher Weise auf Karten dargestellt. Hier entsteht der Überblick über den Stand

und die Entwicklung der Lage, hier wird entschieden, was für die rechtzeitige Warnung und Alarmierung der Bevölkerung im Warnamt II, das heißt im Nordwestteil Niedersachsens und im Land Bremen, veranlaßt werden muß.

An diesem Platz sind rechtzeitig und der jeweiligen Lage angemessen Entschlüsse darüber zu fassen, welche Gebiete zeitgerecht durch Sirenen zu alarmieren sind, welche Stellen über die Warnstellen laufende Durchsagen zur Gefahrenlage erhalten und welche Durchsagen über den Rundfunk veranlaßt werden müssen.

Verbindung nach Holland

Darüber hinaus müssen bei dieser Übung auch die Meldeverpflichtungen an Nachbarstaaten beachtet werden. Einen besonderen Schwerpunkt bilden bei dieser Übung Wettermeldungen, die das Warnamt II als zuständiges Übermittlungswarnamt an Holland zu geben hat. Für den Ernstfall ist vorgesehen, daß ein holländischer Verbindungsmann nach Bassum kommt.

Vielseitiges, doch geordnetes Treiben erfüllt den Warnamtsbunker. Der Einsatzleiter und seine unmittelbaren Gehilfen müssen im Auf- und Abflauen des Betriebes alle Fäden fest in der Hand behalten. Wie nicht zu ver-

hindern, läuft nicht immer alles reibungslos, aber auftretende Schwierigkeiten führen hier und da zu sehr nützlichen Hinweisen für die Praxis. Auch darin liegt der Wert einer solchen Übung. Die Ablösung kommt, wird eingewiesen und führt den Betrieb fort. Die Freischicht wird gepflegt und kann entspannen. Ein durchgehender Küchenbetrieb sorgt für die Ausgabe der jeweils fälligen Mahlzeit, die in den Aufenthaltsräumen eingenommen wird. Die einen legen sich danach zur Ruhe, andere spielen Karten, sehen dem Fernsehen zu oder sitzen im Gespräch zusammen.

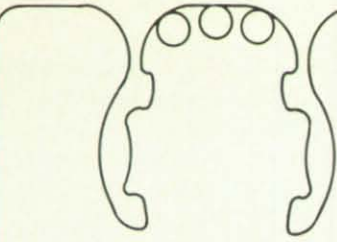
Zum Nutzen aller

Es bleibt dabei nicht aus, daß auch in der Freischicht die Gedanken um die Vorgänge im Bunker kreisen, wie man dies und jenes noch besser und praktischer machen könnte. Es schwingt in solchen Unterhaltungen als Unterton aber auch etwas mit: das Gefühl der Genugtuung, in freiwillig übernommener Verpflichtung an einer wichtigen Aufgabe zum Nutzen aller mitgewirkt zu haben; in diesem Falle sogar in einem größeren Rahmen.

In dieser Weise beflügelt, vielleicht auch etwas abgeschlagen nach turbulenter Schicht und Fachsimpelei geht es dann heim zur Familie und in den restlichen Sonntag.



Im Ernstfall eine aufreibende Tätigkeit! Die Mitarbeiterinnen in der Telefonzentrale müssen in der Lage sein, blitzschnell Verbindungen herstellen zu können.



AKTUELLE NACHRICHTEN

Internationaler Zivilschutz

Die IOZV — Internationale Organisation für Zivilverteidigung — plant, mit ersten Maßnahmen die Grundlage für einen weitgespannten internationalen Zivilschutz zu schaffen.

Eine schematische Ausbildung durch die Organisation und die Festlegung bestimmter Einsatzabläufe einheitlich ausgerüsteter Zivilschutzeinheiten sollen erste Schritte für die Hilfeleistung zwischen Nachbarländern bei Katastrophenfällen sein.

Die Überlegungen gehen davon aus, daß es bestimmte Katastrophenbilder gibt, die sich in den Abläufen ähneln und somit eine gleichartige Hilfeleistung erfordern, auch wenn es sich um die verschiedensten Staaten handelt. Eine ganze Reihe von Staaten arbeitet bereits in der Organisation, die ihren Sitz in Genf hat, mit.

Geplant ist, die Organisation in ähnlicher Form wie etwa das Internationale Rote Kreuz aufzubauen, wobei die Führungsorganisation in der Schweiz bleiben soll.

Die praktische Verbindung zu den nationalen Organisationen soll durch spezielle Ausschüsse gewährleistet bleiben.

Ausbildungsveranstaltungen 1972 des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz

Im ersten Halbjahr 1972 setzt das Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz seine Ausbildungsveranstaltungen fort.

Es sind vorgesehen:

1. Zivilschutz-Grundlehrgänge für Bedienstete des Landes Nordrhein-Westfalen, die im Auftrage des Hauptverwaltungsbeamten in verantwortlicher Stellung für den Zivilschutz tätig sind,

vom 25. — 28. Januar 1972,
vom 8. — 11. Februar 1972 und
vom 29. Februar — 3. März 1972.

2. Zivilschutz-Lehrgänge für beamtete und angestellte Tierärzte der Landkreise und kreisfreien Städte; der Veterinäruntersuchungsanstalten; der Tiergesundheitsämter; der Veterinärämter und der Schlachthöfe sowie für amtlich bestellte Fleischbeschauärzte vom 18. — 21. Januar 1972, vom 22. — 25. Februar 1972 und vom 21. — 24. März 1972.

3. Planungsseminare „Baulicher Zivilschutz“ (Grundseminare) für leitende Bedienstete kommunaler und staatlicher Bauverwaltungen, der Bauaufsichts- und Baugenehmigungsbehörden sowie Dozenten an Staatsbauschulen u. a. vom 25. — 28. Januar 1972, vom 8. — 11. Februar 1972, vom 14. — 17. März 1972, vom 11. — 14. April 1972 und vom 2. — 5. Mai 1972.

Auch freischaffende Architekten, Bauingenieure, Baumeister, beratende Ingenieure und leitende Bedienstete von Wohnungsbau- und Siedlungsgesellschaften sind zugelassen. Die Einladungen sind bereits an die jeweils beteiligten Länder und Behörden und an die Verbände und Gesellschaften ergangen. Die Durchführung von Führungslehrgängen ist ebenfalls beabsichtigt, sie sind noch in Vorbereitung.

Franzosen können Bunker kaufen

In der französischen Presse kann man neuerdings besondere Verkaufsanzeigen lesen. Es werden „guterhaltene Befestigungsanlagen aus dem 20. Jahrhundert“ angeboten, die sich „vorzüglich als Jagdhütte, Zweitwohnung oder Atombunker“ eignen. Verkäufer ist das französische Verteidigungsministerium, welches hofft, auf diese Weise Interessenten für eine Auktion, die in Metz stattfinden soll, zu gewinnen.

Wie es weiter heißt, sind alle angebotenen Objekte mit gepanzerten Türen versehen, umfassen sechs Räume und haben WC und Klimaanlage.

Die Renovierungskosten für die aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg stammenden Bunker der ehemaligen Maginot-Linie müssen allerdings vom Käufer getragen werden. Ausgangs-

basis für ein Gebot: 2000 Franc — ca. 1300 DM.

Umweltgenossenschaften

Der Verband der Ärzte Deutschlands — Hartmannbund — gibt Anregungen, wie man die Umweltbedingungen in der Bundesrepublik verbessern kann.

Auf seiner Jahreshauptversammlung in Baden-Baden hat der Verband, der seinen Sitz in Frankfurt hat, vorgeschlagen, alle gewerblichen und landwirtschaftlichen Betriebe nach Branchen gegliedert zu Umweltgenossenschaften des öffentlichen Rechts zusammenzufassen.

Die Höhe der Beitragszahlung soll so bemessen werden, daß aus diesen Mitteln die Folgen von Umweltschäden, die durch ein nicht schuldhaftes Verhalten der Mitglieder der Genossenschaften entstehen, behoben werden können. Außerdem sollen aus diesen Mitteln Forschungsaufträge finanziert werden.

Broschüre für Helfer des BVS

Der Bundesverband für den Selbstschutz hat eine neue Broschüre, „BVS-Einführungslehre“, herausgebracht. Diese soll an alle Mitarbeiter abgegeben werden, welche die Allgemeine Grundausbildung abgeschlossen haben. Diese Grundausbildung umfaßt den Selbstschutz-Grundlehrgang, die Erste-Hilfe-Ausbildung und den BVS-Einführungslehrgang.

Der künftige „Helfer des BVS“ kann sich an Hand der kleinen Schrift darüber unterrichten, welche Aufgaben der Bundesverband für den Selbstschutz zu erfüllen hat. Sie soll ihm gleichzeitig auch einen Überblick über die Fachgebiete und Funktionen geben, in denen er selbst tätig werden kann.

Grundlagen über die Gesprächsführung in der Aufklärungsarbeit werden ebenso vermittelt, wie entsprechend informatives Wissen aus der Broschüre wieder aufgefrischt werden kann.

Die Ausgabe an die Helfer erfolgt nur durch die Dienststellen, die auch die Ausbildung durchgeführt haben.

Mit vereinten Kräften

Übungen und Tagungen –
Bindeglieder zwischen Theorie und Praxis

Aufwind für künftige Arbeit

Gemeinsamer Helfertag in Freiburg



Staatssekretär W. Dorn dankte der Helferschaft für geleistete Arbeit und Idealismus. THW-Foto: Hilberath



Stadtrat Willy Jäger (rechts) überreichte Staatssekretär Wolfram Dorn und dem Präsidenten des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz, Dr. Paul Kolb, einen Wimpel der Stadt Freiburg als Erinnerungsgabe. THW-Foto: Hilberath

Im Jägersaal der „Alten Bourse“ in Freiburg/i. Breisgau versammelten sich am 29. Oktober rund 400 Angehörige aller Hilfsorganisationen, um gemeinsam den „Tag des freiwilligen Helfers 1971“ zu begehen, den man in dieser Stadt schon seit nunmehr 17 Jahren kennt.

Diesmal konnte der verantwortliche Leiter dieses Tages, Stadtrat Willy Jäger, neben Gästen aus Land und Gemeinden auch den Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Wolfram Dorn, den Präsidenten des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz, Dr. Paul Kolb, sowie Freiburgs Oberbürgermeister Dr. Eugen Keidel begrüßen.

In seinen Begrüßungsworten ging Jäger unter anderem auf das Eisenbahnunglück am 21. Juli dieses Jahres bei Rheinweiler ein, bei dem es 21 Tote und 114 Verletzte gegeben hat.

Damals hatten Freiburger Helfer der Feuerwehr, des Technischen Hilfswerkes und des Deutschen Roten Kreuzes neben Einheiten anderer Verbände schnelle Hilfe geleistet.

Auch Präsident Dr. Kolb würdigte in seiner Ansprache die hervorragende Leistung der bei dem Unglück eingesetzten Helfer und zeigte die Notwendigkeit der raschen Hilfe durch die verschiedensten Hilfsorganisationen auf. Er zeigte sich ebenfalls erfreut über den ansehnlichen Stand des Katastrophenschutzes in Freiburg, von dem er sich zuvor durch den Besuch verschiedener Einrichtungen überzeugt hatte. Dr. Kolb bat die Helferschaft aller Hilfsorganisationen, auch weiterhin ohne Rivalitätsdenken ihr selbstloses Wirken der Sache des Katastrophenschutzes zu widmen, um immer bereit zu sein, im Falle der Not die Probleme zu meistern und dem Nächsten zu helfen.

Staatssekretär Dorn überbrachte die Grüße der Bundesregierung und sagte in ihrem Namen den Helfern Dank für die geleistete Arbeit und für ihren Idealismus. In seinem Ausblick auf die künftige Arbeit wies Dorn auf die Verbesserungen im Zivil- und Katastrophenschutz hin, die zur Zeit durchgeführt werden. Sie beziehen sich sowohl auf die Verbesserung der finanziellen und materiellen Ausstattung wie auch auf die personelle Verstärkung. Aber auch Fragen der Reorganisation wie die Auflösung von Lagerbeständen des Luftschutzhilfsdienstes und deren Verteilung auf verschiedene Organisationen kamen zur Sprache. Stadtrat Jäger versicherte in einem Dankeswort an die Redner, daß die Teilnahme der prominenten Persönlichkeiten an diesem gemeinsamen Helfertag allen Helfern wertvollen „Aufwind“ für die künftige Arbeit geben werde.

H. F.

Bewährungsprobe mit Würfelzucker

Stuttgarts Katastrophenschutz übte den Ernstfall

In Stuttgart wollte man nach Jahren theoretischer Planung und kleinerer Ausbildungsübungen nun einmal genau wissen, wie sich der städtische Katastrophenschutz in einem angenommenen Ernstfall bewährt.

Deshalb gab im Juni dieses Jahres das Referat „Sicherheit und Ordnung“ der Stadt Stuttgart grünes Licht für die erste große Katastrophenschutzübung „Würfelzucker“, und das Amt für Zivilschutz der Stadt Stutt-

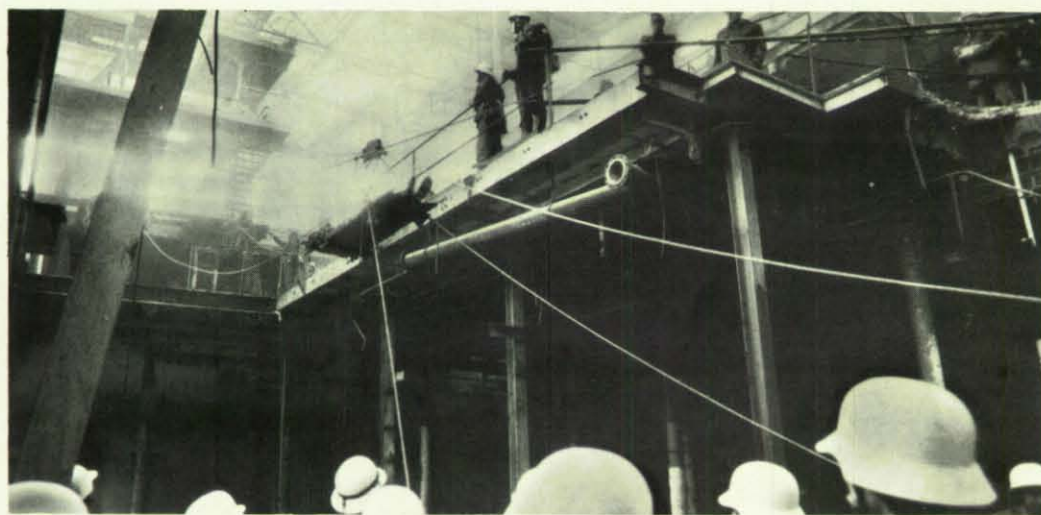
gart wurde mit entsprechenden Übungsvorbereitungen betraut.

Mit der stillgelegten Zuckerfabrik in Stuttgart - Bad Cannstatt war schnell ein passendes Übungsobjekt gefunden, und ein aus Sachverständigen der einzelnen K-Fachdienste gebildeter Arbeitskreis (Stab) leitete unverzüglich die erforderlichen fachtechnischen Vorbereitungsarbeiten ein. Bei der geplanten Aktion „Würfelzucker“ sollte eigentlich nicht nur die Helferschaft in vorderster

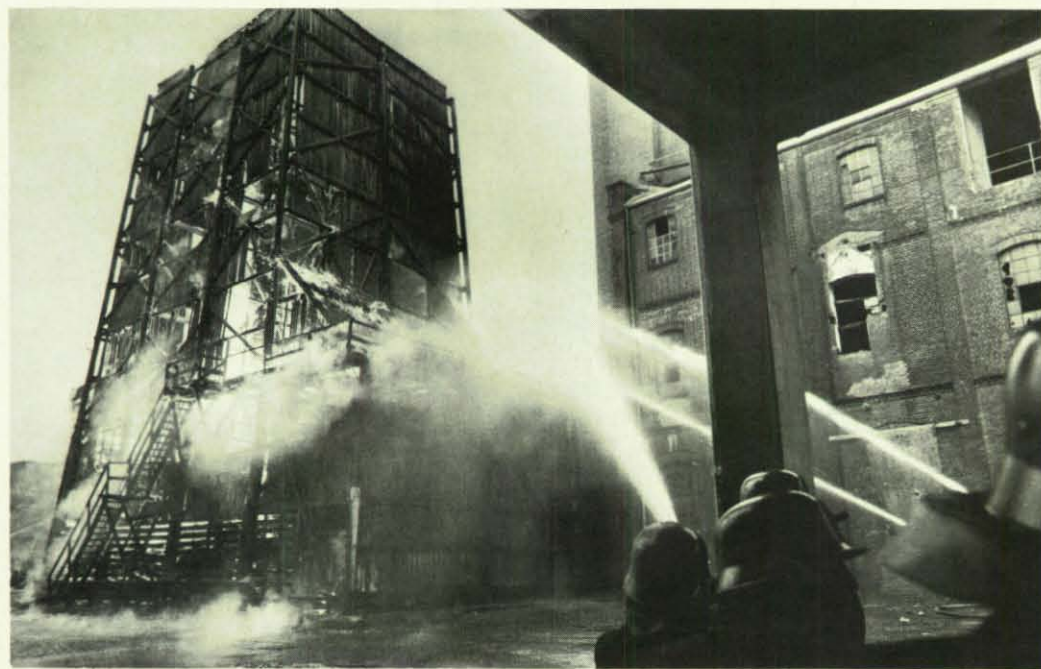
Linie eingesetzt werden, sondern man wollte vor allem das Zusammenspiel zwischen der Katastropheneinsatzleitung (KEL) als organisatorischer Oberleitung und der Technischen Leitung bzw. den eingesetzten Fachdiensten erproben. Eine gemeinsame Übung der KEL in der Befehlsstelle zeitlich synchron mit den Fachdiensten am Einsatzort ablaufen zu lassen, stieß jedoch auf unüberwindbare organisatorische Schwierigkeiten. Man entschloß sich deshalb, die Übung in eine Planübung für die KEL — gewissermaßen als „Katastrophe im Saale“ — und eine echte Übung im angenommenen Schadensgebiet für die Technische Leitung mit den Fachdiensten zu trennen.

Die Planübung der KEL rollte dann am 13. Oktober in der KEL-Befehlsstelle im Kleinen Sitzungssaal des Rathauses ab. Ihre Ausgangslage — die gleichlautend für die folgende Übung angenommen wurde — war so, daß schwere Zuckerstaubexplosionen einen Großbrand in der Zuckerfabrik ausgelöst hatten. Mit vielen Toten und Schwerverletzten mußte gerechnet werden. Alle Zufahrtsstraßen zum Einsatzort waren von Fahrzeugen der Zuckerrübenlieferanten verstopft, und die Bevölkerung der näheren Umgebung geriet in Panik. Für eine angenommene taktische Zeit von 24 Stunden hatte die KEL nun dreieinhalb Stunden „Spielzeit“ zur Verfügung, um vom grünen Tisch aus Abwehr- und Rettungsmaßnahmen zu organisieren. Dabei beteiligten sich die Fachdienstler mit viel Eifer und Sachkunde.

Am 30. Oktober 1971 wurde dann das Zusammenwirken verschiedener Fachdienste in der praktischen Übung erprobt. Punkt 8 Uhr früh startete eine grüne Leuchtkugel die Aktion „Würfelzucker“. Weithin hörbare Explosionen und dichte



Über eine von Helfern der ZS-Bergungszüge errichteten Seilbahn wurden die Verletzten aus dem nach einer Zuckerstaub-Explosion zerstörten Fabrikgebäude geborgen.



Die Feuerwehr hatte alle Hände voll zu tun, um die Flammen des brennenden Holzturms mit einem „Wasservorhang“ gegen angrenzende Gebäude abzuschirmen und eine Brandausweitung zu vermeiden.

Rauchschwaden über dem Raffineriegelände verwandelten den Schauplatz der Übung in den „Einsatzort“. Decken waren eingestürzt, Treppenhäuser zerstört, und Feuer breitete sich vom Explosionsherd rasch auf andere Gebäude aus. Mit acht Puppen und vierzig Verletztendarstellern wurden die Toten und Schwerverletzten eingespielt. Schon kurze Zeit darauf trafen je ein Lösch- und Gerätezug der Berufsfeuerwehr, zwei Krankenwagen des DRK, ein Notarztwagen, ein Streifenwagen der Schutzpolizei, sowie der Bereitschaftsdienst der Kriminalpolizei ein. Dieser routinemäßige Einsatz reichte aber zur Schadensbekämpfung nicht aus. Um 8.15 Uhr wurde deshalb Katastrophenalarm gegeben. Nun hatte die Technische Leitung den Einsatz aller beteiligten Fachdienste

zu steuern. Schon bald waren neun Freiwillige Feuerwehrabteilungen zur Stelle, zu deren vordringlichsten Aufgaben die Menschenrettung und Brandbekämpfung unter schwerem Atemschutz gehörten. Des weiteren mußten sie wegen mangelnder Wasserbereitstellung aus den Hydranten zusätzlich über eine etwa 2000 Meter lange Schlauchleitung bei Überwindung eines großen Höhenunterschiedes vom Neckar her Wasser anfordern. Währenddessen gelangten auch die Fachdienste Bergungsdienst (zwei ZS-Bergungszüge), Sanitätsdienst (ein ZS-Sanitätszug sowie ein K-Zug des DRK) und der Betreuungsdienst (Versorgungsgruppe des DRK) zum Einsatz. Tote und Schwerverletzte mußten durch Ablassen mit einer Rolle, über schiefe Ebenen

und schließlich über eine rasch errichtete Seilbahn aus dem zerstörten vierstöckigen Gebäude geborgen werden. Auf einem mit Sanitätszelten eingerichteten Verbandsplatz konnten die Verletzten ärztlich versorgt und dann in die Krankenhäuser abtransportiert werden. Inzwischen hatte der Brand auf einen Öltank übergriffen, der mit Leichtschaum gelöscht werden sollte. Laut „Drehbuch“ konnte aber doch nicht verhindert werden, daß auch noch ein alter, 20 Meter hoher Holzturm Feuer fing. Dieses Bauwerk sollte zwar tatsächlich abbrennen, aber ein unmittelbar angrenzendes Gebäude, dessen Dach mit leicht brennbarer Dachpappe bedeckt war, durfte dabei nicht in Mitleidenschaft gezogen werden. So hatte die Feuerwehr alle Hände voll zu tun,

um die fackelartig hochlohenden Flammen des brennenden Holzturms mit einem dichten „Wasservorhang“ abzuschirmen. Auch diese Aufgabe wurde hervorragend gemeistert. Um 11.42 Uhr zeigte eine rote Leuchtkugel das Ende der Übung „Würfelsucker“ an. Nun wurde noch einmal der Betreuungszug des DRK aktiv, denn 410 Einsatzkräfte (vorwiegend freiwillige Helfer des erweiterten K-Schutzes) und etwa hundert Gäste und Helfer der Übungsleitung sollten ein warmes Mittagessen erhalten. Nach einer kurzen Abschlußbesprechung aller Beteiligten konnten die Einsatzkräfte mit ihren 80 Fahrzeugen wieder abrücken. Das Amt für Zivilschutz der Stadt Stuttgart wertet die bei der Übung gesammelten Erfahrungen zur Zeit aus. A. P.

500 Helfer im Wettlauf mit der Zeit

Katastrophenalarm in Essen- Rellinghausen
So begann die Katastrophe

Ein folgenschweres Eisenbahnunglück ereignete sich in den frühen Morgenstunden des 16. Oktober 1971 auf dem Gelände des Bundesbahn-Bahnhofs Essen-Rellinghausen: Um 8.58 Uhr raste aus immer noch ungeklärter Ursache beim Kilometerstein 7,9 der Strecke Essen-Rüttenscheid/Essen-Steele-Süd der Nahgüterzug 16 560 in den ausfahrenden Personenzug 2617.

Durch das weithin hörbare Kreischen von Metall und den Krach berstenden Holzes alarmiert, begab sich der Beamte vom Dienst (BvD) unverzüglich zur Unfallstelle. Ihm bot sich ein Bild der Verwüstung: Ineinandergeschobene Waggons,



Mit Schneidbrennern und Motorsägen mußte der Bergungsweg zu den in den Waggons eingeklemmten „Toten und Verletzten“ freigekämpft werden.

in denen Verletzte um Hilfe schrien und wahrscheinlich auch Tote eingeklemmt sein mußten, und brennende Güterwagen.

Wichtig: unverzügliche Lagebeurteilung

Der BvD beurteilte die Lage blitzschnell und setzte um 9.02 Uhr seine erste Unfallmeldung ab. Da durch Explosionsgefahr und Brandausweitung zusätzliche Gefahr für die Verletzten und unmittelbar angrenzende Gebäude bestand, forderte der BvD die Auslösung des Katastrophenalarms.

Der Leiter der Katastrophenabwehr-Leitung (KAL) der Stadt Essen traf nach unverzüglicher Situationsbeurteilung seine Entscheidung. Die Hauptfeuerwache löste weisungsgemäß um 9.15 Uhr den Katastrophenalarm aus und der Einsatz von einer Bereitschaft der Freiwilligen Feuerwehr, einer Bereitschaft des Bergungsdienstes, vier Zügen des Sanitätsdienstes, vier Grup-

pen des Fernmeldedienstes, Kräften des Sozial- und Betreuungsdienstes, der Polizei und der Bundesbahn wurde unverzüglich angeordnet. Die KAL traf etwa 35 Minuten nach Auslösung des Alarms in der Hauptfeuerwache ein; wenig später bezog die Technische Einsatz-Leitung (TEL) in einem Raum des Bahnhofsgebäudes Stellung und richtete dort eine Fernsprechzentrale ein. TEL Oberbrandrat Eulenburg begab sich direkt zur Unfallstelle und traf die ersten Entscheidungen für den reibungslosen Ablauf der Rettungsarbeiten.

Koordinierung aller Einsatzkräfte

Die ersten Fahrzeuge der Feuerwehrbereitschaft wurden nach kurzer Lagebeurteilung vom Einheitsführer in ihre Positionen eingewiesen. Schnell und übersichtlich wurden Druckleitungen verlegt, und nach wenigen Minuten gab man das Kommando „Wasser, marsch!“



Auch mit Äxten mußte den zerstörten Güterwaggons zuleibe gerückt werden, um möglichst schnell einen brauchbaren Rettungsweg freizumachen.

Die erste und dringlichste Phase der Rettungsarbeiten — die Freikämpfung eines Rettungsweges — lief an. Inzwischen war auch ein Zug der Bergungsbereitschaft eingetroffen. Dessen Zugführer sprach sich kurz mit dem Einsatzleiter der Feuerwehr ab, während sich die Helfer mit ihrem Gerät ausrüsteten, und traf seine Anordnungen. Die Helfer begannen, sich einen Weg zu den eingeschlossenen Verletzten zu bahnen. Sie wurden in diesem Bemühen stark durch Qualmwolken behindert. Gruppenweise nahmen sie die von den Führungskräften überwachten Rettungsarbeiten in Angriff.

Sofortmaßnahmen für Verletzte

Inzwischen begannen die Helfer von MHD und JUH mit der Überführung der Verletzten von der Sammelstelle zum Verbandsplatz. Diese Maßnahmen wurden insofern erschwert, als eine Geländeerhöhung von rund drei Metern durch den steil abfallenden Bahnkörper überwunden werden mußte. Eine Gruppe der Bergungshelfer baute deshalb innerhalb von 40 Minuten einen Laufsteg, mit dem ein sicherer und zuverlässiger Rettungsweg geschaffen wurde. Die somit schnell abtransportierbaren Verletzten konnten der ärzt-

Mit Schneidbrennern und Motorsägen

Die von der KAL abgerufenen Kräfte des Sozial- und Betreuungsdienstes richteten Betreuungs-Sammelstellen ein, die mit Verpflegungsstellen gekoppelt waren. Dort begann man gegen 11 Uhr mit der Betreuung und Verpflegung der Leichtverletzten und der eingesetzten freiwilligen Helfer. Desgleichen kümmerte sich der Betreuungsdienst in Zusammenarbeit mit der Kripo um die Sicherstellung des Bergungsgutes wie Reisegepäck, Kleidungsstücke usw. Die Bergungsarbeiten schritten nun zügig voran.



Fachgerecht, mit größter Sorgfalt, wurden die Verletzten abtransportiert . . .



. . . und auf dem Verbandsplatz der Verletzensammelstelle vorzüglich betreut.



Einem Verletzten wurde ein Zettel angebunden, auf dem der Grad der Verletzung stand. So konnten DRK-Helfer sofort eine Zuweisung vornehmen.

Die ersten der befreiten Verletzten wurden zu der in sicherer Entfernung zum Unfallort eingerichteten Verletzten-Sammelstelle gebracht und dort den Helfern des Sanitätsdienstes zur Versorgung und zum Weitertransport an den Verbandsplatz übergeben.

Der alarmierte Sanitätsdienst, bestehend aus je einem Zug des DRK, MHD, JUH und der städtischen 4. SB, lag auf dem Gelände des angrenzenden Fuhrparks, und gemäß der von der TEL abgesetzten Funkprüche begann hier der Wettlauf mit der Zeit. Fünf von der 4. SB eilig errichtete Zelte dienten als Not-Operationsraum und Verletzten-Betreuungsstelle.

lichen Notversorgung im OP-Zelt übergeben und anschließend in die alarmierten Krankenhäuser weiter überführt werden.

Während die Bergungsarbeiten auf Hochtouren liefen, bemühte sich die Kriminalpolizei um die Identifizierung der Toten, Sicherstellung von Wertsachen, und die Spurensicherung sollte Klarheit über die Unfallursache bringen. Erste Ergebnisse dieser Arbeiten wurden vom verantwortlichen Beamten der TEL über Sprechfunk mitgeteilt.

Der Fernmeldedienst hatte mit viel Geschick die erforderlichen Drahtverbindungen zwischen TEL und den einzelnen Einsatzorten hergestellt.

Mit Schneidbrennern und Motorsägen rückte man den ineinandergeschobenen Waggons zu Leibe. Dank des schnellen und umsichtigen Einsatzes der Freiwilligen Feuerwehr waren die Brände gelöscht und auch die Gefahr einer Explosion der Tank-Waggons konnte endgültig gebannt werden.

Inzwischen stand fest, daß dieses bedauerliche Zugunglück 20 Tote gefordert hatte. 70 Verletzte waren aus den Trümmern der Personenzug-Waggons geborgen worden. Die Verletzten kennzeichnete man — bevor sie dem Sanitätsdienst übergeben wurden — mit Zetteln, auf denen der Grad ihrer Verletzungen vermerkt war. Am Verbands-

platz angelangt, konnten deshalb die Verletzten vom DRK übernommen und je nach Schwere ihrer Verletzungen auf einzelne Zelte verteilt werden. Im OP-Zelt versahen Ärzte ihren Notdienst und nahmen die in verschiedenen Fällen dringend zur Lebensrettung erforderlichen chirurgischen Eingriffe vor. Zu ihrer Unterstützung hatten sich 20 freiwillige DRK-Helferinnen zur Verfügung gestellt.

Ziel und Absicht einer Übung

Durch den gezielten Einsatz aller Kräfte und die sichere Beurteilung der Situation sofort nach dem Unglücksereignis durch die KAL und TEL konnte Schlimmeres verhütet werden, Menschenleben gerettet und Verletzten Erste Hilfe geleistet werden. Genau dies war Ziel und Absicht des „Unglücks“ — denn die gegebene Schilderung betrifft eine großangelegte und organisatorisch ausgezeichnet vorbereitete Übung der Katastrophen-Abwehrleitung der Stadt Essen! Denn die Erfahrungen der letzten Jahre haben immer wieder gezeigt, daß auch unter Berücksichtigung aller erdenklichen Schutzmaßnahmen Katastrophen möglich sind, die große Gefahren in sich bergen. Ob ihnen wirksam begegnet werden kann, wollte die KAL mit



Polizeidirektor Lütgemeier (Mitte) im Gespräch mit Herren der Technischen Einsatzleitung.

dem organisierten „Zugunglück“ untersuchen. Die Deutsche Bundesbahn hatte im Verlauf der organisatorischen Vorbereitungen die Anlagen des beschriebenen Bahnhofs gern zur Verfügung gestellt. Desgleichen sicherte sie ihre Unterstützung der Einsatzkräfte durch bundesbahneigene Fahrzeuge und Nachrichtenmittel zu.

Hervorragende Vorbereitungsarbeit

Die gesamte Vorbereitungsarbeit wurde von der Übungsleitung (Beigeordneter Maus und Städtischer Verwaltungsdirektor Haneke) und den mit der Durchführung betrauten Herren der Berufsfeuerwehr der Stadt Essen (Oberbrandräte Eulenburg und Kerkhoff) geleistet und anschließend mit der Technischen Einsatzleitung und den Führungskräften besprochen.

Um auch die Führungskräfte

im Hinblick auf die geplante optimale Hilfeleistung zu schulen, fand in der ersten Jahreshälfte eine gründliche Planbesprechung und ein Planspiel statt. Bei ausgezeichnet vorbereiteten und interessant durchgeführten Veranstaltungen wurde die Vielzahl der Führungsmittel und die Methoden der Einsatztaktik und -technik im Zusammenhang mit den Hilfs- und Einsatzmöglichkeiten durchgesprochen und am Modell erläutert. Um auch die Arbeit der vier Gruppen des Fernmeldedienstes zu koordinieren, wurde mit Einwilligung der Deutschen Bundesbahn eine Fernmelde-Rahmenübung auf dem Gelände des Bahnhofs Essen-Rellinghausen durchgeführt. Die FM-Züge der Stadtverwaltung, des MHD, der Polizei und des THW bewiesen unter der sachkundigen Führung des Polizeihauptkommissars Hoffmann während dieses Einsatzes, daß ständige Übung erstaunliche Fertigkeiten mit sich bringt.

Fazit: Helfen will gelernt sein

Nach Abschluß sowohl der Fernmelde-Rahmenübung als auch des Einsatzes bei einem angenommenen Zugunglück hatte die KAL der Stadt Essen wertvolle Erfahrungen gesammelt und konnte erfreuliche Bilanzen ziehen. So gelangte man

einmütig zu der Auffassung, daß das Zusammenspiel der Kräfte des Bergungszuges mit der Einheit der Freiwilligen Feuerwehr bei den Rettungsarbeiten nach dem „Zugunglück“ nur als lobenswert zu bezeichnen war.

Die an dieser Übung beteiligten 500 ehrenamtlichen Helfer mit etwa 60 Fahrzeugen haben bewiesen, daß sie — gleich welcher Basisorganisation sie angehören — im Augenblick des ernsthaften Einsatzes unter der umsichtigen Leitung erfahrener Führungskräfte ihren Mann stehen und reibungslos zusammenarbeiten können.

Die Übungsleitung war nicht zuletzt auch deshalb mit dem Übungsverlauf voll und ganz zufrieden, als die Abschirmung des Unfallortes durch Kräfte der Polizei geschickt und unauffällig vonstatten ging und die Schaulustigen vom Einsatzort ferngehalten werden konnten.

Der Technische Einsatzleiter, Oberbrandrat Eulenburg, war über den Ausbildungsstand und die Einsatzmoral der ehrenamtlichen freiwilligen Helfer überrascht. Er lobte die reibungslose Zusammenarbeit von Fachdiensten, Polizei und Kräften der Deutschen Bundesbahn.

Das Fazit also auch dieser demonstrativen Übung in Essen-Rellinghausen: Helfen will gelernt sein!

Staatsbürgerliche Gesinnung bewiesen

BVS-Veranstaltung in Rothenburg

Als eine Gemeinschaftsveranstaltung der Bezirksstellen Mittelfranken, Unterfranken, Oberfranken und Schwaben des Bundesverbandes für den Selbstschutz wurden die Selbstschutztage in Rothenburg ob der Tau-

ber am 23. und 24. Oktober 1971 organisiert. Bei der Wahl des Veranstaltungsortes entschied man sich nicht von ungefähr für die ehemalige freie Reichsstadt. Denn das bis heute unverfälscht erhaltene Stadtbild,

die eindrucksvollen Stadtmauern, die trutzigen Türme und Wehrgänge erzählen uns von dem Selbstbehauptungswillen, der einst die Bürger dieser Stadt beseelte, als sie ihr bürgerliches Gemeinwesen gegen jede von außen drohende Gefahr absicherten.

Die steinernen Zeugen des Behauptungswillens von einst bildeten den passenden, angemessenen Rahmen für eine Veranstaltung, die aufzeigen wollte, daß es in der Gegenwart mehr denn je notwendig ist, den Nöten und Gefahren des techni-

schen Zeitalters den Willen zur Selbst- und Nachbarschaftshilfe entgegenzusetzen.

Die Bezirksstelle Mittelfranken mit ihrem Leiter Heinz Kunde, die Dienststelle Ansbach mit deren Helfern und Mitarbeitern unter dem Dienststellenleiter Dietmar Peter, die Bezirksstellenleiter Richard Breu, Konrad Hinderberger und Eduard Frenz sowie die jungen Kräfte der Selbstschutzzüge Goldbach (Unterfranken), Hausen (Oberfranken), Augsburg, Dillingen und Kaufbeuren (Schwaben)



BM Friedlein eröffnete die Selbstschutztage. Zahlreiche Persönlichkeiten waren erschienen, unter ihnen (1. Reihe v. l.) Oberstleutnant Peßler, Frau Kuhn, Direktor Fritze, BVS-Präsident Kuhn, Freiherr von Leoprechting, Ministerialrat Dr. Jäger, Senator Ehnes, MdB.



Zahlreiche Zuschauer verfolgten die beispielhafte Übung „Selbstschutz im Einsatz“, während der ...

hatten die Selbstschutztage im Taubertal sorgfältig vorbereitet.

Bürgermeister Friedlein eröffnete das offizielle Geschehen im Kaisersaal des Rathauses. Im Auftrag des Oberbürgermeisters und Schirmherrn der Selbstschutztage, Alfred Ledertheil, begrüßte er die Gäste, an der Spitze den BVS-Präsidenten Oberstadtdirektor Heinz-Robert Kuhn, Bielefeld, Staatssekretär Dr. Karl Hillermeier vom Bayrischen Staatsministerium der Finanzen, Senator Georg Ehnes, Ministerialrat

Dr. Hermann Jäger vom Bayrischen Staatsministerium des Innern, Direktor Wolfgang Fritze vom Bundesverband für den Selbstschutz, Landesstellenleiter Freiherr von Leoprechting, sowie Vertreter der Bundeswehr und einer Vielzahl von Behörden, Verbänden und Organisationen.

Beim Antrunk reichte der Kellermeister der Stadt den Gästen jenen gewaltigen Humpen, den einst Altbürgermeister Nusch in einem Zuge leerte und damit den Feldherrn Tilly bewog, Milde walten zu lassen. Mit



... die freiwilligen Helfer zeigten, wie schnelle Wasser-schlauchverbindungen hergestellt werden ...

unterschiedlichem Erfolg bemühte man sich, es dem Altbürgermeister gleichzutun!

Viele freiwillige Helfer waren in der Zwischenzeit damit beschäftigt, das Gelände vor dem Würzburger Tor für die große Schauvorführung „Selbstschutz im Einsatz“ herzurichten. Gut ausgebildete junge Leute zeigten hier an zahlreichen Beispielen, wie man mit einfachen Mitteln auf den Gebieten des Brandschutzes, der Rettung und der Laienhilfe Sachwerte erhalten und Leben und Gesund-

heit sichern und bewahren kann. Vielen Zuschauern, unter ihnen auch amerikanische Touristen, vermittelte man damit ein lebendiges Bild vom Selbstschutz der Bevölkerung. „Selbstschutz“ — ein Wort, unter dem sich noch mancher nichts rechtes vorstellen kann — gewann mit der Schauvorführung Leben und Gestalt. Über eine Lautsprecheranlage erläuterte Dienststellenleiter Konrad Weigl, Weiden, den Zuschauern einzelne Vorgänge und stellte Angehörige eines Selbstschutzzuges mit ihrem Gerät vor.

Was man zur Rettung verunglückter Autofahrer tun kann, demonstrierte eine Vorführung von Sofortmaßnahmen am Unfallort. Nicht weniger eindrucksvoll war

es, Rettungshunde bei der Arbeit zu sehen: Die Schäferhunde „Brixl von der Arnoldsklause“ und „Dascha aus der Höllgasse“ sowie der Airedalterrier „Larry vom Stammhof“ und die Boxerhündin „Bessy vom Orlasteig“ zeigten in Zusammenarbeit mit den Hundeführern — unter ihnen zwei Frauen — ihr beachtliches Können. Einer der Schäferhunde bewies seine vielseitige Verwendbarkeit, indem er zunächst als Rettungshund und anschließend als Schutzhund die ihm gestellten Aufgaben

fehlerfrei bewältigte. Beim Gemeinschaftsabend im Gästehaus „Rappen“ konnte Landesstellenleiter Frhr. von Leoprechting neben den bereits genannten Persönlichkeiten Landrat Edmund Eichler, Rothenburg, Regierungsdirektor Dr. Simon von der Regierung Mittelfranken, Oberstleutnant Peßler, Warnamtsleiter Danapel, sowie Abgeordnete und weitere Vertreter des öffentlichen Lebens begrüßen. Er erläuterte Sinn und Zweck der Selbstschutztage und dankte allen, die sich in den Dienst der Veranstaltung gestellt hatten. Sein besonderer Dank galt dabei den Selbstschutzzügen.

Als Sprecher der Bayrischen Staatsregierung übermittelte Staatssekretär Dr. Hillermeier die Grüße des Ministerpräsidenten Dr. Alfons Goppel. An die haupt- und ehrenamtlichen Kräfte des BVS gewandt meinte er:

„Sie gehören zu den wenigen, die heute bereit sind, für die Allgemeinheit etwas zu tun und echte staatsbürgerliche Gesinnung beweisen.“

BVS-Präsident Kuhn dankte anschließend allen Helferinnen und Helfern aus Franken und Schwaben: „Sie haben aufgezeigt, was der Selbstschutz der Zivilbevölkerung im Wohnbereich bedeutet. Selbstschutz und Nachbarschaftshilfe sind angewandte Demokratie.“ Nach dem offiziellen Teil des Abends unterhielten die „Frankenjäger“ die Gäste mit flotter Musik, und die Darsteller der „Hans-Sachs-Spiele“ zeigten zwei Schwänke des Schusterpoeten, womit der „Fränkische Abend“ der Selbstschutztage ausklang.

Am Vormittag des nächsten Tages sprach Direktor Fritze im Rahmen einer Arbeitstagung und wies darauf hin, daß die Gemeinden Träger des Selbstschutzes sind. Aufgabe des BVS sei es daher, noch stärker als bisher mit den Gemeinden zusammenzuarbeiten.



... Holzbrände bekämpft werden können ...



... und Verletzte aus Trümmerkegeln geborgen werden. Die richtigen Handgriffe zur richtigen Zeit bedeuten schnellste Hilfe in Gefahrensituationen.

Auf die zu erwartende Satzung und das künftige Helferstatut eingehend, versicherte Direktor Fritze, daß damit die Möglichkeiten geschaffen werden, zielstrebig in die nächsten Jahre zu gehen.

Das Geschehen in Rothenburg schloß mit dem Ausblick auf die Selbstschutztage 1972 in Landshut. Als die Teilnehmer der Rothenburger Selbstschutztage abreisten, fiel ihr Blick abschiednehmend noch ein-

mal auf die Befestigungsanlagen der alten Stadt, die symbolhaft als Ausdruck des Selbstbehauptungswillens früherer Tage der BVS-Veranstaltung von heute ihr Gepräge gaben.

Dr. R. G.

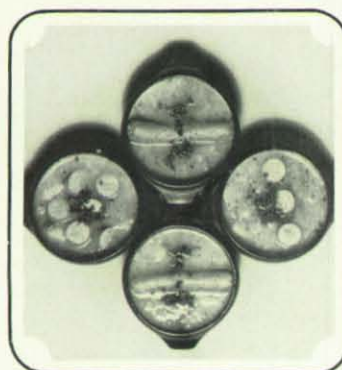
Annemarie Reimann

Schnelle Gerichte

Bevorratung von Lebensmitteln
Rezepte III

Die bevorstehenden Feiertage werden — wie in jedem Jahr — wieder besondere Anforderungen an Geldbeutel und Magen stellen, und auch die Zeit für die vielen notwendigen Vorbereitungen wird wie immer knapp sein.

Deshalb bringen wir diesmal Rezepte für vier Mahlzeiten, die — hauptsächlich aus unserem Haushaltsvorrat zusammengestellt — wenig kosten, schnell zubereitet und nicht zu üppig sind, aber dennoch gut schmecken und satt machen.



Kartoffelsuppe

Zutaten: 100 g magerer Räucherspeck, 2 Zwiebeln, 2 Stangen Lauch, 4 Möhren (oder 1 kl. Paket Tiefkühlmischgemüse), 4 Kartoffeln, 2 EL Butterfett, 1/2 TL Majoran, 1 1/2 l Wasser, 1 EL klare Fleischbrühe, 1 Dose Würstchen, 1 Paket Instant Kartoffelsuppe, Petersilie.

Kleingeschnittenen Speck mit den ebenfalls zerkleinerten Gemüsen in Fett andünsten. Mit Flüssigkeit auffüllen, Majoran und Würze hinzufügen. Zum Kochen bringen und nach zehn Minuten Kartoffeln hineingeben, fertig kochen (ca. 15 Minuten). Kurz vor Ende der Garzeit in Scheiben geschnittene Würstchen in der Suppe erwärmen, vom Feuer nehmen und die Instant Kartoffelsuppe unterrühren, mit Petersilie bestreuen.



Graupeneintopf

Zutaten: 1 Zwiebel, 2 EL Butterfett, 1 Stück Sellerie, 250 g Graupen, knapp 1 1/2 l Wasser (einschließlich Gemüsebrühe), 1 EL klare Fleischbrühe, 1 TL Selleriesalz, 1 Dose oder Glas Erbsen und Möhren, 1 Dose Frühstücksfleisch (300 g), Pfeffer, Muskat, Petersilie.

Kleingeschnittene Zwiebel und Sellerie mit den Graupen in Fett andünsten, mit Flüssigkeit auffüllen und mit klarer Fleischbrühe und Selleriesalz würzen. Ca. 3/4 Stunde leicht kochen lassen. Wenn die Graupen gar sind, Erbsen und Möhren sowie das gewürfelte Frühstücksfleisch darin erwärmen, reichlich mit weißem Pfeffer sowie Muskat abschmecken und mit Petersilie bestreuen. Nett serviert schmeckt es doppelt gut!



Rindfleischragout

Zutaten: 2 Zwiebeln, 2 Paprikaschoten, 2 EL Fett, 1 Döschen Tomatenmark, 1 EL Paprika edelsüß, 1/2 TL Thymian, 2 Dosen Rindfleisch im eigenen Saft (à 300 g), 250 g Teigwaren.

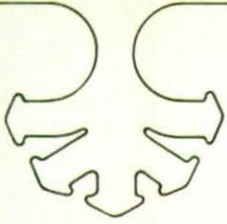
Kleingeschnittene Zwiebeln und gewürfelte Paprikaschoten in Fett (dabei Fett aus den Fleischdosen verwenden) weich dünsten, Tomatenmark, Paprika und Thymian hinzufügen und kurze Zeit mitdünsten. Dann das kleingeschnittene Rindfleisch einschließlich des gelierten Fleischsaftes hinzufügen und kurz durchkochen. Gegebenenfalls wenig Flüssigkeit angießen. Teigwaren in reichlich Salzwasser weich kochen, auf einer Platte anrichten und das Rindfleischragout darübergeben.



Zwetschgenknödeln

Zutaten: 1 Paket gekochte Kartoffelknödel (230 g), 2 Eier, 1 Glas oder Dose Zwetschgen, 12 Stück Würfelzucker, 2 EL Butter, 2 EL Semmelbrösel, 4 EL Zucker, 1 gestrichener TL Zimt, Mondamin.

Eier mit Wasser zu der vorgeschriebenen Flüssigkeitsmenge auffüllen, gut verschlagen und Knödelpulver unterrühren. Quellen lassen. Sodann 12 Knödel formen, die jeweils mit einer Zwetschge, in die ein Stück Würfelzucker kam, gefüllt werden. In leicht gesalzenem Wasser garziehen lassen. In Butter gebräunte Semmelbrösel ebenso wie die Zucker-Zimt-Mischung über die Knödel geben. Restliche Zwetschgen erhitzen, mit Mondamin binden und gesondert dazu servieren.



PRESSESCHAU DES INLANDS

Zivilschutz-Symposion

Auf dem „Tag des freiwilligen Helfers“ in Stuttgart war die Idee geboren worden, in Zukunft einen Gedankenaustausch zwischen den Zivilschutzexperten der westeuropäischen Länder zu führen; in Freiburg fand im kleinen Rahmen gewissermaßen die „Generalprobe“ statt.

Mit „Grundsatzfragen des Zivilschutzes“ befaßte sich in Freiburg eine Expertenversammlung, darunter Wissenschaftler und Referenten der Bundesländer.

Das Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz hatte zu dem viertägigen Symposion eingeladen, bei dem der Zivilschutz nicht nur als Teil der Gesamtverteidigung, sondern auch unter sicherheits- und gesellschaftspolitischen Gesichtspunkten diskutiert wurde.

Der Parlamentarische Staatssekretär im BMI, Wolfram Dorn, referierte über „Katastrophenschutz im Frieden und im Verteidigungsfall“. Die Teilnehmer, unter ihnen auch Vertreter der schweizerischen Zivilverteidigung, besichtigten mehrere Zivilschutzeinrichtungen in und um Freiburg und in Basel.

(Stuttgarter Zeitung)

Wassernotstand hält weiter an

Die Versorgung mit Trinkwasser ist in Nordrhein-Westfalen gebietsweise immer noch gefährdet und führt zu einschränkenden Maßnahmen, die vorsorglich von den zuständigen Stellen ergriffen werden. Für die anderen Landesteile ist, so der nordrhein-westfälische Landwirtschaftsminister, vorerst nicht mit Trinkwassermangel zu rechnen.

In 30 Gemeinden des Sauer- und Siegerlandes müssen die Einwohner

Wasser sparen. In einigen Orten des münsterländischen Kreises Tecklenburg schaffen Tankfahrzeuge das kostbar gewordene Naß heran. Nach Remscheid und Solingen hat jetzt auch die Stadt Radevormwald eine Wassernotverordnung erlassen müssen.

Der Wasserversorgungsverband Rhein-Wupper hat in seinem Gebiet ebenfalls zu sparsamem Wasserverbrauch aufgerufen, da der Vorrat der Dhünn-Talsperre nur noch für etwa zwei Monate reicht.

Trotz dieser örtlichen Versorgungsschwierigkeiten sehen der Ernährungsausschuß des Düsseldorfer Landtags und Ernährungsminister Diether Deneke ruhig in die nächste Zukunft. Auch wenn kein Regen fällt, reiche der Wasservorrat in den anderen Landesteilen noch für mehrere Monate, wurde auf einer Pressekonferenz des Ausschusses berichtet. Für die fast sechs Millionen im Ruhrgebiet lebenden Menschen sei die Versorgung schon jetzt für das ganze nächste Jahr gesichert. Der Wasserspiegel des Rheins könne noch einen weiteren halben Meter sinken, ohne daß die für 3,5 Millionen Menschen wichtige Trinkwassergewinnung aus dem Uferfiltrat des Flusses gefährdet würde.

(Neue Rhein-Zeitung)

Wir brauchen mehr Helfer

Der Bielefelder Oberstadtdirektor H.-R. Kuhn, Präsident des Bundesverbandes für den Selbstschutz, beantwortete Redakteuren des Westfalen-Blattes Fragen zum Thema Zivilschutz. Er tat dies nach seiner Rückkehr vom „Tag des freiwilligen Helfers“ in Stuttgart, an dem neben 5000 Delegierten aus deutschen Hilfsorganisationen auch Abordnungen aus der Schweiz, Österreich, Luxemburg, Frankreich und Dänemark teilnahmen.

Frage: Herr Kuhn, Bundesinnenminister Genscher hat den Helfern im Namen der Bundesregierung für ihren vorbildlichen Dienst an der Allgemeinheit zum Schutz der Menschen vor Katastrophen jeder Art gedankt. Halten Sie diese Dankadresse für gerechtfertigt?

Kuhn: Sicherlich, zumal die Helfer sich freiwillig in den Dienst der Organisation gestellt haben.

Frage: Der Zivilschutz — damit auch der Bundes-Selbstschutz-Verband — ist auf Freiwilligkeit angewiesen. Gibt es zuwenig Helfer, die bereit sind, im Zivilschutz mitzumachen?

Kuhn: Wir brauchen auf jeden Fall mehr Helfer.

Frage: Ist dieser Mangel darauf zurückzuführen, daß dem Zivilschutz nicht genügend Geld zur Verfügung steht, um Menschen für diese Aufgabe zu gewinnen?

Kuhn: Natürlich ist das auch eine Geldfrage. Aber in erster Linie müssen wir uns damit auseinandersetzen, daß der einzelne immer weniger Interesse am Staat zeigt.

Frage: Schlagzeilen wie „Zivilschutz ist kostspielig und unwirksam“ sind in der Vergangenheit häufiger zu lesen gewesen. Was halten Sie von dieser Feststellung?

Kuhn: Solche Darstellungen sind oft einseitig. Eines ist natürlich klar: den totalen Zivilschutz gibt es nicht. Ich kann Ihnen aber sagen, daß der Bund bereit ist, wieder mehr Mittel in den Zivilschutz zu investieren.

Frage: Noch eine Frage zum Thema Freiwilligkeit. Können Sie sich eine Zwangsverpflichtung zum Zivilschutz ähnlich wie in der Schweiz vorstellen?

Kuhn: Nein, das halte ich bei uns für nicht denkbar.

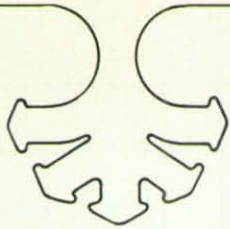
Frage: Nun gibt es auch kritische Stimmen, die dafür plädieren, den Bundes-Selbstschutz-Verband aufzulösen und mit dessen Aufgaben die Hauptverwaltungsbeamten zu beauftragen, die ohnehin zur Durchführung des Zivilschutzes verpflichtet sind.

Kuhn: Wenn der Bundes-Selbstschutz-Verband aufgelöst werden würde, bekämen die Gemeinden sicherlich die Finanzhoheit zur Wahrnehmung der hinzukommenden Aufgabe. Ich halte es für besser, diese Dinge zentral zu steuern und zu finanzieren.

Frage: Herr Kuhn, was kann getan werden, um das Interesse am Zivilschutz in der Bevölkerung zu fördern?

Kuhn: Wir können nur an das demokratische Verständnis eines jeden einzelnen appellieren, ähnlich wie es Bundesinnenminister Genscher getan hat: Zivilschutz geht alle an, und zwar nicht erst im Zeichen der Not.

(Westfalen-Blatt)



presseschau des auslands

Schutzmaßnahmen gegen Kampfgase



*Aktuellt om
civilförsvar*

„Bei der Planung unserer Maßnahmen für den Bevölkerungsschutz sind wir trotz internationaler Vereinbarungen der Ansicht, daß die Gefahr einer Anwendung von Kampfgasen weiter besteht. Im Hinblick auf die internationalen Verhältnisse haben wir es jedoch in der gegenwärtigen Situation nicht als zweckmäßig angesehen, für die gesamte schwedische Bevölkerung Schutzmasken anzuschaffen. Der Untersuchungsbericht über die Verteidigung kam 1965 zu der gleichen Auffassung, die sich auch in den jetzt geltenden Richtlinien über die Anschaffung und Lagerung von Schutzmasken niederschlägt. Diese Richtlinien besagen, daß der gegenwärtig vorhandene Bestand an Schutzmasken beibehalten und veraltetes Material Zug um Zug durch neues zu ersetzen ist. Es sind alle Maßnahmen ergriffen worden, die es möglich machen, zu gegebener Zeit Schutzmasken für die ganze Bevölkerung anzuschaffen, wenn die sicherheitspolitischen Verhältnisse sich ändern sollten.

Eine andere Beurteilung der Wahrscheinlichkeit der Verwendung von Kampfgasen würde die Anschaffung von Schutzmasken auf jeden Fall motivieren. Über diesen persönlichen Schutz hinaus sind die schwedischen Normalschutzbauten mit Filteranlagen und Gasschleusen versehen, so daß hier ein gemeinschaftlicher Schutz gegen Kampfgas bereits gegeben ist.

Dieser Sammelschutz gilt besonders im Hinblick auf die Frage nach Schutzmöglichkeiten für Kinder.

Die Frage der Notwendigkeit eines Schutzes gegen Kampfgas wird zur Zeit auch bei der Planung des Bevölkerungsschutzes im Reichsamt für Zivilverteidigung untersucht. Das Ergebnis dieser Untersuchungen wird im Untersuchungsbericht über die Verteidigung für 1970 vorgelegt werden und in diesem Zusammenhang geprüft werden.“

(Aus der Antwort des schwedischen Verteidigungsministers Sven Andersson auf eine Anfrage zum Thema Schutzmasken im schwedischen Reichstag.)

(Stockholm, Nr. 1/1971)

Notarzthilfe in Belgien

*revue bimestrielle
de la
protection civile
en belgique*

Die Bereitschaft zu dringender ärztlicher Notversorgung in Belgien ist bereits durch ein Gesetz vom 8. Juli 1964 und danach ergangenen Ausführungsbestimmungen geregelt worden.

In der Praxis sieht das so aus, daß man im ganzen Land über die Notfallnummer 900 16 Telefenzentralen anwählen kann, die in ständiger Bereitschaft sind; diese Zentralen sind untereinander verbunden. Der Transport der Verwundeten oder Kranken wird durch einen Bereitschaftsdienst von 293 Ambulanzen gesichert; 23 dieser Fahrzeuge verfügen über ein komplettes Beatmungssystem. Hinzu kommen weitere Ambulanzen des DRK und anderer Organisationen.

Der Einsatz der Ambulanzen wird über die 16 Zentralen gelenkt. Für eine dringende Einlieferung können 188 Krankenhäuser, die über Notfallärzte verfügen, angefahren werden. Es sind dies 54 Prozent der Krankenanstalten, in denen Schwerkranke aufgenommen werden. In den verschiedenen Landesteilen wurden 140 Arzneimitteldepots eingerichtet, die für Katastrophenfälle zur Verfügung stehen. Die 16 Zentralen verfügen jeweils über Sonderdepots spezieller oder außergewöhnlicher Medikamente.

Katastrophenschutz in Großbritannien

*The
JOURNAL*

OF THE INSTITUTE OF CIVIL DEFENCE

Katastrophenschutzarbeit ist eine sehr umfassende Angelegenheit und schließt eine große Zahl der verschiedensten Dienste und Organisationen ein. Man kann deshalb auch die Verfahren, die in unserem Lande beim Katastrophenschutz zur Anwendung kommen können, nur umreißen.

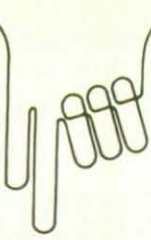
Die gegenwärtige Planung für die Verteidigung des Königreiches sieht an erster Stelle ein Warnsystem mit hoher Leistung vor, um damit den Schutz der Zivilbevölkerung rechtzeitig einleiten zu können. Ein umfassendes Kontrollsystem soll sicherstellen, daß eine Hilfeleistung bis in die kleinste Gemeinde des Landes hinein möglich wird.

Für das leitende Personal der Polizei, der Feuerwehr und des Alarmdienstes sowie der Kommunalbehörden wird eine Mindestausbildung im Zivilschutz verlangt. Die Ausbildungskurse werden am Easingwold-College durchgeführt. Verantwortlich für die zivile Verteidigung des Landes und den Schutz der Zivilbevölkerung ist traditionsgemäß das britische Innenministerium.

Infolge der Vielschichtigkeit des Komplexes ergeben sich jedoch auch Zuständigkeiten anderer Ministerien — so des Ministeriums für Landwirtschaft, Fischereiwesen und Ernährung bei Angelegenheiten der Sicherstellung der Lebensmittelversorgung bei Katastrophen. Das Ministerium für Wohnungsbau und kommunale Selbstversorgung wirkt mit bei der Evakuierung der Bevölkerung und der Unterbringung von Obdachlosen; das Ministerium für Gesundheit und Sozialfürsorge ist verantwortlich für die Evakuierung und Unterbringung von Verletzten.

In bezug auf zivile Katastrophen ist die Mitwirkung weiterer Ministerien erforderlich. Bei Katastrophen an den Küsten wirken beispielsweise eine Vielzahl von Behörden mit, die den verschiedensten Ministerien unterstehen.

(London, Vol. XXXII — Nr. 4)



ZEITSCHRIFTEN SCHAU

Internationale Zivilverteidigung
Genf/Schweiz, Nr. XVII/192

Betriebsschutz-Organisationen

Im Laufe des letzten Jahrzehnts haben sich die Probleme des Schutzes von Industrieanlagen und des Schutzes der in ihnen Beschäftigten erheblich verändert.

Die Zunahme schwerer Unfälle und Katastrophen in Friedenszeiten ist nicht zu leugnen; um wieviel kritischer aber ist die Situation erst in einem echten militärischen Konflikt.

Die Internationale Organisation für Zivilverteidigung, Genf, hat nun von 45 Delegierten, die an dem Internationalen Kolloquium in Nancy im Oktober 1970 teilgenommen haben, die Elemente dieses Selbstschutzes in den Betrieben überprüfen lassen.

In ihrer Zeitschrift „Internationale Zivilverteidigung“ wird dieser Komplex abgehandelt, wobei es von Bedeutung ist, daß hier auch jene Erklärung der indonesischen Delegation veröffentlicht wird, die der weitere Ausgangspunkt für die Arbeiten der Technischen Kommission ist.

Die Veröffentlichung, in drei Teile gegliedert, befaßt sich in den Teilen II und III mit den Funktionen eines Betriebes und der Durchführung der Schutzmaßnahmen. Es wird die ganze Bandbreite der Möglichkeiten und Aufgaben eines Betriebs-(Selbst-)Schutzes vor Augen geführt.

Greifbares Ergebnis der Bemühungen der I. O. Z. V.: Die Technische Kommission, die inzwischen gebildet wurde und in Genf tagte, hat genaue Definitionen des Betriebsschutzes erarbeitet und die Faktoren festgelegt, die bei der künftigen Planung berücksichtigt werden sollen.

v. g. H.

Informationen zur politischen Bildung
Bonn, Nr. 146/1971

Umwelt-Gefahren und -Schutz

Diese Ausgabe der in Bonn erscheinenden Zeitschrift befaßt sich mit allen Aspekten des Umweltschutzes; der ganze Inhalt dieser Nr. ist dem Problem Umweltschutz gewidmet. Von der Umweltgefährdung als einem Weltproblem, welches nicht nur die einzelnen Staaten angeht, ausgehend, werden auch die Probleme angesprochen, die sich für den Naturhaushalt und die Umwelt, die Umwelt des Menschen und letztlich als Gefährdung für die natürliche Umwelt überhaupt ergeben. Im III. Abschnitt, Gefährdungen der Umwelt, werden konkrete Beispiele für die Bodenverseuchung aufgezählt. Die Gefährdung des Wasserhaushaltes wird an Hand ausführlicher Abhandlungen zu verschiedenen Gewässern aufgezeigt; der Rhein bietet dabei ein Beispiel der internationalen Verflechtung dieses Problems. Wo es um die Luftverschmutzung geht, wird an Hand von Abbildungen und Skizzen auch die Folgewirkung aufgezeigt. Fragen der Müllbeseitigung werden ebenso abgehandelt wie die Folgen einer zu großen Lärmbelästigung. Dem Wunsch nach einer internationalen Regelung stehen jetzt noch viele Hemmnisse entgegen, nicht zuletzt spielen auch die Kosten der zu ergreifenden Maßnahmen noch eine erhebliche Rolle.

Civile Verdediging
Alphen aan den Rijn, Niederlande
Nr. 7/8 1971

Die Lage der Zivilbevölkerung im umkämpften Gebiet

Die Niederländische Vereinigung für Internationales Recht hat im Rahmen ihrer Veröffentlichungen ein Gutachten als Buch herausgeben lassen, welches sich mit der Lage der Zivilbevölkerung während eines bewaffneten Konfliktes befaßt.

Die Veröffentlichung in der niederländischen Zivilschutz-Fachzeitschrift untersucht, auf welche Wege F. Kalshoven und Professor B. V. A. Röling zu ihren Schlußfolgerungen kommen, obwohl sie im Grunde auf verschiedenen Wegen gehen.

Es steht nach Meinung beider Autoren außer Zweifel, daß auch künftig die

Grundsätze des traditionellen Kriegesrechtes bei einem bewaffneten Konflikt das Los der Zivilbevölkerung bestimmen werden.

Kalshoven ist der Meinung, daß die Art und Weise der bisher gehandhabten Kriegsführung berechtigte Zweifel am Charakter der Grundsätze des klassischen Kriegesrechtes geweckt hat.

Professor Röling geht in seinen Betrachtungen von den Grundsätzen des traditionellen Kriegesrechtes aus. Seine Fragestellung: Was soll der Feind tun?

Die Grundsatzklärungen, das ist Rölings Auffassung, fallen gegenüber der militärischen Entwicklung kraß ab. Er verwirft zudem die Auffassung, daß „allgemeine unrechtmäßige Kriegshandlungen dann nicht mehr unrechtmäßig sind, wenn der Bestand des Staates auf dem Spiele steht“.

E. W.

Sonntags-Journal
Zürich/Schweiz, Nr. 40/1971

Unzulänglicher Rettungsdienst

Das ist auch in der Schweiz ein heißes Eisen: Wer verbessert die Zustände im Rettungsdienst? Das Problem der Straßenrettung gewinnt — zieht man die steigende Zahl der Verkehrstopfer in Betracht — immer mehr an Bedeutung. Das Sonntags-Journal nimmt in seiner Titelgeschichte kein Blatt vor den Mund. Es schildert, daß Retter auf den Straßen rechtzeitig eingreifen, der Verletzte dann aber trotzdem sterben muß, weil eine „zuständige Krankenhausschwester“ die Aufnahme in ein Krankenhaus unterbindet, weil die „Einweisung durch einen Arzt“ fehlt.

Theoretisch sei alles bestens geordnet, beispielsweise beim Notrufdienst; man könne über Notruf 17 jemand erreichen, doch danach kämen die Schwierigkeiten.

Heute: Ein nach wie vor hoffnungslos überalterter Wagenpark der Sanitätsstellen; immer noch graduelle Unterschiede bei der Ausbildung des Fachpersonals. Und der härteste Vorwurf, den die Zeitung erhebt: Die Vermutung, man wolle sich eben doch mit „Halbprofis“ begnügen, statt mit wirklichen Fachkräften und lege auch auf eine bessere Hilfe aus der Luft keinen großen Wert.

Ha.

WISSENSCHAFT UND TECHNIK

„Lärmfahnder“ in Betrieben

In Mainz hat vor kurzem ein „Berufsgenossenschaftliches Institut für Lärmbekämpfung“ seine Arbeit aufgenommen. Das Institut, das seinen Sitz bei der Süddeutschen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft als dem federführenden Unfallversicherungsträger für Betriebslärmbekämpfung hat, will nach ständigen Lärmquellen fahnden und besonders lärmgefährdete Arbeitsplätze ermitteln. Zu den vordringlichsten Aufgaben des Institutes zählen die Durchführung fachgerechter Lärmmessungen an Arbeitsplätzen und Maschinen, Vervollkommnung der Lärmmeßtechnik, Erprobung neuer Geräte und Meßmethoden, sowie die Einflußnahme auf die Lärmsanierung der Arbeitsstätten durch Information und Beratung von Betrieben und Herstellern.

Mit ihrem neuen Institut unternehmen die gewerblichen Berufsgenossenschaften erstmals den Versuch, Forderungen und Vorschriften nicht nur zu erarbeiten und aufzustellen, sondern auch zu erforschen, wie diese Vorschriften erfüllt werden können. Mit dem direkten Kontakt zu Maschinenherstellern soll die Lärminderung bereits am Ursprung einsetzen und sich über die Beratung am Arbeitsplatz bis zur Empfehlung geeigneter Gehör-Schutzmittel spannen.

Leuchtfarbe für Sicherheit

Für mehr Sicherheit im Straßenverkehr sorgt ein mit Leuchtfarbe auf die Innenseite des Kofferraumdeckels lackiertes Warndreieck. Eine Lack-



Das neue „Berufsgenossenschaftliche Institut für Lärmbekämpfung“ fahndet mit modernsten Geräten nach üblen Lärmquellen. Ein Meßtechniker kontrolliert hier den Lärmpegel einer Pendelschleifmaschine mit einem Impuls-Schallpegelmesser mit angeschlossenem Oktavfilter.

fabrik aus Hilden (Rheinland) bietet eigens dafür ein Sicherheits-Set an, das aus zwei Sprühdosen (Grundfarbe und Leuchtlackfarbe) besteht

fahrzeugen durch Polizei-Hubschrauber festgestellt, daß ein mit fluoreszierender Tagesleuchtlackfarbe gespritztes Fahrzeug fünfmal besser und schneller

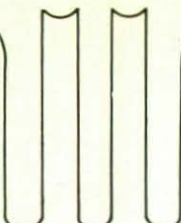


und das jedem Autofahrer das Lackieren einfach macht. Bei Pannen braucht dann nur der Kofferraumdeckel hochgestellt zu werden und das Fahrzeug wird schon von weitem erkannt.

Fluoreszierende und phosphoreszierende Leuchtlackfarben werden ständig auf neue und wichtige Anwendungsmöglichkeiten überprüft. So wurde bei der Sichterprobung eines neuen Anstrichs von Feuerlösch-

auszumachen war als ein mit herkömmlicher Farbe gestrichenes Vergleichsfahrzeug. Phosphoreszierende Leuchtlackfarben werden neben der Markierung von Fluchtwegen in Schutzräumen und Betrieben immer häufiger zur Markierung von Feuerwehrhelmen und Atemschutzgeräten sowie für die Nummernschilder von Kraftfahrzeugen verwendet.

H. F.



neue BÜCHER

Der Zukunftsschock

Von Alvin Toffler. Scherz Verlag GmbH, München. DM 26,—.

In allen Bereichen des Lebens spricht man davon, daß der Mensch von heute sich bereits auf die Zukunft einstellen müsse. Man unterstellt dabei, daß es möglich sei, den Menschen von heute so zu erziehen, daß er den Übergang in die Welt von morgen problemlos werde bewältigen können.

Bei näherer Betrachtung ist aber wohl die Frage berechtigt, was wir denn überhaupt schon von der Welt von morgen wissen. Der Autor des Buches untersucht nicht die technischen Aspekte und Möglichkeiten der Zukunftswelt, er greift Probleme auf, die den Menschen unmittelbar betreffen, die seinen persönlichen Lebensbereich ausmachen. Was in fünfjähriger Forschungsarbeit nach zahllosen Untersuchungen und nach Gesprächen mit maßgeblichen Persönlichkeiten und unmaßgeblichen „einfachen“ Menschen in aller Welt zusammengetragen wurde, das ist ein Buch geworden vom menschlichen Anpassungsvermögen an die Zukunft, von der Zukunft selbst. Ein Buch von jenem Schock, den in dieser Zukunft alle diejenigen Menschen erleiden, die quasi „aus dem täglichen Leben heraus“, ohne eine entsprechende Orientierung in die Welt von morgen eintreten müssen.

Denn dieser Wandel, den der Mensch auf seinem Wege in diese Welt wird ertragen müssen, hat vorausberechenbare Grenzen. Es wird allzu viele Menschen geben, die diesem Wandel nicht gewachsen sind. Man kann aber diesen Wandel in die Zukunft hinein nicht stoppen, — es gilt nach Meinung des Verfassers vielmehr, ihn zu steuern.

Toffler ist einer der führenden Gesellschafts-futurologen; es gelingt ihm ohne Zweifel leicht, nachzuweisen, daß es Vorgänge gibt, die für die Menschheit wichtiger, entscheidender

sein werden als Flüge zu anderen Sternen.

Der sechste Teil des Buches trägt nicht zufällig die Überschrift „Überlegungsstrategien“, im vorangegangenen Teil wurden die Grenzen der Anpassungsfähigkeit aufgezeigt. Der Leser wird aufgerüttelt von den hier dargestellten Problemen einer Zukunft, die heute schon begonnen hat und deren Entwicklung Toffler — auf vielen Wissenschaftsgebieten fußend — in seinem Werk als Fakten bereits vorweggenommen hat.

Der unwahrscheinliche Krieg

Von Rudolf Woller. Seewald Verlag, 7 Stuttgart. DM 22,—.

Das ist die Frage, die Millionen Menschen — nicht nur die Politiker — bewegt: „Ist Krieg heute überhaupt noch eine denkbare Form der politischen Auseinandersetzung?“ Der Fernseh-Journalist Rudolf Woller hat versucht, auf diese Frage eine Antwort zu finden und stellt nun seine Überlegungen in Buchform der Öffentlichkeit vor. Woller ist Präsident des Reservistenverbandes und Oberstleutnant der Reserve.

Nach seiner Auffassung kann heute in einer Zeit des weitgehenden welt-politischen Ausgleichs ein weltweiter Kernwaffenkrieg nicht mehr stattfinden. Woller versucht vielmehr, „eine realistische Wehrkonzeption“ — so lautet auch der Untertitel seines Buches — anzubieten. Dabei versucht er, zu beweisen, daß die Bundesrepublik mit ihrer gegenwärtigen Wehrkonzeption nicht auf die Abwehr einer „Guerilla-Taktik“ vorbereitet sei. Die große Gefahr sieht er gerade in den kleineren, auf beschränkte Ziele gerichteten Konflikten, die bewußt unterhalb der sogenannten Atomschwelle geführt werden.

Ein Umdenken im Bereich der bundes-deutschen Wehrpolitik, das fordert Woller, der der Auffassung ist, nur durch eine ständige Einsatzbereitschaft der Streitkräfte sei stets die vollständige Sicherheit gewährleistet. Seine Konzeption ist eine „Strategie der Sofort-Verteidigung“, mit der er in Kauf nimmt, daß das gesamte Wehrsystem der Bundeswehr völlig verändert wird. Seiner Ansicht nach ist es unumgänglich, dieses Konzept recht bald zu realisieren. Ein Hinauszögern würde die Bundes-

republik gegen Ende dieses Jahrzehnts in eine schwere Krise treiben, die möglicherweise die Bündnisfähigkeit und damit auch die Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik in Frage stellen kann, — meint Wollner.

Einführung in die Brandlehre

Von Dr. Gustav A. Purz. Eugen Rentsch Verlag, Erlenbach-Zürich und Stuttgart. DM 17,—.

Schon das oberflächliche Studium von Statistiken der Feuerversicherer beweist: so segensreich und fruchtbringend das Feuer auch für die Entwicklung und Zivilisation der Menschheit war, so verheerend können seine Auswirkungen sein. Mit dem Fortschreiten der Technik steigen auch die Energiedichte und die Konzentration von Werten immer mehr an. Dieses Wachstum wird auch in Zukunft weitergehen. Die Folgen werden Schadenfeuer in noch nie dagewesener Zahl sein mit der Begleiterscheinung, daß auch die Zahl der dabei vernichteten Menschenleben und Werte einen ähnlichen Verlauf nehmen wird. Darum wird der Mensch von heute gezwungen, sein ganzes Maß an Wissen und Erfahrung in den Dienst der Verhinderung und Bekämpfung von Bränden zu stellen. Dies gilt in besonderem Maße für die Praktiker des Brandschutzes. Für sie hat der Autor, ein Physiokochemiker, diese Einführung in die Grundlagen des Brand- und Löschvorganges geschrieben. Auch er geht davon aus, daß für eine wirksame Brandschutz- und Löschtechnik ein hinreichender Einblick in die Chemie, Physik und Thermodynamik des Brandgeschehens, insbesondere im Hinblick auf die immer stärkere Verbreitung neuer Industriewerkstoffe, unerlässlich ist.

Mit diesem Werk legt der Autor eine wissenschaftlich fundierte Brandlehre vor, die jedoch einen gewissen Umfang an technisch-wissenschaftlichen Kenntnissen voraussetzt. Dieses Lehrbuch für Praktiker führt schrittweise in den schwierigen Stoff ein und erläutert die Zusammenhänge der Entstehung des Brandes, seine Ausbreitung, die brandstoffbedingten Eigenschaften und Erscheinungen. Sehr eingehend werden auch die wichtigsten Löschmittel, deren Eigenheiten, Anwendungen und Grenzen geschildert.



Das ZS-Magazin – überall beachtet

Die fünfte Ausgabe des ZS-Magazins, Zeitschrift für Zivilschutz, Katastrophenschutz und Selbstschutz, liegt mit diesem Heft vor. Überall in Fachkreisen, bei den Helferinnen und Helfern, bei den Mitarbeitern von THW, WD und BVS und bei allen im Zivilschutz tätigen Fachleuten hat die neue Publikation große Beachtung gefunden. Unsere beiden Fotos zeigen einen Schnappschuß aus der Katastrophenschutzschule NW in Wesel (oben) und den Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, W. Dorn, im Gespräch mit Chefredakteur Weidner.



